Markgraf Christian von Brandenburg-Kulmbach
und
das Oberland der Markgrafschaft
im
Dreißigjährigen Krieg (1618–1635)

---

von

Ernst Ludwig Sticht, M. A.

aus Neuhaus a. d. Eger/Bayern

1964

1964 # 107

MAKGRAF CHRISTIAN von BRANDENBURG-KULMBACH
UND
das OBERLAND der MARKGRAFSCHAFT
im
DREISSIGJÄHRIGEN KRIEG (1618-1635)

I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen - Nürnberg

vorgelegt von

Ernst Ludwig Sticht, **M.A.**
aus Neuhaus a.d.Eger/Bayern

Tag der mündlichen Prüfung : 28.11.1964

Dekan:Universitätsprofessor Dr.Waldemar Besson
Referent: Universitätsprofessor Dr.Gerhard Pfeiffer
Korreferent: Universitätsprofessor Dr.Dr.Anton Ernstberger

D. 29

UNIVERSITEITSBIBLIOTHEEK - LEIDEN -

INHALT

VORWORT

I. ALLGEMEINER ZUSTAND DER MARKGRAFSCHAFT BIS 1618

II. DIE MARKGRAFSCHAFT ALS NEUTRALES GEBIET VON 1618 BIS 1631

1. Die Politik des Markgrafen Christian 10
2. Das Kriegsgeschehen in der Markgrafschaft 65
3. Defensionswerk, Landschaftswesen und finanzielle Lage 89

III. DER ANSCHLUSS DER MARKGRAFSCHAFT AN GUSTAV ADOLF, 1631 114

IV. DIE MARKGRAFSCHAFT ALS BUNDESGENOSSE DER SCHWEDEN VON 1631 BIS 1635

1. Die Schreckenszeit 1631 - 1632 137
2. Markgraf Christian in den Leidensjahren seines Landes 162
3. Die Kriegswirren 1633 - 1635 179

V. DER FRIEDENSSCHLUSS DER MARKGRAFSCHAFT MIT DEM KAISER, 1635 202

LITERATUR - UND QUELLENVERZEICHNIS

VORWORT

Die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach, deren Geschichte in einem Zeitabschnitt des Dreißigjährigen Krieges dargestellt werden soll, muß als eines jener kleinen, unbedeutenden Territorien gelten, die in den Annalen einer universalen Geschichtsschreibung weitgehend unberücksichtigt geblieben sind. Wodurch könnte sie auch Anspruch auf ruhmvolle Erwähnung erheben? Keine entscheidende Schlacht wurde hier geschlagen, kein bedeutender Vertrag geschlossen, kein großer Kriegsheld stieg hier zu Ruhm und Ehren empor, und auch die Entschlüsse des Fürsten, dem das Land untertan war, konnten den Gang der allgemeinen Ereignisse kaum wesentlich beeinflussen. Und doch ist der Krieg über dieses Land wie über andere Länder gegangen und mag hier wohl in der schreckvoll hingeworfenen Zeile eines gequälten Menschen deutlichere Spuren hinterlassen haben als in hochtönenden Berichten der Großen des Reiches. Gilt es denn nicht dem Kleinen mehr als dem Großen nachzuspüren, wenn man das Wesen einer Zeit recht erfassen will? - Territorialgeschichte ist Geschichte im Kleinen und Bruchstückhaften, man wird sich dessen bewußt sein, aber sie wird geschrieben in der Überzeugung, daß es kein eitles Unterfangen sein kann, im Kleinen und Bruchstückhaften das Große und Ganze zu suchen und wahrhaft zu ergründen; denn das kleine, scheinbar belanglose Ereignis erhebt sich gar oft zu exemplarischer Bedeutung und führt uns dann zu tieferen Einsichten als die Summe weltbewegender Geschehnisse.

Nun sei noch allen Dank gesagt, die zur Fertigstellung der Arbeit beitrugen: den Herren der Staatsarchive Bamberg und Coburg für die freundliche Überlassung des Quellenmaterials, dem Historischen Verein für Oberfranken in Bayreuth, der seine reichhaltige Bibliothek zur Verfügung stellte, Herrn Studienprofessor Müssel, der mir bei der Beschaffung der Literatur behilflich war, Herrn Professor Dr. Dr. Ernstberger, unter dessen Leitung ich vor Jahren für die Zulassungsarbeit zur wissenschaftlichen Staatsprüfung die ersten Studien zum gestellten Thema betrieb und besonders Herrn Professor Dr. Pfeiffer, der die vorliegende Arbeit stets wohlwollend förderte.

I. ALLGEMEINER ZUSTAND DER MARKGRAFSCHAFT BIS 1618

Mit dem Tode des Markgrafen Georg Friedrich von Brandenburg-Ansbach und Kulmbach war am 26. April 1603 die fränkische Linie der Hohenzollern ausgestorben. Gemäß dem Geraer Erbvertrag, der 1598 von den beiderseitigen Räten zu Gera vorbereitet und bei einer persönlichen Zusammenkunft des Kurfürsten Joachim Friedrich und des Markgrafen Georg Friedrich von Brandenburg am 9. April 1599 zu Magdeburg endgültig abgeschlossen worden war, ging die Erbfolge auf die kurbrandenburgische Linie über. In einer "Präliminarabrede" vom 14. Mai 1603 einigten sich dann die beiden Brüder des Kurfürsten Joachim Friedrich von Brandenburg (1598-1608), die Markgrafen Christian (geb. 1581) und Joachim Ernst (geb.1583) dahingehend, daß die beiden Markgrafschaften Brandenburg-Kulmbach und Brandenburg-Ansbach wieder als getrennte Territorien erstehen sollten und daß Christian Brandenburg-Kulmbach und Joachim Ernst Brandenburg-Ansbach bekommen werde. So übernahm denn Christian nach der Beisetzung des verstorbenen Markgrafen Georg Friedrich am 14. Juni 1603 die Regierung der Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach. Schon 1604 verlegte er dann erstmalig seine Residenz von Kulmbach nach Bayreuth. 1606 wurde er Kreisobrister des Fränkischen Kreises und neben dem Bischof von Bamberg, der das Direktorium führte, kreisausschreibender Stand. Noch über die schwere Zeit des Dreißigjährigen Krieges hinweg führte er, mit kurzer Unterbrechung, die Regierung des Landes bis zu seinem Tod am 30. Mai 1655 (1).

---

(1) Staatsarchiv der Königl. Preuß. Fürstenthümer in Franken, hrsg. von Hänlein und Kretschmann, 1. Bd., Bayreuth, 1797, S. 202 ff. Vgl. Rentsch, Brandenburgischer Ceder-Hein, Worinnen des Durchleuchtigsten Hauses Brandenburg Aufwachs- und Abstammung, auch Helden-Geschichte und Gros-Thaten, aus denen Archiven und Ur-Brifschaften, auch anderen bewerten Documenten mit Fleiß zusammen getragen, und neben zirlichen Kupfer-Bildnißen vorgestellet worden Durch Johann Wolfgang Rentschen, Hoch-Fürstl. Brandenburgischen Hof-Predigern und Theol. Professorem. Bareut, aus der Gebhardischen Officin, 1682, S. 689-704.
Vgl. Heinritz, Die Regierungsjahre des Markgrafen Christian, 1603-1655. AOmkr.,1.Bd.,3.Heft,Bayreuth, 1833, S. 17-60. Chronikartig. Vgl. Herrmann, Markgrafen-Büchlein, Bayreuth, 1902, S. 108 ff.

Als Markgraf Christian die Regierung der Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach übernahm, bestand dieses Territorium, von einigen kleinen Exklaven abgesehen, aus zwei größeren, unzusammenhängenden Teilen, dem "Oberland" und dem "Unterland". Das Oberland lag um das Fichtelgebirge. Ihm gliederten sich Teile des Vogtlandes und des Frankenwaldes im Norden, Gebiete des oberen Mainlandes im Westen und die Bezirke der Fränkischen Schweiz um Pegnitz und der Hersbrucker Schweiz um Osternohe im Süden an. Die wesentlichen Nachbarn dieses Teiles der Markgrafschaft waren im Norden die sächsisch-thüringischen Herzogtümer, die Grafschaft Reuß und Kursachsen, im Osten das Königreich Böhmen, im Westen mit einer ausgedehnten und sehr verzahnten Grenze das Hochstift Bamberg und im Süden die Oberpfalz und die Reichsstadt Nürnberg. Im Oberland lagen die vier Hauptstädte Bayreuth, Kulmbach, Hof und Wunsiedel. Die fünfte Hauptstadt der Markgrafschaft war Neustadt an der Aisch als Mittelpunkt des Unterlandes, das sich von Erlangen bis in die Gegend von Rothenburg o.T. erstreckte und breit an die Markgrafschaft Ansbach anlehnte, der es nach Lage und Landschaft viel mehr zugehörte als dem fremden Gebiet des Oberlandes, an welches es dynastische Willkür band (2).

(2) Hier sei schon vorweggenommen, daß sich die vorliegende Arbeit im allgemeinen auf eine Darstellung der Vorgänge des Dreißigjährigen Krieges im Oberland der Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach beschränken wird. Wir glauben das aus folgenden Gründen verantworten zu können: Das Oberland war nicht nur das weitaus größte und geschlossenste Gebiet der Markgrafschaft, sondern auch das Herz- und Kernstück mit den Regierungssitzen des Markgrafen Christian und, abgesehen von Neustadt an der Aisch, mit allen Hauptstädten und Verwaltungszentren. Das Kriegsgeschehen im Oberland spielte demnach auch für die Politik, Verwaltung und Wirtschaft des Gesamtterritoriums eine weit entscheidendere Rolle als das im Unterland. Die Ereignisse des Krieges im Unterland vollzogen sich ja auch hinsichtlich der Bedingungen, die ihrer Betrachtung zugrundeliegen müssen, nämlich der Lage und Stellung im Großraum, in einem völlig anderen Rahmen als im Oberland. Dazu kommt, daß während mehrerer Jahre des Krieges durch die Ereignisse überhaupt jede Bindung der beiden Gebiete völlig oder fast völlig aufgehoben war. Soll somit eine Darstellung des Dreißigjährigen Krieges im Unterland nicht als weitgehend selbstandiger Teil neben die des Hauptlandes treten, so muß sie ausgeklammert werden.

Das Oberland der Markgrafschaft war nach seiner Lage, wie eine neuere Arbeit eingehend darlegt, ein ungemein wichtiges Durchgangsgebiet (3). Zwar umschloß es das Fichtelgebirge, aber dieses gliedert sich durch eine Reihe von Sätteln und Mulden in eine Anzahl einzelner Gebirgsstöcke und Landschaften auf und stellte so für wesentliche Durchgangswege kein unüberwindliches Hindernis dar. Alte Straßen kamen in der Nord-Süd-Richtung aus Mitteldeutschland über Halle, Leipzig und Hof heran und führten durch das Sechsämterland weiter zur Oberpfalz und zur Donau. In der West-Ost-Richtung folgten die Wege vorwiegend dem Main, querten das Gebirge zwischen Gefrees und Weißenstadt, kreuzten im Wunsiedler Becken die Nord-Süd-Verbindung und führten schließlich über die Egersenke bei Schirnding hinein nach Böhmen. Eine bedeutende Verbindung aus dem Maingebiet nach Sachsen lief am Nordwestrand des Gebirges entlang, und ferner zog sich ein Hauptverkehrsweg aus Franken über die Oberpfalz nach Böhmen am Südrand des Gebirges dahin. Lage und Verkehrswege des Landes mußten im Dreißigjährigen Krieg von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Durch seine Lage geschützter als die anderen Hauptstädte der Markgrafschaft war Bayreuth, das seit 1604, wiederholt wechselnd mit Kulmbach, der Sitz des Markgrafen und seiner Regierung war. Die vom Markgrafen eingesetzte Regierung bestand aus dem Hofratsdirektor oder Kanzler und aus verschiedenen Ratskollegien. Kanzler war seit 1617 Urban von Feilitzsch. Jede der fünf Hauptstädte war Sitz einer Hauptmannschaft, geleitet von einem adeligen Hauptmann. Den Hauptmannschaften unterstanden die Ämter, von Amtmannern, denen Kastner und Vögte beigegeben waren, verwaltet. Neben den Hauptmannschaften gab es noch einige Oberämter (4).

War das Land in solcher Weise durch Beamte des Fürsten wohl verwaltet, so trat dieser aber auch mit seinen Untertanen, den Landständen, auf Landtagen in direkte Verbindung. Im 16. Jahrhundert waren die Geistlichkeit und der landsässige Adel allerdings als Landstände der Markgrafschaft ausgeschieden.

(3) Dr. W. Müller, Alte Paßlagen im Fichtelgebirge, AOfr., 41. Bd., Bayreuth, 1961, S. 53 ff.
(4) F. Herrmann, Markgrafenbuch I, 1935, allgemeiner Teil.

Seitdem hatte sich der Adel auch immer weitgehender von der Oberherrschaft des Markgrafen befreit. Wenn sich nun 1615 die Ritter des Vogtlandes und des Wunsiedler Gebiets durch einen Subjektionsvertrag wieder als Landsassen des Markgrafen bekannten und damit der markgräflichen Oberhoheit unterwarfen, so änderte sich dabei praktisch an ihrer sehr selbständigen Stellung nicht viel. Sie kehrten auch nicht wieder als Landstand in den Landtag zurück und blieben, wie auch die Geistlichkeit, noch bei Beginn des Krieges von allen Abgaben und Steuern befreit.

Markgraf Christian hatte auf den Landtagen von 1608, 1610 und 1614 eine völlige Neuordnung des "Landschaftswesens" geschaffen. Je nach der Wichtigkeit der Verhandlungen sollte ein Großer Ausschuß, ein Mittlerer Ausschuß oder ein Engerer Ausschuß berufen werden. Fast ausnahmslos fand sich aber schon vor Beginn des Krieges nur der Engere Ausschuß, bestehend aus je zwei Vertretern der Hauptstädte und ihrer Inkorporierten zu Beratungen zusammen. Zur Stärkung seiner Stellung richtete der Fürst im Oktober 1614 ein Landschaftsdirektorium ein, an dessen Spitze der scharfe Widersacher der Landstände, der damalige Kanzler von Varell als Direktor stand. Außerdem stellte die fürstliche Regierung auch noch einen 1. Kommissär und den Sekretär. Die Landstände durften den 2. Kommissär und den Pfennigmeister stellen. Nach dem Tode von Varells trat 1617 der fürstliche Rat von Muffel an die Spitze des Landschaftsdirektoriums. Da dieses Direktorium die Eintreibung und Verwaltung aller Kontributionssteuern übernahm, waren die Landstände in ihrer Mitbestimmung weitgehend lahmgelegt (5).

(5) Veh, Die Bayreuther Landstände unter dem Markgrafen Christian 1603-1655. AOfr., 33. Bd., 3. Heft, 1938, und AOfr., 34. Bd., 1. Heft, 1939.
Vgl. Jegel, Geschichte der Landstände in den ehemaligen Fürsten-tümern Ansbach-Bayreuth, AOfr., 24. Bd., 2. Heft, 1910.
Vgl. Jegel, Die landstandische Verfassung in den ehemaligen Fürstentümern Ansbach-Bayreuth, AOfr., 25. Bd., 1. Heft, 1912.

Wie das Landschaftswesen war auch das Justizwesen vor Beginn des Krieges in bester Ordnung. Neben dem Oberhofgericht als Appellationsinstanz, welchem der Markgraf selbst, oder sein Vertreter, als oberster Gerichtsherr vorstand, gab es ein Hofgericht, ein Lehensgericht und ein Ehegericht. Sonst übten die Gerichtsbarkeit die Städte, die Amtmänner in ihren Bezirken und die Adeligen auf ihren Gütern(6).

So kennzeichneten in der Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach in Leitung und Verwaltung, Ständewesen und Rechtsprechung, Wirtschaft und Verkehr wohlgeordnete und stabile innere Verhaltnisse die Regierungsjahre des Markgrafen Christian in der Zeit des Friedens. Doch bleibt festzustellen, daß das Militär- und Verteidigungswesen des kleinen, ungeschützten Territoriums völlig darniederlagen. Hätte aber nicht das besondere Augenmerk Markgraf Christians gerade dem Verteidigungswesen gelten müssen? denn der Friede war ja schon Jahre vor dem Prager Fenstersturz durch fortwahrende Konflikte und Krisen im Reich aufs schwerste gefährdet. Es besteht kein Zweifel, daß der Fürst die Mängel erkannte. Da aber sein Land verhältnismaßig klein war und bei allgemeinen Auseinandersetzungen zu einer wirkungsvollen Selbstverteidigung kaum imstande sein konnte, versuchte er dem Mangel an eigener militärischer Verteidigungskraft durch Schutz verheißende Bindungen in den außeren Beziehungen seines Landes zu begegnen. Dabei hoffte er auf eine im Ernstfall, trotz konfessioneller Schwierigkeiten, wirksame Kreisdefension wie auch auf einen starken Rücknalt bei der 1614 zu Naumburg erneuerten Erbvereinigung der Häuser Brandenburg, Sachsen und Hessen (7). Außerdem natte er schon 1608 als eines der Gründungsmitglieder den Weg in die Union gefunden, die er "als einen Verein zur Abwenr widerrechtlicher Angriffe gegen die Person der Verbündeten und gegen die Lande, welche innen zur Zeit des Bundesschlusses zustanden" (8) voll bejahte. Aber sein Verhältnis zur Union erfuhr bald eine wesentliche Wandlung, denn er mißbilligte zutiefst die Plane jener führenden Aktivistengruppe, an deren

(6) Herrmann, Markgrafenbuch I, 1935, allgemeiner Teil.
(7) Vgl. Kapitel II, Anmerkung 16!
(8) M. Ritter, Politik und Geschichte der Union zur Zeit des Ausgangs Rudolfs II und der Anfange des Kaisers Matthias, Abnandlungen der Königl. Bayr. Akademie der Wissenschaften, 15. Band (1880), 2. Abteilung, S. 86.

Spitze Kurfürst Friedrich stand und der auch sein eigener Bruder, Markgraf Joachim Ernst von Brandenburg-Ansbach, zugehörte, und "er zeigte 1617 große Lust, die Union einfach zu kassieren" (9). Schließlich verblieb er dann zwar in der Union, trat aber nur noch als passiver Mitläufer, der ausschließlich den Defensivcharakter der Vereinigung betonte, in Erscheinung (10). Das war beim Unionskonvent im April 1618, also wenige Wochen vor dem Ausbruch des Krieges.

(9) H. Gürsching, Die Unionspolitik der Reichsstadt Nürnberg vor dem Dreißigjahrigen Kriege (1608-1618), München, 1932, S. 73.
(10) Ebda., S. 83.

II. DIE MARKGRAFSCHAFT ALS NEUTRALES GEBIET VON 1618 BIS 1631

1. Die Politik des Markgrafen Christian

In den letzten Maitagen des Jahres 1618 gingen Markgraf Christian in seiner Residenzstadt Bayreuth die ersten Nachrichten über Unruhen in Prag zu. Sie lösten Beunruhigung aus, doch beunruhigt war man schon seit vielen Jahren über all die unlösbar verworrenen Probleme der Reichs- Kreis- und Unionspolitik und des Landesschutzes im Zeichen einer fortwährenden allgemeinen Unsicherheit und einer drückenden Finanznot (1). Die Beunruhigung war, seit der Fürst die Regierung des Landes übernommen hatte, ein Dauerzustand geworden und verlor damit jede unmittelbare Wirkung. So erklärt es sich, daß man in Bayreuth, wie sicher auch in vielen anderen Residenzen des Reiches, die Ereignisse in Böhmen wohl besorgt zur Kenntnis nahm, ihre Bedeutung und Tragweite aber zunächst keineswegs erahnte (2).

Immerhin lösten die Meldungen aus Böhmen, wie das so üblich war, eine Reihe gegenseitiger Mitteilungen, Anfragen, Anschuldigungen und Rechtfertigungen der mit dem markgräflichen Hof in Verbindung stehenden Reichsstände aus (3). Allgemein bestand das Bedürfnis, über die Vorgänge zunächst einmal hinreichende Informationen aus Prag selbst einzuholen. Das war für alle süddeutschen und westdeutschen Territorien evangelischer Konfession aber nur möglich über die Markgrafschaft als Nachbar Böhmens; denn die Gegend um Pilsen war dem Kaiser treu geblieben, und deshalb konnte man auf diesem Wege keine zuverlässigen Nachrichten erhoffen. So stieg die Bedeutung des

(1) Wie Veh, AOfr., 33. Bd., 3. Heft, S. 23 ff, aufweist, waren die große Unsicherheit durch herumstreunendes Gesindel und die hohe Steuerlast seit dem 14. Dez. 1608 zum Kernstück der gravamina der Landstände geworden. Eine Abstellung der immer wieder vorgebrachten Gravamina war bis zum Jahre 1618 noch nicht erfolgt.

(2) Diese Feststellung wird im folgenden aktenmäßig belegt. Vgl. dazu auch Weigel, Franken, Kurpfalz und der böhmische Aufstand 1618-1620. Erlangen, 1932. Derselbe, Franken im Dreißigjähr. Krieg. Zs. für bayer. Landesgesch., 1932. Stein, Geschichte Frankens. Schweinfurt, 1883/1886.

(3) StAB, Rep. C48 (Dreißigjähr. Kriegsakten, brdbg. Serie), Nr. 5a-d.

Fürstentums mit Beginn des Krieges beträchtlich, und die markgrafliche Hofhaltung wurde bald ein Zentrum der Nachrichtenvermittlung. Aber auch Bayreuth nahm ja nur mittelbar an dem Geschehen teil, und der Markgraf mußte selbst eifrig darauf bedacht sein, zuverlässige Meldungen, möglichst von beiden Parteien zu beschaffen. Bis man ein klares Bild der Lage habe, so glaubte er, sei es am besten abzuwarten und sich keinesfalls irgendwie festzulegen.(4)

Die Fragen, die die Krise im benachbarten Böhmen aufgeworfen hatte und mit denen der Markgraf rang, waren zunächst weniger politischer als vielmehr rechtlicher und konfessioneller Natur. So versuchte die markgräfliche Regierung in erster Linie darüber Klarheit zu gewinnen, wer bei dem entstandenen Streit im Recht sei und ob es sich ausschließlich um eine intern habsburgische Angelegenheit handele oder um eine konfessionelle Auseinandersetzung von allgemeinem Interesse.

Besonders was den letzteren Punkt anbetrifft, waren die zuverlässigsten Nachrichten aus Wien und nicht aus Prag einzuholen. Dort in Wien, später in Preßburg und Deutsch-Brod, weilte der in fränkischen Diensten stehende Oberst Johann Philipp Fuchs von Bimbach. Er wurde zum Vertrauten des Fürsten und übersandte diesem in einer regen Korrespondenz wesentliche Mitteilungen über die Meinung und die vermutlichen Absichten des Kaisers. Da sich der Markgraf, der ganz sicher gehen wollte, von einer persönlichen Aussprache mit dem Obersten bessere Einblicke in die Politik des Wiener Hofes und in die wahren Zusammenhänge des Geschehens erhoffte, schickte er zur Erkundigung einen Boten an ihn ab und forderte für Anfang Juni des Obersten Rückkehr nach Franken zu persönlicher Berichterstattung. Aber noch vor Ablauf des Monats Juni meldete von Bimbach nach Bayreuth, daß er in kaiserliche Dienste übergetreten sei. Immerhin gewann der Markgraf aus der fortgeführten Korrespondenz den Eindruck, "daß der Kaiser dem Reich

(4) StAC, Rep. LA B 2816 (Landesarchiv): Korrespondenzen Mgf Christian mit Hzg Joh. Casimir von Coburg, 1618-1622. Vgl. Weigel, Franken, Kurpfalz etc., S. 22.

den Religionsfrieden erhalten und auch die Justizien wieder unparteiisch in Gang bringen wolle" (5).

Aus Prag berichtete der pfälzische Agent und spätere markgrafliche Geheimrat Leander Ruppel (6), aber seine Einblicke in die Tiefe des Geschehens mögen nicht sehr bedeutend gewesen sein. So entschlossen sich der Markgraf und seine Geheimrate zunächst zu einer offiziellen Schickung des Kammerjunkers Ernst von Reitzenstein an den Grafen Thurn. Das ganze Ausmaß der Kriegsvorbereitungen sollte festgestellt werden. Da aber Bedenken auftauchten, eine offizielle Mission könnte fehlgedeutet werden, und da man keinesfalls in den Verdacht einer einseitigen Festlegung kommen wollte, reiste schließlich an Stelle von Reitzensteins Graf Albrecht von Haugwitz "in eigenen Geschäften" nach Prag und zog bei Thurn die erwünschten Erkundigungen ein. Auch wandte man sich schriftlich an den Obersten Lucan in Prag und erbat eine Beurteilung der militärischen Lage (7).

Während der Markgraf und seine Räte in dieser Weise bemüht waren, ein klares Bild der Lage, wie sie sich in Wien und Prag darstellte, zu gewinnen, versäumten sie auch nicht, durch eifrige "Kommunikationen" mit anderen Ständen des Reiches deren Meinung zu ermitteln. Eine besonders enge Verbindung ergab sich dabei mit der gleichfalls stark interessierten Oberpfalz, wo Fürst Christian von Anhalt als pfälzischer Statthalter in Amberg residierte, und mit Herzog Johann Casimir von Coburg, mit welchem Markgraf Christian schon seit Jahren freundschaftliche Beziehungen verbanden(8). Alle wesentlichen Ereignisse wurden umgehend gegenseitig mitgeteilt und schriftlich erörtert.

(5) Weigel, a.a.O., S. 22.
(6) StAB, Rep. C48, Nr. 5a-c. Aus der reichen Korrespondenz zwischen Ruppel und dem Markgrafen sei besonders verwiesen auf: Ruppel an Mgf Christian, 8.7.18,(fol. 153), und Mgf Christian an Ruppel, 27. 7. 18, (fol. 275).
(7) Weigel, a.a.O., S. 23.
(8) StAB, Rep. C 48, Nr. 5a.

Solche Ereignisse ließen in der Folge nicht auf sich warten. Ende Juni ging ein Hilfsgesuch der böhmischen Stände in Bayreuth ein (9). Ihm kam an politischer Bedeutung ein kaiserliches Schreiben vom 23. Juli gleich, das den Einmarsch von Truppen zur Bestrafung der Böhmen ankündigte und eine "wirkliche Assistenz" der Sache des Kaisers forderte (10). Schließlich kam Ende Juli der kurpfälzische Geheimrat Graf Albrecht von Solms auf der Rückreise von Prag in offiziellem Auftrag des Kurfürsten nach Bayreuth, um vor allem mit dem Markgrafen über die Stellung der Union und die Möglichkeit eines bewaffneten Eingreifens der evangelischen Stände zu verhandeln (11). Nun sah sich die markgräfliche Regierung von allen Seiten direkt angesprochen, aber sie wich jeder Entscheidung aus. Den beiden Schreiben und der persönlichen Vorsprache folgte nur eine Flut weiterer "Kommunikationen" und "Relationen", Gutachten und Gegengutachten, in welchen jeweils ein Eintreten für die Sache des Kaisers, strikte Neutralität oder auch eine Stellungnahme zugunsten der böhmischen Stände angeraten oder gefordert wurde. Das Ergebnis aller Erwägungen war, daß man schließlich nach Prag, Wien und Heidelberg, ohne im einzelnen auf die verschiedenen Anliegen einzugehen, den Wunsch übermittelte, "daß solche gefehrliche Handel in der Güete wieder gestillet werden möchten" und daß sich keine Seite in ihren Entscheidungen übereilen möge (12).

In dieser Antwort treten schon deutlich die Grundkomponenten der künftigen markgräflichen Politik, das Abwarten und das Vermitteln, hervor. Sie dürfte nicht zuletzt als Ergebnis eines eingehenden Gutachtens zur Lage angesehen werden, welches der Markgraf noch im Juni durch den brandenburgischen und koburgischen Geheimrat Christiph von Waldenfels hatte erstellen lassen. Darin war in einem prinzipiellen Teil der Zusammenstoß

(9) Weigel, a.a.O., S. 21.
(10) StAB, Rep. C 48, Nr. 5a, fol. 286-289: Kaiser Matthias an Mgf Christian, 23. 7. 18, mit verschiedenen Beilagen. Vgl. Weigel, a.a.O., S. 48.
(11) StAB, Rep. C 47 (Unionsakten, brdbg. Provenienz), Nr. 61. Hier findet sich die gesamte Korrespondenz, die die kurpfälzische Abordnung an Mgf Christian wegen der Unruhen in Böhmen betrifft. Vgl. Weigel, a.a.O., S. 53.
(12) StAB, Rep. C 48, Nr. 5a: Mgf Christian an Böhmen, 27.7.18; derselbe an Kaiser Matthias, 3.8.18; ders. an Kf Friedrich, 28.7.18. Vgl. Weigel, a.a.O., S. 53/54.

zwischen dem Katholizismus und dem Protestantismus erstmals als unvermeidbar aufgezeigt worden. Die Frage, wie man sich dabei praktisch verhalten solle und am besten schützen könne, war aber nur durch die Aufzählung halber und wenig aussichtsreicher Maßnahmen beantwortet worden(13).

In der gleichen Richtung wie dieses Gutachten wies auch die umfangreiche vertrauliche Korrespondenz zwischen Bayreuth und den Ständen. Sie war als Mittel zu echter politischer Urteilsbildung begonnen worden. Als sie aber ebenso wie das Gutachten ein Dilemma aufzeigte, aus dem die markgräfliche Regierung keinen Ausweg mehr sah, wurde sie schließlich zu einem Mittel, um Entscheidungen, die man nicht treffen wollte, aufzuschieben oder zu umgehen (14). Wie hätte man sich auch entscheiden sollen? Eines stand ja fest; Jede mögliche Lösung mußte streng im Rahmen des Reichsrechtes bleiben, alternative Lösungen schieden für den Markgrafen, der wegen seiner "tiefen Devotion gegen Kaiserliche Majestät" ebenso wie auch wegen seiner gut evangelischen Einstellung bekannt war, aus. So flüchtete der Markgraf in eine Politik des zögernden Abwartens, der Passivität und Neutralität, welche sich selbst Grenzen zog, die fast keinen selbständigen Schritt mehr zuließen.

Vielleicht wollten sich der Markgraf und seine Rate auch unter allen Umständen die Handlungsfreiheit erhalten. Schafft man sich aber Handlungsfreiheit, indem man sich jeder Stellungnahme enthält? Und wenn man Handlungsfreiheit gewann, zu welchem Zweck konnte und wollte man sie nützen? Ging es denn letzten Endes überhaupt um das Schicksal Böhmens und der Glaubensbrüder dort, oder betrachtete man die wechselnde Lage in Böhmen nicht vielmehr nur als eine Art Gradmesser, an welchem man gebannt die eigene Zukunft, das eigene Schicksal, abzulesen versuchte? Damit ging es also dem Markgrafen letzten Endes viel

(13) StAB, Rep. C47, Nr. 61, fol. 146, Gutachten vom 17.7.1618. Mit dem genannten Gutachten beschäftigt sich H. Weigel sehr eingehend, a.a.O., S. 23 - 25.
(14) Interessant ist in diesem Zusammenhang das Schreiben Mgf Christians an Ruppel, 17. 6. 1618, StAB, Rep. C48, Nr. 5a, fol. 72.

weniger um das "gemeinsame evangelische Wesen" und um eine eindeutige Stellungnahme zu den politischen Gegebenheiten der Zeit, als vielmehr nur um die Frage, wie man in einem schrecklichen Dilemma selbst am sichersten überlebe und sich behaupte (15). So wurden ihm die großen Probleme, um die Europa rang, mehr und mehr zu einer reinen Angelegenheit der Selbstverteidigung und Selbsterhaltung seines kleinen und recht unbedeutenden Territoriums. Unter diesem Aspekt durfte er vor allem wenig hervortreten, mußte aber stets nach sicherndem Rückhalt Ausschau halten.

Um diese erstrebte, bestmögliche Sicherung ging es auch, als der Markgraf im September durch Waldenfels eine erneute Denkschrift zur politischen Lage ausarbeiten ließ(16). Da Waldenfels ein Bündnis mit den Böhmen aus rechtlichen und politischen Bedenken so gut wie ausschloß, überhaupt jedes zu aktiver Betätigung zwingende Bündnis ablehnte, blieben drei Möglichkeiten für rückhaltgebende Defensivbündnisse, nämlich eine Bindung an den Kreis, die Union oder die erst 1614 zu Naumburg erneuerte Erbvereinigung der Häuser Brandenburg, Sachsen und Hessen. In diesen drei Richtungen mußte man also sondieren.

Was den Kreis anbetraf, so bot er sich gerade einem in so hohem Maße auf die strikte Beachtung der Reichskonstitutionen bedachten Fürsten wie Markgraf Christian als Sicherung gegen einen Angriff von außen besonders an. Zudem war dem Markgrafen hier ein Betätigungsfeld gegeben, auf dem er als Kreisobrister seinen Einfluß voll geltend machen konnte. Wie aber sollte sich der Kreis nun bewähren, da seine Stände wie seine Führung konfessionell gespalten waren? War auch Bischof Johann Gottfried von Aschhausen als Kreisdirektor geneigt, trotz

(15) Der eingehendste Betrachter der Ereignisse vom Mai 1618 bis zum März 1619, Helmut Weigel, schreibt denn auch in seiner Zusammenfassung, a.a.O., S. 189: "Der Markgraf von Bayreuth hingegen vertrat die Politik der Passivität und der Neutralität in hundertprozentiger Reinheit; seine Gedanken kreisten lediglich um den einen Mittelpunkt: Sicherung seines Ländchens in dieser schweren Zeit gegen die Gefahren vom Osten wie auch gegen Schadigungen von bambergischer Seite...Höhere Gesichtspunkte waren dem Markgrafen fremd, ihn leitete allein landesväterliche Fürsorge.

(16) StAB, Rep. C48, Nr.5b, fol. 218-227: Waldenfels an Mgf Christian, 5.9.1618, Diese Denkschrift vom September hatte zunächst nur fragmentarischen Charakter. Vgl. Weigel, a.a.O.,S.89/90.

aller konfessionellen Gegensätze, das Heil in einer engen Kreisassoziation zu suchen? Wenn dem nicht so war, dann mußten sich hier Schwierigkeiten auftürmen, die den Kreis als Organ des Landfriedens lähmten und versagen ließen.

Diese Schwierigkeiten hatte Waldenfels in seiner Denkschrift wohl erkannt und daher keine große Hoffnung auf den Kreis gesetzt. Trotzdem wollte der Markgraf sein Möglichstes tun, um die Kreisverfassung, die schon manche schwere Krise überdauert hatte, auch in dieser schwersten Krise zu retten oder gar zur Wirkung zu bringen (17). So wandte er sich im August an Bischof Johann Gottfried als Kreisdirektor und bat, einen allgemeinen Kreistag einzuberufen und folgende Punkte auf die Tagesordnung zu setzen: Besprechung der Lage, Sicherung der Kreisstände gegen Durchzüge, Starkung der Kreisfinanzen (18). Letztlich ging es ihm aber unausgesprochen um die Aufstellung einer Kreisarmee, durch welche er den notwendigen Schutz allein gewährleistet sah.

Dem Bischof mußte diese Anmannung des Kreisobersten sehr ungelegen kommen. Er neigte in seiner Politik stark zur Liga hin und stand damit dem Kreisgedanken recht fern. Und nun hatte er zudem noch zu befürchten, daß die katholischen Kreisstände in einer sehr prekaren Situation von den evangelischen majorisiert und zu einer Kreispolitik gezwungen werden könnten, die inren Absichten zuwiderlief (19). Die Reaktion des Bischofs auf das Schreiben des Markgrafen, das letzterer sogar noch einmal in dringenderer Form wiederholte (20), zeigte deshalb bereits deutlich, wie divergierend die Interessen der leitenden Kreisstände waren und daß man in Bayreuth kaum hoffen konnte, am Kreis den gesuchten Rückhalt zu finden. Der Bischof antwortete am 17. September, daß er die Einberufung eines Kreistages nicht für notwendig erachte, daß man aber mit Bayreuth diesbezüglich weiter in Fühlung bleiben wolle (21).

(17) Einen summarischen Überblick über die Entwicklung der Kreisverfassung gibt Richard Fester in "Franken und die Kreisverfassung", Neujahrsblätter, hrsg. von der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Würzburg, 1906.
(18) StAB, Rep. C40 (Bayreuther Kreistagsakten), Vol. XVII, p.1: Mgf Christian an Bschf Johann Gottfried, 20. 8. 1618.
(19) Weigel, a.a.O., S. 155.
(20) StAB, Rep. C40, Vol. XVII, p.5.
(21) Ebda, p.9.

Was blieb Christian unter diesen Umständen anderes übrig, als die Einberufung eines Konvents der evangelischen Kreisstände ins Auge zu fassen? Aber auch hier stieß er mit seiner Absicht durchaus nicht auf allgemeine Zustimmung. Sein eigener Bruder, Markgraf Joachim Ernst von Brandenburg-Ansbach, verwies ihn auf die vorrangige Bedeutung eines nach Rothenburg o.T. einberufenen Unionstags, wies ihm also deutlich den Weg vom Kreis zur Union (22). Und für eine stärkere Bindung an die Union suchte auch von Waldenfels den Fürsten vor dem vom 7. bis 14. Oktober zu Rothenburg stattfindenden Unionstag zu gewinnen (23). Doch an des Fürsten Einstellung hatte sich auch nach dem Beginn des Krieges nichts geandert. War er schon im vorhergehenden Jahr und beim Unionskonvent im April 1618 deutlich in Widerspruch zu jener führenden Aktivistengruppe getreten, so blieb er auch jetzt bei allen Verhandlungen über die Beschickung des Rothenburger Unionstags sehr zurückhaltend und passiv. Je weniger Interesse aber der Fürst an der Union zeigte, umso mehr war deren Führung daran interessiert, die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach wieder enger an die Union heranzuziehen und zu einer aktiveren Unionspolitik zu bewegen. Als Sprecher und Unterhändler betatigten sich dabei vor allem Markgraf Joachim Ernst und Fürst Christian von Anhalt, der sich auf gemeinsame Interessen der oberen Pfalz und der Markgrafschaft und die gute gegenseitige Korrespondenz berufen konnte.

Besonders Fürst Christian von Anhalt wies den Markgrafen auf die Notwendigkeit einer aktiveren Haltung gegenüber der böhmischen Angelegenheit hin und bat ihn am 3. September, die Lieferung von Kriegsmaterial nach Böhmen zu veranlassen. Aber der Markgraf sagte auch hier ab, indem er sich auf die geringen Bestände seines Zeugnauses berief und die Hoffnung auf eine

(22) Ebda., pag. 17: Mgf Joachim Ernst an Mgf Christian, 25. 9. 1618. Vgl. dazu auch StAB, Rep. C48, Nr. 5b, fol.128: Mgf Joachim Ernst an Mgf Christian, 23. 8. 1618.
(23) StAB, Rep. C47, Nr. 62, fol. 16: Discurs wegen der persönlichen Erscheinung meines Gn. Fürsten und Herrn uff den zu Rothenburg den 27. 9. 1618 angesetzten Unionsconvent.

friedliche Regelung aller schwebenden Probleme ausdrückte (24). Christian von Anhalt versprach sich nun offensichtlich allein durch eine persönliche Aussprache mit dem Markgrafen einen Erfolg seiner Bemühungen, mußte aber auch dabei zunächst eine Enttäuschung erleiden, als ihm lediglich ein Besuch des markgräflichen Geheimrats von Waldenfels in Amberg für den 13. September angekündigt wurde (25). Schließlich erklärte sich der Markgraf dann doch mit einer persönlichen Zusammenkunft am 20. September in Gottsfeld bei Creußen einverstanden (26). Was dort besprochen wurde, ist nicht bekannt, doch erscheint es durchaus möglich, daß der Markgraf gerade durch diese Aussprache mit Fürst Christian von Anhalt zur Überzeugung kam, daß er durch eine aktive Unionspolitik nicht die gesuchte Sicherheit gewinnen könne, sondern ein großes Risiko eingehe. So stand am Ende dieser Fühlungnahme mit dem Vertreter der aktiven pfälzischen Politik die Absage des Markgrafen, persönlich zum Unionstag nach Rothenburg zu kommen. Die Gründe, die er für seinen Entschluß anführte, müssen bis auf einen, von dem noch zu sprechen sein wird, als reine Ausreden gelten.

Da auch von Waldenfels in Rothenburg nicht anwesend war, wurde Bayreuth durch den Hofratsdirektor Urban Caspar von Feilitzsch und den Geheimrat Dr. Johann Baptista Baum vertreten. Beide hatten die Anweisung, sich keinesfalls endgültig festzulegen, alles zu vermeiden, was zu einer Zuspitzung der Lage führen könnte, immer wieder maßigend auf die anderen Mitglieder einzuwirken und im übrigen zu "temporisieren", d.h. alle Entscheidungen von der weiteren Entwicklung abhangig zu machen. Sie sollten sich einerseits gegen eine aktive Böhmenhilfe der Union wenden, andererseits aber für eine tatkraftige Unterstützung aller bedrohten Unionsmitglieder, etwa durch eine aufzustellende

(24) Weigel, a.a.O., S. 86.
(25) StAB, Rep. C47, Nr. 62, fol. 17: Mgf Christian an von Waldenfels und fol. 20: Memorial für von Waldenfels.
(26) StAB, Rep. C48, Nr. 5b, fol. 209 ff. Hier findet sich der umfangreiche Briefwechsel, der der Zusammenkunft vorausging. Vgl. Weigel, a.a.O., S. 91.

Unionsarmee, eintreten (27). Mit dieser Stellungnahme setzte sich der Markgraf wieder deutlich von allen Bestrebungen der aktiven Unionspartei ab und blieb auch im Rahmen der Union seiner passiven Neutralitätspolitik treu. Das löste ihn einerseits weitgehend von allen verfänglichen und unerwünschten Verpflichtungen gegenüber seinen unierten Glaubensgenossen, mußte ihn andererseits auf die Dauer aber des so heiß erstrebten sicheren Rückhalts an ihnen berauben.

Wo also waren Rückhalt und Sicherheit endlich zu suchen und zu finden? Es blieb schließlich noch die Erbeinung mit Sachsen und Hessen, aber auch hier war nicht allzuviel zu erhoffen. Die hessischen Länder lagen vorerst noch weitab vom Schauplatz des Geschehens, und ihre Interessen deckten sich nur wenig mit denen der Markgrafschaft, so war an eine engere Verbindung zunächst nicht zu denken.. Die engste Verbindung bestand wohl mit Sachsen-Coburg und gleiche Interessen ließen gleiche Maßnahmen erwarten. Aber Coburg gehörte dem fränkischen Kreis nur nominell an und war der Union ferngeblieben. So lag Herzog Johann Casimirs Politik doch im wesentlichen auf einer anderen Ebene und mußte häufig ein anderes Gesicht als die des markgräflichen Hofes tragen (28).

(27) StAB, Rep. C47, Nr. 62: Dieser Akt befaßt sich ausschließlich mit den Vorgängen vor und bei dem Rothenburger Unionskonvent. Von besonderem Interesse ist die markgräfliche Instruktion für Feilitzsch und Dr. Baum (fol. 23 ff). Weigel lagen bei seiner Arbeit die brdbg. Unionsakten nicht vor, er hielt sie für verlorengegangen. Trotzdem kommt er bei der Betrachtung des Rothenburger Konvents, a.a.O., S. 125, zur völlig zutreffenden Feststellung: "Die Union war Bayreuth kein Werkzeug einer evangelischen, sondern ein solches ihrer einzelstaatlichen Politik". Vgl. auch Weigel, a.a.O., S. 108 ff.

(28) Vgl. dazu H. Glaser, Die Politik des Herzogs Johann Casimir von Coburg. Zs. des Vereins für thüring. Geschichte, Nr.17, (1895), S. 403-616.
Weigel, a.a.O., S. 192, nennt als "große politische Idee" des Herzogs von Coburg," die Reichsstände zu einer einheitlichen Reichspolitik gegenüber dem habsburg. - böhmischen Konflikt zu einigen". "Seine Friedenspolitik trug ein durchaus aktives Gepräge" (S. 72).

Es verblieb schließlich noch Kursachsen. Zwar gehörte auch dieses Land weder dem Kreisverband noch der Union an, doch hatte zwischen ihm und der Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach seit je eine starke, religiös-konfessionell wie raumpolitisch bedingte Interessengemeinschaft bestanden. Darauf richtete sich nun das Augenmerk des Markgrafen, und ein Ereignis bestärkte ihn noch in seiner Absicht, sich starker an Sachsen anzulehnen. In Bayreuth traf namlich Anfang September die Nachricht ein, daß Herzog Albrecht Friedrich von Preußen, dessen Tochter Maria die Gemahlin Christians war (29), gestorben und Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg schwer leidend sei. Markgraf Christian hielt sich damit für berecntigt, Ansprüche auf Preußen zu erheben. Zu seinen politischen Anliegen gesellte sich also ein ganz persönliches, und es bestent kein Zweifel, daß bei der Betrachtung der Politik des Fürsten im Dreißigjahrigen Krieg dieses sein persönliches Interesse stark berücksichtigt werden muß, da es seine politischen Entscheidungen nicht unbeeinflußt ließ. Des Markgrafen oft zutage tretende Abneigung gegen das Stammhaus Kurbrandenburg wie auch sein Werben um die Gunst des Kaisers lassen sich wohl nicht zuletzt aus diesem Punkt erklären. Mit Sicherheit ist feststellbar, daß die Nachricht aus Preußen in Verbindung mit der allgemeinen politischen Lage dem Markgrafen zuerst den Weg zum Kurfürsten von Sachsen wies (30).

Am 30. September beschloß Christian nach Dresden zu reisen, und er benützte diese Reise geschickt, um sich für den am 7. Oktober beginnenden Unionstag zu entschuldigen (31). Was versprach sich nun der Markgraf von dieser Reise, die ihn am 25. Oktober zu Kurfürst Johann Georg nach Dresden brachte, wo er bis zum 28. Oktober weilte? Zweifellos suchte er vor allem einen Beförderer seiner Absichten auf Preußen denn auch kurfürst Johann Georg war an der Erbfolge stark interessiert (32). Mögen die Unterredungen der beiden Fürsten deshalb" der preußischen mehr

(29) Die Vermahlung fand am 29. 4. 1604 auf der Plassenburg statt.
(30) Weigel, a.a.O., S. 92/93. Weigel stützt sich auf 5 Aktenbande im Brdbg.-preuß. Hausarchiv, Fränk. Abteilung III, 1E, Bd. 4.
(31) S.o. Anmerkung 27.
(32) Weigel, a.a.O., S. 92.

als der böhmischen Angelegenheit gegolten haben" (33), so geht doch aus der weiteren Entwicklung deutlich hervor, daß durch diese persönliche Begegnung mit dem Kurfürsten auch die gesamte Politik des Markgrafen neue Impulse empfing. Sie schwenkte nun auf eine Linie ein, die die Markgrafschaft von allen anderen Bindungen hinweg mehr und mehr an die Seite Kursachsens heranführte.

Als der Fürst aus Dresden zurückkehrte, trat im Winter 1618/1619, nach dem recht ergebnislos verlaufenen Unionstag zu Rothenburg, die Kreispolitik wieder stärker in den Vordergrund des Interesses am markgraflichen Hof. Die Einberufung eines Kreistages schien nach wie vor notwendig, aber nun waren es nicht nur politische, sondern vor allem rechtliche Erwägungen, die seine Ausschreibung, sogar gegen den ausdrücklichen Wunsch des Kaisers, immer wieder verzögerten. Die Zeit der "kreisausschreibamtlichen Differenzen" zwischen den beiden ausschreibenden Fürsten des Fränkischen Kreises, dem Bischof von Bamberg und dem Markgrafen von Brandenburg-Kulmbach, ließ eine Einberufung der Kreisstände schließlich an reinen Verfahrensfragen der Ausschreibung scheitern. Bamberg sah nämlich im Markgrafen, da er keine Kreiskanzlei besaß, auch keinen gleichberechtigten Mitdirektor, sondern gestand ihm nur das Recht einer Unterzeichnung, Siegelung und abwechselnden Versendung der vom Bischof vollzogenen Ausschreibungen zu. Der Markgraf nahm demgegenüber an, daß Bambergs Direktorium nur bei den Kreisversammlungen selbst gelte und erstrebte die rechtliche Gleichstellung mit Bamberg bei deren Einberufungen. Natürlich stand dabei im Hintergrund des Rechtsstreites doch das politische Motiv der Führung im Kreis, die sich Bamberg allein zuschrieb, während

(33) Ebda., S. 129.

Bayreuth zumindestens Gleichberechtigung forderte (34).

Nach langem Disput sollte der Kreistag schließlich Anfang April 1619 in Nürnberg zusammentreten, aber noch ehe er begann, die Möglichkeit eines geschlossenen Vorgehens der evangelischen und katholischen Kreisstände fast aussichtslos geworden. Der Markgraf erhielt laufend Berichte über starke Rüstungen im Hochstift Bamberg (35). Das mißtrauen, das diese Werbungen bei den evangelischen Kreisständen erweckten, konnte auch durch die Versicherung des Bischofs vom 19. März, daß die "sehr geringe Präparation, welche nicht wol eine Werbung zu nennen", nur der Sicherung seiner Stifter diene, nicht beseitigt werden (36). Es mußte jeden Erfolg eines Kreistages von vorneherein unmöglich machen.

Aus dieser Einsicht und im Bestreben, bei dem kommenden Kreistag wenigstens eine geschlossene Front der evangelischen Kreisstände zu erreichen, berief der Markgraf am 28. Februar, also noch vor dem Zusammentritt des allgemeinen Kreiskonvents, einen Partikularkonvent der evangelischen Mitglieder zum 24. März nach Neustadt a.d. Aisch ein. Man wollte sich dort einig werden über die Stellung zur kaiserlichen Forderung einer Geldhilfe gegen die Böhmen, über die Errichtung einer Kreisdefension und ein Zusammengehen mit den Nachbarkreisen (37). Dieser Partikularkonvent darf ein Erfolg der

(34) Diese "kreisausschreibamtlichen Differenzen" füllen mehrere Volumen (Vol. XVII, XVIII, XVIIII u. XXIV) der bayreuther Kreistagsakten, StAB, Rep. C40. Auch Weigel, a.a.O., S. 155-171, befaßt sich eingehend mit dieser Materie, die für eine Betrachtung der markgräflichen Politik häufig nur mittelbare Bedeutung hat.
Die Rechtsgrundlage des Streites war eine "Vergleichung" zwischen Bamberg und Brandenburg vom 11. August 1559 zu Augsburg. Die Urkunde darüber findet sich in "Gründliche und aus richtigen bisnero ungedruckten Urkunden gezogene Nachricht vom Crays-Ausschreib-Amt, absonderlich in Francken," von Joh. David Köhler. Erschienen 1741 bei Joh. Christian Schröter, Leipzig, S. 45, Beilage Lit. A.

(35) StAB, Rep. C48, Nr. 6. Reiche Korrespondenzen, vor allem mit Neustadt a.d. Aisch, über das von Bamberg geworbene Kriegsvolk.

(36) StAB, Rep. C40, Vol. XVII, pag. 730: Bschf Johann Gottfried an mgf Christian, 19. 3. 1619. Vgl. Weigel, a.a.O., S. 179.

(37) Ebda, pag. 377 (Fürsten) u. pag. 383 (Grafen, Herren und Stadte), Mgf Christian an die ev. Kreisstände, 18. 2. 1619. Vgl. Weigel, a.a.O., S. 176.

markgräflichen Politik genannt werden. Sein Abschied vom 29. März brachte ein stärkeres Zusammenrücken der evangelischen Kreisstände und deren eindeutige Stellungnahme zugunsten Bayreuths im Streit um das Kreisausschreibamt (38).

So ging der Markgraf dem kommenden allgemeinen Kreiskonvent wenigstens mit der Gewißheit entgegen, eine möglichst geschlossene Front der evangelischen Kreisstände hinter sich zu haben. Aber mußte nicht gerade daran seine Absicht, die Kreisidee zur Schaffung eines starken Defensivbündnisses zu nützen, scheitern? Der geschlossenen Front der weltlichen Kreisstände stand eine nicht weniger geschlossene der geistlichen Fürstentümer gegenüber. Der Abschied des allgemeinen fränkischen Kreiskonvents zeigte dann auch einen unüberbrückbaren Zwiespalt der Meinungen auf: "So haben alle Anwesende insgemein gute Wachsamkeit und vertrauliche Communikation und Zusammensezung notwendig befunden, sich auch dazu willig erboten .....So viel aber den modum der Bereitschafft betrifft, seynd verschiedene Meinungen gegeneinander beharret worden". Während die katholischen Stände eine "Particularbereitschafft" für ausreichend erachteten, glaubten die evangelischen, "man könne in terminis der Particularbereitschafft nicht bleiben, sondern man solle zu einer würcklichen Bereitschafft sich einer gewißen Anzahl Monath an Geld vergleichen und Herrn Crays- Obristen Befelch auftragen, daß er Volck werben, ... daß diser Crays defensive versichert und auf Mahnen der Benachbarten mit Succurs aller Schuldigkeit erweisen möge". Da man sich nicht einigen konnte, verglich man sich auf die baldige Abhaltung eines weiteren Kreistages (39).

Wenn der Markgraf bis dahin vielleicht noch gehofft hatte, daß die Aufstellung einer Kreisarmee unter seiner Führung möglich sei und die nötige Sicherheit gewährleiste, so mußte er nun erkennen, daß eine solche Kreisarmee für immer illusorisch bleiben werde. Als dann nach langeren Disputen zwischen Bamberg und Bayreuth vom 2. bis 7. Juni eine weitere Kreisversammlung zu

(38) Ebda, pag. 788: Abschied der evang. frank. Kreisstände, Neustadt, 19. März 1619.
(39) Receß des Fränckischen allgemeinen Crays-Convents, d.d. 18. (8.) April 1619 in Friedrich Carl Moser: Des hochlöblichen Fränckischen Crayses Abschide und Schlüsse vom Jahr 1600 biß 1748. (Lochner, Nürnberg, 1752), Bd.I,S 136 ff.

Nürnberg stattgefunden hatte, ohne daß sich eine Annäherung der Standpunkte ergab (40), verlagerte sich das Interesse der markgräflichen Politik auffällig vom Kreis wieder mehr auf die Union.

Dieser Wandel kündigte sich schon im Abschied des Kreistages zu Nürnberg an, den der markgrafliche Gesandte, der Landschreiber und Geheimrat Hans Christoph Pfennig, allein ad referendum annahm und in welchen er die ausdrückliche Feststellung aufgenommen wissen wollte, daß die Union "nichts anders als des Heiligen Reichs Religion- und Profan-Frieden und deßen Beschüzung ihres Theils angesehen".... und daß es deshalb kein Verstoß gegen die Reichsverfassungen sei, wenn der Inhaber des Kreisobristenamtes ihr angehöre (41). Die Aufnahme dieses Passus sollte Bayreuth nachdrücklich und öffentlich die Rechtmäßigkeit seiner Zugehörigkeit zur Union bescheinigen.

Der Wandel in der markgräflichen Politik wurde völlig offenbar mit der erneuten Einberufung eines Partikularkonvents der evangelischen Stande des Frankischen Kreises zum 25. Juli 1619 nach Nürnberg. Dieser Konvent bezeichnete das Ende der bisherigen Kreispolitik des Fürsten. Sein Abschied brachte eine volle Anerkennung der führenden Rolle des Kreisobristen, eine Absage an die Politik der katholischen Mitstande und schließlich die Feststellungen: "... daß bey jezigen leyder allzusehr eingerißenen Mißtrauen im Reich die Crays-Verfaßung gar nicht zu practiciren", daß man desnalb "einen starckern ... zu suchen und sich mit der hochlöblichen Union zu conjungiren" gedenke. Alles geworbene Volk sollte der Union unterstellt werden (42). Gerade jetzt, da sich die Freunde und Gegner des Hauses Habsburg zur entscheidenden Auseinandersetzung rüsteten, da der künftige Kaiser Ferdinand und der künftige König Böhmens, Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz, immer starker als ihre Exponenten hervortraten, da also

(40) Receß des Franckischen allgemeinen Crays-Convents, d.d. 7. Juni (28. May) 1619. Moser, a.a.O., Bd. I, S. 139 ff.
(41) Ebda., S. 141/142.
(42) Receß des von denen Evangel. Fürsten und Standen des Fränck. Crayses gehaltenen Convents, d.d. 15. Juli 1619. Ebda., S. 145 ff.

auch dem Fränkischen Kreis äußerste Kriegsgefahr dronte, scheiterte das Kreisdefensionswerk am gegenseitigen Mißtrauen der Stände. Unter des Markgrafen Führung zeichnete sich nun eine deutliche Schwenkung aller bisher unentschlossenen evangelischen Kreisstände zur Union ab. Der Markgraf selbst stand wohl niemals der Union so nahe wie in diesem Zeitpunkt (43).

Diese Darlegung darf aber keinesfalls zu falschen Vorstellungen führen. Die Grundlinie der markgräflichen Politik anderte sich nicht, und ein aktives Vorgehen der Union lehnte der Markgraf nach wie vor ab. Er sah in ihr nur ein Defensivbündnis, und die Bedeutung der Union als Schutzmacht war, nach dem Scheitern der Vernandlungen im Kreis, in seinen Augen erheblich gestiegen. So wurde in diesem Stadium der Entwicklung seine eigene Unionspolitik zwar freier und tätiger, wirkte aber ausschließlich im Sinne einer Starkung der Union als bewaffnete Defensivkraft. Ja, die Perspektiven der markgräflichen Politik weiteten sich noch. Der Gedanke eines evangelischen Gesamtkonvents tauchte wieder einmal auf und wurde in Bayreuth nun lebhaft begrüßt. Als im Juni ein Unionstag zu Heilbronn stattfinden sollte, traf der Markgraf deshalb nicht nur selbst eingehende Vorbereitungen zu seiner Beschickung, sondern er entsandte auch seinen Hofratsdirektor von Feilitzsch nach Dresden, um den Kurfürsten von Sachsen zum Besuch des Heilbronner Tages oder eines sonstigen in Aussicht genommenen Gesamtkonvents der Evangelischen einzuladen. Die Antwort des Kurfürsten Johann Georg, die als Absage zu lesen war (44), mag in Bayreuth Enttäuschung hervorgerufen haben, konnte aber die eigenen Vorbereitungen auf die Heilbronner Tagsatzung nicht beeinflussen. Das Interesse lag dabei sowohl auf politischen Aspekten als auch besonders auf der baldigen Aufstellung einer starken Unionsarmee, die allen Unierten eine entsprechende Sicherung inrer Territorien gewanrleisten konnte. Der Fürst erklärte sich bereit, dafür die notwendigen finanziellen

(43) Man vergleiche zur Vorgeschichte(1608-1618): Moriz Ritter, Geschichte der deutschen Union, Schaffhausen 1867 u. 1873, ferner Moriz Ritter, Politische Geschichte der Union, Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften, München, 1880.
(44) Glaser, a.a.O., S. 515.

Opfer zu bringen (45). So gingen die markgraflichen Gesandten, begleitet von reichen Wünschen und Hoffnungen ihres Herrn, nach Heilbronn. Das Ergebnis der Heilbronner Tagsatzung mußte schließlich in Bayreuth recht zwiespältige Gefühle erwecken, hatte man doch einerseits unter dem Titel der Verteidigungsbereitschaft wirklich die Aufstellung eines Unionsheeres von 8000 Mann zu Fuß und 3000 zu Pferd beschlossen, andererseits aber auch die Absicht kundgetan, aktiver zugunsten der Böhmen in die Auseinandersetzung einzugreifen(46).

Kurz nach dem Unionskonvent von Heilbronn erging Ende August durch Kurfürst Friedrich an Markgraf Christian die Ladung zu einem engeren Unionskonvent in Rothenburg, der Anfang September stattfinden sollte. Dabei stand keine geringere Frage als die Annahme der böhmischen Königswahl durch den Kurfürsten auf der Tagesordnung. Hier fühlte sich Bayreuth nun an einer sehr empfindlichen Stelle getroffen, denn eine Annahme der Krone durch das Haupt der Union war ein offensiver Schritt, der den Ansichten und Absichten Bayreuths zuwiderlaufen mußte. So war auch die Instruktion, die der Markgraf seinem nach Rothenburg abgesandten Hofratsdirektor von Feilitzsch und dem Geheimrat Dr. Baum erteilte, im Hinblick auf die bereits erfolgte Wahl und ihre bevorstehende Annahme voller Bedenken. Mit der Feststellung, daß eine Annahme nur dann angebracht sei, wenn alle evangelischen Stände hierfür "Rath und That conferirn" und sie "in gesampter Resolution abfassen und schließlich helfen möchten", war deutlich ausgesprochen, daß Brandenburg-Kulmbach nur eine von allen evangelischen Reichsständen gebilligte Annahme der Königswahl gutheißen wollte! Da das unter den gegebenen Umständen aber unmöglich zu erreichen war, kam die Instruktion der markgraflichen Abgesandten einem verhüllten "Nein" zur Frage der Annahme der Wahl gleich (47).

---

(45) StAB, Rep. C47, Nr. 63, fol. 62 ff: Instruktion f. Feilitzsch und Dr. Baum, 15. 5. 19. Vgl. dazu auch das Kapitel "Landschaftswesen und finanz. Lage".

(46) Moriz Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges, 3. Bd., in "Bibliotnek deutscher Geschichte", hrsg. von Zwiedineck-Südenhorst (1908), S. 32.

(47) StAB, Rep. C47, Nr. 64, fol. 6: Kf Friedrich an Mgf Christian, 21. 8. 1619; fol. 9 ff: Instruktion für die nach Rothenburg abgesandten Rate, 30. 8. 1619.

Dem Rothenburger Unionskonvent, der die Annahme der Königswahl durch Friedrich nicht mehr verhindern wollte oder konnte, folgte am 12. November ein allgemeiner Korrespondenztag in Nürnberg. Er sollte, weit über den Rahmen der Union hinaus, alle aktiven, habsburgfeindlichen protestantischen Fürsten, Städte, Grafen und Reichsritter sammeln und zu gemeinsamem Vorgehen zugunsten der böhmischen Stände bewegen (48). Da nun die aktivsten Mitglieder der Union Markgraf Christians Stellungnahme kannten, versuchten sie noch vor Beginn des Nürnberger Tages durch den Landgrafen Moritz von Hessen, den Fürsten doch noch für ihren Standpunkt zu gewinnen. Schon unmittelbar nach dem Heilbronner Tag hatte Moritz von Hessen dringend um eine persönliche Aussprache mit dem Markgrafen in Neustadt a.d. Aisch ersucht, aber letzterer war ausgewichen und hatte sich entschuldigt, daß er verhindert sei, dorthin zu kommen (49). Nun erschien Moritz von Hessen kurz vor Beginn des Nürnberger Tages persönlich in Bayreuth. Aber die Atmosphäre in der er empfangen wurde, war offensichtlich recht frostig. Der Markgraf und seine Räte waren über die Annahme der Königswahl erschreckt und verärgert. So mußte der Landgraf an den Herzog von Coburg berichten, daß er "die Sachen nicht allermaßen also disponirt befunden, wie wir uns wohl versehen und wünschten mögen, sintemahl wir soviel verspürt, daß man auch dieser Orts wegen etlicher Privatrespecten noch zurückhalten und die persönliche Erscheinung zu Nürnberg decliniren will" (50). So gehörte schließlich die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach, auch bei dem Nürnberger Korrespondenztag durchaus zu den in ihrer Politik gemäßigten und vor allem einen offenen Bruch mit dem Kaiser ablehnenden evangelischen Reichsständen. Aber deren Zahl war sehr klein geworden, und außer Brandenburg-Kulmbach gehörten dieser Gruppe der Union schließlich nur noch die Reichsstädte und die Grafschaft Ottingen an. Dementsprechend konnten sie ein Heraustreten aus der Defensive und eine aktive Unterstützung der böhmischen Stände nicht mehr verhindern (51).

(48) Ritter, Deutsche Geschichte etc., 3. Bd., S. 66.
(49) StAB, Rep. C47, Nr. 64, fol. 24: Mgf Christian an Landgraf Moritz von Hessen, 10. 9. 1619.
(50) Glaser, a.a.O., S. 520.
(51) StAB, Rep. C47, Nr. 65 und Nr. 66.

Trotzdem blieb Christian auch nach dem Nürnberger Tag als Unionsmitglied seiner Politik mit großer Konsequenz treu, und als die Union tatsächlich Truppenteile nach Böhmen abstellte, leistete er dem im Rahmen des Möglichen Widerstand. Er hatte sich schon bei der Aufstellung der Unionstruppen ausbedungen, daß es ihm jederzeit freistehen sollte, seine Offiziere "im Fall eigener Bedürfnis nach Belieben wieder abzufordern" (52). Von diesem Recht der Abforderung machte er in der Folge auch wiederholt Gebrauch, ohne daß eine dringende Notwendigkeit dafür erkennbar war (53). Aber seine Absichten und Handlungen zur Schwächung der Unionstruppen in Böhmen gingen weit über die Abberufung einzelner Offiziere hinaus. Das Ziel, das er im Winter 1619/1620 mit großer Beharrlichkeit verfolgte, war kein geringeres, als den Abzug aller Unionstruppen aus Böhmen zu erreichen (54). Dabei kamen ihm zwei Umstände sehr zustatten. Zunächst, daß diese Truppen, die nur unzureichende Winterquartiere gefunden hatten, die vielfachen Mangel litten und die sich "von den groben Böhmen je lenger je schlimmer tractirt" fühlten, nichts mehr ersehnten, als den baldigen Abmarsch aus Böhmen (55(. Dann, daß er in enger Verbindung zu Hans Georg von Lichtenstein stand, der als Obristleutnant 4 Kompanien Reiter befehligte. Mit ihm entspann sich schon im Herbst 1619 ein reger Briefwechsel, durch welchen der Markgraf aufs eingehendste mit allen Vorgängen in Böhmen vertraut gemacht wurde. In diesem Schriftwechsel fehlte es nicht an gehässigen Tönen gegenüber dem Königlichen Hof zu Prag, mit dem man beiderseits kein gutes Einvernehmen hatte. Bald war man sich einig, daß es nur ein Ziel gebe: den Abzug der Truppen, auch gegen den Widerstand des Königs und Christians von Anhalt(56). Um diesen Abzug zu erreichen, nützte der Markgraf nun seinen ganzen Einfluß, den er auf den stellvertretenden Unionsgeneral,

(52) StAB, Rep. C47, Nr. 76, 2. Mappe: Mgf Joachim Ernst an Mgf Christian, August 1620. -Der Akt ist ungebunden.
(53) StAB, Rep. C47, Nr. 74 (ungebunden): Abforderung Hannß Ott von Schaumbergs. StAB, Rep. C47, Nr. 76: Abforderung des Hauptmanns von Reitzenstein.
(54) StAB, Rep. C47, Nr. 74, enthält die umfangreichen Korrespondenzen zu dieser Frage.
(55) Ebda.: Lichtenstein an Mgf Christian, 31. 12. 1619.
(56) Ebda. Besonders die Briefe Lichtensteins vom Januar 1620 lassen deutlich werden, daß es zwischen ihm und Prag fortgesetzte Schwierigkeiten gab.

seinen Bruder Joachim Ernst, hatte. So konnte Lichtenstein endlich im April 1620 den ergangenen Befehl zur Rückführung der Truppen in die Oberpfalz nach Bayreuth übersenden. Der Markgraf nahm ihn mit Befriedigung zur Kenntnis, waren doch die Truppen nun dem in seinen Augen sinnlosen und gefährlichen böhmischen Abenteuer entrückt und standen wieder zu notwendigen Verteidigungszwecken im Reich zur Verfügung. Zudem sollten alle aus Christians Dienst stammenden Offiziere aus den Kompanien entlassen und an ihn zurückgeschickt werden (57).

Was aber war damit wirklich gewonnen? Wie stand es im Frühjahr 1620 um die Verteidigungskraft der Union? Durch den fortschreitenden Aufbau einer starken ligistischen Streitmacht in Süddeutschland unter Herzog Maximilian von Bayern war die Bedrohung der evangelischen Territorien gewachsen, und eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Liga und Union schien unvermeidlich. Aber "schwankend zwischen Angriffslust und der Furcht vor den Folgen des Angriffs" (58), hatten die Führer der Union stets nur halbe Maßnahmen ergriffen. Schließlich kam es dann vor dem endgültigen Zusammenstoß, am 3. Juli 1620, zumVergleich von Ulm, der zwar einen Krieg zwischen Liga und Union zunächst ausschloß, der aber in seinen Bedingungen auch die Schwäche der Union jedermann offensichtlich werden ließ und praktisch das Schicksal des "Winterkönigs" besiegelte.

Markgraf Christian hatte mit zunehmender Unzufriedenheit diese Entwicklung verfolgt, und spätestens der Termin des Ulmer Vergleichs stellte in seiner Politik wieder einen Wendepunkt dar. Eine neue, gründliche Analyse der politischen Lage schien notwendig. Eine vollständige Abwendung von der Union und ihren Belangen lag nun im Bereich der Möglichkeit, und es bedurfte eines eingehenden Gutachtens, dessen Verfasser zwar nicht ausdrücklich genannt wurde, das aber doch mit der unverkennbaren Genauigkeit eines Waldenfels abgefaßt war, um Christian im Sommer

(57) Ebda.: Lichtenstein an mgf Christian, 29. 4. 1620. Mit Kopie des Befehls mgf Joachim Ernsts vom 26. 4. 1620.
(58) Ritter, Deutsche Geschichte etc., S. 92.

1620 davon abzuhalten, aus der Union auszutreten (59). Wieder wurden in diesem Gutachten alle Möglichkeiten, die sich zur Sicherung des Landes boten, untersucht. Sieben "rationes pro negativa" wurden für den Fall einer "Separation von der Union", einer "Singularitet" oder Neutralität angeführt. Nachdem vor der politischen Vereinzelung genau so wie vor einer Neutralität, bei der man "wenn nicht den beiden Kriegenden, so doch schließlich dem Siegenden zum Raube wird", gewarnt worden war, wurde die Frage geprüft, ob von der Erbvereinigung, vom Kreis, von anderen "Konjunktionen", vom Kaiser oder einem Bündnis mit den Katholiken Hilfe zu erwarten sei. Der Verfasser kam schließlich zu dem Ergebnis, die Union sei also immer noch das Beste, denn jeder verlange mehr und gebe weniger (60).

Neben dieses allgemeine Gutachten über die politische Lage und die Mitgliedschaft in der Union trat ein besonderes, von allen markgraflichen Räten ausgearbeitetes, als für Mitte September ein Unionstag nach Worms einberufen wurde. Auch in ihm vertrat nun das gesamte Ratskollegium die Meinung, daß man den Wormser Tag auf alle Fälle beschicken sollte, da es sonst als offener Bruch mit der Union ausgelegt werden könnte und man "zu den Notfällen schlechten oder wohl gar keinen Succurs, Aßistentz oder Entsezung zu gewartigen habe" (61).

Das Ergebnis aller Erwagungen darf wohl als ein Kompromiß zwischen dem persönlichen Wunsch und Willen des Markgrafen und der Meinung seiner Räte angesehen werden. Markgraf Christian blieb Unionsmitglied, aber er stellte die Kontributions-

(59) Die Einstellung des Geheimrats von Waldenfels geht zum Vergleich auch aus einem Briefwechsel des Mgf mit dem Bschf von Bamberg, gegen den Waldenfels "verfangliche Reden ausgestoßen" haben sollte, hervor. StAB, Rep. C47, Nr. 76, 5. Mappe.
(60) StAB, Rep. C47, Nr. 75: Gutachten mittelst dessen dem Herrn Marggraf Christian zu Brandenburg eine Separation von der Union der Evang. Stände widerrathen worden ist, anno 1620.
(61) StAB, Rep. C47, Nr. 73, fol. 5: Unterthenige Bedenckhen von den Zur Worms angestellten Unionstag und dessen Besuchung betr., 27. 8. 1620.

zahlungen weitgehend ein (62) und entsandte auch nach Worms keine offiziellen Abgeordneten (63).

Die persönliche Abneigung des Fürsten gegen die Union war damit so offensichtlich, daß sie auch deren führenden Kräften nicht mehr verborgen blieb. So sah man sich veranlaßt, ihn wiederholt in dringendem Ton zu einer verständnisvolleren und aufgeschlosseneren Haltung zu bewegen. Das erste dieser Schreiben der unierten Stände an den Markgrafen, unterzeichnet von Markgraf Joachim Ernst, Herzog Johann Friedrich von Württemberg und Markgraf Georg Friedrich zu Baden, ging denn auch sofort nach dem Zusammentritt der Stände von Worms ab. Wenn es dabei der Leitung der Unierten auch in erster Linie um die Beschaffung finanzieller Mittel für die weitere Kriegführung gegen Spinola zu tun war, so hatte gerade dieses Schreiben doch einen hochpolitischen Hintergrund, indem es den Markgrafen nach einer Analyse der Lage überzeugen sollte, daß allein die Union imstande sei, das evangelische Wesen und die deutsche Libertät zu retten (64). In weiteren, gleichlautenden Schreiben bestürmte man den Markgrafen immer wieder, den Interessen der Union zu folgen (65).

Man kann aus all diesen Schreiben einen Ton des Mißtrauens gegenüber dem Markgrafen, dessen stereotype Antwort "Wir werden sehen, was sich tun läßt", lautete (66), herauslesen. War dieses Mißtrauen ganz unberechtigt? Was versprach sich der Markgraf noch von der Union, der er selbst nichts mehr geben wollte? Man gewinnt den Eindruck, daß der Fürst nur noch Unionsmitglied war, um über alle Vorgänge aus erster Quelle unterrichtet zu werden. Der persönliche Kontakt mit seinem Bruder reichte ihm dabei nicht aus. Wußte die Führung der Union um die Rolle des

(62) S. u. Kapitel "Landschaftswesen und finanz. Lage"!
(63) StAB, Rep. C47, Nr. ad 77: Mgf Christian an Dobenecker, 30. 8. 1620.
(64) StAB, Rep. C47, Nr. 70: Schreiben der unierten Stände an Mgf Christian, Worms, 12. 9. 1620.
(65) Ebda. Aus der umfangreichen Korrespondenz sei nur auf folgende Schreiben verwiesen: Mgf Joachim Ernst an Mgf Christian, 8. 10. 20; Johannes Pfalzgraf bei Rhein, Herzog Joh. Friedrich und Mgf Joachim Ernst an Mgf Christian, 13. 12. 1620.
(66) Ebda.: Mgf Christian an Mgf Joachim Ernst, 16. 8. 20; Mgf Christian an denselben, 10. 12. 20; Mgf Christian an die Unierten, 5. 1. 1621.

"Geheimen Canzley- und Unionsverwandten" Dobenecker? Dobenecker war Ende April 1620 offiziell als Schreiber zum Unionskriegsrat abgeordnet worden (67), inoffiziell war er dort nachweislich seit dem Ulmer Vergleich als markgräflicher Agent mit dem Auftrag tatig, mindestens wöchentlich einmal eingehend über alle Vorgange zu berichten und möglichst von allen wichtigen Schriftstücken und Korrespondenzen Abschriften zu besorgen (68). Dobenecker wurde dieser Aufgabe in vollem Umfang gerecht. Ein Beweis für die Bedeutung, die man ihm in Bayreuth zuschrieb, war, daß alle seine ausführlichen "Relationen" an den Markgrafen persönlich gingen und daß er meist seine Anweisungen auch von Christian persönlich bekam. Und was sich sonst wohl kaum jemals ereignete, geschah hier: der Markgraf belobigte den Schreiber im Feldlager der Union persönlich für seine Dienste und Relationen (69) und erhöhte bereitwillig sein festes Gehalt um monatlich 30 fl., die bezeichnenderweise aus der Defensionssteuer zu bezahlen waren (70). Aber was wußte Dobenecker nicht auch alles zu berichten, besonders, nachdem der Markgraf ihn seinem Bruder Joachim Ernst aufs warmste empfonlen und diesen gebeten hatte, daß Dobenecker "nicht allein zum dictatus admittirt werde", sondern auch "do etwas Denckwürdiges vorkombt, ihme ein solches vertreulich communicirt werden möge" (71)! Dobenecker gab lange Berichte über Konferenzen, Abschriften des vom Unionskriegsrat oder einzelnen seiner Mitglieder geführten Briefwechsels, Mitteilungen über stattgefundene Empfange und Bankette, ja er schrieb sogar, neben dem Hauptmann von Reitzenstein (72), Berichte über Kämpfe und Truppenbewegungen und schickte Skizzen der Feldlager nach Bayreuth. Und gerade an solchen Karten des Lagers bei Oppenheim und seiner Umgebung war der Markgraf besonders interessiert. Deshalb schienen ihm auch die Skizzen nicht ausreichend, und er forderte weitere Plane von den Schan-

(67) StAB, Rep. C47, Nr. ad 77: Mgf Christian an Mgf Joachim Ernst, 29. 4. 20.
(68) Ebda.: Kanzler v. Feilitzsch an Dobenecker, Juli 1620 und 20. 12. 20.
(69) Ebda.: Mgf Christian an Dobenecker, 24. 8. 1620.
(70) StAB, Rep. C47, Nr. 77: Mgf Christian an Rentgegenschreiber Lenz, September 1620.
(71) StAB, Rep. C47, Nr. ad 77: Mgf Christian an Dobenecker, 24. 8. 1620. Diesem Brief lag ein Schreiben an Mgf Joachim Ernst bei.
(72) StAB, Rep. C47, Nr. 77: Berichte des Ernst v. Reitzenstein an Mgf Christian, 23. 5. 1620 und 1. 9. 1620.

zen und Redouten und Schiffbrücken (73).

Daß der Markgraf an allen politischen Vorgangen Anteil nahm, ist verständlich. Wozu aber benötigte er genaue Pläne der Befestigung des Unionslagers? Sollten diese Skizzen vielleicht gar nicht für Bayreuth bestimmt gewesen sein? Es steht fest, daß mit der zunehmenden Entfremdung und Absonderung von der Union eine engere Verbindung mit den Mitgliedern der Erbvereinigung Hand in Hand ging. Das alte Vertrauensverhaltnis des Fürsten mit dem Herzog von Coburg war immer erhalten geblieben, und an diesen wurden auch nachweislich Dobeneckersche Berichte weitergeleitet (74). Aber auch mit Kursachsen war die Verbindung seit dem Besuch Christians in Dresden nicht mehr abgerissen und hatte sich zunehmend enger gestaltet. So konnte der Kurfürst schon im Juli 1620 die "güte affection und continuirung der hergebrachten correpondenz" vermerken und - zu Gegendiensten stets bereit - um weitere Mitteilungen bitten (75). Im August 1620 wandte sich der Markgraf auch an Landgraf Moritz von Hessen, dem er einst als Parteiganger der aktiven Gruppe in der Union so abweisend gegenübergetreten war, und bat ihn, unter Berufung auf die Erbvereinigung, um fernere Zusammenarbeit (76).

Die Erwartungen, die der Markgraf, stets auf die Wahrung des nötigen Respekts vor dem Kaiser bedacht, zuerst vorwiegend auf den Kreis, dann auf die Union und schließlich auf Kursachsen und die Erbvereinigung setzte, hatten ihn politisch nur einen Weg reicher Enttäuschungen geführt. Wenn das Ziel, die Sicherung des Landes und die Erhaltung des Friedens, auch eindeutig feststand, war es doch ein Weg des ängstlichen Lavierens mehr als des klaren, zielbewußten Schreitens gewesen, ein passives Treibenlassen oft mehr als ein aktives Treiben. Die erwünschte Sicherheit hatte der Markgraf nicht gefunden. Nun stand er im Spatherbst des Jahres 1620 wieder einmal allenthalben zwischen den Fronten. Diese Erkenntnis schloß für ihn

(73) StAB, Rep. C47, Nr. ad 77: Mgf Christian an Dobenecker, 15. 11. 20.
(74) StAB, Rep. C47, Nr. 77: Mgf Christian an Hzg Joh. Casimir. Mit Kopien der Berichte Dobeneckers und der Bitte um weitere enge Kommunikation, 19. 8. 1620.
(75) Ebda.: Mgf Christian an Kf Joh. Georg, 2. 7. 1620; Kf Joh. Georg an Mgf Christian, 10. 7. 1620.
(76) Ebda.: Mgf. Christian an Lgf Moriz v. Hessen, 13. 8. 1620.

zwar das immer noch gefürchtete Risiko ein, im Augenblick dringender Gefahr keinen einzigen starken Freund und Verbündeten zu haben, aber sie gab ihm auch die Gelegenheit einer echten Vermittlerrolle zwischen den feindlichen Kräften. Nun zeigte sich der Fürst erstmals bereit, dieses Risiko zu tragen und seine Chance zu nützen. Er erwartete den Ausgleich nicht mehr so sehr von den anderen, sondern er selbst wollte, nach dem Maß seiner Kräfte und Möglichkeiten, dazu beitragen. Die allgemeinen Ereignisse kamen ihm dabei zustatten. Die Schlacht am Weißen Berg war geschlagen, und König Friedrich war aus Böhmen entflohen. Der Zeitpunkt für einen Ausgleich der Gegensätze schien dem Markgrafen besonders günstig zu sein. Nicht nur die Intensität seines politischen Wirkens stärkte sich nun, sondern auch dessen Umfang weitete sich erheblich. Als Handelnder griff der Fürst bewußt in die Reichspolitik ein. In dieser Zeit erreichte er denn auch während der ersten Phase des Krieges den Höhepunkt seines politischen Einflusses und seiner politischen Bedeutung.

Unmittelbar nach der Schlacht am Weißen Berg nahm der Markgraf im Dezember 1620 durch zwei Schreiben an Kaiser Ferdinand die Verbindung mit Wien wieder auf. In der Form eines herzlich gehaltenen Glückwunsches zum Siege des Kaisers und seiner Sache stellten sie, nebst einem Schreiben vom Februar 1621, nichts mehr und nichts weniger als unbedingte Ergebenheitsadressen dar. Es steht da zu lesen: "Nun mögen E. Käyßl. Mäy. gewiß versichert seyn, daß Ich nechst Gottes Ehr uff dießer Weldt mir nichts mehr angelegen und sorgfeltig seyn laße, alß daß E. Käyßl. Mäy. Hochheit und Reputation, worauf deß ganzen Römischen Reichs Wohlstandt runet, in schuldige Acht genommen, und zu derselben Schwechung nichts Schedtliches attentiret ...."werde (77). Diese Versicherungen aus des Markgrafen Feder waren keine leeren Redensarten, sie waren durchaus glaubwürdig und wurden auch so empfunden. So schufen sie wieder ein gegenseitiges Vertrauen, das einst bestanden hatte und das durch die Ereignisse des Kriegsbeginns höchstens verschüttet, aber nie gelöscht worden war. Nun hatte der Kaiser in Christian den Fürsten gefunden, der selbst noch

(77) StaB, Rep. C48, Nr. 31, fol. 32-36! Mgf Christian an Kaiser Ferdinand, 7. 2. 1621. Dieses Schreiben wiederholt am Anfang auch den Inhalt der beiden Schreiben vom 3.u.4.12.1620.

im Lager der Union stehend, der kaiserlichen Sache größte Dienste erweisen konnte. So versicherte denn Kaiser Ferdinand dem Markgrafen auch in einem betont herzlichen Schreiben, daß er an seiner "hergebrachten Devotion" nie gezweifelt habe und daß ihm diese stets unvergessen bleiben werde. Dann wies er Christian eine Aufgabe zu, die keinem geringeren Ziele diente, als auf dem bevorstehenden Unionstag zu Heilbronn auf eine Auflösung der Union hinzuarbeiten: "Hierumben so ermahnen und begeren Wir an D.Ld. hiemit in gnedig vätterlicher Wohlmainung, sy wolle die auf diesem Werckh beruhende Gefahr und Ungelegenheit gutherzig und vernünfftiglich betrachten, und sich bey obgerürter Hailbrunnischen Zusammenkunft zu weitern Bündtnußen nicht allein für sich selber nicht bewögen und verlaithen, sundern auch anderer Ortten, bey denen D. Ld. mit Ihrer Authoritet und gutem Exempel vil vermag, zu einem gleichmäßig ruhmblichen Effect gute Officia **prästirn**" Dieser Aufforderung folgte die Versicherung des Kaisers, daß er nicht daran denke, die Augsburgische Konfession aufzuheben oder zu unterdrücken, sondern sie zu schützen, daß er auch die Justiz im Reich wieder in rechten Gang bringen wolle (78). Die Antwort des Markgrafen auf dieses kaiserliche Schreiben war sein erneutes Treuegelöbnis und die Versicherung, daß er seine Abgeordneten nach Heilbronn ganz nach dem Wunsch des Kaisers instruieren werde und daß er auch bei allen Ständen, mit denen er mündlich oder schriftlich in Verbindung stehe, auf einen Ausgleich mit dem Kaiser hinwirken werde. Dafür erbat er für alle in Devotion und Gehorsam verbleibenden Reichsstände den kaiserlichen Schutz (79).

Hatte der Markgraf in dieser Weise die Verbindung mit Wien wieder aufgenommen, so förderte er im Winter 1620/21 auch die Beziehungen zum Kurfürsten von Sachsen. Bald gab es kein Ereignis mehr, über das man nicht regste Korrespondenz führte, und in einer Zeit, deren Briefstil von konventionellen Höflichkeitsfloskeln geprägt war, schlug man erstaunlich unkonventionelle und herzliche Töne an (80). In welch hohem Maße sich dabei der

(78) Ebda., fol. 29-31: Kaiser Ferdinand an Mgf Christian, 23. 1. 1621.
(79) Siehe Anmerkung 77.
(80) StAB, Rep. C48, Nr. 36 und Nr. 37, bieten diese Korrespondenz.

Markgraf mit der kursächsischen Politik einverstanden erklärte, ging aus seiner Antwort auf Mitteilungen über die Erfolge der Kriegsexpedition gegen die schlesischen Stände hervor. In sehr herzlichem Ton gratulierte er dazu, "wie nun die von E. Ld. übernommene Käys. Commission, der Göttlichen Allmacht sei Lob und Danck, also abgelaufen und verrichtet worden". Und er fuhr fort: "Wir haben Uns an dieser Zeitung sehr erfreuet und bedanken Uns, daß sie Uns diser guten Botschaft teilhaftig machen" (81).

Eben zu der Zeit der starken Annäherung an den Kaiser und Kursachsen trat ein unvorhergesehenes Ereignis ein, das dem Markgrafen im höchsten Maße peinlich sein mußte. Seine Brüder Sigismund und Johann Georg erschienen bei ihm in Bayreuth und teilten mit, daß sie die Absicht hätten, Truppen zu werben und sich dem Grafen Ernst von Mansfeld anzuschließen, der zu dieser Zeit ebenfalls starke Werbungen vornahm. Mußten der Kaiser und Kursachsen nicht verärgert sein, wenn es Christian nicht gelang, die beiden jungen Markgrafen von ihrem Vorhaben abzubringen? Der Fürst tat alles in seinen Kräften Stehende, um den Betätigungsdrang seiner Brüder in andere Bahnen zu lenken, ja er trat diesbezüglich mit Mansfeld selbst in Verbindung, natürlich erst, als er dem Kaiser und Sachsen die Angelegenheit eingehend mitgeteilt hatte, um jedem Mißtrauen zuvorzukommen (82). Die Verhandlungen mit Mansfeld, die zwischen dessen Unterhändler, Oberst Carpezo, und dem Markgrafen im März in Bayreuth begonnen wurden (83), führten zu einem überraschenden Ergebnis. Um die beiden jungen Markgrafen von einem Anschluß an Mansfeld abzuhalten, hatte man ihnen vorgeschlagen, in polnische Kriegsdienste wider die Türken zu treten. Nun ließ Mansfeld dem Markgrafen erklären, daß er selbst nach Abwicklung seiner Verpflichtungen in Böhmen eine starke Anzahl seiner Truppen zu Roß und zu Fuß dem Polen zuzuführen gedenke, aber darauf bestehe, das Kommando als Feldmarschall

(81) StAB, Rep. C48, Nr. 37, fol. 451-455: Mgf Christian an Kf Joh. Georg, 28. 2. 1621.
(82) Ebda., fol. 459/60: Kf Joh. Georg an Mgf Christian, 8. 3. 1620, und fol. 466-469: Mgf Christian an Kf Joh. Georg, 12. 3. 1621.
(83) Ebda., fol. 461: Creditivschreiben des Obersten Carpezo, 10. 3. 21, und fol. 463: Recreditiv, 11. 3. 1621.

bei dem deutschen Volk unter dem Polenkönig zu bekommen. Dieses Angebot sollte Markgraf Christian an den Polenkönig weiterleiten. Fernernin ersuchte Ernst von Mansfeld den Markgrafen, unverzüglich bei dem Kurfürsten von Sachsen darauf hinzuwirken, "daß derselbe bey Ihrer Kayserl. Maist. unserem aller gnedsten Herrn die Sachen dahin dirigirn wollten, damit nicht allein dermalen einist ein Stillstand der Waffen getroffen, dem unschuldigen Blutvergießen und fernerem Landesverderben gewehret, der liebe Frieden wiedergebracht, sondern auch meiner Person halber es also gemittelt, daß wegen der wieder höchstgedachte Ihr Kays. Maist. getragenen Waffen ich ausgesöhnt, und daß ich dessen inskünftig nicht zu entgelten hette und von Ihrer Churf. Gn. selbsten Bürgschaft und Versicherung haben möchte". Mansfeld wollte sodann, gegen eine Abgeltung von 500 000 fl. zur Bezahlung seiner Offiziere und Soldaten, dem Kurfürsten die Verfügung über seine abgedankten Truppen und die Gegend um Elbogen einräumen (84). Alle diese Probleme mußten Christian die Notwendigkeit einer persönlichen Aussprache mit dem Kurfürsten immer dringender erscheinen lassen. Aber nicht nur diese Probleme, sondern noch viel zwingender führten die Entwicklungen in der Union den Markgrafen wieder einmal persönlich den Weg nach Dresden.

Nach der Schlacht am Weißen Berg hatten sich in der Union deutliche Zerfallserscheinungen gezeigt. Manche Stände faßten nun in den folgenden Monaten eine Auflösung ins Auge, aber es waren auch noch starke Gegenkräfte am Werk, die sich bei dem nach Heilbronn für Anfang Februar ausgeschriebenen Korrespondenz- und Unionstag noch einmal zu sammeln hofften (85). Die Fronten mußten sich nun klären, die verschiedenen Meinungen und Ansichten der Stände mußten zur Auseinandersetzung kommen. Allgemein erwartete man große Entscheidungen. Markgraf Christians Standpunkt lag unverrückbar fest. Er schickte Ende Januar zwei seiner fähigsten Geheimräte, Dr. Johann Baptista Baum und den Land-

(84) Ebda., fol. 470-472: Gf Mansfeld an Mgf Christian, 14. 3. 1621: fol. 475/76: Mgf Christian an Gf Mansfeld, 17. 3. 1621; fol. 480: Mgf Christian an Gf Mansfeld, 24. 3. 1621.

(85) StAB, Rep. C47, Nr. 79: Ausschreiben auf den zu Hailbronn am 28. Januar 1621 bestimmten Unionstag, Dezember 1620. Besonders beachtenswert ist das dem Ausschreiben beiliegende persönliche Schreiben von Johannes, Pfalzgraf, an Mgf Christian. Vgl. Ritter, Deutsche Geschichte etc., S. 114 ff.

schreiber Johann Christoph Pfennig, nach Heilbronn und instruierte sie ganz im Sinne des Versprechens, das er dem Kaiser gegeben hatte. Die wesentlichen Gedanken, die sie vorbringen sollten, waren diese: Eine Realdefension des Glaubens und der Libertät schließe einen Sonderbund einzelner evangelischer Stände aus; ein Zusammentreten aller evangelischen Stände sei demgegenüber erstrebenswert; letztes Ziel der Politik könne aber nur die Wiederherstellung der Harmonie im Reich sein, die sich auf die volle Respektierung der Majestät des Kaisers als allgemeinem Haupt der Christenheit zu gründen habe; deshalb solle man unverzüglich durch eine Schickung an den Kaiser alle Mißverständnisse aus dem Weg räumen und zum Ausgleich der Gegensätze kommen (86). Christians Ziel war also die Auflösung der Union, um einen Vergleich der evangelischen Stände mit dem Kaiser zu ermöglichen. Als Angehöriger der Union trieb er damit bewußt Obstruktionspolitik. Aber er tat es nicht herausfordernd, denn er gab seinen Abgeordneten nach Heilbronn auch die ausdrückliche und für die Politik des markgraflichen Hofes bezeichnende Anweisung, mit größter Vorsicht zu Werk zu gehen und niemand zu nahe zu treten. Gerade diese Anweisung mußte Brandenburg-Kulmbach eine rechte Vermittlerstellung unter den zu Heilbronn anwesenden Ständen ermöglichen und den Verhandlungen der Stände durchaus dienlich sein.

So konnte der Markgraf denn auch das Ergebnis des Heilbronner Unionstags mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen. Genugtuung, weil die Versammlung seinem Ziel einer Auflösung der Union ein gutes Stück nahergekommen war und weil er selbst von den Versammelten zur Vertrauensperson erkoren wurde, die über Kursachsen die nötigen Schritte zu einem allgemeinen Ausgleich einleiten sollte. Von Heilbronn aus wandten sich die unierten Fürsten am 25. Februar 1621 an Christian und baten ihn, er möge in mündlicher Unterredung mit dem Kurfürsten Johann Georg diesen als Fürsprecher beim Kaiser gewinnen, damit die "friedliebende Intention" der Unierten anerkannt werde. Welch hohes Vertrauen man dabei in ihn

(86) Ebda.: Instruktionsschreiben des Markgrafen für die nach Heilbronn abgeordneten Rate, 19. 1. 1621. Die Instruktion umfaßt 25 Blatter.

setzte und wie weitgehend man ihm bei den Verhandlungen freie Hand ließ, zeigt die Anweisung, er würde "dero beiwohnendem hohen Verstand nach selbsten am besten wissen, was bei Chur Sachßen Ld. und Kf. Gn. in einem und dem anderen zu erinnern, zu thun oder zu lassen sei" (87).

Markgraf Christian nahm die Mission an. Schon Anfang März wurde Kursachsen mitgeteilt, daß dem Fürsten eine Kommission beim Kurfürsten zu verrichten aufgetragen worden sei. Das Echo aus Dresden war ermutigend. Der Kurfürst erklärte sich, trotz starker Inanspruchnahme, bereit, Christian bei sich zu empfangen (88). Daraufhin wurden in Bayreuth große Reisevorbereitungen getroffen und die Meinungen der Stände zur bevorstehenden Konferenz in einem sehr regen Briefwechsel noch eingeholt (89). Am 31. März kam der Markgraf dann schließlich in Dresden an. Das "Memorial, was zwischen den Fürsten am montag, den 2. April 1621, zu Dresden mündlich konferirt und angebracht", bestätigt den vollen Erfolg der markgräflichen Mission. Der Kurfürst wandte sich, wie Christian es erbeten hatte, in einem ausführlichen Schreiben an den Kaiser, um dessen Wohlwollen für eine beabsichtigte Gesandtschaft der Union und einen allgemeinen Ausgleich zu gewinnen (90). Bereits auf der Rückreise von Dresden erstattete Christian von Chemnitz aus den Unierten Bericht über den Verlauf und das Ergebnis seiner Reise (91), worauf sie ihm umgehend Dank und Anerkennung für das "rühmliche Werk", das er vollbracht habe, aussprachen (92).

Der Markgraf war natürlich in Dresden auch in seinem eigenen Interesse tätig gewesen und hatte nicht versäumt, mit dem dort

(87) Ebda.: Schreiben der unierten Fürsten an Mgf Christian, 15. 2. 21.
(88) StAB, Rep. C48, Nr. 37, fol. 451-455: Mgf Christian an Kf Joh. Georg, 28. 2. 1621, und Kf Joh. Georg an Mgf Christian, 8. 3. 1621.
(89) StAB, Rep. C47, Nr. 79: Hier findet sich die vor Antritt der Reise geführte Korrespondenz.
(90) Ebda.: Memorial und Kopie des kurfürstl. Schreibens an den Kaiser, 2. 4. 1621.
(91) Ebda.: Relation an die unierten Stände, Chemnitz, 11. 4. 1621.
(92) StAB, Rep. C47, Nr. 80: Johannes, Pfalzgraf bei Rhein, Mgf Joach. Ernst, Herzog Joh. Friedrich von Württemberg, (gez.) Mgf Georg Friedrich v. Baden an Mgf Christian, 1. 5. 1621.

anwesenden Erzherzog Karl eine persönliche Zusammenkunft herbeizuführen. In ihm fand er einen guten Vermittler zum König von Polen. Der Erzherzog schrieb persönlich an den König und empfahl ihm den jungen Markgrafen Sigismund, der sein Kommando bei der Union niedergelegt habe, "da es dem Hause Österreich widerwärtig" gewesen sei (93). Was im Fall Mansfeld in Dresden besprochen wurde, läßt sich leider nicht ermitteln, geht aber aus dem weiteren Gang der Ereignisse eindeutig hervor. Sicher sah sich niemand veranlaßt, auf die Pläne und Ziele des Abenteuerers einzugehen.

Die Auflösung der Union, die bei Nichtverlängerung des im Mai ablaufenden Bündnisvertrages eintreten mußte, war vorbereitet und vollzog sich nun unaufhaltsam. Am 12. April kam es zwischen den unierten Fürsten und Spinola durch Vermittlung des Landgrafen Ludwig zu Hessen und des Erzbischofs von Mainz zum Mainzer Vergleich, der den Kampf der Union gegen Spinola beendete, wie der Ulmer Vergleich ihren Kampf gegen die Liga beendet hatte. Die Auflösung des Unionsheeres wurde beschlossen. Noch einmal kam Christian dabei in eine peinliche Lage, als ihm sein Bruder Joachim Ernst mitteilte, daß er 300 Reiter der Unionstruppen bis zu deren Abdankung zu übernehmen habe. Aus des Fürsten Antwortschreiben, das er nach eingehender Konsultation seines Kanzlers von Feilitzsch absandte, sprach seine Verlegenheit, aber auch seine Entschlossenheit, keinen einzigen Reiter aufzunehmen, da der Kaiser, der Kurfürst von Sachsen und der Bischof von Bamberg Anstoß daran nehmen konnten. Man solle vielmehr das Volk so bald wie möglich abdanken und Frieden machen, so schrieb er seinem Bruder (94).

Der letzte Akt der Auflösung der Union vollzog sich auf einem weiteren nach Heilbronn einberufenen Unionstag im Mai 1621.

(93) StAB, Rep. C48, Nr. 37, fol. 488-492: Erzhzg Karl an König von Polen, 7. 4. 1621; Erzhzg Karl an Mgf Christian, 4.5.1621; Mgf Christian an Erzhzg Karl, 8. 5. 1621.

(94) StAB, Rep. C47, Nr. 80: Mgf Joachim Ernst an Mgf Christian, 11.4.1621; Mgf Christian an Kanzler v. Feilitzsch, 17.4.1621; Mgf Christian an Mgf Joachim Ernst, 19. 4.1621. Der Briefwechsel über dieses Problem zog sich noch längere Zeit hin. Schließlich konnte Bayreuth durch eine Bezahlung von 15 000 fl. die Einquartierung abwenden. S.u. "Defensionswerk etc.", Anmerk. 205.

Wieder schickte der Markgraf seinen Landschreiber Pfennig dorthin, nachdem er sich selbst wegen der jüngst verrichteten Reise entschuldigt hatte. Die Instruktion Pfennigs war, da man ja nun in Bayreuth annehmen durfte, daß die Mehrzahl der anwesenden Stände sich gegen eine Verlängerung des Unionsvertrages aussprechen werde, ganz eindeutig. Sie stellte eine Abrechnung mit der verfehlten Unionspolitik dar und war im Konzept in einem erstaunlich scharfen Ton gehalten, bezeichnenderweise aber von einem Korrektor, wohl dem Markgrafen selbst, im Ton sehr gemäßigt worden, so daß sich niemand verletzt fühlen konnte. Als völlig verfehlt wurde die Annahme der böhmischen Krone durch das Haupt der Union bezeichnet, als durchaus verwerflich die Verbindung mit auslandischen Potentaten. Aber sicher sollte Pfennig in Heilbronn nicht nur andere anklagen, sondern er sollte auch den eigenen Standpunkt noch einmal verteidigen. So kam seine Instruktion auch einer abschließenden, eingehenden Rechtfertigung der Unionspolitik des Markgrafen und seines Ratskollegiums gleich. Natürlich konnte das endgültige Urteil nur lauten: Die sofortige Auflösung der Union und die Abdankung ihrer Truppen ist unumgänglich; eine Verbindung der Unionsmitglieder mit allen evangelischen Standen, bevorab mit Kursachsen, muß gesucht werden; eine Rückkehr zu echter Respektierung des Kaisers soll die Grundlage jeder künftigen Reichspolitik der Stände sein (95). Als Pfennig und Dobenecker am 18. Mai 1621 die beschlossene Auflösung der Union an ihren Herrn meldeten, war wenigstens ein Teilziel der Politik des markgräflichen Hofes erreicht (96).

Unter den Fürsten, auf welche der Markgraf besondere Rücksicht nahm, hatte er seinem Bruder gegenüber neben dem Kaiser und dem Kurfürsten von Sachsen auch den Bischof von Bamberg genannt. Damit

(95) StAB, Rep. C47, Nr. 80: Instruktion uff den zu Hailbronn angestellten Unionskonvent, den 22. Aprilis 1621. Gestrichen wurde im Konzept z.B. ein Passus, der die bestehende Union als "unvollkommen und viel auf ein anderen Zweck gerichtet als von Unß und mehr andern woll gemaint gewesen", bezeichnete.

(96) Der letzte Unionsabschied wurde am 14. Mai 1621 ausgefertigt. Vgl. Ritter "Deutsche Geschichte etc.", S. 136. Unerklärlich bleibt, warum Ritter unter den Unterzeichnern des letzten Abschieds Brandenburg-Kulmbach nicht mit aufführt.

deutete sich schon eine erneute Hinwendung zu einer aktiveren Kreispolitik an. Bayreuth und Bamberg waren ja stets in loser Verbindung geblieben und hatten sich, besonders wenn Durchzüge größerer Truppenmassen drohten, zu beiderseitigem Nutzen über geeignete Maßnahmen zu deren Abwendung verständigt. Aber das Verhältnis war auf Mißtrauen und Argwohn gegründet und blieb, trotz der üblichen Freundschaftsbeteuerungen, recht kalt und zweckgerichtet (97). Je mehr nun die Union ihrer Auflösung entgegenging, desto stärker näherten sich die beiden wesentlichen Kreisstände wieder einander. Diese Entwicklung wurde dann im Frühsommer 1621 noch durch ein weiteres Ereignis beschleunigt, das die Markgrafschaft und das Hochstift aus beiderseitigem Interesse zu einer gemeinsamen Kreispolitik zusammenführte.

Mit Beginn des Jahres 1621 war Ernst von Mansfeld durch bayerische und sächsische Streitkräfte aus Böhmen in die Oberpfalz abgedrängt worden, wo er schließlich im Juni bei Waidhaus sein Lager und Hauptquartier nahm. Niemand wußte, worauf seine weiteren Absichten gerichtet waren, doch mußten seine Scharen eine Bedrohung für jedermann darstellen. Da ergriff auf ein Schreiben Mansfelds von Anfang Juli 1621 hin das Domkapitel und das ganze Hochstift Bamberg Angst und Entsetzen. Der Feldherr teilte mit, daß er, wenn die Werbungen Bambergs nicht sofort eingestellt würden und das bei der bayerischen Armee in Böhmen verbliebene Regiment nicht sofort abgezogen werde, alle dem Kapitel zugehörigen Länder und Leute mit Feuer und Schwert heimsuchen und vernichten wolle. Nach Empfang dieses Schreibens wandte sich der Bischof umgehend an den Herzog von Coburg und an den Markgrafen und bat um Vermittlung und Hilfe. Christian betrachtete als Kreisobrister diese Angelegenheit als seine eigene. Ohne zu zögern, sandte er den Kapitän von Reitzenstein nach Waidhaus zu Mansfeld. Er sollte zunächst klarstellen, daß der Bischof ein friedliebender Mann sei, der niemand bedrohe, ausschließlich zu Defensionszwecken werbe und im übrigen nur das Wohl des Reiches und der kaiserlichen Majestät im Auge habe. Dann sollte Reitzenstein aber auch mitteilen, daß ein Angriff auf das Bistum vom Markgrafen als ein Verbrechen gegen das Reichsrecht betrachtet werde und daß er in diesem Fall als

(97) StAB, Rep. C47, Nr. 77.

Kreisobrister gehalten sei, dem mit allen Mitteln entgegenzutreten, denn ein Angriff auf Bamberg sei auch ein Angriff auf den Fränkischen Kreis. Nach dem Bericht, den von Reitzenstein nach Bayreuth sandte, zeigte sich Mansfeld bei der Aussprache recht unnachgiebig, und auch ein persönliches, sehr verbindliches Schreiben Mansfelds an den Markgrafen konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß man von ihm wenig Einsehen und Entgegenkommen zu erwarten habe. Wirklich erneuerte er dann auch Ende Juli seine Drohung in einem Schreiben an das Domkapitel zu Bamberg (98).

Nichts konnte dem Markgrafen, der zu dieser Zeit ganz in der Hoffnung auf einen allgemeinen Ausgleich der Gegensätze lebte, ungelegener kommen, als diese Drohungen Mansfelds. Nun war es Zeit zu handeln. Hier gab es ja nur noch ein gemeinsames Interesse aller Kreisstände, und so kam, vom Bischof und dem Markgrafen gleichermaßen gefördert, tatsächlich wieder einmal ein allgemeiner Kreistag in Nürnberg zustande, der am 5. August in seinem Rezeß "zur Erhaltung landfriedlicher Securität" beschloß, "sich bey diesem Crays in ein Defensions-Bereitschaft zu stellen und daß ein jedweder Crays-Stand nach dem dreyfachen Rom-Zug seine Quotam zu Roß und Fuß an geworbenem Volk über seinen Lands-Ausschuß aufs ehist soll zusammenbringen". Was Markgraf Christian zu Beginn des Krieges so sehr erstrebt, aber nicht erreicht hatte, schien nun der Verwirklichung nahe. Er selbst wurde als Kreisobrister von den versammelten Ständen beauftragt, sofort die Kriegsräte zusammenzurufen und mit ihnen eine wirksame Verteidigung reiflich zu beratschlagen. Diese Tagung der Kreisräte unter dem Vorsitz des Markgrafen fand am 25. September zu Erlangen statt. Gleichzeitig führten der Bischof und der Markgraf Verhandlungen mit den Nachbarkreisen, letzterer besonders mit dem Herzog von Württemberg, wegen eines eventuellen Beistands. Am 6. Dezember traten die Kreisstände dann zu einem weiteren allgemeinen Konvent in Nürnberg zusammen, um das bis dahin Erreichte festzustellen und das Werk der Kreisverteidigung noch

(98) StAB, Rep. C.48, Nr. 29 und Nr. 45: Umfangreiche Korrespondenzen zu diesem Problem. Die Instruktion und die Relation von Reitzensteins finden sich im Original und in Kopien in beiden Akten.

voranzutreiben (99). Da Mansfeld unterdessen im Oktober ,ohne seine Drohungen zu verwirklichen, aus der Oberpfalz nach dem Rhein abgezogen war, blieb zwar manches Vorhaben der Kreisstände zur gemeinsamen Verteidigung unausgeführt, doch es herrschte das beruhigende Gefühl, daß sich der Kreis in akuter Gefahr als Instrument des Landfriedens bewahrt hatte. Der Markgraf hatte sein gut Teil dazu beigetragen.

Der Abzug Mansfelds mußte das Ende eines Abschnitts markgräflicher Politik bedeuten. Hatte Brandenburg-Kulmbach bisher seit Beginn des Krieges als Nachbar des Kriegsschauplatzes und kriegführender Parteien selbst immer unter einer unmittelbaren Bedrohung gestanden, und hatte die Politik des Markgrafen deshalb häufig nur dem nächstliegenden Ziel einer Bewachung des Landes gelten müssen, so rückte das Kriegsgeschehen nun ferner, und die Politik des Fürsten war weitgehend befreit von dem Zwang dringender Notwendigkeiten der Stunde. Rein zufällig änderte sich zu dieser Zeit auch der Regierungssitz des Markgrafen. Nachdem das markgräfliche Schloß zu Bayreuth im Juni des Jahres bei einem großen Brand in der Stadt gelitten hatte, übersiedelte der Markgraf mit seiner Hofhaltung und den Kollegien nach Kulmbach auf die Plassenburg (100).

Von der Plassenburg aus, der gewaltigsten und sichersten Festung seines Territoriums, versuchte der Markgraf in den Wintermonaten 1621-1622, seine politischen Absichten im Rahmen des ihm Möglichen zu fördern. Er war überzeugt, daß durch ein Zusammenstehen aller evangelischen Reichsstände nicht nur der Glaube gesichert, sondern auch ein gerechter Ausgleich mit dem Kaiser geschaffen werden könne. Sein Wunschziel blieb die Wiederherstellung einer wahren

(99) Moser, a.a.O., Nr. XXIV, S. 161 ff: Receß des Fränckischen allgemeinen Crays-Convents, d.d. 15. (5.) December 1621. Es wiederholt den Kreisschluß vom 5. 8. 1621 und berichtet von der Sitzung der Kriegsrate zu Erlangen. Zu den im Auftrage des Markgrafen geführten Verhandlungen des Obersten Fuchs von Bimbach mit dem Herzog von Württemberg, siehe StAB, Rep. C48, Nr. 57.

(100) Peetz, Christian, Markgraf zu Brandenburg, und seiner beiden löblichen Städte Bayreuth und Culmbach Freud und Leid, (Bayreuth, 1859), S. 73 ff, gibt in erzählender Form eine Darstellung des großen Brandes im Jahre 1621.

Harmonie im Reich, wie sie ihm in den Zeiten eines Ferdinand I. oder eines Maximilian II. bestanden zu haben schien. Das Grundübel erblickte er im stets wachsenden Einfluß fremder Mächte im Reich. Dieser Einfluß, so glaubte er, hindere vor allem den Ausgleich und Frieden der Stände, so müsse man ihn mit allen Kräften bekämpfen und ausschalten. In diesem Sinne wirkte Christian auf alle Reichsstände ein, mit denen er in Korrespondenz stand oder die Korrespondenz aufnahm und mit denen er häufiger als zuvor auch durch persönliche Gesandtschaften in Verbindung trat. Bei seinen Bemühungen, einen Kreis Gleichgesinnter zu finden, griff der Markgraf nun auffallend weit aus und bezog vor allem den Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel und die Administratoren von Magdeburg und Halberstadt, Markgraf Christian Wilhelm von Brandenburg und Herzog Christian von Braunschweig, in den engeren Kreis seiner Partner ein (101).

Wichtigster Partner, aber auch höchster Unsicherheitsfaktor in allen politischen Kalkülen des Markgrafen und seiner Freunde, blieb der Kurfürst von Sachsen. Da man Christians enge Beziehungen zum Hof von Dresden allgemein kannte und da man ihm nach den Erfahrungen bei der Auflösung der Union auch einen gewissen Einfluß auf Kurfürst Johann Georg zuschrieb, wurde er auch im Jahre 1622 wiederholt von einzelnen oder mehreren Reichsständen zur Vermittlung bei dem Kurfürsten aufgerufen. Schon am 12. November 1621 hatte sich Kurpfalz in einem ausführlichen Schreiben, das auch an Brandenburg-Ansbach und Württemberg ging, an Markgraf Christian gewandt und, nach dem Versuch einer Rechtfertigung der Politik des Kurfürsten und Königs von Böhmen, gegen die beabsichtigte Übertragung der Kurwürde auf Bayern Protest erhoben, ferner auf Zusammensetzung sämtlicher Protestierenden gedrängt und um Ver-

(101) StAB, Rep. C48, Nr. 66, fol. 33-46: Instruktion und Kreditiv für Oberstleutnant Hans Wolf von der Hayden, 22. 3. 1622. Der Oberstleutnant wurde von Mgf Christian als Abgeordneter an die genannten Stände entsandt. Aus seiner Instruktion ergeben sich die politischen Absichten und Pläne Christians. Der Mission v.d. Haydens war ebenso ein reger Briefwechsel vorausgegangen wie ihr ein solcher folgte. Dieser Schriftverkehr findet sich in StAB, Rep. C48, Nr. 26, Nr. 66, Nr. 81 und Nr. 86. Aus Nr. 26 und Nr. 86 geht hervor, daß der Markgraf auch beabsichtigte, sich um eine Koadjutorstelle in Magdeburg oder Halberstadt zu bewerben. Vgl. dazu Brandi, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation und Gegenreformation, S. 482/483.

mittlung bei Kursachsen gebeten. Über dieses Schreiben kam es zu einem regen Meinungsaustausch Kulmbachs mit Ansbach, Coburg, Württemberg und anderen Reichsständen. Noch ehe es dann beantwortet werden konnte, traf im Januar 1622 ein erneutes Schreiben des Kurfürsten und Königs ein, in welchem er seine früheren Ausführungen noch einmal wiederholte und dringend bat, eine baldige Interposition Kursachsens zu bewirken. Dieses Schreiben wurde umgehend nach Dresden weitergeleitet. Aber die Antwort des Kurfürsten Johann Georg, die im Februar in Bayreuth ankam, versprach nichts und ließ zwischen den Zeilen seine alte Abneigung gegen den Pfälzer deutlich werden. Was sollte der Markgraf, der dem landflüchtigen König selbst wenig günstig gesinnt war, vermelden? Er übersandte schließlich eine Kopie des sächsischen Schreibens und empfahl König Friedrich in den Schutz des Allerhöchsten (102).

Schon Ende März des Jahres wurde "auf verschiedene Ersuchen mehrerer Stände Augsburgischer Konfession" Christian wiederum in die Rolle des Vermittlers mit Sachsen gedrängt. Welche Fürsten und Städte zu diesen genannten "mehreren Ständen" gehörten, geht aus der äußerst regen Korrespondenz des Kulmbacher Hofes hervor. Es waren vor allem der Herzog von Württemberg, der Markgraf von Brandenburg-Ansbach, der Herzog von Coburg, der Administrator des Erzstiftes Magdeburg, Markgraf Christian Wilhelm, und die Reichsstädte Nürnberg, Ulm und Straßburg. Sie alle waren in höchster Unruhe "wegen kaiserlicher Kriegs- und evangelischer Religionsgefahr". So baten sie Markgraf Christian dringend, wieder einmal persönlich zum Kurfürsten von Sachsen zu reisen und ihn zu einer aktiveren Politik im Sinne der Protestierenden zu bewegen. Christian nahm den Auftrag willig an, denn auch die ultima ratio seiner Politik war ja der Gang

(102) StAB, Rep. C48, Nr. 42, fol. 20: König Friedrich an Mgf Christ., 2. 11. 1621; fol. 22: Mgf Christian an Mgf Joachim Ernst, 9. 1. 22; fol. 29: Kg Friedrich an Markgraf Christian, 14. 1. 1622; fol. 25: Mgf Christian an Kf. Joh. Georg, 23. 1. 1622; fol. 38: Kf Joh. Georg an Mgf Christian, 4. 2. 1622; fol. 42: Hzg Joh. Friedrich an Mgf Christian, Jan. 1622; fol. 46: Mgf Christian an Hzg Joh. Friedrich, Febr. 1622; fol. 48: Mgf Christian an Kg Friedrich, Febr. 1622.

nach Dresden. Sofort wurde die bevorstehende Ankunft des Fürsten dorthin gemeldet. Aber so freundlich der Kurfürst den Markgrafen bei dessen letztem Besuch aufgenommen hatte, dieses mal wich er aus. Schon hatte Christian in einem ausführlichen Memorial sein Land für die Zeit seiner Abwesenheit dem Schutz des Herzogs Johann Casimir und des Markgrafen Joachim Ernst empfohlen, da traf das sächsische Antwortschreiben auf seine Anmeldung ein. Unter Anführung fadenscheiniger Gründe lehnte der Kurfürst darin vorerst eine weitere persönliche Begegnung mit dem Markgrafen ab (103).

Die kurfürstliche Absage mußte bei Christian und allen interessierten Standen tiefe Enttauschung auslösen. Aber der Markgraf gab trotzdem seine Bemühungen, Sachsen für einen allgemeinen, engeren Zusammenschluß der evangelischen Stände zu gewinnen, nicht auf. Mit erstaunlicher Beharrlichkeit in der Verfechtung seiner Ziele, aber auch immer wieder von anderen Fürsten und Standen gedrängt, entsandte er im Frühling und Sommer 1622 seinen Hofratsdirektor von Feilitzsch nicht weniger als dreimal zum Kurfürsten von Sachsen, und im Herbst wurde noch einmal Heinrich Reuß von Plauen zu Unterhandlungen dorthin abgeordnet. Diese Gesandten hatten den Auftrag, Sachsen zur Übernahme der Direktion bei einem Zusammenschluß der Evangelischen zu bewegen. Die Antwort Sachsens erfolgte in mehreren Resolutionen, die kein wesentliches Entgegenkommen erkennen ließen und die sich dann jeweils in den folgenden Tagen und Monaten in endlosen Korrespondenzen verliefen. Der nennenswerteste Erfolg aller Missionen war, daß man mit Sachsen im Gespräch und Kontakt blieb. Das Problem aber, wie der Glaube zu sichern, der Friede zu schaffen und der Bestand des Reiches zu

(103) StAB, Rep. C48, Nr. 68, fol. 164-232: Alle Korrespondenzen. Im besonderen fol. 173: Mgf Christian an Kf Joh. Georg, 28. 4. 22; fol. 203: Memorial vom 5. 5. 1622; fol. 197: Kf Joh. Georg an Mgf Christian, 3. 5. 1622.

retten sei, wurde nicht gelöst (104).

So kreiste auch im Jahre 1623 das Denken des Markgrafen unablässig um dieses Problem. Seine politische Aktivität dauerte fort, bekam aber auch jetzt haufig ihre Impulse von außen, indem er besonders als Vermittler aufgerufen wurde. Wenn Christian sonst, der vernaltnismäßig schmalen Machtgrundlage seiner Stellung im Reich entsprechend, auch wenig zu den großen Entscheidungen der Zeit beitragen konnte, so durfte er als Vermittler doch eine beacntliche Rolle spielen. Und seine Vermittlertätigkeit entsprach einem Zug seines Wesens.

Es war kein geringerer als Herzog Christian von Braunschweig, der sich im März 1623, von Tilly durch Hessen nach Westfalen verfolgt, über den Herzog Ernst von Sachsen an den Markgrafen wandte. Er teilte mit, daß er sich von Mansfeld getrennt habe und daß er gewillt sei, seine Armee, um der Errichtung des Friedens willen, auf eine Interposition der Kurfürsten und Stande dem Heiligen Römischen Reich "zu Dienst zu praesentiren", wenn man ihm eine Geldhilfe zum Unterhalt der Truppen gewähre. Des Markgrafen Aufgabe sollte es nun sein, im Sinne des bedeutungsvollen Entschlusses des Feldherrn, bei der Reichsstadt Nürnberg die Geldhilfe und bei Kursachsen die erwünschte Interposition zu erwirken (105). Markgraf Christian kam dem Ersuchen des Herzogs bereitwillig nach. Er entsandte im April Dr. Georg Ludwig Leuchsner nach Nürnberg, damit er der Reichsstadt die Bitte des Herzogs unterbreite, und Geheimratspräsident Heinrich Reuß von Plauen sollte nach Dresden gehen. Da sich letzterer entschuldigte, die Mission nicht übernehmen zu können, wurde schließlich Hofmeister Moritz Kanne dorthin abgeordnet. Bei beiden Gesandtschaften betonte der Markgraf, daß man nichts

(104) StAB, Rep. C48, Nr. 68. Im besonderen: fol. 212 und 266: Kreditive des Kanzlers v. Feilitzsch vom 7. 5. 22 und 5. 6. 22; fol. 267-272: Instruktion des Kanzlers, 8.6.1622; fol. 378: Kreditiv für Hch. Reuß von Plauen, 5. 11. 1622; fol. 232, 354, 390; Resolutionen des Kf von Sachsen vom 15. 5. 22, 23. 8. 22 und 12. 11. 22.

(105) StAB, Rep. C48, Nr. 88: Legations-Sach Von Hertzog Christian Zu Braunschweig, alß er, mit seiner Armee vom Mannsfelder separiret, durch Hertzog Ernsten zu Sachßen an S.F.G. Markgraf Christian geschicket, März 1623.

unterlassen dürfe, was der endlichen Wiedergewinnung des ersehnten Friedens diene. Aus dem gleichen Grund wandte sich der Markgraf auch durch ein persönliches Schreiben wegen des Braunschweigers an den Kurfürsten zu Brandenburg (106). Die Niederlage Herzog Christians von Braunschweig bei Stadtlohn am 9. August 1623 machte schließlich allen Bemühungen um einen friedlichen Ausgleich ein Ende.

Zur Zeit des Sieges Tillys über Herzog Christian von Braunschweig gestaltete sich auch im Süden und Südosten des Reiches die Lage für die evangelischen Stände immer schwieriger. Sie waren nun völlig in den Machtbereich des Kaisers und der Liga einbezogen und standen in jeder Hinsicht unter einem schweren Druck, der sie in wachsende Sorge um die Erhaltung ihres Glaubens und ihrer Freiheit stürzte. Wie unheilvoll hatte sich doch gerade auch für Brandenburg-Kulmbach in den Jahren 1622 und 1623 die Lage verändert! Zwar bestand keine direkte militärische Bedrohung der Grenzen mehr, das konnte man nach wie vor als beruhigend empfinden, aber im benachbarten Böhmen regierte nun die harte Hand des Kaisers und in der Oberpfalz die des Bayern. Wo die Markgrafschaft einst Anlehnung an starken evangelischen Nachbarn gefunden hatte, da berührte sie nun, vor allem im Oberland, neue Schwerpunkte der kaiserlich-ligistischen Macht.

Wieder einmal richtete sich in dieser Lage der Blick der hart bedrängten evangelischen Territorien auf Sachsen, und wieder einmal sollte Markgraf Christian im Sommer 1624 zu ihrem Fürsprecher beim Kurfürsten werden. In einem dringenden Schreiben wandten sich Herzog Johann Friedrich von Württemberg und Markgraf Joachim Ernst im Juli 1624 an Christian, um eine sofortige Abordnung an Kursachsen zu erwirken. Ihre Absicht war, den Kurfürsten zu einer Interposition beim Kaiser zugunsten einer Restitution der Kurpfalz durch gütlichen Vergleich und einer allgemeinen Sicherung des "Religionswesens" zu veranlassen.

(106) StAB, Rep. C48, Nr. 88: Kreditiv für Dr. Leuchsner, 1. 4. 1623; Instruktion für denselben, 2.4.23; Kreditiv für Heinrich Reuß vom Plauen, 7.4.23; Instruktion für denselben, 8. 4. 23; Kreditiv für M. Kanne, 5.5.23; Instruktion für denselben, 5. 5. 23; Mgf Christian an Kf Joh. Georg, 5. 5. 23; Mgf Christian an Kf von Brandenburg, 11. 4. 23.

Wieder einmal ging, in vollem Einvernehmen der drei Fürsten, der Kanzler Urban Kaspar von Feilitzsch nach Sachsen ab. Er traf den Kurfürsten auf einem zu Schleusingen stattfindenden Fürstentag. Die Verhandlungen waren kurz, und das Kanzlers umgehend erstatteter Bericht wie auch die Anfang August erfolgte offizielle kursachsische "Wiederantwort und Gemütserklarung auf beschehene Anbringung" mußten auf die beiden Markgrafen und den Herzog gleichermaßen niederschmetternd wirken. Wieder einmal stellte Kursachsen bedauernd fest, daß sich unter den gegebenen Umständen keine Abhilfe durch eine Interposition schaffen lasse (107).

Von dieser Seite, die man in den letzten Jahren so unablässig umworben hatte, waren also auch fernerhin kein Rat und keine Hilfe zu erwarten. Hätte Markgraf Christian diese Tatsache nicht endlich zur Kenntnis nehmen und nach neuen Wegen ausschauen sollen? Konnte die Spannung zwischen ihm und seinem Stammhaus Brandenburg wirklich so stark sein, daß sie in dieser schwierigen Lage nicht zu überwinden gewesen ware? Es ist überraschend, daß sich unmittelbar auf die letzte Absage Kursachsens, aber sicher nicht im Zusammenhang damit, eine Verbindung mit Kurbrandenburg herzustellen schien. Dabei lag aber die Initiative durchaus auf der kurfürstlichen Seite. Anfang August 1624 sandte Kurfürst Georg Wilhelm den Obersten Fuchs in einer Legation an Markgraf Christian, damit dieser vernahme, was die kurfürstlichen Bedenken über den Zustand des Reiches seien und wie man dem Unheil abhelfen wolle. Oberst Fuchs sollte sich auch noch mit Markgraf Joachim Ernst, Herzog Johann Friedrich zu Württemberg und der Reichsstadt Nürnberg ins Benehmen setzen. Seine Mission war aber streng geheim und konnte so den Eindruck einer Sonderbündelei erwecken. So fühlte man sich in Kulmbach dabei etwas betreten und verhielt sich sehr vorsichtig und reserviert. Immer-

(107) StAB, Rep. c48, Nr. 109: Mgf Joachim Ernst und Hzg Johann Friedrich an Mgf Christian, 28. 6. 1624; Memorial und Kreditiv für von Feilitzsch, 28. 6. 1624; Mgf Christian an Mgf Joachim Ernst und Hzg Joh. Frd., 6. 7. 1624 (Mitteilung der Abreise des Kanzlers); Kf Joh. Georg an die gen. Fürsten, 27. 7. 1624; Bericht des Kanzlers von Feilitzsch, 30. 7. 1624.

hin empfing der Markgraf den Obersten in persönlicher Audienz und übernahm auch in dieser Angelegenheit eine Vermittlung bei seinem Bruder und dem Herzog von Württemberg, die aber beide ähnlich wie Christian selbst reagierten und vor allem über die Vorgänge den Schleier des Geheimnisses breiteten.

Aber den mit Kurbrandenburg in dieser Phase des Krieges geführten Vernandlungen muß Markgraf Christian doch ein gewisses Interesse entgegengebracht haben, denn dem Obersten Fuchs folgte im Dezember der geheime Rat von Winterfeld, der allerdings noch mehr als sein Vorgänger wert darauf legte, "für keinen Gesandten gehalten zu werden", wie Christian nach Ansbach berichtete. In welcher Richtung die Vernandlungen gingen, kann aus den Papieren, wie z.B. dem offiziellen, wenn auch undatierten Memorial des "Privatmannes" von Winterfeld, nur zwischen den Zeilen gelesen werden. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß Kurbrandenburg mit den genannten Fürsten, in erster Linie mit Christian, über einen geheimen Zusammenschluß zur Abstellung der Kriegsbedrohung verhandelte und daß man sich eingehend, wenn auch erfolglos, über die Fragen, ob und wie ein solcher zu bewerkstelligen sei, verständigte (108).

Im Jahre 1625 kehrte der Markgraf mit den Kollegien und dem Hofstaat in das wiederhergestellte und vergrößerte Schloß nach Bayreuth zurück (109). Die Politik des markgräflichen Hofes war zu dieser Zeit durch große und offensichtlich allgemeine Ratlosigkeit gekennzeichnet. Immer wieder stellte man fest, daß die Vernaltnisse im Reich untragbar geworden seien und daß unbedingt eine Änderung nerbeigeführt werden müsse, aber niemand wußte Mittel und Wege zur Änderung der ausweglos erscheinenden Situation. So blieb man zwar mit den evangelischen Standen in guter Kommunikation und führte untereinander eine rege Korrespondenz, aber es

(108) StAB, Rep. C48, Nr. 115, fol. 377: Kreditiv für Oberst Fuchs, 5. 8. 1624; fol. 381: Mgf Christian an Mgf Joach. Ernst, 30. 9. 24; fol. 396; Hzg Joh. Friedrich an Mgf Christian, 22. 11. 24; fol. 417: Mgf Christian an Mgf Joachim Ernst, 11. 12. 24; fol. 419: Memorial für von Winterfeld, undatiert.

(109) Heinritz, Die Regierungsjahre des Markgrafen Christian, 1603-1655. AOmkr., 1. Band, 3. Heft, (Bayreuth,1832), S.36. Es war der dritte Umzug des markgräfl. Hofes von Kulmbach nach Bayreuth (1604, 1610, 1625).

zeichnete sich darin keine klare Linie ab und keine gemeinsame Idee verband je die Korrespondierenden. So stand, trotz all der umfangreichen Korrespondenz, jeder schließlich weitgehend für sich allein, und alle Maßnahmen zur Abwehr einer dringenden und drängenden Not waren nur noch lokal und temporär und fast ausschließlich auf die Erreichung sehr begrenzter Ziele, meist die Verminderung oder Beendigung von Einquartierungen, gerichtet. Jede Politik war zur reinen Kunst bloßer Improvisation geworden.

Was konnte der Markgraf dem Herzog von Württemberg antworten, als dieser um Rat bat, wie er sich bei einem drohenden Durchzug von 60 000 Kosaken verhalten solle? Er teilte das Schreiben des Herzogs an Herzog Johann Casimir von Coburg mit und an den Administrator Christian Wilhelm, um seinerseits deren Meinungen einzuholen (110). Oder was sollte der Markgraf dem Landgrafen Moritz von Hessen erwidern, als dieser schwere Klage wegen der langen Tillyschen Einlagerung führte und auf einen engeren Zusammenschluß der Erbvereinigten drängte? (111) Im Hinblick auf die Einquartierung sprach er sein tiefes Bedauern und großes Mitleid aus und versicherte, daß man bete, damit Gott helfen und Friede schaffen möge. Was den engeren Zusammenschluß der Erbvereinigten anging, versprach er zunächst im Entwurf des Antwortbriefes sein möglichstes zur Beförderung des Vorhabens von Landgraf Moritz zu tun, er strich aber diese Stelle des Briefkonzepts und ersetzte sie durch die Versicherung, Bayreuth wolle sich mit den anderen Mitgliedern der Erbvereinigung in Verbindung setzen und deren Resolutionen abwarten (112).

Sicher hatte diese neue, äußerst resigniert klingende Formulierung noch einen anderen Grund als bloße Ratlosigkeit der markgräflichen Regierung. Der Markgraf und seine Räte glaubten nämlich zu dieser Zeit bei allem Planen und Handeln vorsichtiger sein zu müssen als sie es jemals waren. Sie hatten eine Periode

(110) StAB, Rep. C48, Nr. 122, bringt die umfangreiche Korrespondenz, die ausgelöst wurde durch das Schreiben des Hzg Joh. Friedrich an Mgf Christian, vom 9. 1. 1625.
(111) Ebda.: Lgf Moritz v. Hessen an Mgf Christian, 26. 12. 1624.
(112) StAB, Rep. C48, Nr. 124: Mgf Christian an Lgf Moritz von Hessen, 10. 2. 1625.

recht erstaunlicher Aktivitat als Vermittler hinter sich. Aber es erging ihnen wonl, wie es gerade Vermittlern so oft ergeht: Sie waren "am Käyserl. Hoff auch bey anderen Kurfürsten und Standen im Reich in Argwohn geraten, als das sie sich in die neue Liga begeben und starke Werbungen vornatten" (113). Mit der "neuen Liga" konnten doch kaum die Stände des Niedersächsischen Kreises gemeint sein, die sich gerade mit König Christian IV. von Dänemark und Ernst von Mansfeld gegen den Kaiser und die Liga formierten. Sollten dann vielleicht die eben vorangegangenen Verhandlungen der Stande mit Brandenburg gemeint gewesen sein? Sollte man in Wien davon Kenntnis erhalten haben? Möglicherweise bestand dieser Argwohn auch nur in der Einbildung eines zuweilen überangstlich auf die Rechtmäßigkeit seines Tuns bedachten Fürsten. Jedenfalls genügte der bloße Gedanke, daß man in irgendeiner Form das kaiserliche Mißfallen erregt habe, um die markgräfliche Politik vorübergehend auf äußerste Vorsicht abzustimmen. Damit verlor sie aber auch wieder jede eigene Initiative, und das alte Versteckspiel hinter den Großen, vornehmlich Kursachsen, hob wieder an. Und auch die wohlbekannten Töne des Buhlens um die Gunst des Wiener Hofes klangen wieder auf, als der Markgraf, sicher nicht nur zur Abwendung vorgesehener Einquartierung, im Sommer des Jahres an den Kaiser schrieb und versicherte, daß er jederzeit unverbrüchliche Treue bewiesen habe, "auch all meine consilia und actiones zu E.K.Mäyst. als deß von Gott der ganzen Christenheit vorgesezten höchsten Haubts schuldigsten Respect und Gehorsamb... gerichtet" (114).

Der Schrecken, den man in Bayreuth durch die tatsachliche oder befürchtete kaiserliche Mißgunst bekommen hatte, fand in den folgenden Jahren seinen Ausdruck in einem auffallend neuen Stil der Verhandlungen und Kommunikationen. Von der offenen Mitteilung

(113) StAB, Rep. C48, Nr. 123: Lgf Ludwig von Hessen-Darmstadt an Mgf Christian, 11. 6. 1625. Das Schreiben beantwortet einen Brief des Markgrafen Christian, in welchem er sich über die Verleumdung seiner Person bitter beklagt und um Mitteilung gebeten hatte, ob Ludwig schon etwas von den Gerüchten zu Ohren gekommen sei. Landgraf Ludwig versicherte in seinem Antwortschreiben, daß er noch nichts gehört habe... "und wie Uns deroselben friedfertiges Gemüth mehr als zu wohl bekand ist, also wollen wir nicht underlaßen, an dienlichen Orthen, dieselbige disfalls in besten zu entschuldigen".

(114) StAB, Rep. C48, Nr. 135, fol. 305: Mgf Christian an Kays. Mäyst., 24. 6. 1625.

in schriftlicher Festlegung ging man mehr und mehr über zu persönlichen Verhandlungen durch Gesandte und schließlich durch Begegnungen des Fürsten selbst mit seinen Partnern. Diese Zusammenkünfte tarnte man zudem meist geschickt als Jagden oder Feste. Es ist klar, daß damit jedem Einblick in die Zusammenhänge des Planens und Handelns nicht nur für den zeitgenössischen Beobachter, sondern vor allem auch für den späteren Betrachter, größte Schwierigkeiten bereitet wurden. Selbst mit Coburg verkehrte Bayreuth hinfort in wichtigeren Angelegenheiten durch persönliche Gesandtschaften, wobei man beiderseits peinlichst vermied, den wahren Grund des Besuches in den Memorialien näher zu erläutern.

Sicher ist, daß sich die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach in dieser Zeit wieder enger an das Herzogtum Coburg anschloß, nachdem in den vergangenen Jahren die Verbindung nur locker gewesen war. Dazu bestand eine dauernde Interessengemeinschaft mit dem Herzogtum Württemberg und selbstverständlich auch mit der Markgrafschaft Brandenburg-Ansbach, für die Christian nach dem Tode seines Bruders Joachim Ernst im Jahre 1625 als Vormund seines minderjährigen Neffen Friedrich sozusagen mithandelte.

Die Reihe der im wesentlichen durch Gesandte geführten Geheimverhandlungen mit den genannten Reichsständen eröffnete ein Besuch des Kanzlers von Feilitzsch bei Herzog Johann Casimir von Coburg im Mai 1626 (115). Im Juni erschien dann Oberst von Helmstatt als herzoglich-württembergischer Gesandter in vertraulicher Mission bei Christian. Das ihm erteilte Memorial ist ein Musterbeispiel dafür, wie man mit vielen Worten das verbirgt, worauf es eigentlich ankommt. In ihm wurde betont, daß auch die Hauptparteien dem allgemeinen Unheil im Reich nicht mehr gewachsen seien und daß man deswegen in persönlicher, vertraulicher Verbindung Gedanken austauschen und Mittel und Wege finden müsse, um den Übeln der Zeit zu steuern (116). Aber zu welchen entscheidenden Überlegungen und Entschlüssen sollten die kleinen und

(115) StAB, Rep. C48, Nr. 139: Herzog von Coburg an Mgf Christian, mit Rekreditiv für den Kanzler von Feilitzsch, 15. 5. 1626.
(116) Ebda.: Memorial für Oberst von Helmstätt, 29. 6. 1626.

politisch zweitrangigen Landsherren finden, wenn sie von vorneherein auf Grund der Erkenntnis verhandelten, daß die Hauptparteien selbst längst die Handlungsfreiheit verloren hatten? Schließlich blieb der Schlüssel für all ihre Lösungsversuche doch wieder nur der Appell an die Großen und Mächtigen der Zeit, weiterhin um einen Ausgleich der Gegensätze bemüht zu bleiben.

So folgte, nachdem auch Kanzler von Feilitzsch noch in vertraulicher Mission beim Herzog von Württemberg gewesen war, allen diesen Besprechungen als sichtbares Ergebnis lediglich wieder einmal der Versuch Christians, Kursachsen zu einer Interposition beim Kaiser, zugunsten eines allgemeinen, gütlichen Ausgleichs zu veranlassen. Dieses Mal sandte er seinen Bruder, Markgraf Johann Georg zu Brandenburg, an den Kurfürsten von Sachsen. Dessen Resolution erfolgte dann Anfang September. Sie legte in einem eingehenden Bericht alle bisher fehlgeschlagenen Bemühungen dar und erwies so jede weitere Interposition beim Kaiser als zwecklos. (117).

Als Kurfürst Johann Georg jede weitere Interposition damit endgültig ablehnte, ergriff schließlich Markgraf Christian selbst die Initiative zu einer "Intercession zur Assecuration des Prophan- und Religionsfriedens", indem er seinen Bruder, Markgraf Johann Georg, nach Wien an den Kaiser, den Fürsten von Eggenberg und den Grafen Colalto abordnete (118). Wenn auch diese Sendung, wie die markgräfliche Regierung sicher vorausgesehen hatte, praktisch ergebnislos verlief, so hatte sie doch gezeigt, daß Christian und seine Partner nicht geneigt waren, sich dem Geschehen auf die Dauer tatenlos zu unterwerfen.

Allerdings scheint sich mit dieser Interzession auch die Tatkraft des Fürsten für einige Zeit erschöpft zu haben, denn während des ganzen Jahres 1627 sind keine Kommunikationen oder Verhandlungen, die über den Rahmen des Üblichen hinausgingen, feststellbar. Oder waren alle engeren Verbindungen evangelischer

(117) Ebda.: Hzg Johann Friedrich an Mgf Christian, 7. 7. 1626; Memorial für Mgf Johann Georg, 13. 8. 1626; Resolution Kursachsens, 29. 8. 1626.
(118) Ebda.: Intercession zur Assecuration des Prophan-und Religionsfriedens, 10. 10. 1626; Kreditiv für Mgf Joh. Georg, 10. 10. 1626.

Reichsstände nun so stark nach außen hin abgeschirmt, daß kein Anzeichen mehr auf ihr wirksames Fortbestehen hindeutete? Die allgemeine Kriegslage mit den gewaltigen Erfolgen Tillys und Wallensteins in Norddeutschland machte solche Verbindungen der Evangelischen ja ebenso nötig wie die Anwendung größter Vorsicht bei ihrem Zustandekommen. Zudem leitete das Jahr 1627 über zu jenen persönlichen Begegnungen evangelischer Fürsten auf markgräflichem Gebiet, die schon erwähnt wurden und die sicher nicht ohne sorgfältige, geheime Vorbereitungen möglich waren.

Zu einer solchen persönlichen Begegnung des Markgrafen mit Herzog Johann Casimir kam es zuerst im Frühling 1628, anläßlich eines Schützenfestes in Coburg (119). Im Juni erwiderte der Herzog dann den Besuch und fand sich mit einem stattlichen Gefolge in Bayreuth zum Scheibenschießen ein. Auch eine Abordnung der Reichsstadt Nürnberg und viele Mitglieder des fränkischen Adels waren anwesend. Dieses Schützenfest hat in der historischen Literatur bis heute als "freudiges Ereignis in trauriger Zeit" viel Interesse gefunden. Seltsamerweise übersahen aber alle Bearbeiter den bedeutenden politischen Hintergrund (120). Es gibt keinen Zweifel, daß

(119) Geschichte des Fürstenthums Bayreuth und seiner Regenten, 6 Manuskriptbände ohne Angabe des Verfassers, niedergeschrieben um 1800, Bd. IV, §59, Im Besitz des Historischen Vereins von Oberfranken, Bayreuth.

(120) Heinritz, a.a.O., S. 38; Peetz, a.a.O., S. 107 ff; Holle, Das Fürstenthum Bayreuth im dreißigjährigen Krieg, AOfr., 4. Bd., 1. Heft, (Bayreuth, 1848), S. 18.
Bei der erstmaligen Zitierung der umfangreichen und für jene Zeit (1848-1850) sicher recht verdienstvollen Arbeit Holles wird auch schon eine ihrer größten Schwächen offenbar, nämlich die in ihrer verworrenen Fülle erschreckende Anhäufung von Einzelfakten, die ohne tiefere Beziehung und inneren Zusammenhang wahllos aneinandergereiht wurden. Da jede Darstellung politischer Ereignisse und Handlungen notwendigerweise die Frage nach deren Motiven und Auswirkungen einschließt, fällt somit Holles Arbeit auf diesem Sektor völlig aus. Aber wahrscheinlich ging es ihm bewußt weniger um die Deutung politischer Vorgänge als vielmehr um eine bloße Summierung aller Ereignisse des Krieges in der Markgrafschaft. Doch auch hier müssen Bedenken erhoben werden. Holle hat zweifellos beim Zusammentragen der Fakten aus den ihm zur Verfügung stehenden Quellen und vor allem aus der gesamten, ihm vorliegenden Sekundärliteratur eine anerkennenswerte Ausdauer aufgebracht, aber sein Eifer, möglichst alles zu erfassen, hat ihm oft ebenso die notwendige kritische Sichtung des Stoffes im kleinen wie dessen richtige Verarbeitung im großen erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. So wird man heute Holle nur noch sehr bedingt folgen können, und man wird gut daran tun, keine seiner Angaben ohne gründliche Prüfung anhand der Primärquellen zu übernehmen.

hier Pläne gefaßt wurden, die weitreichende Folgen hatten; denn schon im August trafen sich, wie dem Tagebuch des Magisters Johannes Braun zu entnehmen ist, der Herzog von Coburg und der Markgraf "auf vornerige Verabredung" mit einer Reihe anderer evangelischer Fürsten und Herren wieder in Bayreuth. Bernnard von Weimar war da und der Pfalzgraf Christian und eine Anzahl weiterer Fürsten. So erschien auch der Pfalzgraf August zu Sulzbach. Daß die in Bayreuth anwesenden evangelischen Fürsten, trotz der für sie so verhängnisvollen Zeitläufte, doch nicht ohne Hoffnung waren, geht aus seinen Worten, mit denen er seinen ehemaligen Professor und Hofprediger Braun begrüßte, hervor: "Gott wird uns beide, mich und Euch und denen es ähnlich geht wie Euch, bald wieder erquicken und uns von Herzen helfen" (121).

Es wird sich nicht einwandfrei klären lassen, ob der erste Anstoß zu diesem Fürstentreffen in Bayreuth vom Herzog von Coburg oder dem Gastgeber Markgraf Christian ausging. Doch ist das auch nicht so wesentlich. Wesentlicher erscheint, daß sich mit dieser Versammlung eine Entwicklung abzeichnete, die schließlich im Leipziger Konvent ihren Höhepunkt fand.

Noch aber waren hier, bei einer ersten persönlichen Fühlungnahme, selbstverständlich keine greifbaren Ergebnisse zu erwarten. Noch war ja, vor dem Erlaß des Restitutionsedikts, der religiöse Druck auf die versammelten evangelischen Fürsten nicht so stark, daß er alle privaten Rücksichtnahmen und politischen Bedenken zurück-

(121) M. Johannes Braun, Ephemeridum Liber secundus, Exilii calamitosi pericula complectens. Übertragung von Friedrich Zindel: Tagebuchblätter aus dem Dreißigjährigen Krieg (1626-1634). AOfr., 32. Bd., Heft 2, S. 18/19, (Bayreuth, 1934/35). Hier tritt erstmals M. Joh. Braun in Erscheinung, dessen Tagebuchaufzeichnungen aus den Jahren 1626-1634 von Frd. Zindel übersetzt und 1934/35 im Archiv von Oberfranken veröffentlicht wurden. Braun war als Exulant aus der Oberpfalz Pfarrer in Melkendorf bei Kulmbach. Er legte alle Vorkommnisse eingehend und anschaulich nieder. Da Braun allerdings als Partei angesehen werden muß, ist selbstverständlich eine kritische Beurteilung dieser Quelle unerläßlich. Auch im Hinblick auf genaue Zeitangaben erweist sich das Tagebuch, im Vergleich mit den Urkunden, nicht immer als zuverlässig. Auf solche Irrtümer Brauns, der seine Aufzeichnungen zweifellos manchmal nachträglich niederschrieb, wird im einzelnen noch hinzuweisen sein. Was aber die Wiedergabe der "inneren Situation" der Zeit betrifft, stehen Brauns Tagebuchblätter allen Urkunden weit voran. Vgl. dazu auch das Vorwort zur Übersetzung Frd. Zindels von K. Hartmann.

gedrängt hätte. Und hier bietet gerade Markgraf Christian wieder ein Beispiel, in welch hohem Maße persönliche Interessen den Gang der Ereignisse mitbestimmten. Es fällt auf, daß der Fürst gerade jetzt erstmals einen ständigen Gesandten, den Geheimrat Agricola, am kaiserlichen Hof hatte (122). Und dieser Geheimrat entfaltete im Sommer 1628 eine ganz erstaunliche Aktivität, ohne daß man zunächst klar erkennen kann, was sein Auftrag war und in welcher Richtung seine Tätigkeit ging. Alle fürstlichen Anweisungen an ihn sind so undurchsichtig, seine eigenen Berichte nach Bayreuth so verklausuliert, daß man weitgehend im dunkeln tappt. Klar ersichtlich wird allerdings, daß er eine Reihe bedeutender Vertrauenspersonen am Hof besaß, mit denen der Markgraf reiche Korrespondenz pflegte. Zu ihnen gehörten die Herren von Stralendorf und Nostiz und der Graf Maximilian von Trautmannsdorff. An ihrer Spitze aber stand kein geringerer als Fürst Johann Ulrich von Eggenberg. Mit ihm muß den Markgrafen geradezu eine persönliche Freundschaft verbunden haben, wie aus einem Brief von Eggenbergs hervorgeht, in welchem er vom "vertreulichen negotium" spricht, "das an den Ort, wo es nach der Zeit und Gelegenheit hin remittirt worden, mit Satisfaction tractirt worden" und in welchem er fortfahrt: "Ich versichere E. Ld. zugleich, das ich in gegenwertiger und allen anderen Begebenheiten nicht underlassen werde, deroselben alle getreue Freundschaft und Dienst, mit aufrechtem teutschen Gemüth, nach Vermögen zu verrichten". Diese Versicherung klingt durchaus echt, besonders, weil sie nicht die übliche **unverbindliche Schluß**formel des Briefes ist. Der Markgraf antwortete von Eggenberg in einem ausführlichen Schreiben und bat ihn: "...dabey Ihrer F.Gn. ersucht werden, mich bey der R. Käys. Mst. wegen berürter Condition in guter Affection zu erhalten". Worum handelte es sich also bei der dem Kaiser "eröffneten Condition", die Christian immer wieder "uff ein gut Mittel zu dirigiren" bat? (123).

(122) StAB, Rep. C48, Nr. 145: Korrespondenz des Fürsten mit Agricola, 1627/28.
(123) StAB, Rep. C48, Nr. 147: Joh. Ulrich Fürst zu Eggenberg an Mgf Christian, 14. 1. 1628; Mgf Christian an Fürst zu Eggenberg, 12. 2. 1628; Mgf Christian an Gf von Trautmannsdorff, Herrn von Nostiz und Herrn von Stralndorf, 12. 2. 1628.

Eine Antwort ergibt sich aus der Feststellung, daß Markgraf Christian nicht nur durch Geheimrat Agricola in offizieller oder halboffizieller Mission am kaiserlichen Hof vertreten war, sondern auch durch zwei Agenten, Ender und Loew, die den ausdrücklichen Auftrag hatten, alle Vorgänge genau zu berichten, die die "brandenburgische Succession und Restitution des hinterlassenen Sohnes des Markgrafen Johann Georg" betrafen (124). Es waren also immer noch Erbschaftsangelegenheiten, offenbar den Anspruch auf Jägerndorf betreffend, den Markgraf Ernst, der Sohn Jonann Georgs erhob, die den Markgrafen stark beschäftigten. Mag diese Angelegenheit also durchaus in der rein persönlichen Spnare des Fürsten gelegen haben, so mußte sie doch Bedeutung gewinnen in ihren politischen Rückwirkungen; denn wer am kaiserlichen Hof in persönlichen Dingen Unterstützung suchte, war auch in allen politischen Bestrebungen und Maßnahmen weitgehend gebunden.

Konnte der Markgraf im Jahre 1628 seinen Sinn noch auf die Verwirklichung persönlicher Wünsche und die Erreichung persönlicher Ziele richten, so ergab sich für ihn und sein Territorium eine völlig veränderte Lage durch den Erlaß des kaiserlichen Restitutionsedikts vom 6. März 1629. Es rief nicht nur beim Fürsten und seinen Raten, sondern auch im ganzen Land bei der Bevölkerung ungeheuere Bestürzung hervor. Die markgrafliche Regierung ging sofort daran, alle nur denkbaren Auswirkungen des Edikts auf die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach eingehend zu prüfen.

Dabei mußte vor allem ein lange zurückliegender Vorgang wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt werden. Kaiser Karl V. hatte einst von katholischen und evangelischen Theologen eine Glaubensformel ausarbeiten lassen, die für die Protestanten bis zu einer endgültigen Einigung im Reich gelten sollte. Sie war den zu Augsburg versammelten Ständen im Jahre 1548 als Interimslösung vorgelegt worden, und die Reaktion der protestantischen Stande war im Hinblick auf eine Annahme sehr verschieden gewesen.

(124) Ebda.: Mgf Christian an Herrn von Ender, 28. 4. 1628; Mgf Christian an Agenten Loew, 29. 4. 1628; Herr von Ender an Mgf Christian, 3. 5. 1628; Herr von Ender an Mgf Christian, 18. 5. 1628.

Ein Teil hatte die Annahme strikt abgelehnt, ein Teil war unentschlossen geblieben, ein weiterer Teil aber hatte sich gefügt und einverstanden erklart. Zu letzteren hatte auch Markgraf Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Kulmbach gehört. Sein Verhalten konnte zweifellos als eine Absage an die Augsburger Konfession vom Jahre 1530 angesehen werden, doch war zunächst ungeklart, ob der Markgraf das Augsburger Interim auch tatsachlich in seinem Land zur Geltung gebracht hatte.

Da nun Kaiser Ferdinand II. im Anschluß an das Restitutionsedikt bestimmte, daß der Religionsfriede nur den Standen gelte, die dem seit 1530 unveranderten Augsburger Bekenntnis angehörten, mußten Markgraf Christian und seine Rate ernste Konsequenzen für ihr Land befürchten.

Wie begründet diese Befürchtungen waren, ergab sich, als die frankische Restitutionskommission unter Bischof Johann Georg II. ihre Tatigkeit aufnahm und feststellte, daß sich auch die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach "zu dem damahlen im Römischen Reich publicirten Interim jurato verstanden" habe, daß sie also wie die meisten Stände des Frankischen Kreises die Augsburgische Konfession aufgegeben habe, mithin nicht mehr im Augsburger Religionsfrieden inbegriffen sei und zur Restitution der geistlichen Güter angehalten werden könne (125).

Die Abwehr dieser Restitutionsbestrebungen konnte nur dann erfolgreich sein, wenn die markgrafliche Regierung nachwies, daß das Augsburger Interim im Land niemals wirksam geworden war. Um diesen Nachweis zu führen, erließ der Markgraf Anfang Juni 1629 ein Ausschreiben an alle Geistlichen und Beamten im ganzen Land, damit die alten Erbbücher aufgesucht und Abschriften gemacht würden und Bürgermeister und Rate sich über die Verhältnisse be-

(125) Kraußold, Geschichte der evangelischen Kirche im ehemaligen Fürstentnum Bayreuth, Erlangen, 1860, S. 109, betrifft die Stellungnahme Markgraf Albrecht Alcibiades' zum Augsburger Interim; S. 198 ff, betrifft das Restitutionsedikt und seine Auswirkungen auf die Markgrafschaft. Vgl. dazu auch Hübsch, Das Hochstift Bamberg und seine Politik unmittelbar vor dem ersten Einfall der Schweden 1631, Bamberg, 1895, S. 54 ff.

rieten. Alle Superintendenten bekamen Befehl, die alten Akten und Dokumente in Pfarreien und Schulen, Pfründen und Spitälern zu inspizieren und herauszufinden, wann in den Orten die ersten evangelischen Prediger gewesen waren, "was zur Zeit des Interims observirt worden, wie weit die markgräflichen Vorfahren dasselbe verstanden, wann es wieder abgeschafft worden und wie sich zu derselben Zeit die Theologen unter- und oberhalb Gebürgs darauf erwiesen". Sie sollten darüber und über alle Verträge und Vergleiche genauen Bericht an die Geheime Ratsstube erstatten. Aber das Ergebnis der Nachforschungen war auffallend gering. Nur vom Superintendenten Pertsch lief aus Wunsiedel ein Bericht mit 8 Urkunden ein, die er in den Ratsakten gefunden hatte und aus denen hervorging, daß sich die Ritterschaft und Landschaft im Jahre 1548 gegen die Einführung der von Markgraf Albrecht vorgelegten interimistischen Kirchenordnung ausgesprochen hatten. Es galt zu einer abschließenden Stellungnahme zu kommen. So berief der Markgraf, auf den dringenden Wunsch des Hofratsdirektors von Feilitzsch, alle Superintendenten und Dekane zu einer Beratung nach Bayreuth. Sie wurde Anfang Oktober 1629 durchgeführt. Die Versammlung stellte schließlich fest, daß "in diesem Land und Fürstenthum von anno 1531 an bis noch dato fast uff einhundert ganzer Jahr einerlei Kirchenordnung geführt worden, so ja nit sein können, wenn auch nur zu einem Jahr das Interim in Schwang gangen". Die Frage einer Durchführung des Interims im Land wurde also eindeutig verneint und damit wurden auch alle Restitutionsbestrebungen abgewiesen (126).

Versuchte man mit diesen Maßnahmen und Darlegungen nach Recht und Gesetz eine innere Abwehrfront gegen alle Restitutionsbe-

(126) StAB, Rep. C48, Nr. 153: Dieser umfangreiche Akt enthält fast geschlossen alle Vorgänge, die das Restitutionsedikt betreffen. Von besonderem Interesse sind: Mgf Christian an alle Hauptleute etc., 30. 5. 1629; Mgf Christian an alle Superintendenten, 30. 5. 1629; v. Feilitzsch an Mgf Christian, 8. 8. 1629; Mgf Christian an Superintendenten und Dekane, 28. 8. 1629. Kraußold, a.a.O., S. 202, berichtet, daß sich der Markgraf auch mit Friedrich zu Solms und den vormundschaftlichen Räten zu Ansbach am 8. Mai 1630 wegen der Frage einer Abwehr der Restitutionsbestrebungen in Verbindung gesetzt habe, worauf Ansbach schon am 17. Mai in einem Gutachten nebst Beilagen nachwies, daß es nicht betroffen sein könne. Auf Seite 204 gibt Kraußold den Bericht des Superintendenten Pertsch und des Konsistoriums.

strebungen aufzubauen, so war die markgräfliche Regierung aber auch nicht müßig, eine äußere, gemeinsame Sicherung aller evangelischen Stande Frankens zu betreiben. In deren Namen unterzeichnete Christian im Juni Kreditiv und Instruktion für eine Abordnung an den Kaiser, den Fürsten von Eggenberg, die Grafen Colalto und Trautmannsdorff und eine Reihe anderer kaiserlicher Rate. Diese Gesandtschaft war sehr gründlich vorbereitet und stand in steter Zusammenarbeit mit Geheimrat Agricola, der am Hof Tor und Tür zu öffnen wußte. Trotzdem blieb alles Bestreben der Abgeordneten, befriedigende Zusicherungen des Kaisers im Hinblick auf die religiösen Belange der evangelischen Stande Frankens zu erreichen, letztlich ergebnislos (127).

Nach der Enttäuschung, mit welcher die Mission der Stände an den Kaiser geendet hatte, richteten sich deren Hoffnungen im Winter 1629/30 wieder auf Kursachsen (128). Und nun durfte Markgraf Christian mit Genugtuung feststellen, daß der Kurfürst den Fragen und Anregungen der evangelischen Stande, wie man sich gegenüber dem Restitutionsedikt und den Bedrückungen durch die kaiserlichen Armeen verhalten solle, ein willigeres Ohr schenkte als in den vergangenen Jahren. Ein neues, freundlicheres Verhältnis zu Kursachsen bahnte sich an, das dann im Juni 1630 seinen sichtbarsten Ausdruck fand. Gerade zu der Zeit, da zu Regensburg ein entscheidender Kurfürstentag eröffnet werden sollte und da man täglich mit dem Eingreifen des Schwedenkönigs in den Krieg rechnete, konnte Markgraf Christian den Kurfürsten und dessen ganze Familie in der Markgrafschaft begrüßen. Mit diesem Treffen in Selb setzte sich die Reihe der persönlichen Begegnungen Christians mit maßgebenden evangelischen Fürsten fort. Der Markgraf hatte zu einer großen Jagdveranstaltung geladen, und es erschienen der Kurfürst Johann Georg von Sachsen mit seiner Gemahlin nebst vier Prinzen und zwei Prinzessinnen, Markgraf Johann Georg von Brandenburg, Christians Bruder, ferner Herzog Wilhelm von Weimar, ein Herzog von Altenburg und viele andere evangelische Grafen und Herren. Die Jagdbeute war groß, aber was wichtiger erscheint, man

(127) Ebda.: Kreditive und Instruktion für die Abordnung der fränk. evangel. Stände, 10. 6. 1629; kaiserliche Resolutionen auf die Gesandtschaft, 20. 8. 1629 und 17. 9. 1629.
(128) Ebda.: Memoriale der evangel. Stände Frankens an den Kurfürsten von Sachsen, 25. 2. 1630.

fand auch Gelegenheit zu manchem vertraulichen Gespräch, und hierin lag wohl der eigentliche Sinn der Zusammenkunft, ist es doch undenkbar, daß in einem Augenblick welthistorischer Entscheidungen die Fürsten zu ihrem bloßen Vergnügen zusammenkamen.

So ist die hohe politische Bedeutung des Treffens in Selb nicht zu bezweifeln, doch bleibt die Frage offen, ob man auch schon zu konkreten Entschlüssen bezüglich eines allgemeinen Konvents der Evangelischen kam. Folgt man Moriz Ritter, so ist diese Frage zu verneinen, denn er ist überzeugt, daß Kurfürst Johann Georg noch im Hochsommer 1630 alle Bitten um Berufung einer Versammlung der protestantischen Reichsstände strikt abwies (129). Holle aber stellt demgegenüber zum Selber Treffen fest: "Es verlautete so viel, daß sie sich wegen des Leipziger Konvents miteinander verglichen" (130). Und Holles Hinweis dürfte hier der Wahrheit näher kommen. Wohl bleibt zu bezweifeln, daß in Selb schon konkrete Vorstellungen über den Leipziger Konvent des Frühjahrs 1631 als Ergebnis der Gespräche erwuchsen, doch steht fest, daß die anwesenden Fürsten die Notwendigkeit und Möglichkeit eines evangelischen Gesamtkonvents ernsthaft in Erwägung zogen; denn im ferneren Briefverkehr zwischen Markgraf Christian und dem Kurfürsten

(129) M. Ritter, Deutsche Geschichte etc., S. 461. Der Verfasser nimmt an, daß der Kurfürst von Sachsen erst im September, unter der Einwirkung Kurbrandenburgs oder aus Erbitterung über die Vorgänge in Regensburg, dem Gedanken eines Gesamtkonvents der evangelischen Reichsstände nähertrat.

(130) Holle, a.a.O., S. 27, gibt als Quelle ein Manuskript in der Sammlung des Historischen Vereins zu Bayreuth. Leider war diese Handschrift nicht mehr zu ermitteln. Das Fürstentreffen zu Selb war auch anderen Bearbeitern bekannt, so Peetz, a.a.O., S. 150/151. Er nimmt an, daß den anwesenden Herren vertrauliche Mitteilung gemacht wurde, "welche Artikuln unsere Superintendenten des Landes von wegen des kaiserlich erlassenen Restitutionsedikts festgestellt haben". In der "Geschichte des Fürstenthums Bayreuth und seiner Regenten" (Manuskript), 4. Bd., §63, wird, sicher durch eine Verwechslung, angenommen, daß der Leipziger Konvent zunächst in Selb stattfinden sollte, "dieserwegen ließ der Fürst das dasige Schloß in der Geschwindigkeit herstellen. Es wurde aber hernach Leipzig dazu erwählt".

war das wesentliche Problem nur noch die Festlegung eines passenden Termins (131). So muß das vom Markgrafen in die Wege geleitete Fürstentreffen von Selb als eine wichtige Stufe auf dem Weg zu einem Gesamtkonvent der protestantischen Reichsstände angesehen werden, und Christian selbst ist damit in der Politik dieser Stände wohl eine bedeutendere Rolle zuzuschreiben, als das im allgemeinen geschieht.

Schon wenige Tage und Wochen, nachdem sich die Fürsten und Herren zu Selb getroffen hatten, landete Gustav Adolf auf der Insel Usedom, und Wallenstein zog sich, vom Kaiser auf dem Regensburger Kurfürstentag seines Kommandos entsetzt, auf seine Güter in Böhmen zurück. Der Krieg trat in eine neue Phase.

(131) StAB, Rep. C48, Nr. 146: Mgf Christian an Kf Johann Georg, 24. 9. 1630. In der Nachschrift des Briefes berief sich der Mgf ausdrücklich auf die zu Selb durch Handschlag getroffenen Absprachen und ersuchte den Kurfürsten "... die bewuste Zusammenkunfft zu befördern".

2. Das Kriegsgeschehen in der Markgrafschaft.

Der Übergang zwischen Frieden und Krieg, zwischen Krieg und Frieden ist fließend, das erwies sich in besonderem Maße am Dreißigjährigen Krieg. Wie er sich im politisch-religiösen Meinungsstreit schon lange vor seinem endgültigen Ausbruch angekündigt hatte, so liefen auch die militärischen Aktionen längst vor dem Prager Fenstersturz. Der Krieg war da, ehe der Krieg begann; das galt ohne Zweifel für die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach. Werbungen und Durchzüge, rauberische Überfälle durch streunendes Gesindel und Auseinandersetzungen mit katholischen Nachbarn hatten schon lange vor 1618 ihre Bewohner beunruhigt und zu deren fortgesetzten Klagen und Beschwerden Anlaß gegeben (132). So waren, als im Mai 1618 der böhmische Krieg begann, die Probleme einer Abwehr der Bedrohungen für den Markgrafen und seine Räte nicht neu, sie trugen nur höhere Aktualität und die Gefährdung des Landes wie seiner Bewohner war noch gestiegen. Dafür war natürlich besonders die Lage des Territoriums maßgebend.

Nicht nur in politischer, sondern auch in militärischer Hinsicht gewann mit dem Ausbruch des Krieges in Böhmen die Markgrafschaft für alle Parteien höchstes Interesse, konnte der Zuzug für die böhmischen Stände aus dem Reich doch nur durch ihr Oberland über die Schirndinger Senke erfolgen, während die dem Kaiser treu gebliebenen Kräfte um Pilsen über die südlichen Ämter der Markgrafschaft und durch die Oberpfälzer Senke Verstärkungen erwarteten. Über diese Straßen verfügen zu können, mußte der Wunsch der Kriegführenden und ihrer Freunde sein.

Der Markgraf und seine Räte begegneten dem, wie wir wissen, durch eine betonte Neutralitätspolitik. Lassen sich aber durch Neutralitätserklärungen notwendige militärische Aktionen auf die Dauer verhindern? Und bedeutete Neutralität nicht ebenso allen wie keinem Zugang gewähren, besonders, wenn die markgräfliche

(132) StAB, Rep. C48, Nr. 2: Korrespondenzen wegen der Werbungen des Obristen von Goldstein, 1617. StAB, Rep. C40, Vol. XIII-XV: Bayreuther Kreistagsakten der Vorkriegsjahre. StAB, Rep. C28 (Bayreuther Landstände). Daraus besonders: Nr. 18a: Land-Stande General-Gravamina, 1608-1686. Vgl. Anmerkung 1.

Regierung selbst im Gefühl eigener Machtlosigkeit handelte? Wie also sollte man sich gegenüber dem Begehren auf Durchzug verhalten? Diese Fragen und Probleme bestimmten das Kriegsgeschehen in der Markgrafschaft bis 1631. Die Geschichte des Krieges auf dem Sektor militärischer Aktionen war somit in diesem Zeitraum für die Markgrafschaft die Geschichte verhinderter oder erfolgter, abgewiesener oder erzwungener Durchzüge, Einfälle und Einquartierungen.

Schon kurz nach dem Prager Fenstersturz, als die böhmischen Stände ihre im Westen und Nordwesten des Reiches geworbenen Truppen durch die Markgrafschaft führen wollten und auch Gerüchte von starken kaiserlichen Truppenbewegungen umliefen, prüfte Geheimrat von Waldenfels die Frage, wie man sich gegenüber dem Begehren auf Durchzug verhalten solle (133). Das Ergebnis seiner Untersuchung nahm schon einige wesentliche Praktiken vorweg, wie sie sich im Verlaufe der nächsten Jahre aus der Erfahrung ergaben. Die Grundlage jeder Entscheidung konnte nur das geltende Reichsrecht sein. Vor allem bemühte man sich deshalb, jede Willkür zu unterbinden, und man beschloß, gegen alle widerrechtlichen Durchzüge entschieden Stellung zu nehmen. Doch war es nach den Reichsordnungen nicht grundsätzlich möglich, alle Durchzüge abzulehnen. Wichtig war nur, daß sie rechtzeitig gemeldet wurden, damit man alle notwendigen Sicherheitsvorkehrungen treffen konnte. Als solche waren die Benachrichtigung der Beamten und Offiziere und der Begleitpersonen der Truppen, die Alarmierung des eigenen Landausschusses im Durchzugsgebiet und die Verlegung eigener Truppen dorthin anzusehen. Die durchziehenden Verbände konnten dann unter ständiger Kontrolle gehalten werden. Die Hinterlegung einer Kaution durch den Antragsteller gab bei Übergriffen Sicherheit gegen materielle Schäden. Die rechtzeitige Anmeldung eines Durchzuges schuf überdies die Möglichkeit einer eingehenden Kommunikation mit den anderen Kreisständen, denn letztlich blieb nach den Reichskonstitutionen jeder Durchzug eine Angelegenheit des Kreises und der Kreisoberst war die in erster Linie zuständige Person.

(133) StAB, Rep. C48, Nr. 5a, fol. 302: Waldenfels an Mgf Christian, 10. 8. 1618. Ebda., Nr. 5b, fol. 8: Mgf Christian an Waldenfels, 11. 8. 1618. Vgl. Weigel, a.a.O., S. 76.
Zu der hohen Bedeutung, die v. Waldenfels sowohl für die Politik des Bayreuther wie auch des Coburger Hofes hatte, vgl. man StAC, LA B 2817 und LA F 7252 (Diener-Korrespondenzen)!

Natürlich konnte man aber auch unter den genannten Bedingungen Kosten und Schäden nicht ganz vermeiden. Erstrebenswerter als ein kontrollierter Durchzug war also immer noch ein verhinderter. Und bot dazu nicht gerade die strikte Einhaltung der rechtlichen Formalitäten eine ausgezeichnete Handhabe? Sehr wesentlich war dabei die gute und frühzeitige Information. Wenn es der markgräflichen Regierung gelang, Nachrichten über einen geplanten Durchzug früh genug einzuholen, dann konnte man ihn unter Umständen durch entsprechende Gegenmaßnahmen, vor allem durch die Einleitung langwieriger Verhandlungen und Erörterungen verzögern und oft ganz verhindern. Diese Verschleppungstaktik des markgräflichen Hofes, bei welcher man sich noch mit Nachdruck auf die korrekte Beachtung der Reichsordnungen berufen durfte, entsprang den Erfahrungen in den ersten Jahren des Krieges. Man wandte sie teilweise mit gutem, teilweise mit minderem Erfolg an.

Es fällt heute sehr schwer, die wirklich stattgefundenen Durchzüge einwandfrei festzustellen. Haben doch bei der genannten Taktik der markgräflichen Regierung häufig schon bloße Gerüchte über Truppenbewegungen sehr umfangreiche Verwaltungsmaßnahmen ausgelöst. Ganze Bände von Akten sind so mit Erhebungen über Durchzüge, die nie stattfanden, die manchmal nur Gerücht blieben, gefüllt (134). Ein gutes Beispiel mag der im Spätsommer 1618 erwartete Durchzug des Grafen Johann von Nassau mit einem Regiment Reiter von Frankfurt über Bamberg, Kulmbach, Weißenstadt nach Eger sein. Er war durch eine Nachricht des kurpfälzischen Hauptmanns von Dohna aus Waldsassen bekannt geworden. Die Mitteilung rief in Bayreuth eine Flut von Kommunikationsschreiben hervor. Wie weit man dabei räumlich ausgriff, um möglichst frühzeitige und zuverlässige Nachrichten über die fraglichen Truppen zu er-

(134) Ein Überblick über das vorliegende Aktenmaterial, das sich im Staatsarchiv Bamberg befindet, soll vorangestellt werden. Von den 30 jährigen Kriegsakten, brdbg. Provenienz, befassen sich für die Zeit von 1618-1630 nicht weniger als 64 Bände ausschließlich oder teilweise mit Durchzügen, Einfällen oder Einquartierungen. Von den Bayreuther Kreistagsakten, Vol. XVIII bis Vol. XXX. Von den brdbg. Unionsakten befaßt sich die Nr. 69 mit der Frage der Regelung von entstandenen Durchzugskosten.

halten, geht aus zwei Schreiben des Markgrafen an den Kurfürsten Friedrich und den Landgrafen Moritz von Hessen hervor. Auch seinen Bruder Joachim Ernst bat der Markgraf, daß er in Kitzingen Nachfrage wegen der Reiter halten und den Räten von Neustadt seine Ermittlungen bekanntmachen möge. Fast gleichzeitig befahl man aber auch den Räten zu Neustadt, mit Kitzingen Verbindung aufzunehmen. Das Ergebnis der umfangreichen Korrespondenz war, daß niemand von durchziehenden Reitern etwas gehört oder gesehen hatte (135).

Nun, vielleicht nahm man all die Mühe einer so umfangreichen Korrespondenz gerne in Kauf, wenn die Truppen selbst ausblieben oder die Meldung sich als bloßes Gerücht herausstellte. Dem war aber durchaus nicht immer so. Noch im September 1618 läßt sich ein Durchzug des Grafen Dietrich von Dohna mit 500 für die böhmischen Stände in den Niederlanden geworbenen Reitern von Sachsen in die Oberpfalz nachweisen. Dohna mußte sich dabei in Bayreuth für die Übergriffe entschuldigen, die in Hof vorgekommen waren (136). In den Herbsttagen des Jahres 1618 stieg dann die Unruhe im Land gewaltig. Wenn es auch gelang, größere Truppenverbände am Durchzug zu hindern, so war doch viel fahrendes Volk auf allen Straßen; denn um allen notwendigen Formalitäten zu entgehen, vielleicht auch um der Geheimhaltung willen, schlichen sich die vom Kaiser oder den böhmischen Ständen geworbenen Truppen in kleinen Gruppen oder einzeln durch das Land, wie es vielleicht auch die Nassauischen Reiter taten (137). Damit war von den Parteien eine geschickte Umgehung aller Schwierigkeiten eines offiziellen Begehrens auf Durchzug gefunden, und es zeigte sich schon bald nach Kriegsbeginn, daß striktes Beharren der markgräflichen Regierung auf den gültigen Rechtsnormen auch seine Schattenseiten hatte. Gelang es ihr nämlich, den großen, regulären Strom abzudämmen, so entstand dafür eine fortgesetzte, irreguläre Wanderbewegung, die nur äußerst schwer zu kontrollieren und kaum zu steuern war. Mußte sie nicht auf die Dauer dem Land

(135) Weigel, a.a.O., S. 92, Anmerkung 29.
(136) StAB, Rep. C48, Nr. 5b: Dohna an Mgf Christian, 19. 9. 1618. Vgl. Weigel, a.a.O., S. 92.
(137) Weigel, a.a.O., S. 132/133, Anmerkung 57-59.

größeren Schaden zufügen als die genehmigten, regulären Durchzüge? Natürlich fehlte es nicht an Versuchen des Markgrafen und seiner Untertanen, auch diese Wanderbewegung unter Kontrolle zu bekommen. So beschloß z.B. der Rat der Stadt Pegnitz schon im Juli 1618, wegen des Andranges der vorüberreisenden Soldaten, außer dem Wächter auch noch einen Bürger an das Tor abzuordnen (138), und vom Markgrafen ergingen, neben wiederholten Anweisungen an alle Haupt- und Amtleute, dem Unwesen der im Land streifenden Soldateska stärkere Aufmerksamkeit zu schenken (139), auch mehrere Verordnungen "wider die fremde, in das marggräfliche Gebieth sich einschleichende Weiber" (140). Sicher hatten aber all diese Verordnungen keinen durchschlagenden Erfolg, sonst wäre ihre Wiederholung nicht notwendig gewesen. Ruhiger wurde es allgemein immer erst im Winter.

Kaum aber war auch damals der Winter 1618/19 vergangen, als in Bayreuth wieder die ersten Berichte aus den Ämtern über Werbungen und Durchzüge einliefen (141). Und dann erfolgte vom Frühsommer bis spät in das Jahr hinein der Durchmarsch des für die böhmischen Stände in den Niederlanden geworbenen Kriegsvolks unter dem Grafen Heinrich Wilhelm von Solms (142). Diese Truppenbewegung war dem Markgrafen schon 1618 von den Direktoren offiziell angekündigt worden, und er hatte sie, nachdem der Graf eine Kaution erlegt hatte, mit einigen Bedenken gestattet (143). Als dann die Reiter von Solms noch durch das Land zogen, erbaten die böhmischen Stände erneut die Genehmigung zur Durchführung des von dem Obristen Frenkel (auch Fränklein, Frank und Frenckh genannt) in den Niederlanden geworbenen Kriegsvolks. Eine rege Korrespon-

(138) Bauer, Geschichte der Stadt Pegnitz und des Pegnitzer Bezirks, Pegnitz, 1938 (2. Auflage), S. 291.
(139) StAB, Rep. C48, Nr. 32, fol. 66/67: Mgf Christian an alle Haupt- und Amtleute, 27. 2. 21. Der Befehl wurde am 26. 6. 21 wiederholt (fol. 257).
(140) StAB, Rep. C48, Nr. 24, b: Verordnungen wider die fremde, in das Marggr. Gebieth sich einschleichende Weiber, 1620/22.
(141) StAB, Rep. C48, Nr. 7: Berichte der Ämter, 23. 3. - 24. 9.1619.
(142) StAB, Rep. C48, Nr. 8: Der ganze Akt befaßt sich ausschließlich mit dem Durchzug des für die böhm. Stände in den Niederlanden geworbenen Kriegsvolks unter dem Grafen Heinrich Wilh. von Solms durch die fürstl. brdbg. Länder gegen die Oberpfalz und Böhmen, 27. 3. 1619 - 1. 4. 1620.
(143) StAB, Rep. C48, Nr. 5c: Böhm. Stände an Mgf Christian, 15. 10. 1618. Vgl. Weigel, a.a.O., S. 132/133.

denz im Kreis, besonders mit Bamberg, folgte dem Ersuchen, ehe es schließlich vom Markgrafen gebilligt wurde. Mitte Juli marschierten dann die 1500 bis 2000 Mann starken Völker in kleinen Abteilungen über Kulmbach-Gefrees-Münchberg und Weißenstadt nach Eger. Da die markgräfliche Regierung alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen hatte, kam es zu keinen Übergriffen, doch beliefen sich die dem Lande erwachsenen Durchzugskosten auf annähernd 800 fl. (144). Im Herbst des Jahres 1619 ist schließlich noch ein Durchzug feststellbar, der des Herzogs Johann Ernst des Jüngeren zu Sachsen-Weimar. Des Herzogs Ersuchen, ihm im oder beim markgräflichen Lichtenberg einen Sammelplatz für seine geworbenen Reiter einzuräumen, wurde vom Markgrafen strikt abgelehnt, doch durfte er unter den üblichen Bedingungen 150 Reiter mit 30 Wägen über Lichtenberg, Berneck und Weidenberg in die Oberpfalz durchführen (145).

Wenn es zu nicht genehmigten, also widerrechtlichen oder gar erzwungenen Durchzügen geschlossener Einheiten kam, wie es im Mai 1619 der Fall war, als 100 von der Reichsstadt Nürnberg in Sachsen geworbene Reiter das Land berührten, legte der Markgraf bei den Verantwortlichen scharfen Protest ein (146). Dieses Vorgehen des Fürsten dürfte allerdings nicht oft notwendig gewesen sein, denn durch eine immer engere Nachrichtenverbindung mit den benachbarten Territorien erhielt Brandenburg-Kulmbach meist so frühzeitig genaue Meldungen über anrückende Völker, daß sich der Markgraf und seine Beamten, schon lange vor deren Ankunft an den Grenzen der Markgrafschaft, darauf einstellen und häufig auch noch Rat und Meinung befreundeter Landesherren einholen konnten. Ein Unsicherheitsfaktor blieben dabei aber natürlich stets die in Böhmen kriegführenden Kräfte und ihre Aktionen.

(144) StAB, Rep. C48, Nr. 12: Bayreuther Korrespondenzen wegen des von den evang. Ständen Böhmens nachgesuchten Durchzugs des von dem Obristen Frenckh in den Niederlanden geworbenen Kriegsvolks, April-Juli 1619. StAB, Rep. C47, Nr. 69: Betrifft die Durchzugskosten und deren nachgesuchte Restitution von dem fränkischen Kreis, 1619. Wohl nur irrtümlich zu den Unionsakten gestellt.

(145) StAB, Rep. C48, Nr. 22: Durchzug des Herzogs zu Sachsen-Weimar, 19. 8. - 30. 10. 1619. Vgl. Holle, a.a.O., S. 4.

(146) StAB, Rep. C48, Nr. 16: Durchzug der Nürnberg. Reiter, 24. 5. - 30. 5. 19.

Für das Jahr 1620 ist zwar regste gegenseitige Kommunikation zwischen Brandenburg-Kulmbach und seinen Nachbarn über "abermahl anziehendes Kriegsvolck" feststellbar, doch können nur zwei tatsächlich stattgefundene, kleinere Durchzüge nachgewiesen werden. Anfang Mai zogen 1000 Reiter des Grafen Styrum durch das Land nach Böhmen (147), und Mitte Mai folgten ihnen 170 Reiter des Herzogs Wilhelm von Sachsen-Weimar von Schleiz aus durch den Hofer Distrikt (148). Es blieb also gerade im Jahr der Entscheidung in Böhmen in der Markgrafschaft verhältnismäßig ruhig. Als Grund dafür mag gelten, daß sich das Kriegsgeschehen vorwiegend im südlichen Böhmen und in Unterösterreich abspielte und aller Zuzug aus dem Reich dorthin ging. Doch liegt auch der Schluß nahe, daß die böhmischen Stände ihre Anwerbungen im Winter 1619/20 weitgehend beendet hatten.

So ruhig es unmittelbar vor der Schlacht am Weißen Berg in der Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach war, so unruhig wurde es nachher. Es waren die Scharen Mansfelds, die von ihren Quartieren um Pilsen und später um Waidhaus in der Oberpfalz aus das Land im Winter 1620/21 und besonders im Frühjahr 1621 schwer drangsalierten. Ihre Zucht war schlecht, Böhmen konnte sie kaum mehr ernähren, so fielen sie immer wieder in kleineren oder grösseren Gruppen in die Markgrafschaft ein, und die Klagen über ihre Untaten in den östlichen und südlichen Ämtern des Oberlandes wollten nicht mehr verstummen (149). In jenem Brief an den Markgrafen, der seine polnische Kriegsbestallung betraf, hatte Mansfeld in einer Nachschrift gebeten, all seinen im Fürstentum ankommenden Soldaten sicheren Paß und Quartier zu geben. Der Markgraf aber hatte diese Bitte energisch abgewiesen und verlangt, daß jede beabsichtigte Durchführung von Kriegsvolk offiziell und rechtzeitig bei ihm als Kreisobristen angemeldet werde; er könne

(147) StAB, Rep. C48, Nr. 251: Durchzug des Grafen Styrum, 13. 4. - 16. 5. 20.
(148) StAB, Rep. C48, Nr. 252: Durchzug des Herzogs Wilhelm von Sachsen-Weimar, 3. 5. - 6. 5. 1620.
(149) StAB, Rep. C48, Nr. 29, 32, 33, 35 und 51, befassen sich ausschließlich oder teilweise mit der Bedrohung durch die Mansfelder.

das Ersuchen dann prüfen und, wie üblich, den Durchzug nach Erlegung einer entsprechenden Kaution gestatten (150). Mansfeld jedoch war nicht gewillt, Kautionen zu stellen und die notwendigen Formalitäten zu erfüllen. So war schließlich eine auf Recht und Gesetz beruhende Einquartierung oder Durchführung größerer Einheiten unterblieben, dafür kamen die Mansfeldischen Völker in kleineren Gruppen illegal und Beute heischend ins Land.

In der Abwehr dieser Gefahr war die Markgrafschaft ganz auf sich allein gestellt. Das Nächstliegende war selbstverständlich, die Grenzen besser zu schützen, ein Bemühen, von welchem noch zu reden sein wird. Sonst aber hofften der Markgraf und seine Juristen, die Abwehr allein auf den Boden der geltenden Reichsordnungen stellend, durch eine nachdrückliche Einwirkung auf Mansfeld eine Sicherung der Markgrafschaft erreichen zu können. In wiederholten, eindringlichen Schreiben wandte sich Christian deshalb an den Grafen und führte ihm die Unrechtmäßigkeit der "Streifereien und Plackereien" vor Augen. Es ist auch anzunehmen, daß die mit Mansfeld wegen seiner Drohungen gegen das Hochstift Bamberg aufgenommenen persönlichen Verhandlungen benützt wurden, um auf ihn im Sinne einer strengen Beachtung der Reichskonstitutionen und damit auch einer unbedingt notwendigen Verhinderung fernerer Übergriffe seiner Truppen auf die Markgrafschaft einzuwirken (151). Wie aber sollte man ausgerechnet den Feldherrn, der sich stets selbst das Gesetz seines Handelns gab, mit solchen Hinweisen und Argumenten beeindrucken können? Die Übergriffe und Plünderungen dauerten jedenfalls fort, sei es, daß sie mit oder gegen Mansfelds Wissen und Willen geschahen. So blieb dem Markgrafen und seinen Beamten zur Abstellung der Drangsal nur noch das Abschreckungsmittel strengster Bestrafung aller Missetäter, deren man habhaft werden konnte. Der markgräfliche Befehl

(150) StAB, Rep. C48, Nr. 37, fol. 470-472: Gf v. Mansfeld an Mgf Christian, 14. 3. 1621; fol. 475/76: Mgf Christian an Gf v. Mansfeld, 17. 3. 1621; fol. 480: Mgf Christian an Gf v. Mansfeld, 24. 3. 1621. Vgl. Anmerkung 84!
(151) Siehe Anmerkung 98.

dazu erging am 8. März 1621 an die Ämter. Er bestimmte, daß alle Streiftrupps aufs schärfste zu überwachen seien, wobei die Amtleute jene Reiter und Soldaten, die sich nichts zuschulden kommen ließen, nach eingehender Prüfung ihrer Patente oder Laufzettel ziehen lassen sollten, während bei Übergriffen die Schuldigen sofort verhaftet und scharf verhört werden mußten. Eine fortlaufende genaue Berichterstattung über alle Vorkommnisse nach Bayreuth wurde zur Pflicht gemacht (152). Dieser Befehl löste im Oberland umgehend eine verstärkte Kontrolle und eine Reihe von Verhaftungen aus.

Unter der Vielzahl der Fälle sei einer als Beispiel herausgegriffen. Ende März plünderten Mansfeldische Reiter in Kirchenlamitz, worauf der Amtshauptmann zu Hof deren Verfolgung aufnahm. Mehrere Reiter entkamen, aber einige konnte man fangen. Sofort berichtete die Amtshauptmannschaft Hof über die Vorkommnisse und die Personalien der Gefangenen an die markgräfliche Regierung. Der Fürst befahl, daß die Missetäter unter scharfer Bewachung nach Kulmbach zu schaffen seien und daß der dortige Amtshauptmann und Kommandant der Plassenburg Oberstleutnant von Muffel sie genau examinieren und wenn nötig bestrafen lassen solle. Gleichzeitig teilte der Markgraf auch an Ernst von Mansfeld den Vorfall mit und bat ihn dringend, dafür zu sorgen, daß sich Ähnliches nicht wiederhole (153). Und doch kam es wieder und immer wieder zu solchen Ereignissen, bis Graf Ernst von Mansfeld mit seinen Völkern, von Tilly verfolgt, im Herbst 1621 durch das Unterland der Markgrafschaft nach Westen abzog.

Aber nicht nur durch Mansfeldische Scharen hatte das Land von Hof über Wunsiedel bis Osternohe in dieser Zeit zu leiden. In das

(152) StAB, Rep. C48, Nr. 35, fol. 324-334: Mgf Christian an Hans von Schaumberg, Amtmann zu Pegnitz, 20. 2. 1621. StAB, Rep. C48, Nr. 32, fol. 81/82: Ausschreiben an alle Haupt- Amtleute und Beamten wegen Sicherhaltung der Straßen durch Streifen und vertreuliche Communizirung miteinander, 14.3.1621. Dieses Ausschreiben ergänzt den Befehl vom 20. 2. 1621.

(153) Ebda., fol. 353-355: Hauptmann zu Hof an Mgf Christian, 21. 3. 1621; fol. 357-358: Mgf Christian an Hauptmann zu Hof, 22. 3. 1621; fol. 359/60: Mgf Christian an Hauptmann und Vogt zu Kulmbach, 22. 3. 1621; fol. 361/62: Mgf Christian an Gf v. Mansfeld, 22. 3. 21. Die gesamten, die Plünderung betr. Schriftsätze umfassen fol. 353-414

nordwestliche Böhmen waren kursächsische Truppen eingerückt und beunruhigten von Eger aus die Markgrafschaft. Es kam zu Überfällen auf Schirnding und andere kleinere Orte, zu Brandschatzungen und Plünderungen. Durch mehrere Schreiben an den in Eger kommandierenden Generalwachtmeister versuchte der Markgraf diesem Unwesen "ausreitender Streiftrupps" Einhalt zu tun (154).

Neben den Übergriffen der an den Grenzen des Oberlandes stehenden Heere läßt sich für das Frühjahr 1621 auch noch ein größerer Durchzug in der Nordsüdrichtung feststellen. Zu der Zeit, da sich der Markgraf zu seiner zweiten Reise nach Dresden anschickte, wandte sich Herzog Friedrich von Sachsen-Weimar an ihn mit der Bitte um Gestattung einer Durchführung seines Kriegsvolks aus Thüringen über das Vogtland und Sechsämterland in die Oberpfalz. Wie üblich folgte diesem Gesuch eine umfangreiche Korrespondenz, die teils vom Markgrafen selbst, teils von seinen Räten geführt wurde. Sie zeigt, welche Rücksichten die markgräfliche Regierung auf Bamberg nehmen mußte; denn das Ersuchen des Herzogs wurde umgehend abschriftlich dorthin zur Stellungnahme weitergeleitet mit der Bemerkung, daß das Ansuchen offiziell an den Obristen des Fränkischen Kreises erging und die Stellung einer Kaution, die Verpfändung von Land und Leuten, von Bayreuth selbstverständlich gefordert werde. Eine copia cautionis lag dem Schreiben nach Bamberg bei. Die bischöfliche Regierung verlangte daraufhin die genauen Daten des beabsichtigten Durchzugs und Garantien, daß das Hochstift nicht berührt werde. Schließlich wurde, nach Beglaubigung der Kaution, dem Herzog die Durchführung seiner Völker in kleinen Abteilungen, wohl kompanieweise, gestattet. Als die fremden Soldaten das Land betraten, wurden sie von einer Kompanie markgräflicher Reiter unter Rittmeister von Feilitzsch, ferner vom Hauptmann zu Hof, Heinrich Reuß dem Anderen von Plauen, und von mehreren Kommissären des Markgrafen erwartet. Der Durchzug

(154) StAB, Rep. C48, Nr. 32, fol. 68/69: Amtmann zu Wunsiedel an Mgf Christian, 27. 2. 1621; fol. 70-72: Mgf Christian an Generalwachtmst. zu Eger, 1. 3. 1621 und 7. 3. 1621 (fol. 75/76); Generalwchtmstr. zu Eger an Mgf Christian, 14. 3. 1621 (fol. 79/80).

ging also unter strenger Kontrolle vor sich. Wieviele Soldaten insgesamt durchgeführt wurden, läßt sich bei der großen Zahl von einzelnen Gruppen nicht ermitteln (155).

Man möchte annehmen, daß es mit dem Abmarsch Mansfelds in die Rheinpfalz in der Markgrafschaft wesentlich ruhiger geworden wäre. Dem war aber offensichtlich nicht so. Auch in den Jahren 1622 und 1623 sollten die Durchzüge und Einlagerungen nicht aufhören. Eines nur hatte sich geändert: Während bis dahin die durch das Oberland ziehenden Truppen fast ausschließlich wider den Kaiser und die Liga im Feld standen und meist in der West-ost- und Nordsüdrichtung marschierten, waren es jetzt vorwiegend kaiserliche und bayerische Einheiten, die meist aus Böhmen und der Oberpfalz nach dem Westen zogen. Besonders häufig wurden dabei die Ämter Pegnitz und Osternohe berührt (156). Nur zu Beginn des Jahres 1622 hören wir noch von weimarischen, mansfeldischen und durlachischen Völkern. Sie stellten wohl die letzten Reste der im hiesigen Gebiet verbliebenen Truppen der Böhmen dar (157).

Die größte Gefahr für das Land erhob sich, als der Kaiser starke Verbände, meist Kosaken, aus der Pfalz nach Böhmen zurückführen wollte. Doch gelang es dem Markgrafen, den Rückzug dieser Einheiten durch den Fränkischen Kreis durch ein dringendes Ansuchen an den Kaiser abzuwenden (158). Nicht abwenden aber konnte der Fürst den Durchzug eines Regiments Kaiserlicher unter Graf Colalto im Juli 1623 (159) und eine Einquartierung kaiserlicher Truppen unter Aldringen im Herbst des gleichen Jahres (160).

(155) StAB, Rep. C48, Nr. 34, fol. 178-316: Durchzug des Herzogs Friedrich zu Sachsen Kriegsvolk, 10. 2. - 30. 6. 1621.
(156) StAB, Rep. C48, Nr. 59, 63, 65, 69, 70, 72, 74, 83, 85, 92, 93, 100, 102, befassen sich ganz oder teilweise mit Durchzügen anno 1622/1623. Vgl. Holle, a.a.O., S. 11 ff.
(157) StAB, Rep. C48, Nr. 59: Durchzug des weimarischen Kriegsvolks, 11. 1. - 12. 4. 1622; StAB, Rep. C48, Nr. 65, fol. 4 - 11: Durlachische und mansfeld. Völker betreffend, 1622.
(158) StAB, Rep. C48, Nr. 74: Rückzug der Kosaken aus der Pfalz, 17. 6. 1623 - 18. 1. 1624. Holle, a.a.O., S. 12, gibt an, daß der Kaiser nach Beendigung des polnischen Krieges 1622 an 10 000 Pferde aus Schlesien und Böhmen über die Oberpfalz ins Reich führte. Hier dürfte es sich um den Rückzug dieser Truppen nach Böhmen handeln.
(159) Holle, a.a.O., S. 13, beruft sich auf einen Akt im StAB.
(160) StAB, Rep. C48, Nr. 100: Einquartierung Aldringens, Berichte, Avisen etc., 23. 10. - 17. 11. 1623.

Das Jahr 1624 begann mit einem neuen Schrecken für die Bevölkerung des Oberlandes der Markgrafschaft, als in Böhmen 4 000 kaiserliche Reiter meuterten und in ungeordneten Scharen über die Grenzen des Landes drangen. Den Meuterern gegenüber, die sich selbst außerhalb jeder Ordnung gestellt hatten, konnte der Markgraf nicht auf die Reichsordnungen pochen. So mußte man mit allen zur Verfügung stehenden, unzureichenden Mitteln versuchen, die Bedrohung abzuwehren. Die Landausschüsse von Hof und Wunsiedel und eine Kompanie markgräflicher Soldaten wurden vom Markgrafen zum Schutz an die Grenzen beordert. Gleichzeitig teilte der Fürst, da die meuternden Reiter die Absicht erkennen ließen, in kleineren Gruppen ins Reich vorzustoßen, die drohende Gefahr auch nach Amberg, Bamberg, Nürnberg und Coburg mit (161).

Der Sommer und Herbst des Jahres scheinen dann, von Beunruhigungen durch kleinere Streifscharen oder einzeln ziehende Soldaten abgesehen, ereignisloser als in den vorhergehenden Jahren verlaufen zu sein, aber um die Weihnachtszeit kam eine neue Hiobsbotschaft in Kulmbach an. Am 24. Dezember erschien ein Kommissär mit einem Schreiben des Kaisers, in welchem starke Durchzüge von Truppenverbänden, die General Spinelli aus Böhmen in die Niederlande führen sollte, angekündigt wurden. Zunächst sollten sechs Regimenter auf verschiedenen Wegen das Fürstentum berühren. Der Markgraf erließ umgehend Befehle an alle Hauptleute und Amtmänner, für den Durchzug alle notwendigen Vorbereitungen zu treffen, damit den Untertanen kein Schaden und keine Bedrängnis entstehe und damit sie,"die das Vorige ohnedes noch nicht verschmerzet, nicht vollendts verderbet werden möchten". In weiteren Schreiben wies Christian vor allem auf die unbedingte Dringlichkeit einer guten Verständigung zwischen den einzelnen Ämtern hin. Auch wandte er sich wieder an alle Nachbarn der Markgrafschaft, um mit ihnen Absprache, wie man sich zu verhalten gedenke, zu treffen. Aber ehe deren Antworten noch am markgräflichen Hof eintrafen, hatten die Durchzüge schon begonnen. Da sie größtenteils aus Böhmen

(161) StAB, Rep. C48, Nr. 103: Der gesamte Akt befaßt sich mit dem genannten Ereignis. Zur Feststellung der getroffenen Gegenmaßnahmen ist besonders interessant: Mgf Christian an Hauptmann von Hof, 24. 3. 1624.

über die Oberpfalz vor sich gingen, berührten sie zumeist die markgräflichen Gebiete der Fränkischen und Hersbrucker Schweiz und das Unterland. Durch fortgesetzte Berichte der Amtmänner blieb der Fürst über alle Ereignisse wohl informiert (162).

In Verbindung mit diesen Durchzügen, die sonst so normal und geordnet vor sich gingen wie alle anderen durch die Autorität der fürstlichen Regierung überwachten Aktionen, ist erstmals eine besondere Erscheinung des Krieges nachweisbar, welche, auf dem Egoismus der einzelnen Territorien beruhend, selbst eng befreundete Nachbarn zu heimlichen Feinden werden ließ: Die Umleitung. Von Waldenfels war während der Durchzüge vom Markgrafen nach Baiersdorf, das sehr zentral lag, zur Überwachung und Berichterstattung entsandt worden. Schon bald teilte er voll Besorgnis mit, daß sowohl die Reichsstadt Nürnberg als auch die Markgrafschaft Brandenburg-Ansbach die durchziehenden Völker von sich ab und durch die Ämter Brandenburg-Kulmbachs wiesen (163). Leider läßt sich nicht ermitteln, ob und mit welchem Erfolg der Markgraf gegen dieses Verfahren befreundeter Territorien Einspruch erhob. Jedenfalls kann die Wirkung eines eventuellen markgräflichen Protestes nicht nachhaltend gewesen sein, denn besonders die Reichsstadt Nürnberg praktizierte zum Schutze des eigenen Gebietes die Umleitung noch oft mit gutem Erfolg (164).

Sicher waren die Umleitungen der Völker auf "bessere Wege in benachbarten Gebieten" ganz einfach durch das Bedürfnis der Stände nach Selbstschutz und Selbstbehauptung verursacht, doch lag ihnen zweifellos auch ein starker Mangel an echtem Solidaritätsgefühl zugrunde. Diesem Mangel arbeitete Markgraf Christian

(162) StAB, Rep. C48, Nr. 120. Im besonderen: Mgf Christian an Hauptleute, Amtmänner etc., 25. 12. 1624.
(163) Ebda., fol. 25: Von Waldenfels an Mgf Christian, 31. 12. 1624.
(164) Vergleiche dazu: Bog, Die bäuerliche Wirtschaft im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges, (Coburg, Veste Verlag, 1952), S. 157! Bog schreibt: "Zur gleichen Zeit (1645) wird von den Reichsstädten ein Verfahren übernommen, das in unserem Gebiet zuerst von Nürnberg mit großem Erfolg angewendet wurde. Man läßt die durchziehende Truppe nicht erst in das Amt einrücken, sondern zeigt ihr "bessere" Wege, die natürlich am Amte vorbeiführen".

nach dem Maß seiner Kräfte entgegen, wo und wann er nur konnte; denn er war überzeugt, daß die Lasten nur dann zu tragen seien, wenn sie gemeinsam getragen würden und daß ihre Behebung oder Minderung nur dann zu erreichen sei, wenn alle Kreisstände solidarisch auftreten und beim Kaiser vorstellig würden. So war er, solange die Durchzüge dauerten, unablässig bemüht, alle Kreisstände in gemeinsamer Sache zusammenzuführen und die Frage, wie man sich unter den gegebenen Umständen verhalten solle, durch einen allgemeinen Kreiskonvent beraten zu lassen.

Noch im Frühjahr 1624, wohl nach dem Eindringen der meuternden kaiserlichen Reiter, hatte der Markgraf einige Hoffnungen auf einen Erfolg seiner Bemühungen gehabt, als sich im markgräflichen Baiersdorf im April wenigstens ein Partikularkonvent der Abgesandten Kulmbachs, Bambergs, Eichstätts, Ansbachs und Nürnbergs zusammenfand. Daß aber dessen einziges Ergebnis, die gegenseitige Versicherung, man wolle bei allen Gefahren "gut nachbarlichen Succurrs und Beyspringung" halten (165), in der Tat völlig wertlos war, erwiesen nun die Ereignisse des Winters1624/25.

Als dann im Frühjahr 1625 neue aus Böhmen anziehende kaiserliche Verbände, wahrscheinlich die Pappenheimer, das Regiment Herbersdorf und 6 Kompanien Kürassiere des Obersten von Wittenhorst, die ihren Weg teils durch die Oberpfalz, teils durch die brandenburgischen Länder nehmen wollten, gemeldet wurden (166), nahm der Markgraf seine Bemühungen um eine gemeinsame Aktion der fränkischen Kreisstände wieder auf. Er wandte sich an Bischof Johann Georg II. von Bamberg und erbat dessen Einwilligung zur Einberufung eines Kreistages, der sich ausschließlich mit dem Problem der Durchzüge befassen und eine diesbezügliche Adresse an den Kaiser richten sollte. Der Bischof erklärte sich im Prinzip wohl

(165) StAB, Rep. C48, Nr. 106: Recess des Particular-Konvents, Bayersdorf, 6. 4. 1624.
(166) StAB, Rep. C48, Nr. 127: Die Pappenheimer zogen im März durch Franken, dürften aber das Oberland der Markgrafschaft kaum berührt haben. StAB, Rep. C48, Nr. 132: Die Kürassiere von Wittenhorst zogen im April und Mai von Eger nach den Niederlanden. StAB, Rep. C48, Nr. 133: Das Herbersdorfsche Regiment zog im April und Mai über die Oberpfalz u. die südliche Markgrafschaft ins Rednitztal.

zu einem vom Direktorium des Fränkischen Kreises an den Kaiser gerichteten Schreiben wegen des "Übelhausens der durchziehenden kaiserlichen Völker" bereit, war aber mit der Ausschreibung eines Kreistages nicht einverstanden. Darauf wollte wiederum der Markgraf nicht eingehen. Da er nur eine auf der breiten Basis der Mitwirkung möglichst vieler Kreisstände ruhende Bittschrift an den Kaiser für sinnvoll und erfolgversprechend ansah, wandte er sich an die evangelischen Mitglieder und berief sie zum 21. März nach Nürnberg zu einer Beratung zusammen. Offiziell wurde dieser Kreiskonvent der Evangelischen vom Markgrafen wegen der Besetzung einer Kammergerichtsassessorenstelle einberufen. Daß aber das eigentliche Anliegen doch eine gemeinsame Adresse an den Kaiser war, geht aus der Bitte des Fürsten an den Bischof, die Teilnahme der katholischen Stände doch noch zu erlauben, wie auch aus der Liste der bedeutenden evangelischen Deputierten hervor (167). Tatsächlich war dann dem Bestreben des Fürsten Erfolg beschieden. Nachdem nämlich alle evangelischen Stände ihre Klagen schriftlich zusammengefaßt und durch den Kreisobristen den Bischof noch einmal um Abfertigung einer Adresse an den Kaiser gebeten hatten, kam es nach einigen Verhandlungen im Sommer schließlich doch zu einer Gesandtschaft, die im Namen des Kreises die Abstellung der vielen Durchzüge erwirken sollte (168).

Was aber war das Ergebnis all dieser Bemühungen? Es erfolgte der Durchzug der zahlreichen Völker Wallensteins. Sicher hatte der Markgraf nicht zuletzt durch die Gesandtschaft nach Wien diesen drohenden Durchzug verhindern wollen, dessen unmittelbares Bevorstehen der Hauptmann von Wunsiedel, Georg Heinrich von Eckersberg, am 7. Juli meldete (169) und dessen offizielle

(167) StAB, Rep. C48, Nr. 125. Im besonderen: fol. 1: Mgf Christian an Bischof Joh. Georg, 31. 1. 25; fol. 2: Bischof an Mgf, 8. 2. 25; fol. 6: Mgf Christian an Mgf Joachim Ernst, 19. 2. 25; fol. 7: Mgf Christian an Bischof, 19. 2. 25; Liste der Deputierten, fol. 15.

(168) StAB, Rep. C48, Nr. 126. Im besonderen: Bschf Joh. Georg an Mgf Christian, 27. 6. 25; Kreditiv und Instruktion für den Wiener Hof in Kopien, undatiert.

(169) StAB, Rep. C48, Nr. 126: Georg Heinrich von Eckersberg an Mgf Christian, 27. 6. 1625. Der Hauptmann berichtete, daß Wallenstein von Prag aufgebrochen sei und seine Reise nach Eger nehme.

Ankündigung durch den Kaiser am 23. Juli am markgräflichen Hof eintraf. Was nützte es dem Fürsten und seinen Untertanen, daß das kaiserliche Schreiben den Durchzug ausführlich als unabänderliche Notwendigkeit zur Wiedergewinnung des Friedens begründete und versicherte, daß er ganz und gar im Sinne der Reichsordnungen, nach Stellung einer Kaution und Vorweisung der kaiserlichen Patente, vor sich gehen werde und daß alles geschehen sei, um eine gute Disziplin der Völker zu gewährleisten?

Das kaiserliche Schreiben kreuzte sich mit einem persönlichen Brief Christians, dessen politische Bedeutung als Treuegelöbnis an den Kaiser schon gewürdigt wurde, der aber auch im Hinblick auf Durchzüge, Musterplätze, Einquartierungen, Mißwuchs und Brandschäden als Hilferuf in dringender Not bedeutsam war, wenn der Fürst überzeugend feststellte, daß Land und Leute von alledem "fast ganz verderbet" seien. Aber weder dieser Brief noch die Gesandtschaft der fränkischen Kreisstände konnten den Durchzug abwenden. Er ging Ende Juli oder Anfang August von Schirnding über die Ost-West-Verbindung in das obere Maintal vor sich. Etwa zur gleichen Zeit kam ein weiteres kaiserliches Schreiben beim Fürsten an, in welchem Ferdinand versicherte, er habe schon vor Ankunft des markgräflichen Schreibens und auch der Abordnung des Fränkischen Kreises die Verordnung getan, "daß Deroselben Land und Untertanen mit vorhabenden Musterplätzen verschont bleiben" sollten. Der Durchzug der Armee des Herzogs von Friedland sei aber unvermeidlich.

Die Befürchtungen aller Bewohner des Oberlandes der Markgrafschaft waren gerade vor diesem Durchzug sehr groß gewesen. Dennoch konnte sich der Markgraf dann Anfang September bei Wallenstein für die gute Disziplin und Ordinanz seiner Armee bei deren Durchführung bedanken. Er schrieb, die Truppen hätten, nach dem Willen des Kaisers, Land und Leute dermaßen in acht genommen, wie es bisher nur selten geschehen sei, und er wolle darüber auch dem Kaiser Bericht erstatten. Im September bedankten sich dann auch der Kaiser und Wallenstein beim Markgrafen für den guten Willen und Eifer, mit dem der Durchzug befördert worden sei. Wallenstein, der von Christian Geschenke empfangen hatte, versicherte in einer handschriftlichen Bemerkung, daß

er sich dem Markgrafen persönlich verpflichtet und verbunden fühle (170).

Der Durchzug Wallensteins darf als Musterbeispiel einer nach den Reichsordnungen streng geregelten und kontrollierten Truppenbewegung angesehen werden. So blieb, trotz der Durchführung

(170) StAB, Rep. C48, Nr. 135, bringt alle Mitteilungen und Korrespondenzen den Durchzug Wallensteins betreffend. Im besonderen: Kaiser Ferd. an Mgf Christian, 17./27. 6. 25, praes. 23. 7. 25 (fol. 30). Mgf Christian an Kaiser Ferd., 24. 6. 25 (fol. 305); Kaiser Ferd. an Mgf Christian, 27. 7. 25 (fol. 312/13); Mgf Christian an Hzg v. Wallenstein, 31. 8. 25 (fol. 314/316); Kaiser Ferd. an Mgf Christian, 2. 9. 25 (fol. 317/318); Hzg v. Wallenstein an Mgf Christian, 18. 9. 25 (fol. 319/320). Vgl. Holle, a.a.O., S. 15. Vgl. Krauß, Das Fichtelgebirge im Dreißigjährigen Krieg, Wunsiedel, 1925, S. 65. Es sei die Gelegenheit wahrgenommen, einen Blick auf die letztgenannte Veröffentlichung zu werfen. Würde sie nach Umfang, Aufmachung und Verbreitung (siehe auch Dahlmann-Waitz!) nicht den Anschein einer wissenschaftlich korrekten Arbeit erwecken, so könnte man über sie einfach hinwegsehen. So aber sei ein Wort darüber gesagt. Krauß geht mit allen geschichtlichen Fakten mehr als großzügig um und weiß vor allem immer wieder die Bedeutung seiner Heimat, des Sechsämterlandes, mit allen Mitteln herauszustellen. Da es ferne liegt, auf Einzelheiten einzugehen, seien nur die gröbsten Unrichtigkeiten herausgegriffen. Krauß läßt Wallenstein erst 1626 durch die Markgrafschaft ziehen und sich ausdrücklich für "gute Bewirtung im Sechsämterland" bedanken (S. 65). Schon vorher hatte er Tilly nach der Schlacht am Weißen Berg - die er übrigens auf den 8. Oktober verlegte - (S. 55) seinen Weg nicht durch die Oberpfalz, sondern durch die Selber Gegend nach der Rheinpfalz nehmen lassen. Das hundertjährige Jubelfest der Augsburger Konfession setzte er auf 1629 an (S. 63), verbündete den Markgrafen ein Jahr zu früh mit den Schweden (S. 20) und ließ diese nach der Schlacht bei Lützen nach Böhmen ziehen usw. Sollte hier und in vielen anderen Fällen wirklich immer nur dem Drucker ein Vorwurf zu machen sein? Krauß glich aber seine Großzügigkeit auf der einen Seite durch schärfste Detailarbeit auf der anderen Seite wieder aus, wenn er z.B. berichtet, daß am 8. November 1639 in Schwarzenbach bei einem Durchmarsch "nur zwei Hühner weggenommen wurden, von welchen man die Federn hinter einem Zaune fand" (S. 45), und "Im Mai 1640 war die Unsicherheit besonders groß. Am 22. Mai mußten die Bauern auf dem Felde die Ochsen zweimal ausspannen und in den Wald treiben", (S.45) usw. Sicher ist mit solchen und ähnlichen Veröffentlichungen weder Fachhistorikern noch Laien gedient.
In diesem Zusammenhang sei auch auf Meisters "Oberfranken im Dreißigjähr. Krieg", Bayreuth, 1926, hingewiesen. Der Titel ist zunächst vielversprechend, doch wird man enttäuscht sein, wenn man feststellt, daß es sich nur um ein Leseheft für die Volksschulen, das kleine Auszüge aus anderen Veröffentlichungen bringt, handelt.

großer Truppenmassen, der entstandene Schaden verhältnismäßig gering. Und hier zeigt sich nun, was auch anderweitig immer wieder in Erscheinung tritt, daß dem Lande in der ersten Phase des Krieges die stärksten Belastungen nicht bei der offiziellen und überwachten Durchführung ganzer Heere oder Heeresteile erwuchsen, sondern durch die Vielzahl inoffizieller und willkürlicher Bewegungen kleinerer Einheiten oder Einzelpersonen. Und gerade diese müssen nach 1625 wieder in hohem Maße zugenommen haben; denn nur so erklärt es sich, daß für die Jahre 1626 und 1627 keine größeren Aktionen feststellbar sind und daß trotzdem die höchsten Schadensmeldungen vorliegen.

Das Überhandnehmen unrechtmäßiger Truppenbewegungen mag wohl auch der Grund gewesen sein, warum der Markgraf im Sommer 1627 wieder einmal alle Hebel in Bewegung setzte, um einen Kreiskonvent "wegen der schädlichen Durchmärsche" zu erreichen. Gleichzeitig versuchte er auch durch persönliche Gesandtschaften an fränkische Kreisstände eine engere Zusammenarbeit zur gemeinsamen Abwehr der Belastungen zu fördern (171). Und dieses Mal war den Bemühungen des Fürsten auch tatsächlich ein Erfolg beschieden. Nach langer Pause fanden evangelische und katholische Kreisstände, dem gemeinsamen Interesse eines notwendigen Schutzes folgend, wieder einmal an einen gemeinsamen Beratungstisch. Im Juni des Jahres konnte zu Haßfurt ein engerer Kreiskonvent eröffnet und durchgeführt werden. Warum die Abgeordneten aller bedeutenderen Kreisstände zusammengekommen waren, steht im Eingang des Rezesses zu lesen: "Demnach sich je länger je mehr in der That befindet, daß die Insolentien bey den Durchzügen in diesem Fränckischen Crays sowohl bey den Officiern als gemeinen Soldaten nicht abnehmen, sondern von Tagen zu Tagen viel beschwerlicher aufschwellen, indeme die Obristen ohne Begrüßung, für sich, propria autoritate, darein ziehen, Quartier selbsten nehmen, oder da ja solche ihnen assignirt, daran sich dannoch nit genügen, sondern solche, unwißend der Stände, ihres Gefallens extendiren, ja wohl gar ändern, unversehener Dingen die armen Unterthanen in dem Ihrigen überfallen, und sich keiner

(171) StAB, Rep. C48, Nr. 104, fol. 7: Memorial für den Herrn von Limburg, 2. 6. 27.

Ordinanz ersättigen laßen, sondern was sie nur ertappen zu sich raffen, was sie auch nit verzehren können mit fortschleppen, mit Schlägen und unerhörten tormentis Geld und Geldeswerth abpreßen, das Vieh ihres Gefallens niderschlagen oder forttreiben, die Vorspann abnöthigen und die Pferd gar mit Gewalt fortnehmen und die Bauern samt ihren Knechten mit leeren Handen, schweren Bedrohungen und harten Schlägen wieder zurückkriegen, und solches alles wider der Röm. Kays. Maj. unsers allergnädigsten Herrn, ernstliche Ordinanz und Verbot ... "(172). Fürwahr, dies ist ein eindrucksvolles Bild der Zeit, in welcher die Markgrafschaft selbst noch nicht zu den kriegführenden Parteien zählte! Wo blieben die Reichsordnungen, wo blieb die Autorität des Kaisers, wenn wilde Soldatenhorden, keinem Recht und Gesetz mehr folgend, im Lande hausten? Diesem Übel sollte nun unbedingt abgeholfen werden; denn noch fühlte sich ja die Autorität des Staates im steten Kampf gegen die Willkür verantwortlich für die Sicherung von Recht und Gesetz.

Das Ergebnis des engeren Kreiskonvents war, daß man sich entschloß, alles zu tun, um die Durchzüge wieder "auf des Reichs Fundamental-Sazung und Executions-Ordnung severe zu restringiren und dadurch bißhero über die Maaßen unverantwortlichen Insolentien eine starcke Halftern anzustrengen". Marschkommissare sollten vom Kreis aufgestellt werden, damit man eine fortgesetzte, strenge Kontrolle aller Truppenbewegungen und eine bessere Koordinierung der Maßnahmen einzelner Kreisstände erreiche - was allerdings teilweise nur ad referendum angenommen wurde. Die Zusammenarbeit mit anderen Kreisen sollte gefestigt werden, und vor allem beschloß man, den Kaiser "durch ein unterthänigst Schreiben um selbst-ernstliche Remedirung dieses Unwesens gehorsamst zu ersuchen" (173).

In Ausführung dieser Beschlüsse ging im August eine Gesandtschaft, die mit einem umfangreichen Memorial versehen war, an den Kaiser ab. Besonderes Interesse verdient eine der Denkschrift beigegebene Aufstellung der Schäden und Kriegslasten

(172) Moser, a.a.O., S. 176 ff: Receß des Fränckischen engern Crays-Convents, 9./19. Juni 1627.
(173) Ebda. Bei der Einsetzung der Marschkommissare berief man sich auf den "Zu Regenspurg anno 1594 aufgerichten Abschid".

der einzelnen Ämter der Markgrafschaft. Aus ihr geht deutlich hervor, daß das Unterland bis dahin weit mehr gelitten hatte als das Oberland. In unserem Gebiet war das Amt Osternohe relativ am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. Seine Schäden wurden mit 3 600 fl. angegeben (174).

Im Jahre 1628 dauerten die Durchzüge aller Art fort, doch stellte sich zunächst eine gewisse Konsolidierung der Lage ein, indem man tatsächlich die meisten Bewegungen durch eine verbesserte Organisation wieder unter Kontrolle bekam. Die im Rezeß des engeren Kreiskonvents vorgeschlagenen Kriegskommissäre waren wenigstens örtlich ernannt worden und in Tätigkeit getreten. In der Markgrafschaft traten als solche besonders Hans Rudolf von Mengersreuth und Heinrich Anton von Varell hervor. Bei ihnen liefen alle Marschmeldungen zusammen, und sie geleiteten auch meistens die Truppen durch das Land. Dabei arbeiteten sie, wie im Rezeß vorgesehen war, eng mit dem kaiserlichen Generalkommissar Wolf Rudolf von Ossa zusammen (175).

Die Truppen, die damals im Lande weilten oder, wie das Hußmannische Regiment, durch das Land zogen, standen, soweit feststellbar, alle unter dem Kommando des Feldmarschalls Graf Colalto. Die stete Auseinandersetzung mit ihm und seinen Obersten erforderte viel Zeit und Mühe des Markgrafen. Sie erhellt, welch hohen Grad von Selbständigkeit gegenüber dem Kaiser die Befehlshaber der kaiserlichen Verbände hatten. Graf Colalto forderte vom Fürsten, er solle entweder zusätzliche drei Kompanien zu Roß ins Land aufnehmen und unterhalten oder eine monatliche Kontribution von 9 000 fl. zahlen. Der Fürst aber weigerte sich, das eine oder das andere zu tun, und er wandte sich in einem persönlichen Schreiben in dieser Angelegenheit im August über Geheimrat Agricola an den Kaiser. Ferner erreichte er eine Interzession des Kurfürsten von Sachsen beim Kaiser. Der Kurfürst wies auf die große Not in der Markgrafschaft hin und verwahrte

(174) StAB, Rep. C48, Nr. 146, Urkunde I mit Beilagen: Memoriale für die Abgeordneten, 29. 8. 1627.
(175) StAB, Rep. C48, Nr. 148 und Nr. 149.

sich vor allem dagegen, daß den Ständen ohne deren Zustimmung fortwährend von den Heerführern Kontributionen auferlegt wurden. Er stellte fest, daß dadurch viel Mißtrauen und Unwillen geschaffen werde und bat um eine kaiserliche Resolution, die der schweren Belastung der Markgrafschaft ein Ende setze. Der Kaiser schickte, unmittelbar nachdem er Agricola in Audienz empfangen hatte, den ganzen Schriftsatz des Markgrafen und des Kurfürsten an Colalto und befahl, alles zu tun, was sich tun ließe, um den Beschwerden Abhilfe zu schaffen. Christian bedankte sich daraufhin beim Kaiser für dessen Entgegenkommen, stellte aber gleichzeitig recht resigniert fest, daß er seinen Hauptmann von Muffel an Colalto geschickt habe, damit er ihm den Zustand des Fürstentums und die Unmöglichkeit weiterer Einlagerungen und Kontributionen schildere. Muffel berichte nun, Colalto lege den kaiserlichen Befehl dahin aus, daß er nur "wenn möglich" gelte, da es ihm aber nicht möglich sei, sich daran zu halten, bleibe er bei seiner alten Forderung. Noch einmal müsse er sich deshalb, so fuhr Christian fort, um der großen Not seines Landes willen, an den Kaiser wenden. Seine anschließende, ausführliche Schilderung, wie das Land durch Durchzüge und Einquartierungen, Brandschäden und Mißwuchs dem völligen Ruin entgegengehe, da schon viele Untertanen Haus und Hof verlassen mußten, klingt durchaus echt und überzeugend. Der Markgraf erklärte sich schließlich bereit, die bisher begehrte Anlage von 6 000 Reichstalern pro Monat weiterhin willigliche zu zahlen, bat aber noch einmal dringend, Colalto strikten Befehl zu geben, daß er ihn fernerhin verschone. Kaum war dieser Brief an den Kaiser abgefertigt, als am markgräflichen Hof wieder ein Schreiben des Grafen mit einer Wiederholung seiner Forderung eintraf. Erst Mitte Oktober erging dann ein neuerlicher Befehl Ferdinands an Colalto. Er sprach darin von Christian als einem "in beständiger, treuer Devotion" verharrenden Fürsten und forderte den Grafen auf, er solle unverzüglich darauf bedacht sein, daß den Plagen des Fürsten "durch bequemliche Mitl mit ehisten abgeholffen werden köndte". Auf dieses Schreiben hin erteilte Graf Colalto schließlich gegen Ende des Jahres dem ganzen Land einen Schutzbrief und befahl allen unter seinem Kommando stehenden Offizieren und Truppen, die Mark-

grafschaft Brandenburg-Kulmbach nach Möglichkeit mit jeder Beschwerung zu verschonen (176).

Der Schutzbriefs Colaltos brachte dem Land im Jahre 1629 offensichtlich wirklich einige Erleichterungen. So finden wir nur den Bericht über einen Durchzug von 200 Soldaten Aldringens von Hof in die Gegend um Pegnitz. Auch von stärkeren Anwerbungen im Land wird gesprochen (177). Im Jahre 1630 aber mußte sich der Markgraf, der wie immer den Rechtsstandpunkt unverbrüchlich wahrte und gewahrt wissen wollte, wieder an den Kaiser und auch an das kurfürstliche Kollegium wenden, weil ihm der kaiserliche Kriegskommissar von Ossa 2 Kompanien Reiter zur Eintreibung der rückständigen Kontribution ins Land legen wollte und nicht gewillt war, diese Einlagerung auf die zu zahlende Kontribution anzurechnen (178).

Wieder schilderte der Fürst in seinen Schreiben ausführlich, wie sehr das Land schon unter den Folgen des Krieges gelitten habe. Wenn er versicherte, daß die Rückstände an Kontributionszahlungen nicht auf bösen Willen, sondern einfach auf Unvermögen zurückzuführen seien, so erscheint dies durchaus glaubhaft, da er wirklich alles in seiner Macht Stehende tat, um seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen und Repressalien abzuwenden. So versuchte er gerade zu dieser Zeit, selbst die im allgemeinen völlig mittellos ins Land gekommenen zahlreichen Exulanten mit zur Steuer heranzuziehen, obwohl er sicher seit Jahren über die Schicksale vieler dieser um ihres Glaubens willen Vertriebenen gut informiert war. Natürlich wurde die Mark-

(176) StAB, Rep. C48, Nr. 148, bringt die gesamte Auseinandersetzung um Colalto und seine Forderung. Im besonderen: Mgf Christian an Kriegskommissär v. Varell, 2. 3. 28; Kanzler v. Feilitzsch an Varell u. Ossa, 20. 6. 28; Kurfürst Joh. Georg an Kaiser Ferd., copia, 13. 8. 28; Mgf Christian an Kaiser, 16. 8. 28; Kaiser Ferd. an Colalto, copia, 9.9.28; Mgf Christian an Kaiser, 24. 9. 28; Colalto an Mgf Christian 26. 9. 28; Kaiser Ferd., an Colalto, copia, 18. 10. 28; Schutzbrief des Grafen Colalto, 17. 12. 28. Die Mitteilung Holles, a.a.O., S. 17, daß Wallenstein dem Land einen Schutzbrief erteilt habe, entspringt wohl einem Irrtum und ist urkundlich nicht zu belegen.
(177) StAB, Rep. C48, Nr. 151. Vgl. Holle, a.a.O., S. 24.
(178) StAB, Rep. C48, Nr. 150: Mgf Christian an Kaiser Ferd., 24. 9. 30; Mgf Christian an kurfürst. Kollegium, 24. 9. 30.

grafschaft, ihrer Lage entsprechend, von solchen Exulanten aus den der Gegenreformation verfallenen angrenzenden Gebieten Böhmens und der Oberpfalz überschwemmt. Manche von ihnen zogen bald weiter, andere faßten im Land wohl gut und schnell Fuß, viele aber lebten auf Jahre hinaus nur von der Mildtätigkeit der einheimischen Bevölkerung.

Schon vor der Schlacht am Weißen Berg hatte sich die gespannte Lage in Böhmen durch den Zustrom von Exulanten aus diesem Gebiet in die Markgrafschaft bemerkbar gemacht. So zählte die Kirchenstiftungsrechnung von St. Michael zu Hof bereits 1619 nicht weniger als 55 Exulanten, meist evangelische Geistliche (179). Nach der Schlacht am Weißen Berg nahm der Zustrom immer größere Ausmaße an. 1621 kamen dann auch die ersten Flüchtlinge aus der Oberpfalz ins Land. Seitdem dauerte die Zuwanderung aus beiden Gebieten an und erreichte schließlich 1628, mit der Durchführung der Gegenreformation in der Oberpfalz, einen Höhepunkt (180).

Da Markgraf Christian daran interessiert war, daß auch die Neubürger den üblichen steuerlichen Bestimmungen für die markgräflichen Untertanen unterworfen wurden, erließ er nun im Jahre 1630 ein Ausschreiben an alle Beamten, Bürgermeister und Räte, nach welchem sie eine genaue Aufstellung aller im Lande weilenden fremden Personen, ihres Gewerbes, Standes, Vermögens und ihrer bisher geleisteten Steuern und Abgaben anfertigen sollten. Sicher wäre es sehr interessant, aus den eingelaufenen Berichten ein Gesamtbild zu gewinnen, doch liegen leider nur noch die Erhebungen des Hauptmanns zu Wunsiedel, Georg Heinrich von Eckersberg, und des Hauptmanns zu Hof, Heinrich Reuß von Plauen, vor. Der Hauptmann von Wunsiedel berichtete, daß im Amt Wunsiedel nebst den inkorporierten Ämtern Weißenstadt, Kirchenlamitz, Selb, Hohenberg, Arzberg, Thierstein, Thiersheim und Marktleuthen 88 Familien oder Einzelpersonen wohnhaft seien. Aus seiner Aufstellung geht hervor, daß es sich um Exulanten aller Berufe aus

(179) Dietlein, Chronik der Stadt Hof, Band II, Hof, 1939, S.39.
(180) Vgl. Holle, a.a.O., S. 6 ff. Holle führt vor allem, gestützt auf Prückners Pfarrbeschreibung (Manuskript im Besitz des Histor. Vereins von Oberfranken zu Bayreuth), die in die Markgrafschaft geflohenen evang. Geistlichen auf.

Böhmen, der Oberpfalz und Niederösterreich handelte, von denen sich die meisten in großer Ármut befanden. Der Hauptmann zu Hof benannte 72 Personen aus Böhmen und 52 aus der Oberpfalz (181). Wenn man bedenkt, daß einzelne Familien bis zu 13 Angehörige hatten, wird ersichtlich, daß durch die Exulanten der Markgrafschaft ein neues, wesentliches Bevölkerungselement zugeführt wurde.

Mit dem Jahre 1630 ging auch ein Abschnitt des Kriegsgeschehens in der Markgrafschaft seinem Ende entgegen, und es mag abschliessend festgestellt werden, daß das Land bis hierhin durchaus nicht unberührt vom großen, turbulenten Geschehen des Krieges im Reich geblieben war. Und doch hatte sich im allgemeinen die Autorität des Fürsten, immer wieder gestützt auf die alten Reichsordnungen, zum Wohle der Bewohner des Landes gegen jede Willkür zu behaupten gewußt. Noch erschien der Krieg gebändigt, aber sein ungehemmter Ausbruch stand schon dicht bevor.

(181) StAB, Rep. C48, Nr. 154. Vgl. Holle, a.a.O., S. 25/26. Ausschreiben des Mgf an die 5 Hauptstädte, Beamten etc., 12. 2. 1630 (Abgedruckt im AOfr. IV, 1. Heft, S. 80, Urk. X). Bericht des Hauptm. von Wunsiedel, 8. 3. 30; Bericht d. Hauptm. von Hof, 12. 3. 30. Ersterer Bericht wurde von Alfred Frank im AOfr., 37. Bd., 2. Heft (1956), S. 90 ff, veröffentlicht. Vgl. auch Bauer, a.a.O., S.299, über die Exulanten in Pegnitz.

3. Defensionswerk, Landschaftswesen und finanzielle Lage.

Die Neutralitätspolitik des Fürsten wie auch seine strikte Wahrung des Rechtsstandpunktes in der Auseinandersetzung um Durchzugsersuchen und Kontributionsforderungen dürfen, da sie vorwiegend dem Ziele einer Rettung des Landes dienten, als bloße Maßnahmen des Selbstschutzes angesehen werden. Waren sie aber ausreichend für die Rettung des Landes in einer schweren, chaotischen Zeit? Schon mit dem Beginn des Krieges mußten der Markgraf und seine Geheimräte erkennen, daß das Land, wenn ringsum Gewalt und Greuel herrschten, nicht allein durch politisch-rechtliche Maßnahmen zu sichern sei, sondern daß es auch eines möglichst starken bewaffneten Selbstschutzes bedürfe. Die Erfahrung, die man hier machte, war die alte Erfahrung, daß sich Neutralität auf die Dauer nur dort zu behaupten weiß, wo sie sich selbst zu schützen versteht. Aus ihr resultierte das Bestreben des Fürsten, die Defensivpolitik als äußere Komponente der Landesrettung durch die innere Komponente einer im Rahmen des Möglichen schlagkräftigen und zuverlässigen militärischen Landesverteidigung unbedingt zu ergänzen. Nur so glaubte er sein kleines Territorium sichern zu können. Die Notwendigkeit von Rüstungen trat damit unabweislich hervor. Daß dabei vielfache Verquickungen zwischen Politik und Rüstung bestimmend für den Aufbau und die Wirkungen eines echten Selbstschutzes sein mußten, stand ebenso unbezweifelbar fest wie die Abhängigkeit des geplanten Defensionswerkes von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes. Diese aber wiederum war nicht zuletzt bedingt durch das Entgegenkommen der Landschaft, die zur Steuerbewilligung herangezogen werden mußte. So war das Defensionswerk auch mit dem Landschaftswesen und der allgemeinen finanziellen Lage untrennbar verbunden.

Der Verteidigungszustand der Markgrafschaft war bei Ausbruch der Feindseligkeiten in Böhmen sehr schlecht. Trotz der vorausgegangenen Spannungen war man in keiner Weise auf kriegerische Ereignisse vorbereitet. Die Grenzen lagen offen, da ehemalige Grenzfestungen, wie das wichtige, den Zugang von Eger schützende Hohenberg, längst verfallen und verkommen waren. Auch die

Mauern der Städte waren vernachlässigt, und die einzige Festung des Landes, die Plassenburg, war nach ihrer Zerstörung im Jahre 1554 noch im Ausbau. Sie wurde von einer Kompanie Knechte, der gesamten aktiven Streitmacht des Landes, geschützt. Freilich hatte man etliche Fähnlein Landausschuß, vorwiegend gebildet aus der wehrhaften Bürgerschaft der Städte, zumindest auf dem Papier zur Verfügung, aber ihren Wert für die Landesverteidigung konnten selbst die größten Optimisten am markgräflichen Hof nicht hoch einschätzen. So sah sich der Markgraf im Angesicht der drohenden Gefahr gezwungen, ein Defensionswerk fast ganz aus den Anfängen aufzubauen.

Da der Fürst der Meinung war, eine wirksame Landesverteidigung sei ohne sorgfältige Vorplanung nicht zu erreichen, stellte er gleich mit Beginn der Unruhen in Böhmen seinen Geheimräten und Offizieren die Aufgabe, unabhängig von den politischen Gegebenheiten und der Kreisdefension, über notwendige Maßnahmen nachzudenken. Zunächst sollten wenigstens Listen über die Lehensleute und berittenen Diener, d.h. aller Staatsdiener mit Dienstpferden, erstellt werden. Auch sollte der Landausschuß bewaffnet und zur Bereitschaft aufgerufen und die Plassenburg verproviantiert und schnellstens ausgebessert werden. Die Hauptmannschaften Hof und Wunsiedel bekamen Befehl, Sicherheitswachen an den Grenzen aufzustellen(182).

Zweifellos hatten alle genannten Sofortmaßnahmen noch nicht die Schaffung neuer Verteidigungsmittel, sondern ausschließlich die Bewahrung der herkömmlichen zum Ziel. Es erwies sich nämlich als wesentlich, daß man vor allem eine Abwanderung der im Kriegsdienst brauchbarsten Lehensleute, Bürger und Bauern zu den Heeren der kriegführenden Parteien verhinderte, um sie im Land zur Verfügung zu haben. So erging denn auch am 27. Juni

(182) StAB, Rep. C48, Nr. 3. Der Akt enthält die fürstlichen Anordnungen und Befehle sowie darauf erfolgte Berichte über Aufgebot, Musterungen und Kriegsbestallungen im allgemeinen. Vgl. auch Weigel, a.a.O., S. 25, und Kapp; Kappii Analecta ad historiam belli tricennalis in vicinitate Culmbaci gesti, Bayreuth, 1782, p.3.

ein Patent des Markgrafen, das den Amtsleuten befahl, keinerlei Werbungen in der Markgrafschaft zu gestatten und das allen Untertanen verbot, sich in fremde Kriegsdienste zu begeben (183). Aber konnte man es dabei bewenden lassen?

Gerade an der Frage des Grenzschutzes wurde bald offenbar, daß die herkömmlichen Mittel keinesfalls ausreichten. Die Grenze gegen Böhmen war lang und unübersichtlich und konnte durch Sicherheitswachen der Bürger und Bauern, ja selbst durch schwache Streifen, auf die Dauer nicht genügend abgeschirmt werden. So mußte der Markgraf, noch ehe eingehende Überlegungen zum Aufbau eines Defensionswerkes angestellt waren, der Frage nahetreten, wie auf dem Wege der Steuereinziehung wenigstens die nötigen finanziellen Mittel zur Befestigung Hohenbergs und zur Aufstellung einer kleinen Truppe von 600 Mann Fußvolk und 200 Reitern zu beschaffen seien (184). Dieser Weg der Rüstung, sicher der entscheidende Weg zu einer echten Verteidigungsbereitschaft, erwies sich in der Folge für die markgräfliche Regierung als sehr dornenvoll.

Der Markgraf hatte von je die Mitwirkung der Landstände in allen Fragen der Finanz- und Steuerwirtschaft stets bejaht. Eine zwangsweise Beitreibung von Geldern mußte dem vorsichtigen und durchaus rechtlich denkenden Fürsten nur als äußerste Notmaßnahme erscheinen. Als er nun beschloß, sich an die Landstände zu wenden, damit sie die für die Rüstung notwendigen Geldmittel bewilligten, hatten diese erst zur Abdeckung einer das Land seit Jahren drückenden Schuldenlast zögernd einer größeren Steuererhöhung für das Jahr 1618 zugestimmt. Der Markgraf berief den Engeren Ausschuß der Landstände für Mitte August zur Beratung nach Bayreuth. Ein Spiel, das später noch oft zu beobachten war, hob an. Die Vertreter der fünf Hauptstädte wollten sich in

(183) Weigel, a.a.O., S. 26.
(184) Veh, Die Bayreuther Landstände unter dem Markgrafen Christian 1603-1655, AOfr. 1938, 33. Bd., 3. Heft, S. 49/50: Betrifft die Aufstellung der Truppe. StAB, Rep. C48, Nr. 5b, fol. 63: Mgf Christian an Fürst Christian, Hohenberg, 17. 8. 18: Betrifft den Umbau von Hohenberg. Vgl. Auch Weigel, a.a.O., S. 51.

keiner Weise festlegen und wichen den markgräflichen Forderungen in der Erklärung vom 4. August 1618 aus, indem sie darum baten, zur Beratung der Forderungen den Mittleren Ausschuß einzuberufen. Die ungeklärten Kompetenzen der verschiedenen Ausschüsse waren also ein willkommenes Mittel, dem Verlangen der markgräflichen Regierung unter Umständen zu entgehen. Auch das Drängen der fürstlichen Räte konnte die Abgeordneten nicht umstimmen, und so mußte man sie Ende August auseinandergehen lassen, ohne daß ein greifbares Ergebnis der Beratungen erzielt werden konnte (185).

Vielleicht war die ablehnende Haltung der Landschaftsvertreter nicht zuletzt darin begründet, daß ihnen die Räte des Fürsten zwar die Notwendigkeit einer Anwerbung von Soldaten versichert hatten, daß sie aber Monate nach dem Beginn des Krieges im benachbarten Böhmen noch mit keinem fertigen und beeindruckenden Verteidigungsplan aufwarten konnten. Diesen Mangel empfanden auch der Markgraf und seine Räte selbst. So beschlossen sie auf einer Konferenz zu Selb die Errichtung eines allgemeinen Defensionswerkes und beauftragten die Kriegsoffiziere, die notwendigen Pläne auszuarbeiten und vorzulegen. Zur weiteren Beratung der Selber Beschlüsse kamen dann am 3. und 4. September Hofratsdirektor von Feilitzsch, die Geheimräte von Müffling und von Waldenfels, Graf Johann Casimir zu Lynar, der fürstliche Landschreiber Pfennig, der Kommandant der Plassenburg von Muffel, der Hauptmann von Hof, Heinrich Reuß Herr zu Plauen, ein Rittmeister von Schirnding und die Hauptleute von Reitzenstein und von Steinbach in Kirchenlamitz zusammen. Hier wurden alle Möglichkeiten einer wirksamen Verteidigung erneut in Erwägung gezogen. Man beschloß schließlich eine Verstärkung des Ausschusses im besonders gefährdeten Oberland um das Doppelte auf etwa 2 000 Mann und sah eine Neuorganisation durch Aufteilung in ein kleineres, sofort zur Verfügung stehendes Erstaufgebot und einen

(185) Veh, a.a.O., S. 48 ff. Alle folgenden Ausführungen über die Beratungen der Landstände stützen sich auf diese verdienstvolle, gründliche Arbeit. Veh gibt als Quellen für die Zeit von 1618 bis 1620 an: StAB, Rep. C28, II, 5, ferner StABth (Stadtarchiv Bayreuth), LA 5, ferner auch für die weitere Entwicklung StAB, Rep. C28, III, 14 u. 15.

stärkeren "Succurs" vor. Der Ausschuß sowie alle berittenen Diener und die Lehensleute sollten baldmöglichst zusammengerufen und gemustert werden. Die etwa 300 Berittenen wurden zur Durchführung eines Sicherheitsdienstes auf den Straßen vorgesehen. Den Festungen Plassenburg und Hohenberg und ihrem Ausbau sollte besonderes Augenmerk gewidmet werden. Während auf der Plassenburg schon eine Kompanie zu Fuß als Besatzung lag, gedachte man Hohenberg einstweilen mit Landvolk und Lehenspferden zu belegen, bis der Schutz der gesamten Ostgrenze durch anzuwerbende Truppen, 3 Fähnlein Knechte und je 100 Kürassiere und Arkebusiere, übernommen werden könnte. Ein Plan über die notwendige Ausrüstung der Soldaten sollte in besonderen Verzeichnissen niedergelegt werden (186).

Das zu Kirchenlamitz aufgestellte Rüstungsprogramm wurde Mitte September dem Engeren Landschaftsausschuß, der sich erneut in Bayreuth versammelt hatte, vorgelegt. Die Gründlichkeit, mit der es ausgearbeitet worden war, wie auch die seit dem Einmarsch der Kaiserlichen erhöhte Gefahr eines Einfalls aus Böhmen und die weitgehende Lahmlegung der Kreisdefension konnten die Abgeordneten zwar nicht so weit beeindrucken, daß sie die zu Rüstungszwecken geforderten 200 000 fl. ohne weiteres bewilligt hätten, aber doch wenigstens so weit, daß sie nach längeren Auseinandersetzungen gewisse Zugeständnisse machten. 4 Steuértermine von je 15 kr. auf 100 fl. Vermögen wurden für die Landesverteidigung zugestanden. Sie sollten alle von Martini 1618 bis Martini 1619 erlegt werden. Die Adeligen wurden, trotz der Forderung der Abgeordneten, nicht herangezogen, wohl aber die Geistlichen mit ihren "eigentümlichen Gütern", dazu die Hauseierer und alles fahrende Volk (187). Damit war nun wenigstens der Weg zu einer begrenzten Rüstung frei.

(186) StAB, Rep. C48, Nr. 5b, fol. 78: Unvorgreifliches Bedenken und Gutachten uff die gestriges Tag proponirte Punkte; fol. 105: Beschlüsse vom 24.=25. 8. 18, Kirchenlamitz. Weigel, a.a.O., S. 78/79.
(187) Veh, a.a.O., S. 50/51, und Weigel, a.a.O., S. 88.

Hatten noch im Herbst 1618 alle Abwehrmaßnahmen in der Markgrafschaft dem Schutz gegen Einfälle aus Böhmen gedient, so verlagerte sich im Winter 1618/1619 das Schwergewicht der Verteidigungsanstrengungen mehr nach dem Westen des Oberlandes. Die starken Rüstungen Bambergs erweckten Mißtrauen und ließen vermehrte eigene Anstrengungen notwendig erscheinen. Es war vor allem der Geheimrat von Waldenfels, der auf die bedenkliche Lage hinwies. Die Anwerbung von einer Kompanie Knechte durch Christoph von Reitzenstein und von 150 Reitern durch Rittmeister von Schirnding war schon im Gang. Nun forderte von Waldenfels die sofortige Anwerbung eines dritten Fähnleins Knechte und zwei weiterer Kompanien Reiter. Fernerhin drang er auf die endgültige Verproviantierung der Plassenburg und die Schaffung eines Munitionsvorrates (188). Aber die Rüstungen nahmen, trotz aller Mahnungen des Geheimrats, während des ganzen Jahres 1619 nur einen äußerst schleppenden Fortgang, und mancher Vorsatz blieb im Keime stecken. Man merkt deutlich, daß ihnen die rechte Triebkraft fehlte, eine Triebkraft, die nur in dem unbeugsamen Willen des Fürsten, einen hinreichenden Selbstschutz aufzubauen, gelegen haben könnte. Aber Markgraf Christian widmete in dieser Zeit sein Interesse und seine ganze Energie weit mehr den politischen als den militärischen Lösungen einer vollkommenen Verteidigung, von denen er sich unter den gegebenen Umständen grössere Sicherheit zu erwarten schien. Es zeigte sich damals wie später immer wieder das gleiche Spiel: Solange die Politik noch in irgendeiner Richtung Hoffnungen ließ, stand sie unbedingt im Vordergrund und das Defensionswerk wurde vernachlässigt; wenn aber die Politik einen toten Punkt erreichte, lebte das Interesse an einem stärkeren Selbstschutz wieder merklich auf.

Was konnte man sich in dieser Zeit am markgräflichen Hof auch von Rüstungen versprechen? Ihre Mittel und Möglichkeiten blieben

(188) Weigel, a.a.O., S. 176. Anmerkung 16, gibt als Quelle: Feilitzsch an Waldenfels, 22. 2. 1619, Coburger Landesarchiv B II, 21/163, und Waldenfels an Heußner, 1. 3. 1619, ebda.

so beschränkt, daß der Markgraf im Juni wieder einmal in einem dringlichen Appell die "Landesrettung" den Lehensleuten ans Herz legen mußte. Interessant ist an seinem Ausschreiben an die Lehensleute die Betonung des Rechtsstandpunktes auch auf dem Gebiet der Verteidigung: "Ungeachtet, wir mit niemands in feindlicher Handlung begriffen oder auch sonsten ausserhalb Rechtens ichtwas im Unguten zu thun haben, die hohe Notturfft erfordert, nichts wenigers als andere unsere Benachbarten, deß Heil: Reichs Chur, Fürsten und Stände, mit angelegener landsvätterlicher Sorgfeltigkeit dahin zu sehen und solche Anstellung zu thun, wie bei so gefehrlichen Läufften man auf alle besorgende Fälle, die Gott gnedig verhüten wolle, sich gefast zu halten, und durch vergönte Defensivmittel zu sichern."(189). Nicht nur in der Politik und nicht nur bei Durchzügen, auch auf dem Gebiet der Landesverteidigung blieb der markgräflichen Regierung die Wahrung reichsrechtlicher Gegebenheiten oberstes Gebot, wobei man ängstlich darauf bedacht war, auch nur den leisesten Anschein eines Überschreitens der "vergönnten Defensivmittel" zu vermeiden, weil man keinem Reichsstand auch nur die geringste Ursache zu Mißtrauen geben wollte. Und dadurch waren, neben dem finanziellen Problem, der Tatkraft des Fürsten beim Aufbau eines wirkungsvollen Selbstschutzes starke Schranken errichtet. So blieb auch das Jahr 1620 auf dem Sektor der Defension, trotz verstärkter Bedrohung des Landes von außen, eine Zeit halber Maßnahmen. Wohl zeigten sich wiederholt Ansätze zu einer stärkeren Intensivierung durch eine verbesserte Organisation des Selbstschutzes, aber die Bedenken, daß man sich "in unnöthige Kriegsverfassung oder Verfolgung einlaßen" könne, erlaubten keine wesentlichen Fortschritte.

Und doch hatte gerade dieses Jahr, nach anfänglichen Enttäuschungen recht verheißungsvoll begonnen! Schon im Januar 1620 hatte der Fürst den Engeren Ausschuß wieder nach Bayreuth entbieten lassen, um die Landschaftsvertreter mit einer neuen

(189) StAB, Rep. C48, Nr. 19: Ausschreiben des Mgf Christian an die Lehensleute seines Fürstentums, sich zur Defension gerüstet zu halten, Juni 1619. Vgl. auch Holle, a.a.O., S. 75, Urkunde I.

Forderung von 100 000 fl., die sowohl zur Abzahlung von Unionsrestanten als auch für die eigene Verteidigung dienen sollten, bekannt zu machen. Wieder baten die Landstände um Aufschub und Entlassung der Abgeordneten, aber die fürstliche Regierung wollte, wohl vor allem unter dem Druck von seiten der Union, auf keinen Fall nachgeben. So lenkten die Abgeordneten nach schwierigen Verhandlungen allmählich ein und zeigten sich schließlich grundsätzlich zu weiteren Bewilligungen bereit, doch konnte man sich über die Form der Aufbringung, ob durch Steuererhöhungen oder durch Anleihen, nicht einigen. Damit sie darüber "ein reiflichers Nachdencken" anstellen könnten, ließ man die Vertreter der Landschaft Ende Januar 1620 auseinandergehen. Nach allgemeinen, allerdings weitgehend ergebnislosen Beratungen fanden sie sich dann im Februar 1620 wieder in Bayreuth ein. Erst nachdem man ihnen die Notwendigkeit eines Beitrags zur Unionskasse noch einmal nachdrücklich dargelegt und die Drohung mit einer eventuellen Einlagerung von Truppenteilen der Unionsarmee vorgebracht hatte, billigten sie endlich im Rezeß vom 21. II./3. III. 1620 eine Steuer von zweimal je 2½ Ort (1 Ort = 15 kr.) auf 100 fl. Vermögen, die binnen Jahresfrist erhoben werden sollte. Davon gedachte man nicht nur die rückständigen 50 Römermonate (51 000 fl.) für die Union zu begleichen, sondern man hoffte auch 50 000 fl. für die eigene Landesverteidigung aufzubringen. Die Frage einer Tilgung der Vorkriegsschulden mußte allerdings weit zurückgestellt werden (190).

Als dieser Rezeß unterzeichnet war, mag man am markgräflichen Hof erleichtert aufgeatmet haben; lag die finanzielle Belastung durch die Union doch wie ein schwerer, unerträglicher Druck auf dem Land. Immer wieder trafen in Bayreuth dringende Ermahnungen aus Prag, Amberg und Ansbach ein, die Markgrafschaft solle ihren finanziellen Verpflichtungen als Unionsmitglied endlich nach-

(190) Veh, a.a.O., S. 52 - 55. Da Veh in seiner Arbeit die nach dem Julianischen Kalender gegebene Datierung der Rezesse beibehalten und damit in die Literatur eingeführt hat, wird hier von der Möglichkeit der Doppeldatierung Gebrauch gemacht.

kommen und die erheblichen Restanten abtragen. Ein Bruch mit der Union schien schließlich nicht mehr so sehr ein politisches als vielmehr ein finanzielles Problem zu sein; denn schon drohte das Verfahren gegen allzu säumige Mitglieder, der Speyerische Prozeß und die Executorialen. So mußte die wenigstens teilweise Abtragung der Restanten allen Erfordernissen der Landesverteidigung und des Schuldenwerkes voranstehen. Selbstverständlich versäumten der Fürst und seine Räte nicht, in fortgesetzten Verhandlungen bis zur Beschaffung der nötigen Geldmittel auf einen Aufschub der Zahlungen und vor allem auf eine Ermäßigung hinzuwirken. So waren keine geringeren als Christoph von Waldenfels und der Landschreiber Pfennig im Februar 1620, mit einem umfangreichen Memoriale versehen, zum Unionsrechnungstag nach Rothenburg gefahren, um die schwierige finanzielle Lage des Landes dort persönlich darzulegen und günstigere Zahlungsbedingungen zu erreichen. Beide teilten dann am 23. Februar aus Rothenburg in einem geheimen Bericht an den Fürsten mit, daß eine Justifizierung der Rechnung erreicht worden sei. Dabei sei alles, was man für die Union ausgelegt habe, berücksichtigt worden, und auch für die Muffelsche Kompanie könne ein Betrag einbehalten werden; eine Verrechnung der Aufwendungen bei der Durchführung fremden Volkes oder auch von Truppen der Union sei aber nicht zugestanden worden (191). So war durch die Verhandlungen in Rothenburg in Verbindung mit der Bewilligung durch die Landstände die Möglichkeit eines finanziellen Ausgleichs mit der Union gegeben.

Aber auch für den Ausbau der Landesverteidigung hatte der Rezeß eine neue Grundlage geschaffen. Leider ist jedoch aus den Akten nicht ersichtlich, wie die für Rüstungszwecke bewilligten Gelder im einzelnen angelegt wurden, ja, ob sie überhaupt beigebracht und verwendet wurden. Der Markgraf ließ wohl die inzwischen ange-

(191) StAB, Rep. C47, Nr. 70, befaßt sich ausschließlich mit dem Problem der Unionsrestanten. Hier findet sich auch der gesamte Schriftverkehr über diese Frage. Interessant ist der Akt auch, weil er eine vollständige Rechnungslegung der Union für den Mai 1620 bringt. Danach betrugen die monatlichen Ausgaben "uff die militia" 175 580 fl. Die Summe aller alten Restanten war 203 360,32 fl., die der neuen Restanten (neu festgelegte Kontr.) 233 883,34 fl. Danach betrug die Summe aller Restanten (alt u. neu) 437 243,6 fl. Als Summe der Gesamtausgaben wird genannt: 1 947 378, 32¼ fl.

worbenen wenigen Fähnlein Fußvolk noch auffüllen und schuf unter dem Kommando des Rittmeisters Urban Heinrich von Feilitzsch auch eine kleine Truppe von Arkebusierreitern (192). Sonst aber versuchte man nur die Ausbildung der 10 Fähnlein des Ausschusses durch Ernennung von Exerziermeistern und Offizieren voranzutreiben (193). Auch wollte man die Bereitschaft der etwas mehr als 100 berittenen Diener des Oberlandes durch Erstellung von Verzeichnissen, durch gelegentliche Aufrufe und durch eine Musterung am 10. Oktober in Bayreuth stärken. Gerade aber diese Musterung ließ so große Mängel jeder Art zutage treten, daß der Markgraf und seine Räte erkennen mußten, wie wenig Verlaß auf diese Schar berittener Zivilisten war (194).

Die Landesverteidigung lag also auch im Herbst 1620 immer noch recht im argen. Vielleicht wären ihr Anregungen aus anderen Territorien nützlich gewesen. So mag einmal die Frage aufgeworfen werden, wie weit sie sich mit derjenigen befreundeter evangelischer Länder abstimmte. Da war z.B. die benachbarte Oberpfalz. Auch wenn Bayreuth und Amberg politisch verschiedene Absichten verfolgten, erscheint es doch durchaus denkbar, daß man etwa in der Frage der Verteidigung der Grenzen eng zusammenarbeitete, wie man ja auch bei der Kommunikation über Durchzüge in guter oder leidlicher Verbindung stand. Das war aber keineswegs der Fall! Die Zusammenarbeit muß auf dem Gebiet der Verteidigung sogar äußerst schlecht gewesen sein, wandte sich doch im Herbst 1620 der kurpfälzische Statthalter, Graf Reinhard von Solms, nicht etwa an den Markgrafen, sondern über einen Vermittlungsmann an den fürstlich brandenburgischen Rittmeister Rabensteiner, um ihn zu

(192) StAB, Rep. C48, Nr. 39. Diese Kompanie des Rittmeisters von Feilitzsch wurde im Frühling 1621 in Bayreuth vom Markgrafen gemustert.

(193) Holle, a.a.O., S. 76, Urk. III: Designatio derjen. Personen so zu deß Ausschuß exercitio gebraucht werden sollen. Die 10 Fähnlein Ausschuß verteilten sich wie folgt: 1 Fähnlein in Bayreuth, 2 in Kulmbach u. inkorp. Ämter, 1 in Creußen, Pegnitz usw., 1 in Berneck, Gefrees, Goldkronach usw., 1 in Wunsiedel, Thierstein, Hohenberg usw., 1 in Weißenstadt, Selb, Kirchenlamitz, Marktleuthen usw., 1 in Münchberg und Amt, 2 in der Hauptmannschaft Hof.

(194) StAB, Rep. C48, Nr. 25: Dem Ausschreiben zur Musterung vom 27. 9. 1620 liegt ein Verzeichnis der beritt. Diener bei, in dem als "Summa Oberland" 107 Pferde aufgeführt sind. Vgl. auch Holle, a.a.O., S. 6 und S. 76, Urk. II.

einer Besprechung von Fragen der Verteidigung der Grenzen nach Waldsassen einzuladen. Rabensteiner war ein getreuer Untertan seines Fürsten, so erkundigte er sich umgehend in Bayreuth, wie er sich verhalten solle. Daraufhin kam die Aussprache nicht zustande (195). Selbst dringende und fortgesetzte Ermahnungen seines Bruders Joachim Ernst konnten den Markgrafen nicht dahin bringen, in den Fragen eines bewaffneten Landesschutzes mit der Oberpfalz zusammenzuarbeiten (196). Der Grund ist wohl klar ersichtlich. Eine enge militärische Zusammenarbeit mit einem Reichsstand außerhalb des Kreises, zudem mit einem Calvinisten, mußte in hohem Maße suspekt erscheinen und mußte den Weg zu einer echten Kreisdefension erheblich erschweren, wenn nicht völlig verbauen. Und ein wirkungsvolles Defensionswerk des Kreises, dem sich die eigene begrenzte Landesverteidigung harmonisch eingliedern sollte, war und blieb Markgraf Christians Wunschtraum und Ziel.

Zunächst aber war an eine Verwirklichung noch nicht zu denken. Neue Sorgen finanzieller Art kamen schon bald nach dem Rezeß vom 21. II./3. III. 1620 auf die markgräfliche Regierung zu, denn es erwies sich, daß die durch die neubewilligte Steuer einkommenden Beträge bei weitem nicht hinreichten, um alle Verpflichtungen zu erfüllen. Wieder trafen, schon im Spätsommer und Herbst des Jahres, von seiten der Union aus Prag, Amberg und Worms dringende Mahnungen ein, die sowohl in politischer wie auch finanzieller Hinscht die Aktivierung eines äußerst säumigen Mitglieds bezweckten (197). Der Markgraf mußte, um es nicht zum endgültigen Bruch kommen zu lassen, neue Möglichkeiten, der finanziellen Notlage Herr zu werden, erschließen. So ordnete er unter dem Zwang der Verhältnisse durch eine Verfügung vom 14. September 1620 mehrere Räte ab, um eine Erhöhung der bisher bewilligten Steuer zu erreichen. Wohl in der Absicht, schneller zu einem konkreten Ergebnis zu kommen, überging man nun die Landschaft und wandte sich direkt an die Bürger. So reisten die Räte in die Städte und versammelten dort die Vertreter der Bürgerschaft und der Inkorporierten. In einer "Erläu-

(195) StAB, Rep. C47, Nr. 76: Rmst. Rabensteiner an Mgf Chr., 9. 11. 20.
(196) StAB, Rep. C47, Nr. 73, fol. 14 u. 44: Ansuchen auf nachbarl. Succurs mit der Oberen Pfalz. Mgf Christian wies alle Ansuchen in einem Schreiben vom 13. 10. 1620 ab (fol.45).
(197) S.o. Anmerkungen 64 und 65.

terung zum Rezeß vom 21. Februar 1620" wurde wenigstens die Fortführung der Defensionssteuer von jährlich zweimal 2½ Ort auch für die Jahre 1621 und 1622 festgelegt (198).

Die Abordnung der Räte in die Städte leitete eine neue Entwicklung des gesamten Landschaftswesens in der Markgrafschaft ein. Offensichtlich hatte der Fürst durch die fortgesetzt schwierigen und langwierigen Verhandlungen zwischen dem Landschaftsdirektorium und dem Engeren Ausschuß jedes Interesse an dieser Form der Ständevertretung verloren. So beabsichtigte er, den Zustand, wie er vor 1614 bestanden hatte, wieder herbeizuführen: Das Direktoriom sollte aufgelöst werden, und die Städte unter der Oberleitung Kulmbachs sollten selbst die Regelung der finanziellen Fragen in ihrem Gebiet übernehmen. Dies war der wesentliche Punkt der fürstlichen Proposition, die den Landständen bei ihrer Zusammenkunft am 26. Oktober 1620 in Bayreuth vorgelegt wurde. In einer Erklärung, die längeren Beratungen folgte, nahmen sie den Vorschlag des Fürsten bedingt an. Nach weiteren Unterhandlungen mit dem im Dezember nach Bayreuth zusammenberufenen Landtag löste sich schließlich, gemäß Rezeß vom 7./17. Dezember 1620, das Direktorium auf. Dem Fürsten wurde die Eintreibung der bereits bewilligten Defensionssteuer überlassen, den Ständen hingegen eine bis 1628 währende Kontributionssteuer, von welcher die Schulden abgezahlt werden sollten. Die Schuldenlast wurde, im Verhältnis der finanziellen Leistungsfähigkeit, auf die Städte verteilt. Jährlich an Weihnachten hatten sie der fürstlichen Regierung Rechnung zu stellen.

Hatten die Städte durch diese Entwicklung gewonnen oder verloren? Nun, sie mochten sich wohl in finanzieller Hinsicht fortan einer größeren Freiheit und Unabhängigkeit erfreuen, aber die Bürde, die sie übernommen hatten, war äußerst schwer. Die Summe der Schulden belief sich auf 310 000 fl. Die Union forderte im Dezember 1620 die Begleichung der Unionsrestanten in Höhe von 64 176 fl. 22 kr.(199) .

(198) Veh, a.a.O., S. 55.
(199) Veh, a.a.O., S. 58. Die Summe der Unionsrestanten findet sich auf einem Zettel, der dem Schreiben der unierten Fürsten vom 13. 12. 1620 beiliegt. StAB, Rep. C47, Nr. 70. Siehe Anmerk. II/65!

Im Jahre 1621 verstärkte sich die Finanznot des Landes durch die inflationistischen Erscheinungen der Kipper- und Wipperzeit, die nun ihren Höhepunkt erreichten, noch gewaltig. Der Wertverfall des Geldes schien in der Markgrafschaft wie auch anderswo nicht mehr aufzuhalten zu sein. Der Markgraf, der zu Beginn seiner Regierung sein Geld noch meist in der Mark Brandenburg oder in Nürnberg hatte prägen lassen, trug selbst durch die Errichtung immer neuer, sog. "schlechter Münzstätten", die fast ausschließlich geringwertiges Kupfergeld herstellten, dazu bei. Schließlich gab es in der Markgrafschaft nicht weniger als 18 solcher "Kippermünzstätten", aus denen der Fürst von 1620 bis 1622 insgesamt 505 900 fl. bezog (200). Mit der fortschreitenden Entwertung des Geldes stiegen die Preise, Handel und Verkehr kamen ins Stocken, allenthalben traten ernste Vermögensverluste ein, die die Steuerkraft des Landes stark zurücksetzten (201). So fand man es nun in allen Territorien an der Zeit, energische Maßnahmen gegen die Münzverschlechterung zu treffen, und auch Markgraf Christian war bald eifrig darauf bedacht, Besserung und Abhilfe zu schaffen (202). Deshalb nahm er großes Interesse an einem allgemeinen fränkischen Münzkonvent, der für den 29. Januar 1621 nach Nürnberg ausgeschrieben war. Das Ergebnis dieser Versammlung, die in einer Reihe mit mehreren "ordinari-Probations-Tagen" und "extraordinari-Probations-Tagen" zur "Remedierung des zerfallenen Münzwesens" im Reich stand, war unbedeutend. Man erkannte, daß eine

(200) StAB, Rep. C 17/2 (Plassenburger Archiv), Nr. 325 (Münzakten), fol. 12-14 und 18-21, bieten dem Interessierten viele Hinweise zu den Münzfragen der Jahre 1620-1623. Gleichzeitig wird besonders verwiesen auf die bei Bauer, Pegnitz, S.291 ff und S. 370 zitierte Schlagschatzrechnung 1620-1622. Demnach gab es 1622 in der Markgrafschaft folgende Münzstätten: Bayreuth (2), Kulmbach (2), Hof (2), Erlangen, Wunsiedel (2), Weißenstadt, Neustadt/Aisch, Neustadt a. Kulm, Creußen, Dachsbach, Baiersdorf, Schauenstein, Rehau, Pegnitz. Die Orte mit 2 Prägstätten hatten eine "große Münze" für größere Münzsorten und eine "Münzstatt uff kleinsorten" zum Herstellen von Kupfermünzen. Manche dieser Münzstätten wurden allerdings nur wenige Wochen betrieben. Der Markgraf erhielt im einzelnen: 1620: 20500 fl., 1621: 163 900 fl., 1622: 331 500 fl., was eine deutlich fortschreitende Inflation zeigt. Vgl. auch Schrötter, Das Kippergeld in den Fürstentümern Brandenburg-Bayreuth und Ansbach. Zs. für bayer. Landesgeschichte, 7.Jahrgang, 1934.

(201) Holle, a.a.O., S.9, gibt Beispiele der enormen Verteuerung.

(202) Dietlein, a.a.O., S.50, sieht den Grund für die "zweifellos tatkräftigen und auch wirkungsvollen Maßnahmen des Markgrafen Christian gegen den Währungsverfall" in einer Vorladung des Fürsten vor das kaiserliche Kammergericht, "wegen Vergehens gegen die Reichsmünzordnung".

Lösung der Probleme auf einer höheren Ebene als der des Kreises oder gar der einzelnen Territorien gefunden werden müsse (203).

Von dieser Seite war also vorerst keine Erleichterung der finanziellen Lage zu erhoffen, doch ergab sich eine solche mit der Auflösung der Union im Frühling des Jahres 1621. Starke Belastungen mußten nun entfallen, und die Steuergelder konnten anderen Zwecken zugute kommen. Aber ehe der Fürst und seine Räte noch aufatmen durften, mußte das schwierige Geschäft der endgültigen Abwicklung der Unionsforderungen erledigt werden. Noch einmal waren diese Forderungen hoch und höher gestiegen. Da hatte einst im Jahre 1619 die Reichsstadt Nürnberg den Böhmen 200 000 fl. geliehen und dafür die Bürgschaft der Unionsstände erhalten (204). Nun ermahnten die Führer der Unierten den Markgrafen, er solle auch seinen Anteil daran leisten. Dann mußten von der Markgrafschaft noch Restanten abgetragen werden, und schließlich waren selbst zur endgültigen Abdankung der Truppen noch größere Summen aufzubringen. Markgraf Christian bewegte sich in seiner Stellungnahme zu diesen Forderungen zwischen einem entschiedenen Nein im Falle der Nürnberger Bürgschaft und einem hinhaltenden Vielleicht im Hinblick auf die Restanten und den Zuschuß zur Abdankung. So gelang es ihm schließlich in zähen Verhandlungen, bei denen von seiten der Union immer wieder mit der zwangsweisen Einlagerung von 300 Reitern gedroht wurde, durch Zahlung von 15 000 fl. wenigstens eine Einquartierung abzuwenden. Nach seiner Anweisung sollte dieser Betrag als endgültige Abstattung aller finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Union angesehen werden (205).

Nachdem die Union aufgelöst war und die damit zusammenhängenden finanziellen Fragen geklärt waren, konnten der Markgraf und seine Räte etwas freier disponieren und vor allem der Landesverteidigung

(203) Moser, a.a.O., S. 156 ff: Receß des Fränck. Münz-Convents, 29. 1. 21.
(204) StAB, Rep. C47, Nr. 78: Fragmenta des zur Union von der Stadt Nürnberg hergeschossenen Kapitals von 200 000 fl.
(205) StAB, Rep. C47, Nr. 80, liegt diesen Ausführungen zugrunde. Im einzelnen: Johannes, Pfalzgraf bei Rhein, an Mgf Christian, 12. 4. 21, betrifft die Bürgschaft; das Nebenmemorial zur Instrukt. auf den zu Heilbronn angest. Unionstag, 24. 4. 21, gibt genaue Anweisungen an den Landschreiber Pfennig, wie er sich "wegen erford. Unionsrestanten in Acht zu nehmen" habe; die Relation von Pfennig an Mgf Christian, 1. 5. 21, bringt die Drohung einer Einlagerung von 300 Reitern; Mgf Christian an Hauptmann zu Neustadt, 8. 5. 21, betrifft die Zahlung der 15 000 fl. S.o. Anmerk. 94!

vermehrte Mittel zuführen. Das erschien gerade zu diesem Zeitpunkt besonders wesentlich zu sein, denn die Bedrohung durch Mansfelds Scharen lag über dem Land und dem Kreis. Nun zweifelte niemand mehr an der Notwendigkeit einer wirkungsvollen Verteidigung der Markgrafschaft, und auch die Kreisstände rückten, wie wir wissen, wieder enger zusammen und schufen mit den Rezessen vom 5. August und 15. Dezember 1621 die Grundlagen für ein Kreisdefensionswerk (206). Der Wunschtraum des Fürsten, eine Verschmelzung der eigenen Landesverteidigung mit einem umfassenden Kreisdefensionswerk zu erreichen, schien nun, wenn überhaupt, einer Verwirklichung nahe. Unter all diesen Umständen bekamen die Verteidigungsbemühungen des Fürsten im Sommer und Herbst des Jahres 1621 neuen Auftrieb.

Die erhöhte Aktivität fand zunächst in einer vermehrten Korrespondenz des Markgrafen mit seinen Amtmännern und Hauptleuten über Fragen der Verteidigung ihren Ausdruck. Wohl mag dieser Schriftverkehr zuweilen in der Beunruhigung durch die Mansfeldischen Völker, in Überfällen und Plünderungen , konkrete Gründe gefunden haben, doch beschränkte er sich keineswegs nur auf die Tagesereignisse, sondern brachte auch Erörterungen allgemeiner Verteidigungsfragen, vor allem des Problems, welche vorbeugenden Maßnahmen gegen Angriffe jeder Art zu treffen seien. So sind nun erste Ansätze zur Errichtung eines allgemeinen Warn- und Meldewesens feststellbar, wenn der Fürst seinen Beamten befahl, untereinander stets in enger Verbindung zu bleiben und Nachrichten über alle Vorkommnisse auszutauschen. Auch die Sicherhaltung der Straßen durch Streifen wurde besser organisiert, und im April erging der fürstliche Befehl, gefährdete Orte durch Tag- und Nachtwachen zu schützen. Auf der gleichen Linie lag eine allgemeine Überprüfung der Befestigungsanlagen der Städte, wobei die Bürger tätig mitwirkten. Da machte z.B. die Stadt Wunsiedel Vorschläge, wie sie sicherer vor einem Anlauf zu bewahren sei, und eine Kommission wurde daraufhin eingesetzt, die ein Gutachten über

(206) S.o. Anmerkung 99.
Die Besserung der finanziellen Lage nach der Auflösung der Union fand ihren Ausdruck auch in Verhandlungen, die der Markgraf wegen des Ankaufs der Herrschaft Lauenstein führte. Sie kamen 1622 zum Abschluß, und Lauenstein ging in den Besitz des Markgrafen über.

die notwendigen Arbeiten erstellte. Auch in Hohenberg wurde wieder geschanzt und nun in so großem Umfang, daß selbst die Bürger Wunsiedels auf markgräflichen Befehl dorthin ausrücken mußten. Sehr beachtenswert ist ferner eine Erscheinung des Verteidigungswesens, die sich in der Markgrafschaft in Ansätzen erstmals schon für diese Zeit nachweisen läßt und die später zum Schutz der bäuerlichen Bevölkerung allgemein höchste Bedeutung erlangen sollte, nämlich das organisierte Einfliehen des Landvolkes bei drohender Gefahr in befestigte Orte. Als immer mehr Streifscharen aus Böhmen und der Oberpfalz das Amt Osternohe beunruhigten, erbat der Amtmann vom Markgrafen die Erlaubnis, die Untertanen bei Gefahr in das Schloß aufnehmen zu dürfen. Sicher waren alle diese Maßnahmen noch in keiner Weise vollkommen, und es wäre verfehlt, in ihnen ein klares System erkennen zu wollen. Aber sie entsprangen ja auch nur den ersten Erfahrungen des Krieges und müssen eher als bloße Maßnahmen eines weitgehend passiven Selbstschutzes, denn als tätige Abwehr feindlicher Aktionen angesprochen werden. Eine solche Abwehr, die auch auf Abschreckung des Feindes gerichtet war, bedurfte unbedingt einer erfahrenen und geschulten Söldnertruppe (207).

Diese Truppe als Rückgrat aller Schutz- und Abwehrmaßnahmen zu schaffen, machte sich der Fürst im Jahre 1622 zur Aufgabe. Ihrer Bewältigung widmete er seine ganze Energie. Dabei ging er erstaunlich planmäßig und sicher vor. Da die Voraussetzung für die Verwirklichung der Rüstungsabsichten die Fortführung der Defensionssteuer in den kommenden Jahren, ja letztlich eine notwendige Sanierung des gesamten Finanzwesens war, berief Christian zunächst den Engeren Ausschuß der Landstände im März 1622 wieder einmal auf die Plassenburg zusammen. Nachhaltig und eindrucksvoll stellte man dort den Abgeordneten die unruhigen Verhältnisse im Reich vor Augen, die "sich noch in nichten mildern, sondern ie mehr und mehr

(207) StAB, Rep. C48, Nr. 32, bietet reichlich Material für den gesamten Komplex der Verteidigung im Jahre 1621. Im einzelnen: fol. 81/91: Markgräfliche Ausschreiben an alle Haupt-Amtleute und Beamten, März und April 1621; fol. 56: Wunsiedel an Mgf Christian, 3. 2. 21; fol. 62: Mgf Christian an Wunsiedel, Februar 1621; fol. 136: Mgf Christian an Hauptmann zu Wunsiedel, 30. 10. 21; fol. 271/272: Amtmann zu Osternohe an Mgf Christian ,Frühjahr 1621; vgl. auch StAB, Rep, C48, Nr. 34, fol. 236-239.
Vgl. Bog, a.a.O., S. 124-131 und 154-166. Hier setzt sich der Verfasser mit den Fragen des Schutzes der bäuerlichen Untertanen auseinander.

überheuffen, also das auch zu negst am Fränkischen Craiß und Sr. Frstl. Gn. Landen und Fürstenthumb unterschiedliche Kriegs-Armeen gegen einander liegen und sich noch täglich stärken, daher denn allerhands landsverderbliche Durchzüge erfolgen und continuiren, auch noch ungewiß, was der Kriegenden Theil Vorhaben eigentlich sein". Schließlich überzeugte man dann die Abgeordneten, daß ein Schutz des Landes durch den Ausschuß nicht gewährleistet sei und daß man über eine geworbene, schlagfertige Truppe verfügen müsse. Das Ergebnis der Beratungen war für den Fürsten und seine Räte recht zufriedenstellend. Die bisher genehmigte Defensionssteuer von 5 Ort im Jahr sollte auch für 1623 und 1624 weiterhin bezahlt werden. Dabei waren 4/5 der Steuer für reine Verteidigungszwecke und 1/5 für notwendige Legationen und Reisen des Fürsten und seiner Räte gedacht. Ein Versuch des Markgrafen, eine gleichmäßige Verteilung der Durchzugslasten zu ermöglichen, fand bei den Abgeordneten wenig Entgegenkommen und wurde deshalb zurückgestellt, doch beschäftigte man sich eingehender mit der Frage der Münzverschlechterung und beschloß im Rezeß vom 22. III./ 1. IV. 1622, daß in Zukunft alle schlechten Münzen aus dem Verkehr gezogen und größere Mengen Geldes "nach altem Schrot und Korn" geprägt werden sollten. In der Ausführung dieses Beschlusses verringerte der Fürst dann auch die Zahl der Münzstätten wieder erheblich und ging mit Verboten und Mandaten gegen die hohen Preissteigerungen vor. So wurde man tatsächlich, in Verbindung mit überörtlichen Regelungen, der Inflation allmählich Herr (208).

Dem Beschluß der Landschaft folgten umgehend eifrige Truppenwerbungen im Land, ja sogar, mit Bewilligung des Herzogs von Bayern, durch den Hauptmann Mengersreuther in der Oberpfalz (209). Schon im Mai standen neben den 10 Fähnlein Ausschuß nichts weniger als 8 Kompanien geworbenes Volk mit je 200 Man zur Verfügung. Diese starken Anwerbungen warfen natürlich sofort ernste Fragen, wie die der Unterbringung und Verpflegung, der Abrechnung und Ausbil-

(208) Veh, a.a.O., S. 60 ff. Der Rezeß vom 22. III/1. IV. 1622 findet sich: StAB, Rep. 127, II, Nr. 1955. Vgl. zu den Maßnahmen gegen die Inflation: Holle, a.a.O., S. 11, und Heinritz, a.a.O., S. 17-60.

(209) StAB, Rep. C48, Nr. 58, fol. 34: Hzg von Bayern an Mgf Christian, 17. 2. 22; fol. 36: Mgf Christian an Hzg v. Bayern, 18. 2. 22. (Dankschreiben); Mgf Christian an Räte zu Amberg, 23. 2. 22 (fol. 44).

dung auf. Zur Konzentrierung aller notwendigen organisatorischen Maßnahmen ernannte der Markgraf im Mai für das Oberland und das Unterland je einen Kriegskommissar mit großen Vollmachten und versah beide mit genauen Instruktionen über ihre Tätigkeit. Kriegskommissar des Oberlandes wurde Rittmeister Hans Otto von Schaumberg, Amtmann zu Pegnitz. Er hatte mit allen Beamten und Offizieren zusammenzuarbeiten, stellte also einen Verbindungsmann zwischen Zivilverwaltung und Militär dar. Ferner mußte er auch alle Beschwerden überprüfen, für die Einhaltung der gegebenen Anordnungen und Befehle sorgen, Musterungen durchführen, die Quartier- und Proviantbeschaffung regeln und die Abrechnung mit der Truppe vornehmen (210). Sicher war er damit ein vielbeschäftigter Mann!

Selbstverständlich benötigten die geworbenen Truppen auch eine entsprechende Ausrüstung. Ein Teil der notwendigen Rüstungen wurde im eigenen Land, in Arzberg, hergestellt, aber den größeren Teil bezog man über den Faktor Georg Förstenheußer aus Nürnberg. Kriegsrat Oberstleutnant von Muffel, Hauptmann von Kulmbach und Kommandant der Plassenburg, fuhr persönlich zur Abwicklung der Rüstungsgeschäfte nach Nürnberg. Aber auch von Markgraf Joachim Ernst erbat man sich die Überlassung von Landsknechtsharnischen und anderer Ausrüstung(211).

Mit seinem Bruder Joachim Ernst arbeitete der Markgraf nun überhaupt aufs engste zusammen, und es bildete sich eine wahre Verteidigungsgemeinschaft heraus. So sehr der Fürst jede Zusammenarbeit mit der Oberpfalz abgelehnt hatte, so sehr suchte er sie hier. Es gab kaum ein Problem, das nicht gemeinsam erörtert, keinen Schritt, der nicht gemeinsam getan worden wäre. Wie weit die Integration

(210) Ebda. Instruktion der Kriegskommissarien, 3. 5. 1622. Dieser Akt, der wesentliches Material zur Frage der Werbungen und der Wiederabdankung bringt, ist nur teilweise numeriert.
(211) Ebda., fol. 51: Anforderung von Rüstungen aus Arzberg, 25. 3. 22. Aus der Vielzahl der Verhandlungen mit dem Faktor seien genannt: fol. 5, fol. 11: Bestellung von 100 Kürassierharnischen, 16. 1. 22; fol. 24: Mgf an Förstenheußer, 31. 1. 22; fol. 41: Best. von 200 Harnischen, 22. 2. 22; fol. 14: Patent für v. Muffel, 24. 6. 22. Verhandlungen mit Mgf Joachim Ernst, fol. 33: Mgf Christian an Mgf Joachim Ernst, 14. 2. 22.

ging, wird daraus ersichtlich, daß onolzbachische Kompanien in kulmbachischen Kriegslisten geführt wurden und daß sich die Markgrafen nach einigen Verhandlungen sogar auf einen gemeinsamen Oberbefehlshaber aller angeworbenen Truppen, ihren Bruder Markgraf Siegmund, einigten. Sicher mußte diese weitgehende Integration die Verteidigungskraft der beiden Territorien erheblich stärken, und doch bleibt zu bezweifeln, daß ausschließlich der Wunsch nach echter und guter Bundesgenossenschaft ihre Veranlassung gegeben hatte. Markgraf Joachim Ernst war nämlich am 28. Januar vom Kaiser, der offensichtlich dem einstigen Unionsgeneral mißtraute, zur sofortigen Abstellung seiner Werbungen aufgefordert worden. Nur noch eine Verteidigungsgemeinschaft mit Bayreuth, eine teilweise oder völlige Eingliederung seiner Kompanien in die Söldnertruppen des benachbarten Territoriums, konnte ihm helfen, den kaiserlichen Befehl zu umgehen (212).

Wenn diese Annahme zutrifft, bleibt die erstaunliche Feststellung, daß Markgraf Christian bei der Umgehung eines kaiserlichen Gebots Hilfe leistete. Aber war nicht alles erstaunlich, was in dieser Zeit auf dem Gebiete der Rüstung in der Markgrafschaft Brandenburg- Kulmbach geschah? Welch ein Wandel gegenüber der früheren Haltung der markgräflichen Regierung tut sich nun kund! Wohin war nun alle Ängstlichkeit, mit der Fürst und Räte in den vergangenen Jahren nach Möglichkeiten und Lösungen der Rüstungsfragen gesucht hatten? Wohin waren die Befürchtungen, man könne durch vorschnelles Handeln bei den katholischen Kreisständen in Verdacht geraten und das Werk der Kreisdefension gefährden, dem man unbedingten Vorrang einräumte? Die Zeit der vorsichtigen Zurückhaltung beim Ausbau der Landesverteidigung war ausgerechnet dann vorbei, als die direkte Bedrohung des Landes durch die Heere der Kriegführenden in Böhmen und der Oberpfalz zu Ende gegangen

(212) StAB, Rep. C48, Nr. 59, enthält vor allem die umfangreiche Korrespondenz mit Ansbach über Fragen der Rüstung. Die Aufstellung über die geworbenen Völker vom Mai 1622 führt auch onolzbachische Truppen auf. Zur Bestallung Mgf Siegmunds liegt ebenfalls eine große Zahl von Briefen vor. Interessant ist das Schreiben von Mgf Christian an Mgf Joachim Ernst vom 20. 4. 22, in welchem der Vorschlag gemacht wird, den Obristen der Truppen mit je 500 fl. monatlich zu besolden. Antwortschreiben: Mgf Joachim Ernst an Mgf Christian, 29.4.22. Fol. 29/30: Mgf Joachim Ernst an Mgf Christian, 30. 1. 22, überschickt copia eines kaiserl. Schreibens vom 28. 1. 22.

war. Natürlich waren da noch die Durchzüge, aber ihre Zulassung oder Verhinderung hing doch kaum von der Verteidigungskraft des Landes ab. Natürlich berief man sich, vor allem den Landständen gegenüber, noch auf die Bedrohung durch die feindlichen Armeen und auf die Durchzüge, aber hier verschleierte man offensichtlich nur die wahre Ursache für die starken Rüstungsanstrengungen. Welche Gründe könnten dann maßgebend gewesen sein? Letzte Klarheit wird sich in dieser Frage wohl nicht mehr gewinnen lassen. Vielleicht waren es einfach die größeren finanziellen Möglichkeiten, die nach der Auflösung der Union zu eigenen Rüstungen anregten, wahrscheinlich kamen die nachdrücklichsten Impulse aber aus den politischen Absichten des Fürsten, denn in der Politik dieses Jahres zeigen sich ja überraschende Parallelen.

So schnell man aufzurüsten begonnen hatte, so schnell rüstete man auch wieder ab. Die Anwerbungen, die dem Schutze des Landes dienen sollten, riefen bei den Untertanen durchaus nicht eitel Freude hervor. Sie gaben im Gegenteil Anlaß zu fortgesetzten Klagen, denn die zuchtlose Soldateska sog, trotz aller Maßregeln des Fürsten, das Land so aus, daß der Markgraf und seine Räte bald erkannten, wie sehr man sich übernommen hatte. (213).Ein starker Mangel an Geld und an Lebensmitteln machte sich bemerkbar, und dieser, sicher nicht so sehr das Mißtrauen des Kaisers, wie Holle meint, zwang zur Wiederabdankung eines großen Teils der Truppen, die man soeben erst angeworben hatte. Auch die Abdankung ging in vollem Einvernehmen mit Markgraf Joachim Ernst vor sich. Sie begann schon im September, und im November schrieb Markgraf Christian an die beiden Kriegskommissarien: "Nachdem wir itzige Zeit nicht mehr als 2 Kompanien zu Fuß und eine zu Roß zu unterhalten aus gewisser Ursach entschlossen, sind wir euer als Kriegskommissarien nicht mehr bedörftig". Als dann im Dezember auch Markgraf Siegmund von seinen beiden Brüdern die Bestallung als Obristen ihrer Truppen aufgekündigt wurde, war das Defensionswerk wieder weitgehend auf seinen ursprünglichen Stand, an welchem sich in den

(213) StAB, Rep. C48, Nr. 46. Der ganze Akt ist angefüllt mit Beschwerden gegen Bayreuther Soldaten. Auch Nr. 53 handelt vom markgr. Kriegsvolk.

nächsten Jahren kaum mehr etwas änderte, zurückgeführt (214).

Es mag wohl vor allem die Frage einer gleichmäßigeren Lastenverteilung gewesen sein, die den Fürsten bewog, für Mitte Januar 1623 noch einmal einen Landtag in Kulmbach einzuberufen. Hierbei sollten auch die Gravamina der Stände entgegengenommen werden. Als sich dann der Engere Ausschuß endlich im März versammelt hatte, waren die drei wesentlichen Punkte auf der Tagesordnung: Eine Steuererhöhung zur Begleichung aller militärischen Ausgaben, die Fortführung des Schuldenwerks und die gleichmäßige Verteilung der Durchzugs- und Einquartierungslasten. Der Rezeß vom 21./31. März 1623 sah dann, als Ergebnis der Beratungen, eine Erhebung der Defensionssteuer auch für die Jahre 1625 und 1626 und eine kleine Erhöhung von 1 Ort pro Jahr auf 100 fl. Vermögen vor. In der Frage des Schuldenwerkes konnte man nur die Städte ermahnen, keine größeren Rückstände anwachsen zu lassen. Eine gerechtere Lastenverteilung sollte auf rein örtlicher Basis innerhalb der Städte und ihrer Inkorporierten durch Erhebung von Sondersteuern erreicht werden. Nur für schwere Fälle war eine allgemeine Landesgabe vorgesehen. Auf die Gravamina der Landschaft antwortete der Fürst mit einer Resolution, die ganz allgemein den Willen zum Entgegenkommen, jedoch im einzelnen keine konkreten Maßnahmen verhieß(215).

Nach dieser Tagung zu Kulmbach kam das Landschaftswesen in der Markgrafschaft fast völlig zum Erliegen; wurden die Stände doch bis 1629 nicht mehr zu Beratungen versammelt. Es liegt hier nahe, die tieferen Gründe zu erforschen, die diese neue Wendung im Verhältnis des Fürsten zur Landschaft herbeiführten. Zweifellos hatte der Markgraf das Landschaftswesen einst so tatkräftig gefördert, weil ihn bei seinen Handlungen, wie wir schon wiederholt feststellen konnten, ein tiefes Rechtsgefühl leitete, das sich hier besonders auf die Bewahrung und Neubelebung alter Rechtsformen richtete. Es hatte sich aber bald herausgestellt, daß diese Rechtsformen den Anforderungen und Normen der Zeit nicht mehr entsprachen,

(214) StAB, Rep. C48, Nr. 58: Mgf Christian an die Kriegskommissarien, 23. 10. 22, und Mgf Christian und Mgf Joachim Ernst an Mgf Siegmund, 9. 12. 22. Hier finden sich auch Berichte über Mangel an Viktualien und Geld.
(215) Veh, a.a.O., S. 62. Der Rezeß vom 21./31. März findet sich StAB, Rep. 127, II, Nr. 1957.

daß sie also "unzeitgemäß" geworden waren. So endete das Bemühen des Fürsten und seiner Räte um das Landschaftswesen in fortgesetzten Versuchen einer Anpassung, in wiederholten Umgestaltungen, in einem dauernden Experimentieren. Als sich nun erwies, daß weder die mittelbare Form des Direktoriums noch die unmittelbare einer Zusammenarbeit zwischen der fürstlichen Regierung und den Ständen eine einwandfreie Lösung der schwierigen finanziellen Probleme zuließen, erlahmte das Interesse des Fürsten am Landschaftswesen mehr und mehr, und er ging schließlich den einfachen, "zeitgemäßen" Weg einer Festsetzung der Steuern durch fürstlichen Befehl, wie es im Jahre 1626 geschah (216). Andere Gründe, wie eine zu starke Belastung des Fürsten durch diplomatische Unterhandlungen und militärische Aufgaben (217), erweisen sich gerade für die fraglichen Jahre als durchaus nicht stichhaltig.

Ein Jahr der Entscheidung, was endgültig mit der Landschaft geschehen werde, mußte das Jahr 1628 sein, ging doch die Kontributionssteuer und damit die Tätigkeit der einzelnen Hauptstädte beim Schuldenwerk in diesem Jahr zu Ende. Nun mußte der Fürst Klarheit gewinnen, ob er das Landschaftswesen hinfort völlig zum Erliegen kommen lassen wollte oder ob es wieder mehr als zuvor an Bedeutung gewinnen sollte. Es darf angenommen werden, daß die Entscheidung des Fürsten zur Fortführung des Landschaftswesens schließlich in hohem Maße durch die äußeren Ereignisse mit einer erschwerten Stellung der protestantischen Reichsstände, wie sie sich vor allem nach dem Restitutionsedikt ergab, mitbestimmt wurde. Wenn der Markgraf und seine Räte nach außen hin auf Rechtsstandpunkte pochten, konnten sie in der inneren Politik Rechtsstandpunkte keinesfalls übergehen. Ein bewußter und unmißverständlicher Verstoß gegen die Interessen der Landschaft mußte die Stellung der fürstlichen Regierung in diesem Zeitpunkt der Entwicklung äußerst unheilvoll belasten. Dies war auf alle Fälle zu vermeiden.

(216) Veh, a.a.O., S. 64.
(217) Veh, a.a.O., S. 63, nennt diese Gründe, fährt aber fort: "Gleichwohl dürfen wir hinter der stark passiven Haltung des Fürsten seinen Ständen gegenüber eine bestimmte Absicht vermuten; er wollte sie in die Bedeutungslosigkeit zurücksinken lassen, in der sie sich vor 1608 befunden hatten".

So berief der Fürst denn den Mittleren Ausschuß der Stände für den 19. März 1629 wieder nach Kulmbach ein (218). Das alte Spiel begann. Noch ehe man zu den eigentlichen Beratungen kam, legten die Stände ihre Gravamina vor. Sie richteten sich besonders gegen die Wildschäden und die übermäßigen Frondienste, gegen Mißstände bei der Geistlichkeit und in der Justizverwaltung und schließlich gegen die Eigenmächtigkeiten der fürstlichen Außenbeamten. Die Regierung wollte, sicher um ein gutes Verhandlungsklima zu schaffen, den Ständen entgegenkommen und versprach in einer Resolution vom 31. März eine teilweise Abstellung der Beschwerden. So waren auch die Abgeordneten geneigt, den Wünschen des Fürsten zu willfahren. Dieser hatte sich nun doch für die Form des Direktoriums entschieden, wahrscheinlich, weil er mit der alleinigen Zuständigkeit der Städte schlechte Erfahrungen gemacht hatte. Das Landschaftsdirektorium erstand also aufs neue, und zum Direktor wurde kein geringerer als der Erbmarschall Hans Heinrich von Künsberg ernannt. Er und der 1. Rat wurden vom Fürsten bestimmt, zwei weitere Ratsstellen und die des Obereinnehmers besetzte die Landschaft. Der Fürst machte es dem Direktorium zur Pflicht, alle Finanzfragen zu beraten und durch Abstimmung zu Lösungen zu kommen. Wichtigere Angelegenheiten mußten vor den Engeren Ausschuß gebracht werden. Dieser sollte auch, in Verbindung mit einigen fürstlichen Kommissären, die jährlichen Steuerabrechnungen prüfen. Neben diesen grundsätzlichen Festsetzungen regelte der Rezeß vom 21./31. März 1629 auch die Frage der laufenden Steuern. Auf 8 Jahre wurden monatlich 10 kr. auf 100 fl. Vermögen für die kaiserliche Kriegskontribution, also für Reichszwecke, und monatlich 6 kr. für Landesbedürfnisse bewilligt. Letzteres Aufkommen sollte für die Defension, zur Abtragung der Schulden und für sonstige Ausgaben verwendet werden. Über die Frage einer gleichmäßigen Verteilung der Quartierlasten erreichte man wieder einmal keine Abmachung.

Bald schon zeigte es sich, daß auch die Wiedereinsetzung des Landschaftsdirektoriums keine Bereinigung der schwierigen finanz-

(218) Wir folgen nun dem 2. Teil der Arbeit von O. Veh, AOfr., 34. Bd., 1. Heft (1939), S. 1-9. Veh gibt als Quellen: StAB, Rep. C28, II, 4, und StABth., LA 7a.

iellen Lage bringen konnte. Die Zeiten waren eben zu unregelmäßig, die an den Kaiser abzuführenden monatlichen Kontributionsgelder zu hoch, als daß man einerseits eine Befreiung von der drückenden Finanznot und andererseits eine feste, gültige Ordnung des Landschaftswesens auf die Dauer hätte erreichen können. Schließlich befand man sich bei der kaiserlichen Kontribution in einem Zahlungsrückstand von 36 000 fl. Wie sollte Abhilfe geschaffen werden, nachdem man in den vergangenen Jahren schon alle verfügbaren Quellen weitgehend erschlossen hatte? Nur noch durch eine Besteuerung der Geistlichkeit und des Adels konnte man auf neue Mittel hoffen. So entschloß sich der Fürst endlich, wenigstens die Geistlichkeit mit heranzuziehen. Aber daß die Lage sich dadurch nicht wesentlich besserte, daß im Gegenteil die Schwierigkeiten der Steuerbeibringung noch wuchsen, ersieht man aus einem Gesuch des Erbmarschalls von Künßberg, in welchem er 1630, allerdings erfolglos, um Enthebung von seinem Amt als Landschaftsdirektor bat.

Mehr als jemals früher war jetzt die Zeit der reinen Improvisation in Finanzfragen gekommen. Neue Notwendigkeiten, wie etwa die Rüstungsausgaben nach dem Leipziger Schluß oder die Schwedenkontribution nach dem Anschluß an Gustav Adolf (219), erforderten neue Maßnahmen; alte Verpflichtungen aber blieben unerfüllt. Nur noch das Nächstliegende konnte geleistet werden, jede weitere Planung war illusorisch. Aber auch dort, wo unter dem Zwang der Notwendigkeit Bewilligungen geforderter Summen zugestanden wurden, kam noch kein Geld in die Kassen; denn die Bereitschaft zur Bewilligung bedeutete keine Bereitschaft oder Möglichkeit der Erstattung mehr. Anstelle der Gelder liefen häufig endlose Klagen ein, wenn das Direktorium daran ging, die Steuern einzutreiben. Darf man daraus den Schluß ziehen, daß das Land wirklich schon vor dem großen Inferno der kommenden Kriegsjahre völlig verarmt und wirtschaftlich ruiniert war? Wer das Steuergebaren aller Zeiten

(219) Siehe nächstes Kapitel!

kennt, wird sich vor voreiligen Schlüssen hüten! (220) Immerhin mag das Territorium in der Zeit seiner Neutralität wirtschaftlich schon so stark erschüttert worden sein, daß nach Aufgabe der Neutralität der Zusammenbruch des gesamten Landschaftswerks und jeder geordneten Steuererhebung sehr schnell eintreten konnte (221).

(220) Welches Wohlleben noch 1630 in den gehobenen Schichten der Bevölkerung des Landes und vor allem in den Kreisen des markgräflichen Hofes herrschte, geht hervor aus Erich Zöllner, Der Lebensbericht des Bayreuther Prinzenerziehers Zacharias von Quetz, Jahrbuch für fränkische Landesforschung 15 (1955), S. 201 - 221. Von Quetz war während der Jahre 1622 bis 1632 als Erzieher der Prinzen Erdmann August und Georg Albrecht tätig. Seine Aufzeichnungen sind besonders für die Betrachtung der internen Vorgänge am markgräflichen Hof recht aufschlußreich und bedeutsam, kaum aber für Angelegenheiten von allgemeinem Interesse. So wird z.B. das Fürstentreffen zu Selb lediglich als "ein groß und unglaublich Sauffen" qualifiziert (a.a.O., S. 209).

(221) Die Annahme, daß der äußerst schleppende Eingang der Steuergelder kein Beweis für eine wirkliche Erschöpfung der Finanzkraft des Landes sei, findet auch eine Stütze in den Untersuchungen von Ingomar Bog, der speziell die Bewegungsvorgänge in der Kriegswirtschaft nach den Quellen des Klosterverwaltamtes Heilsbronn verfolgt und zu der Feststellung kommt, der Krieg habe vor 1632 in Franken kaum wesentliche wirtschaftliche Auswirkungen hinterlassen (a.a.O., S. 2). Dietze Walter, Die Wirkungen des Dreißigjährigen Krieges in der Pflege Coburg, Cob. Heimatkunde und Geschichte 18 (1941), kommt zu einem ähnlichen Ergebnis.

III DER ANSCHLUSS DER MARKGRAFSCHAFT AN GUSTAV ADOLF, 1631

Im Sommer 1630, wenige Wochen nach dem Fürstentreffen zu Selb, war Gustav II. Adolf auf der Insel Usedom vor der Mündung der Oder gelandet. Die Nachricht drang bald auch nach Bayreuth. Für Markgraf Christian, der es trotz aller Schwierigkeiten letztlich doch immer wieder verstanden hatte, in den zurückliegenden Jahren des Krieges seine gut evangelische Einstellung mit einer aufrichtigen Devotion gegen die Majestät des Kaisers zu verbinden, mußte das Eingreifen der Schweden mehr ein Grund zur Besorgnis als zum Jubel sein. Er, der Prototyp der Neutralisten, der sich schon ganz darauf eingestellt hatte, in einem wohlausbalancierten politischen Schwebezustand zwischen den widerstreitenden Kräften und Mächten zu verharren, mußte jede generelle Verschiebung des Gleichgewichtes als bedenklich, wenn nicht gefährlich ansehen. Wie war es dann möglich, daß dieser Fürst sich endlich doch an den Schwedenkönig anschloß und d mit politisch einseitig festlegte? Diese Frage wird sich jedem Betrachter der markgräflichen Politik der Jahre 1618 bis 1630 aufdrängen. Man kann sie nicht hinlänglich beantworten, wie das zuweilen geschehen ist, wenn man nur die unmittelbaren Verhandlungen über einen Anschluß der Markgrafschaft an die Schweden im Herbst des Jahres 1631 zugrundelegt. Es ist vielmehr von unbedingter Notwendigkeit für ein Verständnis des einschneidenden und folgenreichen Wechsels in der Politik des Markgrafen, daß man den Gesamtgang der Ereignisse des Jahres 1631 in seiner zwingenden Entwicklung darstellt und erkennt.

Zu Beginn des Jahres 1631 erfolgte die große Winterreise des Markgrafen mit einem Gefolge von 133 Personen nach Leipzig zu dem in Selb besprochenen Konvent (1). Schon alle Vorbereitungen dazu waren wieder einmal von großen Hoffnungen des Fürsten auf einen möglichen Ausgleich aller Gegensätze und eine Stabilisierung der Lage im Reich getragen gewesen. So gehörte er denn auch in dieser

(1) StAB, Rep. C 48, Nr. 265: Reisekosten und Abgeordnete zum Leipziger Konvent, 1631. Vgl. Heinritz, a.a.O., S. 44, und Holle, a.a.O., S. 30.

Versammlung, bei der die protestantischen Reichsstände zwar einmütig gegen das Restitutionsedikt und die hohen kaiserlichen Kriegslasten Einspruch erhoben, sonst aber die verschiedensten politischen Anschauungen vertraten, zu jener Gruppe der Mitte, die weder - wie etwa der Landgraf von Hessen-Darmstadt - unbedingt die kaiserliche, noch - wie der Landgraf von Hessen-Kassel - rückhaltlos die schwedische Sache guthieß (2). Sicher erkannte er hier in der persönlichen Begegnung mit anderen evangelischen Fürsten und Herren klarer als je zuvor, wie sich seit dem Erscheinen Gustav Adolfs die Situation verändert hatte, aber diese Erkenntnis konnte ihn nur in seinem Entschluß, für eine unabhängige dritte Kraft der protestantischen Reichsstände einzutreten, bestärken. So mag er nicht unwesentlich am Zustandekommen des Leipziger Schlusses vom 12. April 1631, der auf eine Zusammenfassung und Stärkung der unabhängigen protestantischen Kraft gerichtet war und damit seinen eigenen Wünschen ganz und gar entsprach, mitgewirkt haben.

Daß er selbst die in diesem Sinne notwendige und beschlossene Rüstung mit all den neuen Lasten, die sie brachte, billigte und sehr ernst nahm, zeigte der Fürst unmittelbar nach seiner Rückkehr, als er von Muffel den Auftrag erteilte, unverzüglich namens der evangelischen Stände des Fränkischen Kreises ein Regiment Fußvolk anzuwerben und zu unterhalten (3). Diese Werbungen wurden dann von Muffel auch aufs eifrigste betrieben, so daß schon Ende Mai 4 Kompanien mit etwa 900 Mann in Kulmbach und wenige Tage später einige weitere Kompanien in Bayreuth gemustert werden konnten (4).

(2) Brandi, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation und Gegenreformation, München 1960, S. 503.
(3) StAB, Rep. C48, Nr. 160: Obrist Muffel wirbt 1 Regiment Fußvolk, 10. 5. 1631.
(4) StAB, Rep. C48, Nr. 161 bringt die Musterrollen der Kompanien des Kapitäns Hans Casimir von Schaumburg, der Hauptleute Wolf Gerhard von Guttenberg, Georg Wildenstein und Wolf Adrian von Künsberg.

Natürlich mußten für diese Rüstungen, noch zusätzlich zu den fortlaufenden Kontributionszahlungen an den Kaiser, Geldmittel aufgebracht werden. Nach den Festlegungen eines vom 2. bis 9. Mai in Nürnberg stattfindenden Tages der evangelischen Kreisstände des Fränkischen Kreises belief sich dabei der notwendige Beitrag der Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach auf 25 000 Taler (5). Um diese neuen Verpflichtungen mit den Ständen zu beraten, berief der Markgraf die Vertreter der 5 Hauptstädte nebst den Kastnern Anfang Juni 1631 nach Bayreuth. Dort teilte man ihnen die durch den Leipziger Schluß unumgänglichen Geldforderungen mit. Offensichtlich zeigten sich die Abgeordneten von den Erklärungen zur politischen Lage sobeeindruckt, daß sie sofort versprachen, trotz der "langwierigen Contributiones und vielfältiger Beschwerungen", in kurzer Zeit eine größere Summe, unter Umständen durch Anleihen bei wohlhabenden Bürgern, aufzubringen. Sie forderten allerdings nachdrücklich, daß auch der Adel im Vogtland, ferner alle bisher Steuerfreien geistlichen und weltlichen Standes samt der Judenschaft mit herangezogen würden. Nach dem Rezeß vom 27. V./6. VI. 1631 verpflichtete sich die Landschaft dann, aus unumgänglicher Notwendigkeit innerhalb von 6 Wochen 10 000 Taler und nach einem weiteren Monat noch einmal 10 000 Taler durch eine Anleihe aufzubringen. Die markgräfliche Regierung kam ihrerseits, sicher nicht ohne heftigen Widerspruch einzelner Räte, was aus einem erneuten, wiederum erfolglosen Entlassungsgesuch des Landschaftsdirektors von Künsberg hervorgeht, der Forderung der Stände nach einer Beschränkung der Steuerbefreiung entgegen. Die Bezahlung alter Schulden wurde eingestellt, die Mittel für Legationen aller Art verfielen einer starken Kürzung. Damit war wenigstens ein größerer Teilbetrag zur Finanzierung der Rüstungen gesichert (6).

(5) v. Soden, Kriegs- und Sittengeschichte der Reichsstadt Nürnberg, Erlangen, 1860, 3. Bd., S. 233-247. Hier findet sich eine sehr eingehende Darstellung aller Verhandlungen. Der Fränk. Kreis sollte insgesamt 3 Regimenter zu Fuß und 1. Reg. zu Roß unter dem Kommando des Kreisobersten, Markgraf Christian, aufstellen.

(6) Veh, a.a.O., S. 4/5. Der bei Holle, a.a.O., S. 29, genannte Landtagsrezeß vom 24. März 1631 läßt sich urkundlich nicht belegen.

Es war wohl abzusehen, daß die auf dem Leipziger Schluß beruhenden Rüstungen das Mißtrauen der katholischen Kreisstände, vor allem des Bischofs Johann Georg II. von Bamberg, finden würden und daß dadurch eine wesentliche Erschwerung der Zusammenarbeit eintreten mußte. Dieses Risiko hatte der Markgraf im guten Glauben, den Bischof von dem reinen Defensivcharakter der Rüstungen überzeugen zu können, auf sich genommen. Nun richtete der Bischof denn auch bald aus Würzburg, wo er sich Ende April aufhielt, an den Markgrafen Christian die Aufforderung, Ursache und Absicht seiner Werbungen zu erklären (7). Kurz danach verbot er dann, sich auf die kaiserlichen Mandata monitoria et avocatoria, die gegen die Leipziger Beschlüsse gerichtet waren, stützend, allen auf seinem Gebiet wohnenden brandenburgischen Untertanen "bey Leibs- und Lebens-Straff und Verlust aller gemeinen Gerechtigkeit" irgendwelche Kontributionen zu Rüstungszwecken nach Bayreuth zu entrichten (8). Gleichzeitig leitete er, besonders nach dem Ligatag zu Dinkelsbühl, selbst eifrige Werbungen ein (9).

Der Markgraf, dem diese Entwicklung der Lage im Kreis offensichtlich Sorge bereitete, war bemüht, alles zu tun, was zu einer Beruhigung des katholischen Nachbarn und zu einer Entspannung führen konnte. So versicherte er nicht nur in einem Antwortschreiben auf die Anfrage des Bischofs, daß die Werbungen allein dem eigenen Schutz vor der gewalttätigen Erpressung durch die kaiserlichen Kommissäre und dem allgemeinen Frieden dienen sollten, sondern er ordnete im Juni auch eine persönliche Gesandtschaft nach Bamberg ab, um den Bischof von der Lauterkeit der eigenen Absichten und Pläne und dem Willen zu gutnachbarlichen Beziehungen zu überzeugen. Gleichzeitig sollten die Gesandten, der Amtmann von Schauenstein, Ernst von Beulwitz, und der Geheimrat Dr. Johann Baptist Baum, einen Aufschub der allgemeinen Veröffentlichung der kaiserlichen Mandate im Kreis zu erreichen versuchen. Der Bischof erteilte den Gesandten zwar eine verbindliche und höfliche Antwort im Hinblick auf deren Erklärungen, war aber im

(7) Hübsch, Das Hochstift Bamberg und seine Politik unmittelbar vor dem ersten Einfall der Schweden, Bayreuth, 1894, S. 18.
(8) Veh, a.a.O., S. 5. Zu den Mandaten: Ritter, Dt. Geschichte etc., S. 484.
(9) Hübsch, a.a.O., S. 17 ff. Hübsch gibt an, daß der Bischof von Mai bis Juli 1631 900 Mann Fußvolk und 100 Reiter anwerben ließ.

Hinblick auf die kaiserlichen Mandate mit einem weiteren Verzug der Verkündigung im ganzen Kreis keineswegs einverstanden und verwies auf den Befehl des Kaisers, Bamberg solle das diesbezügliche Ausschreiben im Falle einer Verweigerung der markgräflichen Unterschrift allein **vollziehen.** So sah sich der Markgraf denn aus dem formalen Grund, sein Recht als Mitunterzeichner der Kreisausschreiben zu wahren wie auch aus dem sachlichen Grund, nicht öffentlich als Widersacher eines kaiserlichen Gebotes aufzutreten, gezwungen, seine Einwilligung und Unterschrift zur offiziellen Verkündigung der gegen den Leipziger Schluß gerichteten Mandate im Kreis zu erteilen (10).

In welch eine Zwangslage war doch der Markgraf nach dem Erscheinen der kaiserlichen Mandate geraten! Er, der niemals den Boden der gültigen Reichsordnungen auch nur im geringsten verlassen hatte oder verlassen wollte und der bestimmt selbst von dem überzeugt war, was er dem Bischof versichern ließ, nämlich, daß die Leipziger Verbindung durchaus mit der Reichsordnung vereinbar und weder gegen den Kaiser noch sonst ein Reichsglied gerichtet sei, mußte durch seine eigene Unterschrift bestätigen, daß der Kaiser selbst darüber recht gegenteiliger Auffassung war. Hier deutet sich schon eine Entwicklung an, die immer widerspruchsvoller ins Ausweglose führen mußte!

Wenn es dem Markgrafen immerhin durch seine Gesandtschaft an den Bischof und seine Bereitwilligkeit zur Leistung der Unterschrift gelungen war, das starke Mißtrauen des Nachbarn zu besänftigen und die Verbindung mit ihm zu erhalten, so war dies nur von kurzer Dauer, denn sehr schnell ergab sich eine neue starke Belastung des guten Verhältnisses. Noch ehe der Juni zu Ende ging, zog das im Auftrag der Leipziger Bundesverwandten geworbene Kriegsvolk unter Oberst Thomas Siegmund von Schlammersdorf aus Hessen gegen den Fränkischen Kreis heran. Es waren 1 500 bis 2 000 Mann Fußvolk und 600 Reiter. Was lag da näher, als daß man in Bamberg darin zunächst einen geplanten und wohlbedachten Angriff der

(10) Wir folgen hier im wesentlichen Hübsch, a.a.O., S. 21/22. Für den Betrachter der markgräflichen Politik sei besonders verwiesen auf StAB, Rep. B 41/2 (Kreistagsakten Bamberger Serie), Nr. 101: Kreditiv und Instruktion für die markgr. Gesandten, 31. 5. 1631. Vgl. auch Soden, a.a.O., S. 281.

Protestanten auf das Hochstift vermutete und darum den evangelischen Nachbarn mit neuem Argwohn begegnete? Der Gang der Ereignisse zeigte dann allerdings, daß jeder Verdacht unbegründet war, denn die zügellosen Horden des Obersten verwüsteten nicht nur die nördlichen und nordöstlichen Orte des Hochstifts, sondern hausten auch in der Markgrafschaft bei ihrem Durchzug über Berneck, Goldkronach, Weidenberg, wo sich vom 6. auf 7. Juli ihr Hauptquartier befand, recht übel. So konnte der Markgraf auf eine Anfrage des Bischofs mit gutem Gewissen versichern, daß er und seine Offiziere mit diesem Einfall nicht das mindeste zu tun hätten, da sie ja selbst auf das schlimmste geschädigt worden seien (11).

Es ist bemerkenswert, daß der Markgraf in dieser Weise immer wieder versuchte, Mißverständnisse und Mißtrauen auszuräumen, um das gute Einvernehmen der zwei wichtigsten und führenden Kreisstände und damit die Funktionsfähigkeit der Kreisverfassung zu erhalten, bemerkenswert besonders deshalb, weil die Belastung des Verhältnisses zum Hochstift ja durchaus nicht nur einseitig von der Markgrafschaft und ihrer Politik, sondern im hohen Maße auch von der bischöflichen Restaurationspolitik ausgingen. Auch dem Markgrafen und seinen Untertanen war mancher Grund zum Mißtrauen und zur Feindseligkeit gegen Bamberg gegeben.

Seit Bischof Johann Georg II., Fuchs von Dornheim, im Jahre 1622 den bischöflichen Stuhl bestiegen hatte, war es sein unablässiges Ziel gewesen, "eine unbedingte Reinigung des Bistums vom häretischen Geiste" herbeizuführen. "Es waren die Triebfedern dieses Vorgehens beim Bischof Johann Georg sicherlich viel weniger im blinden Glaubenshaß oder in fanatischer Verfolgungssucht zu suchen, als vielmehr in der einseitigen Auffassung der durch die unklaren Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens geschaffenen vieldeutigen Rechtsverhältnisse, die besonders in

(11) Wir folgen hier Hübsch, a.a.O., S. 22 ff, der den Schlammersdorffischen Durchzug auf Grund der Bamberger Kriegs- und Kreisakten eingehend darstellt. Auch Soden, a.a.O., S. 307 ff, ist dieser Durchzug bekannt. Eigenartigerweise finden sich in den brdbg. Kriegsakten darüber keine Angaben, weshalb auch Holle den Durchzug nicht erwähnt.

Franken in sehr verwirrender Weise hervortraten" (12). Da der Bischof ein Territorialrecht der Ritterschaft und der Reichsstädte verneinte und damit auch ihr ius reformandi bestritt, hatte er seit 1624 und in vermehrtem Maße natürlich seit er nach Erlaß des Restitutionsedikts zum Präsidenten der fränkischen Restitutionskommission ernannt worden war, ritterschaftliche Orte im Bereich des Bistums rekatholisiert (13). Es wäre sicherlich für unsere Betrachtung nicht wesentlich, über diese Vorgänge außerhalb der Markgrafschaft zu berichten, wenn sie sich nicht auf der Grundlage viel weitgehenderer Ansprüche des Bischofs vollzogen hätten. Wie wir wissen, hatte die fränkische Restitutionskommission schon unmittelbar nach Erlaß des Restitutionsediktes die Frage aufgeworfen, wieweit auch das Gebiet der Markgrafschaft zu rekatholisieren sei (14). Nun lagen im Sommer 1631 die Ergebnisse der Feststellungen vor. Sie mußten in der Markgrafschaft Anlaß zu höchstem Bedenken geben. Als man zudem in Bayreuth erfuhr, daß Bamberg ausgerechnet den zum Ausgleich der Spannungen für Mitte September in Frankfurt vorgesehenen Kompositionstag zu nützen gedenke, um einen ernsten Vorstoß zur Rekatholisierung der Markgrafschaft zu unternehmen, entsandte der Fürst umgehend seinen Kanzler Urban von Feilitzsch und den Geheimrat Dr. Georg Rittershausen dorthin. Sie sollten die nachdrückliche Versicherung abgeben, daß Brandenburg-Kulmbach ungeändert in der unbedingten Liebe, Treue und Devotion gegen den Kaiser wie auch in seiner friedlichen Intention gegen jeden Stand verbleiben werde. Bei allen Verhandlungen mußten sie mit den Leipziger Bundesverwandten

(12) Hübsch, a.a.O., S. 40 ff, setzt sich in einem besonderen Kapitel sehr eingehend mit der Restaurationspolitik des Bischofs auseinander. Vgl. dazu auch M. Hofmann, Cuius regio? Jahrbuch für fränk. Landesforschung 11/12 (1953), S. 345-355. Der Verfasser nennt Franken "das klassische Land des ungeschlossenen Territoriums" und wirft im Hinblick auf die Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens die Frage auf: "Gab es denn überhaupt in Franken eine eigentliche 'landesfürstliche Obrigkeit' als einheitliche und ausschließliche Quelle der öffentlichen Gewalt?"

(13) Solche Orte waren: 1624 Maineck und Mainroth (Siehe Jäck, Bamberg. Jahrbücher, Bamberg, 1829, S. 310); 1627 Rugendorf (Siehe Kapp, a.a.O., S.17); März 1631 Küps, Burkersdorf, Schmölz, Mitwitz, Weißenbrunn (StAB, Rep. B48 -Bamberger Kriegsakten- Nr. 34 bis 134 bringt eine Reihe zerstreuter Notizen zur Rekatholisierung). Auch in Rep. ex J3 (Bbg. Reformationsakten) finden sich Hinweise. Vgl. Hübsch, a.a.O.,S.47 ff, und Fehn, Chronik von Kronach, 3. Bd., S. 162 ff.

(14) S.o. Anmerkung II/125.

eng zusammenarbeiten, doch waren sie angewiesen, dabei möglichst keinen katholischen Reichsstand zu verärgern, sondern vielmehr zu versuchen, allenthalben gutes Vertrauen und Einigkeit zu stiften. Sollte aber von katholischer Seite ein Versuch unternommen werden, die nach den Reichskonstitutionen berechtigte Augsburger Konfession aufzuheben, so hatten die markgräflichen Gesandten dem mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten (15). Fürwahr, diese Instruktion der nach Frankfurt Abgeordneten darf im Hinblick auf die Reichspolitik als ein schriftlich festgelegtes Regierungsprogramm des Markgrafen und seiner Räte angesehen werden! Sie offenbart wie kaum ein anderes Dokument jenen unüberbrückbaren Zwiespalt zwischen milder Versöhnlichkeit und entschlossener Selbstbehauptung.

Tatsächlich legte in Frankfurt der bambergische Gesandte Dr. Winter nicht nur ein Verzeichnis von 80 Pfarreien und 62 Benefizien im brandenburg-kulmbachischen Gebiet vor, "die ohne Rücksicht darauf, ob sie vor oder nach dem Passauer Vertrag evangelisch geworden, für die Gegenreformation in Anspruch genommen wurden"(16), sondern er forderte mit nachhaltiger Begründung, daß auch eine "Totalreformation" der Markgrafschaft ins Auge gefaßt werden müsse. Die Begründung lief im wesentlichen darauf hinaus, daß einst Markgraf Albrecht Alcibiades das Interim angenommen hatte und daß damit nach katholischer Auffassung zur Zeit des Passauer Vertrags das Territorium Brandenburg-Kulmbach nicht evangelisch gewesen sei; ferner habe Albrecht Alcibiades den Passauer Vertrag auch nie anerkannt, sei vielmehr 1553 in die Acht erklärt worden und dadurch des Religionsfriedens unfähig gewesen, so habe dieser auch für sein Land keine Geltung erlangt (17). Selbstverständlich drang Bamberg mit diesen Forderungen ebenso wenig durch wie die Protestanten mit ihrer Forderung einer Aufhebung des Restitutionsediktes. Markgraf Christian hatte wohl einen Abwehrerfolg im kleinen errungen, im großen und ganzen aber war ihm wieder eine Hoffnung zerronnen, eine Sorge geblieben. Das Scheitern des erstrebten allgemeinen Ausgleichs hatte durchaus die

(15) Rep. C48, Nr. 152: Instruktion für die Abgeordneten zum Compositionstag zu Frankfurt, 18. 7. 1631.
(16) Hübsch, a.a.O., S. 54.
(17) Die Argumente über "die Nichtanwendbarkeit des Passauer Vertrages 1552 und des Religionsfriedens 1555 auf die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach" finden sich in Dr. Winters "Neben-Memorial vom 30. 8. 1631", abgedruckt bei Ludewig, Scriptores rerum episcopatus Bambergensis, 1718, Sp. 1018/1020. Vgl. Hübsch, a.a.O., S. 54 ff, und Hofmann, a.a.O., S.352 ff.

Möglichkeit offengelassen, daß Bamberg eines Tages unter günstigeren Umständen mit seinen Forderungen wieder hervortreten würde.

Wie sich unter diesen Umständen im gegenseitigen Verhältnis der Markgrafschaft zum Hochstift erhöhte, vorwiegend konfessionell bestimmte Spannungen unvermeidlich geltend machten, so erfuhr zur gleichen Zeit auch das Verhältnis der Markgrafschaft zu Kaiser und Reich fortgesetzte, unabwendbare Erschwerungen. Hatte der Markgraf angenommen, daß ein gemeinsames Auftreten der protestantischen Reichsstände den Kaiser für Zugeständnisse geneigt machen könne, so mußte er nun eine geradezu gegenteilige Wirkung feststellen. Die militärischen und finanziellen Belastungen des Landes durch den Kaiser und die Kaiserlichen nahmen im Sommer und Frühherbst des Jahres 1631 keineswegs ab, sondern vielmehr stetig zu. Sie schufen, wie das Vorgehen der Bamberger, in der Markgrafschaft Unmut, Verbitterung und Feindseligkeit.

Da nach den Beschlüssen des Kurfürstentages zu Regensburg die zu leistenden Kontributionen in Zukunft durch die Kreistage bestimmt und nach der Reichsmatrikel auf dem Wege der Kreisverfassung erhoben werden sollten, erging im April 1631 ein Ersuchen des Kaisers an die ausschreibenden Stände des Fränkischen Kreises, einen Kreistag zum Zwecke der Kontributionsfestlegung einzuberufen. Dieser nahm dann am 26. Mai 1631 unter fast vollzähliger Anwesenheit der fränkischen Stände in Nürnberg seinen Anfang. Die kaiserliche Proposition wurde verlesen. Die in ihr erhobene Forderung von 96 Römermonaten auf 1 Jahr sollte nach dem Regensburger Schluß den Katholiken auf den Ligabeitrag angerechnet werden, den Protestanten aber als Belastung neben den im Leipziger Bund eingegangenen Verpflichtungen erwachsen. So fand die Proposition den heftigen Widerstand der protestantischen Kreisstände. Sie unterbrachen den Kreistag, wurden aber schließlich, durch Drohungen des Kaisers wie durch die Anwesenheit starker kaiserlicher Verbände unter Graf Egon von Fürstenberg im südwestdeutschen Raum erschreckt, gezwungen, sich auf eine Zahlung von 72 Römermonaten auf 1 Jahr, zahlbar in 3 Terminen zu je 4 Monaten, einzulassen. Die alten Restanten sollten damit abgegolten sein (18).

(18) Hübsch, a.a.O., S. 9 ff, und Soden, a.a.O., III, S. 261 ff.

Stellte dieser Kreistag zu Nürnberg nicht eine erste Machtprobe zwischen den Leipziger Bundesverwandten in Franken und dem Kaiser dar? Aber welch eine Machtprobe! Es zeigte sich schnell, daß weder das Zusammengehörigkeitsgefühl noch die Entschlossenheit der Protestanten irgendwelchen Belastungen standhielt. So konnte dem wieder einmal ängstlich zögernden und zaudernden Markgrafen Christian nur die auf Anfrage erteilte Versicherung des Kurfürsten von Sachsen, daß er treu zum Leipziger Bündnis stehen werde, so viel Mut einflößen, daß er es wagte, gegen die kaiserlichen Forderungen Stellung zu nehmen (19). Kamen dann aber die weitgehende Bewilligung der vom Kaiser verlangten Kontributionssumme und die Zustimmung der Evangelischen zur geforderten allmählichen Abdankung des von ihnen geworbenen Volkes nicht doch einer frühen Kapitulation gleich? War hier in Nürnberg die Wunschvorstellung des Markgrafen von einer starken, unabhängigen, neutralen Macht nicht schon endgültig ad absurdum geführt? (20)

Kaum war die Nürnberger Tagung zu Ende gegangen, als die Stärke der kaiserlichen Position in Süddeutschland aufs neue deutlich in Erscheinung trat. Den Ständen wurde die Forderung des kaiserlichen Generalkommissärs Oberst Ossa zugeleitet, sie sollten umgehend die alten Kontributionen fortzahlen, bis sich der Kaiser zum Nürnberger Schluß erklärt habe. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, kam Generalwachtmeister Johann von Aldringen mit stärkeren Truppenverbänden in den Kreis und rückte auch in das Gebiet des Markgrafen um Baiersdorf ein. Weder ein Schreiben des Fürsten an den Kaiser, noch seine dringende Bitte um Vermittlung an den Bischof Johann Georg konnten daran etwas ändern (21). Erst als sich der Fürst in einem Rezeß bereiterklärte, von dem insgesamt geforderten Kontributionsrest von 36 005 fl. innerhalb von 14 Tagen 10 000 fl. anzuzahlen, gab Aldringen den Befehl zum Abmarsch

(19) Hübsch, a.a.O., S. 13, und Soden, a.a.O., S. 272.
(20) StAB, Rep. B 41/2, Nr. 101, fol. 124 ff: Der evang. Gesandten zu Nürnberg schließliche Erklärung vom 15./25. Juli.
(21) StAB, Rep. C48, Nr. 150: Mgf Christian an Kaiser, 3./13. August 1631; Mgf Christian an Bischof von Bamberg, 27. 7. 31; Bischof von Bamberg an Mgf Christian, 9. 8. 31.

der Truppen (22). Kurze Zeit danach traf dann die kaiserliche Resolution zum letzten Nürnberger Schluß ein. Auf Ersuchen des Reichshofrats von Popp berief Markgraf Christian daraufhin die evangelischen Stände zu einem Partikular-Kreistag für den 18. August nach Nürnberg. Was den Ständen hier von Popp eröffnet wurde, war für sie niederschmetternd. Der Kaiser erklärte sich zwar mit den 72 Römermonaten einverstanden, "so lange er mit dieser Bewilligung ausreiche", doch lehnte er es ab, die alten Restanten ganz zu streichen und verlangte die sofortige Abdankung alles geworbenen Volkes, die Auslieferung sämtlicher Musterrollen und eine schriftliche Versicherung über den Rücktritt vom Leipziger Bund (23).

Alle weiteren Verhandlungen über diese Entscheidung des Kaisers erwiesen sich als völlig zwecklos. So blieb den evangelischen Ständen Frankens schließlich nur die Ausfertigung einer Erklärung übrig, in welcher sie ihren Rücktritt vom Leipziger Schluß und die Abdankung alles geworbenen Volkes zusicherten. Hinsichtlich der Kontributionsrestanten baten sie noch einmal bescheiden um "Moderation" (24). Der Tag, an welchem diese Erklärung abgegeben wurde, war der 17. September 1631, der Tag der Schlacht bei Breitenfeld. Auch wenn Markgraf Christian noch versuchte, wenigstens die Abdankung seiner Truppen zum Teil zu umgehen, indem er einzelne Kompanien in kursächsische Dienste überführte, war mit diesem Termin die Politik einer starken, gesicherten Neutralität endgültig als gescheitert zu betrachten (25). Schon war Kursachsen, das seit Kriegsbeginn in hohem Maße die Politik der Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach mitbestimmt hatte, unter dem Zwang der Ereignisse ja selbst den Weg in das Lager der Schweden und Schwedenfreunde gegangen. Die Notwendigkeit einer Alternativ-

(22) StAB, Rep. C48, Nr. 166: Originalrezeß, Bayersdorff, 16.8.31, geschlossen zwischen Aldringen und den markgr. Abgesandten Moritz Kanne und Otto Pflug.
(23) StAB, Rep. B 41/2, Nr. 101, fol. 224-227: Endtliche Erklärung der Röm. Kays. Maj. vom 18. 8. 31. Vgl. Hübsch, a.a.O., S. 33/34.
(24) Hübsch, a.a.O., S. 60. Hübsch, der sich mit der Politik des Bischofs von Bamberg befaßt, folgt auch diesen Vorgängen, da sie selbstverständlich nicht ohne Rückwirkung auf die Beziehungen zwischen Bamberg und den evangelischen Kreisständen bleiben konnten.
(25) StAB, Rep. C48, Nr. 169: Kurfürst Johann Georg an Mgf Christian, 14. 10. 31.

lösung trat immer zwingender an Markgraf Christian heran, auch wenn ihr der Fürst, seinem innersten Wesen getreu, nach wie vor widerstrebte.

Bald erwies es sich, daß die Erklärung der Stände den Kaiser nicht geneigter stimmen konnte. Seine Kontributionsforderungen blieben hart, und da sie selbstverständlich nicht einzuhalten waren, kamen Woche für Woche neue kaiserliche Völker unter Gonzaga und Ferara, Becker und Massoni, Rauchhaupt und anderen Befehlshabern zur Exekution ins Land, besonders in das Unterland. Zwar konnte der Markgraf manche von ihnen durch reiche Geschenke an die Truppenführer wieder zum Abzug bewegen, aber die vielfältigen Verhandlungen rissen nicht ab und die Korrespondenzen mit dem kaiserlichen Generalkommissär von Ossa, dem Reichshofrat von Popp und dem Bischof von Bamberg, der immer wieder um Vermittlung gebeten wurde, füllten bald Bände von Akten (26). Als der Markgraf schließlich kein Ende der "Pressuren" und Verhandlungen absah, entsandte er den mit ausführlichen Schriftsätzen versehenen Rat Agricola zum Kaiser nach Wien, damit er am Hof und in Audienz beim Kaiser die verzweifelte Lage der Markgrafschaft schildere und eine Abstellung oder wenigstens Erleichterung der Bedrückungen erreiche. Seine umfassenden Memorialen waren bezeichnenderweise versehen mit den Worten "summum periculum in mora". Auf dem Wege nach Wien sollte Agricola auch in München beim Kurfürsten Maximilian von Bayern eine Interzession zugunsten der Markgrafschaft erwirken (27).

Agricola war sicher im September und Anfang Oktober nicht müßig, und doch kam seine Mission nicht eher zu einem Erfolg, bis das allgemeine Kriegsgeschehen eine entscheidende Wendung der Lage in Süddeutschland herbeiführte. Erst als Gustav Adolf in Würzburg erschien und in den letzten Tagen des Oktober schon die Gesandten

(26) StAB, Rep. C48, Nr. 150, 162, 164, 169 und 171 enthalten Schriftsätze, die Verhandlungen im Sommer und Herbst 1631 betreffend.

(27) StAB, Rep. C48, Nr. 166: Hier finden sich sowohl das im September an Kurfürst Maximilian übermittelte Memoriale mit der Bitte um Interzession als auch alle durch Agricola an den Kaiser übermittelten Schriftsätze. Nr. 150: Instruktion für Agricola, 28.8.31, und Korrespondenzen mit ihm.

des Fürsten Christian erwartete, wandte sich der Kaiser zweimal an Ossa, um ihn anzuweisen, daß dem Markgrafen 18 000 fl. alte Kontributionsrestanten zu erlassen seien und daß der kaiserliche Generalkommissär "alle fürlauffenden Exorbitantien mit allem Ernst einstellen, inhibiren und bestraffen" und sich die Protektion des Fürsten und seines Landes besonders angelegen lassen sein solle, damit man des Markgrafen auch fernerhin versichert sei (28). Aus letztgenanntem Grund sandte der Kaiser am 20. Oktober durch Eilstafette auch ein persönliches Schreiben an den Markgrafen, in welchem er ihn aufforderte, "in der kaiserlichen Devotion" zu bleiben und den Verlockungen und Werbungen des "erklärten Reichsfeindes" nicht zu folgen (29). Diesem Schreiben reihte sich schließlich am 6. November 1631 ein kaiserlicher Spezialschutzbrief für den Markgrafen und sein Land an, doch kamen beide schon zu spät, um einen der loyalsten evangelischen Reichsstände noch entschädigen und binden zu können (30). Der Anschluß der Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach an Gustav Adolf war praktisch schon vollzogen.

Es bleibt nun nur noch festzustellen, wann und wie dieser Anschluß vor sich ging. Gerade darüber herrscht in der landesgeschichtlichen Literatur weitgehend Unklarheit und Widersprüchlichkeit. Große Verwirrung stiftete hier zweifellos schon Kapp, der sich wohl als einer der ersten Forscher mit diesem wichtigen Fragenkomplex befaßte und, wie noch nachgewiesen wird, zu völlig irreführenden Feststellungen kam. Er schrieb über das Zustandekommen einer Verbindung zwischen dem Markgrafen und Gustav Adolf: "Tempore belli Germanici principatum Baruthinum ferme deuastatum esse, Te non fugit. Gustauus Adolphus, immortalis ille heros ex Suecia in Germaniam exercitu traiecto, hostibus religionis Lutheranae bellum inferre decreuit. Sic enim putauit, facillime Teutones ab hostium futuros dominatione et periculo liberos. Quo

(28) StAB, Rep., C48, Nr. 166: Kaiser von Ossa, 20. 10. 31; Kaiser an von Ossa, 29. 10. 31. Vgl. Hübsch, a.a.O., S. 88.
(29) StAB, Rep. C48, Nr. 162: Kaiser an Markgraf Christian, 20. 10. 31. Dem Schreiben lag ein gleichlautendes an die vormundschaftliche Regierung zu Ansbach bei.
(30) StAB, Rep. C48, Nr. 152: Kaiserliches Schutzpatent, 6. 11. 31. Vgl. Holle, a.a.O., S. 29/30.

facto circulum **Franconicum** propius accedens, copias suas in campum Norimbergensem deduxit. Post eius aduentum MDCXXXII Marchio noster Christianus necessitate coactus constituit, ad regem adire et pro se, ciuibus suis et aliis hominibus dicere, non minus eam ob caussam, quia Holckius, praefectus militum Suecorum, agros Curenses depopulari voluit, quam eo praecipue animo, vt litteras tutelares acciperet. Voti particeps factus Christianus cum magno gaudio rediit domum" (31). Mußte hier im Hinblick auf den Abschluß nicht der Eindruck entstehen, daß dieser erst 1632 zu Nürnberg erfolgte? Wenigstens ließ sich Holle, der sich sonst sehr gerne auf Kapp berief, in diesem Punkt von dessen irreführenden Behauptungen nicht täuschen. Da aber auch er offensichtlich nicht alle Zusammenhänge durchschaute, tat er den ganzen umfassenden Komplex, ohne sich näher festzulegen, mit der lapidaren Mitteilung ab: "Da nun das Fürstenthum Bayreuth der ganzen Kriegsgefahr ausgesetzt war, so schloß sich der Markgraf an den König von Schweden an, welcher bereits d.d. Würzburg den 6. October 1631 der reichsgefreiten Ritterschaft aller 6 Orte in Franken Specialschutz, Protection und Salva Guardia ertheilt hatte und am 16. October zu Neustadt an der Aisch eingetroffen war, wo er im fürstlichen Schlosse 3 Tage verweilte und öffentlichen Gottesdienst halten ließ" (32). Auch Dietlein, als Bearbeiter der Chronik von Hof, gibt zur Frage des Anschlusses keine näheren Hinweise, obwohl er sonst seine Geschichte der Stadt Hof recht gut in den Rahmen der Territorialgeschichte und der allgemeinen Geschichte einzufügen versteht. Er erwähnt nur, daß sich der Markgraf "nach der Schlacht von Breitenfeld" entschloß, "die Neu-

(31) Kapp, De Variis Christiani March. Brandenb. Meritis, Curiae Regnitianae ex Officina Hetscheliana, 1775, pag. 11/12. Dieses Zitat läßt uns im folgenden in äußerst einprägsamer Weise den Unwert dieser historischen Sekundärliteratur des 18. Jahrhunderts erkennen. Trotzdem stützte Holle seine Arbeit auf viele derartige "Quellen", und auch heute berufen sich zuweilen noch Forscher auf jene fragwürdigen Ergebnisse einer pseudowissenschaftlichen Geschichtsschreibung.

(32) Holle, a.a.O., S. 30.

tralität aufzugeben und mit den Schweden ein Bündnis zu schliessen" (33). In ähnlicher Weise teilt Veh, als Bearbeiter der Geschichte des Landschaftswesens, kurz mit, daß der Anschluß der Markgrafschaft an die Schweden Mitte Oktober erfolgt sei (34). Wenn so kein landständiger Bearbeiter etwas Genaueres über diesen wesentlichen Fragenkomplex aussagt, findet sich bei Hübsch eine recht eingehende Darstellung, die quellenmäßig ausgezeichnet fundiert ist (35).

Schon im Juni 1631 hatte Gustav Adolf mit den evangelischen Ständen Süddeutschlands durch einen Gesandten, den Obersten Philipp von Liebenstein, Verbindung aufzunehmen versucht. Der Markgraf hatte diesen Gesandten am 27. Juni zu Stockenroth in Audienz empfangen und auf die Botschaft des Königs freundlich ausweichend geantwortet. Anfang Oktober traf dann eine weitere Gesandtschaft des Königs, der Hofrat Martin Chemnitz, in Bayreuth ein, und bald folgte Oberstleutnant von Crailsheim, dessen bevorstehende Ankunft der schwedische König schon Ende September von Schleusingen aus dem Markgrafen angekündigt hatte. Er kam am 11. Oktober zur Audienz (36).

(33) Dietlein, a.a.O., S. 62. Dietlein benützt als wesentlichste Quelle für die Zeit des Dreißigjährigen Krieges die Kriegschronik des Hofer Organisten Jobst Rüthner. Dazu schreibt er (S. 28): "Unsere Stadt Hof besitzt jedenfalls in dem Berichte eines Augenzeugen, der selbst größte Opfer für die Bürgerschaft gebracht hat, in der Kriegschronik des Organisten Jobst Rüthner eine gerade durch ihre Leidenschaftslosigkeit und schmucklose Einfachheit erschütternd wirkende Darstellung der schwersten Kriegsjahre der Stadt Hof. Was Rüthner erzählt, ist fern jeder Übertreibung und kann in wesentlichen Punkten durch die Einträge in den Kirchenbüchern und in den Stadt- und Kirchenrechnungen heute noch nachgeprüft und als Wahrheit nachgewiesen werden". Leider erstreckte sich das Kriegstagebuch Rüthners nur über die Jahre 1633-1643. Eine Abschrift befindet sich im Staatsarchiv Bamberg, Rep. A 245, Handschriftensammlung, Nr. 63.

(34) Veh, a.a.O., S. 6.

(35) Hübsch, a.a.O., S. 86 ff.

(36) StAB, Rep. 048, Nr. 158: Credentialpatent für Obrist von Liebenstein, Altbrandenburg, 1./11. Juni 31. Es enthält eine Bemerkung über Ort und Zeit der Audienz und die mündliche Erklärung des Markgrafen. Ferner: Recreditiv des Mgf Christian für Dr. Chemnitium, 24. 9. 31; Gustav Adolf an Mgf Christian, 29. 9. 31; Recreditiv des Mgf Christian für v. Crailsheim, 1. 10. 31. Im Akt Nr. 158 findet sich die fast geschlossene Darstellung aller Vorgänge beim Anschluß an Gustav Adolf.

Soweit waren die Verhandlungen also sehr einseitig geführt worden. Immer wieder hatte der König die Initiative ergriffen, der Markgraf aber hatte sich ausweichend und passiv verhalten. Er sah wohl die notwendige Entscheidung auf sich zukommen, aber er wollte auf alle Fälle keinen übereilten Schritt tun, auch mag ihn, mehr als die anderen evangelischen Stände Frankens, der Gedanke geleitet haben, daß unbedingt alle gemeinsam handeln müßten. So zögerte er, während andere handelten oder sich dazu anschickten. Ehe er irgendwelche bindenden Schlüsse faßte, wollte er sich erst durch fleißige Kommunikation mit allen anderen Ständen des Kreises, auch den katholischen, ein klares Bild der Lage machen, wollte Konsequenzen erwägen, und er wollte vor allem erkennen, was ihm der Schwede zu bieten habe und was er selbst ihm bieten müsse. Und in seinem tiefsten Herzen mußte er sich wohl erst von seinem Herrn, dem Kaiser, losringen (37).

Dabei stand er während all der entscheidungsvollen Wochen unter einem ungeheueren politischen Druck, der nicht nur von außen, vom Kaiser und vom Schwedenkönig, auf ihn wirkte, sondern auch von innen aus dem Kreis seiner Räte und Vertrauten. Während nämlich sein Kanzler Urban Kaspar von Feilitzsch, ganz in den Fußstapfen seines Herrn und Meisters wandelnd, stets äußerst vorsichtig lavierte und jedes Risiko vermeiden wollte, war der Erbmarschall und Landschaftsdirektor von Künsberg, ein entschlossener Schwedenfreund, für schnelles und entschiedenes Handeln. War Kanzler von Feilitzsch der Typ des Hofmanns und Diplomaten, den der Fürst immer dort brauchte, wo Ausgleich und "Moderation" nötig waren, so trat ihm in Erbmarschall von Künsberg der echte Sproß eines alten, trutzigen evangelischen Rittergeschlechts gegenüber, der, sicher gereizt durch verschiedene Maßnahmen des Bischofs von Bamberg gegen seine Verwandten, geneigt war, den gordischen Knoten mit dem Schwert zu durchschlagen. Beide Männer standen Christian nahe und

(37) StAB, Rep. C48, Nr. 158, fol. 152: Kreditiv an die Fürstin Witwe und Friedrich zu Solms und Instruktion für den nach Ansbach entsandten M. Kanne, 1. 10. 31. Die Instruktion ist bezeichnend für die Haltung des Fürsten. Neben Ansbach bestand auch mit Coburg, Nürnberg und Bamberg rege Verbindung. Vgl. zur Frage der Verbindung mit Bamberg auch Hübsch, a.a.O., S. 79.

machten ihren Einfluß auf seine Politik geltend. Aber was konnte von Feilitzsch schließlich noch an gewichtigen Argumenten für eine fortdauernde Neutralität vorbringen? Alle Ereignisse des Jahres hatten doch von Künsberg rechtgegeben, und er konnte vor allem geltend machen, daß eine Allianz mit den Schweden eine ungeheuere Vereinfachung, wenn nicht die Lösung aller schwebenden Probleme sei. Auch mochte er darauf hinweisen, daß man bei versuchter Behauptung der Neutralität endgültig zwischen die Fronten geraten werde. Die große Zeit des Kanzlers von Feilitzsch ging nun zu Ende, und der Erbmarschall von Künsberg trat in den Vordergrund(38).

Wie leicht man sich bei weiterem Zögern den Zorn des Schwedenkönigs zuziehen konnte, wurde in Bayreuth erschreckend klar, als ein Bericht des von Ansbach an Gustav Adolf abgesandten Claus Conrad Zorn von Bullach aus Würzburg einlief. Er teilte mit, daß der König sehr ungehalten über das lange Ausbleiben einiger evangelischer Stände Frankens sei, daß er darin "papistische Züge" sehe und gedroht habe, welcher Stand nicht zu ihm kommen wolle, dem müsse man den Kopf entzweischlagen (39). Als dann am 21. Oktober noch ein Schreiben Gustav Adolfs an den Markgrafen einlief, in welchem eine kategorische Entscheidung darüber, ob sich Brandenburg -Kulmbach als Freund oder Feind der Schweden erklären wolle,

(38) Dieses Bild ergibt sich aus einzelnen Aktennotizen wie aus dem allgemeinen Gang der Ereignisse. Während z.B. von Feilitzsch noch Abgeordneter zum Kompositionstag war, führte von Künsberg die endgültigen Verhandlungen zum Anschluß der fränk. Stände an den Schwedenkönig. Die starke Bindung des Erbmarschalls an die Schweden haben auch Peetz, a.a.O., S. 152 ff, und Holle, a.a.O., S. 50, erkannt. Holle schreibt: "Erbmarschall und Landschaftsdirektor Hans Heinrich von Künsberg zu Wernstein und Schmeilsdorf war der stete Begleiter des Markgrafen und wie dieser - (welch ein Irrtum Holles!) - ein eifriger Anhänger und Beförderer der schwedischen Sache. Daher stand er auch bei dem König von Schweden in hoher Gnade, so daß derselbe sogar seinen Sohn Adolf August aus der Taufe hob. Dagegen ließ sich H. H. von Künsberg bereit finden, dem König 10 000 Rthlr. aus seinem Vermögen vorzuleihen, welche dieser dem Markgrafen Johann Georg von Brandenburg zur Förderung der Werbungen anwies". Holle ist auch der Verfasser einer Geschichte des Geschlechts von Künsberg (AOfr., 5. Bd., 3. Heft, S. 56 ff).

(39) StAB, Rep. C48, Nr. 158, fol. 153: Bericht des Claus Conrad Zorn von Bullach, undatiert und ohne Anschrift. Aus dem Inhalt geht hervor, daß der Bericht etwa um den 20. 10. 31 abgefaßt wurde. Vgl. Hübsch, a.a.O., S. 90.

gefordert wurde, war es höchste Zeit geworden, endlich zu handeln (40). Nachdem man sich schon vorher mit Nürnberg und Ansbach auf einer Konferenz zu Heilsbronn geeinigt hatte, daß nur gemeinsame Schritte unter der Führung des Markgrafen unternommen werden sollten (41), schickte sich der Markgraf nun an, letzte Anweisungen für eine allgemeine Gesandtschaft zu geben und dazu den anderen Ständen den Entwurf einer gemeinsamen Instruktion zuzuleiten. Gleichzeitig teilte er dem König die Ankunft einer Gesandtschaft der fränkischen Kreisstände mit und bat ihn, diese in freundlicher Audienz zu empfangen (42). Unter welcher Spannung der Fürst während dieser Tage gestanden haben muß, verraten die mit wilden Streichungen und Korrekturen versehenen Konzepte der Schreiben.

Die böse Überraschung für den Fürsten, der unbedingt ein geschlossenes Vorgehen der fränkischen evangelischen Stände für notwendig hielt, weil er offenbar annahm, daß man dann bei den Verhandlungen mit dem Schwedenkönig größere Zugeständnisse erzielen könne, blieb nicht aus. Sowohl Ansbach als auch Nürnberg hatten ihre Gesandtschaften schon abgehen lassen und hatten also einzeln gehandelt. Während sich Nürnberg dem Markgrafen gegenüber auf einen Irrtum berief und wenigstens die unterschriebene und gesiegelte Instruktion an die Gesandten nach Würzburg weiterzuleiten versprach (43), weigerte sich Ansbach, dessen Abgeordnete schon am 20. Oktober in Würzburg eingetroffen waren, die allgemeine Instruktion überhaupt noch anzunehmen und zu unterschreiben (44). Damit war der Fürst wieder um eine große Enttäuschung reicher,

(40) Dieses Schreiben konnte in den Akten nicht gefunden werden. Es wird erwähnt bei Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland von 1631-1635, Erlangen, 1865, Bd. 1, S. 51, und bei Hübsch, a.a.O., S. 90.

(41) StAB, Rep. C48, Nr. 158. Diese Konferenz zur gegenseitigen Abstimmung der wesentlichen evangelischen Stände Frankens wird wiederholt erwähnt. Das Kreditiv der Nürnberger Abgeordneten ist am 3./13. Oktober ausgefertigt (fol. 155).

(42) Ebda., fol. 159: Mgf Christian an Gustav Adolf, 13./23. 10. 31. Fol. 161/163: Mgf Christian an Gustav Adolf, Kreditive, 15./25. 10. Von Bayreuth wurden Moritz Kanne und Oberst Muffel abgeordnet.

(43) StAB, Rep. C48, Nr. 158, fol. 197: Bürgermeister und Rat der Reichsstadt Nürnberg an Mgf Christian, 19./29. 10. 31.

(44) Ebda., fol. 201-203: Graf Friedrich zu Solms an M. Kanne, 19./29. 10. 31. Vgl. Hübsch, a.a.O., S. 91. Der Graf schrieb, daß Ansbach die Instruktion nicht anerkennen werde, denn u.a. "... sei zu besorgen, da deren Inhalt also in forma vorgebracht, daß ihre Maj. dadurch nit weniger heftig würden irritirt, auch damit zu grösserem Unheil dorffte Ursach gegeben werden".

und es blieb ihm nichts anderes übrig als seine eigenen Gesandten, von Muffel und Kanne, schleunigst abzufertigen. Trotzdem trafen sie erst am 29. Oktober in Würzburg ein, als die anderen Gesandtschaften schon zur Audienz gewesen waren. Am 31. Oktober wurden dann auch sie "über den Hofbrauch mit sonderbaren Solemniteten zur Audientz gefürt, dabey beede Herzogen von Sachsen-Weymar gewesen" (45).

Es ist sehr aufschlußreich, jene Instruktion, der die Gesandten folgten und die Ansbach nicht unterschreiben wollte, einmal näher zu betrachten (46). Sie beginnt mit der Feststellung, daß man sich durch diese Gesandtschaft nicht aus Devotion und Gehorsam gegen die Römische Kaiserliche Majestät als des gnädigsten Kaisers und Herrn und hochgeehrten Oberhaupts begeben wolle und daß man im König von Schweden vor allem den "heilsamen Vermittler und Friedstifter" erkennen möchte. Alle Unterhandlungen sollten also nur auf die Rettung der evangelischen Kirche und die Wiederbringung des Friedens gerichtet sein. Unter dieser Voraussetzung wolle man auf die "Angemuthete Confoeteration wie auch Contribution" eingehen. Nach dieser grundsätzlichen Feststellung wird dann in der Instruktion, offensichtlich nicht zuletzt wegen der zu leistenden Kontribution, immer wieder über den schlimmen Zustand des Reiches und den völligen Ruin der Stände gejammert. Schließlich faßte das Memoriale alle Ausführungen in 7 Bedingungen zusammen, unter deren Beachtung man sich einigen zu können glaubte: 1.) Bündnis und Bewilligung sollten nicht als Affront gegen Kaiser und Reich verstanden werden. 2.) Die von der Kontribution geworbenen Truppen sollten nur dem Schutz der fränkischen Stände dienen. 3.) Die kontribuierenden Stände sollten mit anderen Auflagen, Einquartierungen, Durchzügen usw. möglichst verschont werden; Sonderleistungen sollten auf die Kontribution angerechnet werden. 4.) Alle Gerechtsame,

(45) Ebda., fol. 2o5-2o8: Kanne und Muffel an Mgf Christian, 19./29. 10. 31; fol. 218/219: Kanne und Muffel an Mgf Christian, Würzburg, 22. 10./1. 11. 31.
(46) Ebda., fol. 173-186: Memoriale was bei der Königl. Maj. in Schweden des Fränck. Kreises evangelischer schickender Stände Rät und Abgesandte wegen der von Ihrer Maj. begehrten Confoderation und Contribution verrichten sollen, 15. 10. 31.

Privilegien usw. der Stände und die Deutsche Libertät müßten ungeschmälert erhalten bleiben. 5.) Der König solle sich noch einmal um einen Frieden bemühen. 6.) Der König dürfe aber ohne Einwilligung oder Einbeziehung der Stände keinen Sonderfrieden schließen. 7.) Der König habe den Ständen eine wirksame salva guardia, an welche alle seine Truppen gebunden seien, zu erteilen. Abschließend wird gebeten, auch alle anderen evangelischen Stände Frankens, die man wegen der Kürze der Zeit nicht mehr anschreiben konnte, in diesen Akkord mit einzuschließen.

Zusätzlich zu diesem Schriftstück brachten Kanne und Muffel aber auch noch ein Nebenmemoriale mit nach Würzburg. Hier wurden vom Markgrafen persönlich 7 weitere Punkte genannt, über die sich der König erklären sollte. An ihrer Spitze steht die Frage der preußischen Belehnung, was beweist, daß dieses ganz persönliche Problem des Markgrafen nach wie vor bei all seinen Entscheidungen eine wesentliche Rolle spielte. Es folgen einige Fragen von minderer Bedeutung, und schließlich wird die Versicherung einer vollen Erhaltung des Markgrafen in der Autorität des Kreisobersten gefordert (47).

Diese Memorialien konnten nur in Bayreuth entstanden sein! Atmen sie nicht ganz den Geist der markgräflichen Politik, einen Geist, der sich neuen Gegebenheiten nur schwer anzugleichen vermochte, einen Geist der Beharrung in alten Schemen, trotz völlig veränderter Umstände? Man fragt sich unwillkürlich, ob man am Hofe zu Bayreuth überhaupt alle Vorgänge im Reich während des vergangenen Jahres zur Kenntnis genommen hatte. Waren der Markgraf und seine Regierung denn nicht selbst durch alle Ereignisse des verflossenen Kriegsjahres unumgänglich auf den Weg eines Anschlusses an die Schweden und einer Preisgabe der Neutralität gedrängt worden? Und doch versuchten sie selbst unter dem Zwang einer neuen, völlig veränderten Situation auch hier noch die Fortführung einer reinen Defensivpolitik zu ermöglichen, im Sinne eines Aus-

(47) Ebda., fol. 187-194: Nebenmemoriale was bei der Königl. Maj. in Schweden Herr M. Kanne und Herr Obrist Muffel unterthänigst anbringen sollen, 15./25. 10. 1631.

gleichs zwischen unüberbrückbar gewordenen Gegensätzen zu wirken oder wenigstens eine Herübernahme herkömmlicher Verpflichtungen und Ordnungen in die neuen Gegebenheiten zu erreichen.

Diese Memoralien erlangten freilich nie eine praktische Bedeutung, denn wie sich bald zeigte, stand Bayreuth ganz allein damit da, und zudem kamen die Abgeordneten der Markgrafschaft in Würzburg an, als die anderen schon weitgehend alle Fragen ausgehandelt hatten. So waren vollendete Tatsachen geschaffen, ehe Bayreuth in die Verhandlungen eintrat, und Muffel und Kanne konnten nach ihrer ersten Audienz beim König nur noch an ihren Fürsten berichten: "Es leßet sich fast ansehen, ob man hir nitt allerdinges zum rechten Schluß kommen möchte, in den realibus ist man fast einig, der formalien halber aber stehet man noch etwas an" (48). Schließlich kam es dann auch schon am 2. November neuer Zeitrechnung zu einem Interimsrezeß der Krone Schwedens mit den fränkischen evangelischen Kreisständen. Bayreuth mußte sich ihm fügen. Seine wesentlichen Bestimmungen waren: 1.) Der König von Schweden übernahm den Schutz der Territorien. 2.) Die Stände leisteten dafür eine Kontribution von 72 Monaten einfachen Römerzugs, wovon 1/3 innerhalb von 14 Tagen, 1/3 in 3 Monaten hernach und das letzte Drittel nach weiteren 4 Monaten erlegt werden sollten. 3.) Sollte ein Stand selbst Volk werben und dem König überlassen, so konnten die Auslagen von der Quota abgezogen werden. 4.) Da die Gesandten erst ihren Fürsten und Herren Bericht erstatten mußten, sollte der Abschluß einer Spezialallianz erst erfolgen, wenn alle Stände zu einem Konvent zusammengetreten seien, zu welchem sich auch die Abgeordneten des Königs einfinden würden. Im Hinblick auf diesen Konvent wurde es Markgraf Christian als Kreisobersten zur Pflicht gemacht, für einen Zusammentritt aller evangelischen Stände des Fränkischen Kreises innerhalb von 14 Tagen Sorge zu tragen. Die Stände, die diesen Konvent nicht besuchten und die sich nicht innerhalb einer Frist von 2 Monaten zur Allianz beken-

(48) Ebda., fol. 218/219: Kanne und Muffel an Markgraf Christian, Würzburg, 22. 10. 31 (alter Zeitrechnung).

nen wollten, sollten als Feinde behandelt werden (49).

Noch war der endgültige Bündnisvertrag nicht abgeschlossen und doch lagen seine Bedingungen schon fest. Nach ihnen mußte er, wie Christian wohl befürchtet hatte, als recht einseitig angesehen werden. Für einen fragwürdigen Schutz des Landes bürdete er allen Untertanen des Fürsten wieder neue ungeheuere finanzielle Lasten auf. 25 000 Taler Kontribution waren von Brandenburg-Kulmbach an die Schweden zu zahlen. Außerdem mußte ihnen ein Teil der ausgehobenen Mannschaft und die Festung Plassenburg, die wegen der wachsenden Gefahr wieder den Fürsten und seine Hofhaltung aufnahm, überlassen werden. Noch einmal, zum letzten Mal, ehe das ganze Landschaftswerk und jede geordnete Steuererhebung im Strudel des Krieges zusammenbrachen, berief der Fürst den Engeren Ausschuß der Landstände zur Beratung auf die Plassenburg. So schwer alle Belastungen waren, die Abgeordneten sahen ein, daß man diese neue nicht umgehen könne und daß man nun "in erster Linie auf das jetzt mächtig gewordene Schweden Rücksicht nehmen" müsse. So beschlossen sie im Rezeß vom 10. November 1631 die Aufbringung der nötigen Summen durch 2 Steuern, eine monatliche 10 kr. Steuer und eine Lebensmittelabgabe auf Fleisch und Wein. Fürst und Abgeordnete erklärten zur Begründung der neuen Steuer, man müsse "sich accomodiren, um dadurch .... die obangezogen und vermittelst habender mächtigen Armee leichtlich effectuirender Betrohungen von diesem Land und Fürstenthumb abzuhalten" (50).

Dem Markgrafen blieb ein letzter Schritt zu tun. Er mußte den zu Würzburg vereinbarten Konvent der fränkischen Stände evangelischer Konfession, der die Spezialallianz mit der Krone Schwedens endgültig zu vollziehen hatte, nach Nürnberg einberufen. Sein Ausschreiben mit der Ladung erging zum 8./18. November. Die Direktiven, die er seinen eigenen Gesandten, dem Erbmarschall und Landschaftsdirektor Hans Heinrich von Künsberg, dem Kanzler Urban Kaspar von Feilitzsch und dem Hofmeister Moritz Kanne mitgab, zeigen, daß er sich nun dem Gang der Entwicklung gefügt hatte.

(49) Ebda., fol. 229/230: Receß mit der Königl. Maj. in Schweden und den evang. fränk. Kreisständen, Würzburg, 23. 10. 31 (alter Zeitrechnung). Vgl. Hübsch, a.a.O., S. 91.
(50) Veh, a.a.O., S. 7/8.

Sein ganzes Sinnen und Trachten war nur noch darauf gerichtet, vom König möglichst große Sicherheiten geboten zu bekommen, die drohendes Unheil verhüten sollten (51).

Sicherheit! War nicht von eh und je das Denken und Tun des Fürsten ganz eng um diesen einen Begriff gekreist? War Sicherheit nicht das letzte Ziel und die höchste, erstrebte Erfüllung all seiner Politik? Der Sicherheit hatte die Neutralität der Epoche von 1618 bis 1631 gedient, nun sollte ihr auch die Aufgabe dieser Neutralität in einer neuen Phase des Krieges dienen. Wer aber nur auf Sicherheit bedacht, den Blick in allzu enge Grenzen schließt, der fällt schließlich doch den Mächten der Gewalt anheim. Die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach ging ihrer schlimmsten Zeit entgegen.

(51) StAB, Rep. C48, Nr. 175, fol. 503 ff: Memoriale für den Konvent zu Nürnberg, 6./16. 11. 31; fol. 510 ff. Memoriale für den Konvent zu Nürnberg, 7./17. 11. 31; fol. 516 ff: Vollmacht für die nach Nürnberg Abgeordneten, 7./17. 11. 31.

IV DIE MARKGRAFSCHAFT ALS BUNDESGENOSSE DER SCHWEDEN VON 1631 BIS 1635

1. Die Schreckenszeit 1631/1632

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach, ausschließlich unter dem Aspekt militärischer Gegebenheiten gesehen, im ersten Abschnitt des Krieges bis 1631 vorwiegend als Hinterland der kaiserlich-ligistischen Streitkräfte anzusprechen war. Dieser Tatsache verdankte sie, vielleicht mehr als der Neutralitätspolitik des Markgrafen, den Zustand einer wenigstens relativen Ruhe. Noch war es der Autorität des Staates, verkörpert im Fürsten und seiner gut geschulten Beamtenschaft, möglich, im allgemeinen die rechtlich begründeten Ordnungen zu wahren und der Willkür zu trotzen. Nach dem Anschluß des Landes an die Schweden aber obsiegte bald die Willkür über alle verzweifelten Bemühungen der staatlichen Ordnungsmacht. Die Markgrafschaft war nun selbst kriegführende Partei geworden und hatte sich damit den Gesetzen des Krieges unterworfen. Aber das war wohl in Anbetracht der kommenden Ereignisse im Reich schließlich gar nicht mehr so wesentlich. Rückblickend läßt sich feststellen: wie auch immer die Entschlüsse des Fürsten in den entscheidenden Tagen des Herbstes 1631 gefallen wären, sie hätten doch nicht abzuwenden vermocht, daß das schwache und unbedeutende Territorium, unfähig zu einem wirksamen Selbstschutz, in dieser Phase des Krieges unweigerlich zwischen die Mahlsteine der großen Parteien kommen und zerrieben werden mußte. Der Krieg zog herauf und ging über das Land wie eine unvermeidliche Naturkatastrophe. Und wie einer solchen standen ihm auch schließlich die Menschen hilflos und verzweifelt gegenüber.

Es gilt nun, die Ereignisse im einzelnen festzulegen. Aber ergibt die Summe aller Ereignisse das echte und wahre Bild eines Krieges? Der gequälte und leidende Mensch steht hinter allen Ereignissen und darf niemals vergessen werden. Deutlicher als in allen Akten und Urkunden enthüllt er sich uns in dem Tagebuch des Pfarrers Georg Beck zu Emtmannsberg bei Bayreuth und in der Haus-

chronik des Bürgermeisters Leopold von Redwitz: "Ist also diese Zeit über bis auf das 36. Jahr, da Ihre fürstliche Gnaden sich wiederum in kaiserliche Devotion begeben, in unserm Land ein solcher Jammer, Angst, Noth und Elend gewesen, das nicht auszusprechen, da uns Gott nicht allein mit Krieg und der Feinde Schwert, sondern auch mit der Pest anno 1634 und anno 1635 mit großem Hunger heimbgesucht, das das Land nicht allein an Früchten und Vieh, sondern auch an Menschen fast gar öde worden, denn was der Feind nicht niedergemachet oder an der Pest gestorben, das hat der Hunger aus dem Land trieben. Haben die Leut wie das Vieh im Pflug ziehen müssen, daß sie darüber erschwarzet sind, wie die todten Diebe am Galgen. Ja es haben die Leut für Hunger verschmachten und allerlei, da sonst Hund und Schwein nicht gemocht, essen müssen und, was sie nur erdenken können, den Hunger zu stillen, gemahlen, daß ihr Brod mich nicht anders, denn ein dürrer Roß-Koth, wenn man ihn voneinander bricht, gemahnet, auch keine andere Gestalt, Geschmack noch Kraft gehabt. Die Oelkuchen, die von Lein und Hanfsamen, haben ihre beßte Labung seyn müssen. Und hat die Pest, wie vorgedacht, in allen Städten und Dörfern grassiret" (1). "Zu dieser Zeit gieng Jammer und Noth an in unserm Lande und hat gewehret biß uff das 1637. Jahr, do man den baldt nichts anders hörete, alß rauben, stelen, morden, sengen und brennen; die armen Leuth wurden niedergehauen, gestochen, geschoßen, auch geraitelt, vielen die Augen ausgestochen, Arm und Bein entzwey geschlagen, Ohren und Nasen, auch männliche Glieder und säugende Brüst wurden ab und außgeschnitten, etliche von ferne beim Feuer gebratten, theils im Rauchschloth uffgehencket und Feuer unter sie geschieret, ettliche in die Backöffen gestoßen, Stroh fürgemacht und angezündet, Khün und Schweffel unter die Nägel gestecket und angezündt, die Daumen geschraubet, spitzige Knöbel ins Maul gestecket, daß das Bluth hauffenweiß herauß geloffen, hernacher den gantzen Leib durch den Mundt mit Urin und Mistwaßer gefüllet, die Fueßsolen uffgeschnitten, hernach Salz hinein gestreuet, Riemen auß den Leibern geschnitten und vielen die Rippen in den Leib entzwey geschlagen. In Summa, die große Pein und vorhin unerhörte Martter (davon auch der Teuffel in der Höll nit Wissenschafft

(1) AOfr., 3. Bd., 2. Heft, 1846, S. 79 ff: Abschrift aus der Emtmannsberger Pfarregistratur, anno 1632.

haben mochte) so sie den Menschen angethan, bis sie gestorben und verschmachtet oder preßhaft worden, ist nicht zu schreiben .... Zuletzt dorfft sich auch kein Mensch mehr in Wäldern betretten laßen, denn da war auch niemandt mehr sicher, es war gleich im Morast, oder in gebürgigen Steinklüfften, denn da hatten sie Hundt, welche uff die Menschen abgericht, daß also kein Mensch in Steinklufften bleiben kundte..." (2).

Die Lage des Landes und seiner Bewohner, wie sie hier von Zeitgenossen geschildert wird, trat schon am Ende des Jahres 1631, also unmittelbar nach dem Anschluß an die Schweden, ein. Der Bundesgenosse Gustav Adolf wandte sich in Verfolgung seiner Ziele nach dem Westen. Im Osten aber erstreckte sich sein Machtbereich nur bis an die Grenzen des Hochstifts Bamberg, das nach schwierigen Verhandlungen mit dem Schwedenkönig immer noch unangetastet geblieben war (3). So geriet die Markgrafschaft, von ihren Bundesgenossen weitgehend isoliert und ohne genügenden Selbstschutz, durch die Entwicklung auf den großen Kriegsschauplätzen mehr und mehr in einen toten Winkel zwischen den im Westen operierenden Schweden und den nach Böhmen vorstoßenden Sachsen. Dieses ungesicherte Gebiet mußte die dem Druck der feindlichen Armeen ausweichenden kaiserlich-ligistischen Streitkräfte geradezu anziehen. Es mußte für sie wie kein anderer Landstrich Süddeutschlands geeignet erscheinen, dort, in günstiger Ausgangsstellung für kommende Feldzüge, im Winter 1631/32 Ruhequartiere zu beziehen. So rückte denn Tilly mit seinen Völkern in die Oberpfalz ein, und bald schon überschwemmten starke Streifscharen auch die südlichen und östlichen Ämter des markgräflichen Gebietes, und vor allem Osternohe, die Gegend um Schnaittach, Pegnitz, Creußen und alle Orte des Sechsämterlandes erlitten Schaden (4). Auf der Plassenburg, wohin

(2) StAB, Rep. A 245 (Handschriftensammlung), Nr. 77/I: Haus-Chronik oder Verlauf und Beschreibung, was anno 1627-1675 zu Redwitz, Eger und benachbarten Orten sich begeben hat, von Georg Leopold, fortgesetzt von Christian Leopold. Diese Chronik, die auch Holle zitiert, ist vor allem für die Geschichte des Sechsämterlandes sehr bedeutungsvoll. Ihr Wert liegt besonders in der Schilderung der "inneren Situation" der Zeit.
(3) Hübsch, a.a.O., S. 72 ff, gibt eine ausführliche Darstellung.
(4) StAB, Rep. C48, Nr. 180: Hier finden sich zahlreiche Schadenberichte der Amtleute und Kastner, besonders der südlichen Ämter. Die zu dieser Zeit insgesamt in Süddeutschland stehenden kaiserlich-ligistischen Truppen beziffert ein Verzeichnis (StAB, Rep. C48, Nr. 171) auf 146 Kompanien, davon 86 Komp. Infantrie, 29 Komp. Kavallerie und 31 Komp. ungemustertes Volk.

der Markgraf wieder einmal zurückgekehrt war, befürchtete man das Schlimmste, denn im Januar verbreitete sich im ganzen Land die Kunde, daß das an den Grenzen liegende Volk, welches vom Amtmann zu Osternohe auf etwa 6 000 Mann geschätzt wurde, beabsichtige, die südöstliche Markgrafschaft in Besitz zu nehmen.

Konnte der Markgraf den bedrohten Ämtern auch keinen bewaffneten Schutz zuführen, so war er doch nicht gewillt, ihre Besetzung ohne weiteres hinzunehmen. Da ihm kein anderes Mittel blieb, versuchte er wieder einmal auf dem Wege von Verhandlungen, die Lage zu klären. Deswegen wandte er sich sowohl an die kurbayerische Regierung in Amberg als auch an Kurfürst Maximilian persönlich. Auch entsandte er den Rittmeister Joachim von Varell an den Befehlshaber der um Kemnath liegenden ligistischen Truppen, den Obersten Graz, um letzteren von allen eigenmächtigen Schritten abzuhalten. Eine gewisse Beruhigung im Land trat aber erst dann ein, als der Kurfürst von Bayern am 15. Februar in einem persönlichen Schreiben an den Markgrafen versicherte, daß die in der Oberpfalz liegenden Truppen keinerlei böse Absichten hätten und daß Kurbayern sich von eh und je beflissen habe, mit Brandenburg-Kulmbach gute Nachbarschaft zu halten (5). Erstaunlich ist dieser ganze Vorgang besonders deshalb, weil er zeigt, daß auch nach dem Beitritt der Markgrafschaft zum schwedischen Bündnis offensichtlich zwischen dem Markgrafen und dem Kurfürsten von Bayern noch normale Beziehungen bestanden. Sicher darf man daraus schließen, daß diesem Beitritt in München zunächst nur durchaus formale Bedeutung zugemessen worden war.

Und ähnlich mag man auch in Forchheim, wohin sich der Bischof von Bamberg nach der Einnahme Würzburgs zurückgezogen hatte, gedacht haben. Denn auch zwischen ihm und dem Markgrafen bestanden trotz aller Spannungen noch immer recht freundliche Beziehungen, ja, wie die Akten ausweisen, war kaum jemals zuvor die Verbindung enger und reger als in diesen Monaten, da der Markgraf endgültig in das

(5) StAB, Rep. C48, Nr. 180, fol. 75: Mgf Christian an Räte und Statthalter zu Amberg, 27. 1. 32; fol. 76: Statth. und Räte an Mgf Christ., 9. 2. 32; fol. 57-62: Mgf Christian an Kurbayern, 27. 1. 32; fol. 70-74: Memorial für Rittmeister Varell, 7. 2. 32; fol. 90/91: Kf von Bayern an Mgf Christian, 15.2.32.

feindliche Lager getreten war. Sicher gab dabei nicht eine neuentdeckte, innige Zuneigung der beiden Fürsten den Ausschlag, sondern reines, nüchternes Nützlichkeitsdenken; denn so notwendig der Bischof eine wirksame Vermittlung des Markgrafen bei Gustav Adolf brauchte, so notwendig suchte Christian eine wirksame Vermittlung des Bischofs bei Tilly oder dem Kaiser. Als sich in diesem Wechselspiel der Markgraf in bewegten Worten an den Bischof wandte, um dessen Hilfe zur Abstellung der Übergriffe des Tillyschen Kriegsvolkes zu erbitten, konnte er sich seinerseits mit Recht auf eine ganze Reihe von Interpositionen bei Gustav Adolf zugunsten des Hochstifts berufen (6).

Schon als der Bischof im Oktober 1631 erfahren hatte, daß auch der Markgraf eine Abordnung zum Schwedenkönig entsenden wolle, bat er ihn, ein Wort der Vermittlung zugunsten des Hochstifts einzulegen. Umgehend versicherte der Markgraf dem Bischof nicht nur, daß er auch weiterhin mit ihm "in guter Freundtschafft und Vertreulichkeit" bleiben werde, sondern er wies auch tatsächlich seine nach Würzburg entsandten Räte an, sie sollten Gustav Adolf den Bischof "wegen geführter guter Nachbarschafft zum besten recommendiren" (7). Und danach erfolgten im Interesse des Bistums noch weitere Gesandtschaften an den schwedischen König. Ende November ging Hans Christoph von Stibar ab, und kurze Zeit später folgte ihm, auf die fortgesetzten, dringenden Bitten des Bischofs hin, ein weiterer Gesandter, Jobst Heinrich Roggenbach von Gräfen-

(6) StAB, Rep. C48, Nr. 169: Mgf Christian an Bischof von Bamberg, 7./17. 11. 31. Leider sind die Akten über die Interpositionen sehr verstreut. Sie finden sich in StAB, Rep. C48, Nr. 158, 162, 178 und vor allem in Nr. 174 (1. Interposition) und Nr. 182 (spätere Interpositionen). Besondere Beachtung verdient in Nr. 174, fol. 338-355, das Schreiben des Markgrafen an Bischof Johann Georg und den Grafen zu Pappenheim vom 14. 11. 31 über die Plünderungen der Tillyschen im Unterland und den Fortgang der Interposition bei Gustav Adolf. Da auch Hübsch, a.a.O., der Frage der Interpositionen einen Teil seiner Arbeit widmet, erübrigt sich eine genaue Darstellung.

(7) StAB, Rep. C48, Nr. 174, fol. 313/14: Mgf Christian an Kanne und Muffel, 17./27. 10. 31. Vgl. Hümmer, Bamberg im Schweden-Kriege, Bericht des Hist. Vereins Bamberg 52 (1890), S.14-25. Aus den hier veröffentlichten Aufzeichnungen der Nonne Maria Anna Junius geht deutlich hervor, wie eng zu dieser Zeit noch die Verbindung zwischen Bamberg und dem markgräflichen Hof war.

berg (8). Im Januar 1632 führte dann Moritz Kanne mit dem König die Verhandlungen zugunsten Bambergs und gab darüber eingehenden Bericht an den Fürsten (9). Über alle diese Gesandtschaften wie auch über gemeinsame Schritte zur Abstellung der Plünderungen in der Markgrafschaft wurde zwischen Forchheim und Kulmbach in bestem Einvernehmen stets eifrige Absprache getroffen.

Die Politik des Markgrafen und des Bischofs, auch jetzt noch auf Verhandlung, Vermittlung und Ausgleich gerichtet, vollzog sich aber gleichsam in einem leeren Raum zwischen dem die Markgrafschaft und das Hochstift gleicherweise bedrohenden, großen, europäischen Krieg und dem längst aus blindem Glaubenshaß erwachsenen Kleinkrieg der Bauern und Bürger im Bereich der Grenzen beider Territorien (10). Seit Jahren hatte sich dieser Glaubenshaß aufgespeichert, und er hatte, durch die Restitutionsbestrebungen des Bischofs geschürt, vor allem in den ritterschaftlichen evangelischen Orten und ihrer Umgebung auf dem Gebiet des Hochstifts seine Zentren gefunden. Waren diese Orte einst gewaltsam rekatholisiert worden, so hatte die Ritterschaft unmittelbar nach dem Erscheinen der Schweden am Main begonnen, die neukatholisierten Pfarreien wieder mit Gewalt in den früheren Zustand zurückzuführen, und überall kam es zu Ausschreitungen gegen die neueingesetzten Pfarrer und Schulmei-

(8) Roggenbach kam allerdings nie beim König an; denn als er mit seiner Familie am 4. Dezember durch Küps kam, wurde er von einer Abteilung des Kronacher Ausschusses überfallen. Da er sich weigerte, Rede zu stehen, und da einer seiner Begleiter sogar einen Schuß abgab, der den Kompaniefeldscher der Kronacher durch den Hut traf, wurde er ausgeraubt und schwer verwundet. Damit war seine Mission beendet, und dem Bischof blieb nur übrig, sich beim Markgrafen wegen des Zwischenfalls zu entschuldigen. (Hübsch, a.a.O., S. 139, und Pöhlmann, Chronik von Küps, S. 290/291).

(9) StAB, Rep. C48, Nr. 182, fol. 301/302: Bericht M. Kanne, 31. 1. 32.

(10) Dieser Kleinkrieg und seine Ursachen wurden vom Verfasser vorliegender Arbeit unter dem Titel: "Zerrissene, notvolle Heimat. Ein Beitrag zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges im Raum Kronach-Kulmbach" im einzelnen dargestellt und als wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht 1959/60 der Oberrealschule Kronach veröffentlicht. Der Verfasser warnt im Vorwort der genannten Arbeit ausdrücklich davor, immer nur wieder die Kriegszüge der feindlichen Heere in den Mittelpunkt des Interesses zu stellen und dabei zu übersehen, daß "Schrecken und Verwüstung oft dort ihren höchsten Ausdruck fanden, wo an den Grenzen evang. und kath. Territorien Bauern und Bürger in fanatischem Glaubenseifer wider einander kämpften".

ster (11). Von dort war nun eine Welle gegenseitigen Hasses über das Land gegangen, und bald kam es auch an den Grenzen des Hochstifts und der Markgrafschaft überall zu Feindseligkeiten, Mißhandlungen, Überfällen und Plünderungen. Schon zeichneten sich die beiden starken Festungen im oberen Maingebiet, Kronach-Rosenberg, dessen Statthalter Wolfgang Philipp Fuchs von Dornheim - ein Verwandter des Bischofs war, und Kulmbach-Plassenburg unter dem schwedischen Kommandanten Hastver (auch Halsvert, Haster etc. genannt) als Rückhalt der feindlichen Kräfte ab (12). Ein erster größerer Zusammenstoß erfolgte Ende November, als der in schwedischen Diensten stehende Rittmeister Gropp mit etwa 100 Mann im bischöflichen Amt Stadtsteinach Quartier nehmen wollte und dabei in der Nähe Rugendorfs von 2 Kompanien des Kronacher Ausschusses überfallen und in die Flucht gejagt wurde. 10 seiner Leute führten die Kronacher als Gefangene mit heim. Gropp selbst floh nach Untersteinach und drohte, er wolle "das Städtlein Stattsteinach absengen und brennen", wenn ihm sein "zerstreuntes Volkh nicht wieder zusambracht und gelieffert würde" (13). So war im Bereich der Grenzen bald niemand mehr seines Lebens sicher, und doch bemühten sich der Bischof und der Markgraf mehr denn je um einen Ausgleich der Gegensätze, und immer wieder versicherten sie sich gegenseitig der besten Absichten zum Wohle des anderen und zur Erhaltung des Friedens unter den Ständen im Fränkischen Kreis.

Erscheint nicht gerade letztere Absicht, nämlich die Erhaltung des Friedens zwischen den Kreisständen auch unter den schwierigsten äußeren und inneren Belastungen noch zu gewährleisten, von hoher geschichtlicher Bedeutung? Zeigt sie nicht, jede bloße politische Nützlichkeitserwägung überragend, daß, trotz aller Gegensätze, das Gefühl einer echten Verbundenheit der beiden wesentlichen fränkischen Kreisstände doch vorhanden war? Man hat in der histori-

(11) So wurden Mitte bis Ende November in Schmölz, Weißenbrunn, Burkersdorf, Küps und Mitwitz die neueingesetzten kathol. Pfarrer und Schulmeister verjagt oder bedroht (StAB, Rep. B 48, Nr. 81; vgl. Hübsch, a.a.O., S. 95, und Fehn, a.a.O., S.166.)

(12) StAB, Rep. C48, Nr. 174, gibt eine umfassende Zusammenstellung der von beiden Seiten verübten Feindseligkeiten vom Oktober 1631 bis Januar 1632. Rep. C48, Nr. 225, bringt für den Zeitraum 1631-1636 eine Sammlung verstreuter Einzelakten "Was sich bei dem schwedischen Kriegswesen zwischen dem Bambergischen und hiesiger Stadt und Hauptmannschaft (Kulmbach), item mit den allhier gelegenen Mufflischen, auch anderen kaiserlichen und schwedischen Völkern zugetragen".

(13) StAB, Rep. B 48, Nr. 82. Vgl. Hübsch, a.a.O., S. 125/126.

schen Literatur die Kreisverfassung und ihre Wirksamkeit häufig stark abgewertet und sah in ihr wohl gar einen "überaus umständlichen Apparat zur Verhütung von Taten" (14). Aber ist das nicht allzu oberflächlich gesehen? Freilich waren, wie hinreichend festgestellt, gerade in Franken alle Verhandlungen im Kreis sehr umständlich und eine gemeinsame Kreisexekution erwies sich als unmöglich. Doch erscheint uns, tief unter der Oberfläche aller verwickelten Verfahrensprozesse, jenes Gefühl einer echten Zusammengehörigkeit und das Bewußtsein eines unbedingt notwendigen Einstehens füreinander als Ausdruck einer wahrhaft lebendigen Kreisverfassung, die auch in schwerster Zeit zumindest ideell fortzuwirken imstande war. So müssen wir unbedingt Richard Fester beitreten, der feststellt, daß die in der Kreisverfassung begründete Einheit der Kreisstände auch im Dreißigjährigen Krieg "nicht so leicht mehr zerstört werden konnte" (15).

Die Verhandlungen des Bischofs mit Gustav Adolf wie auch die Interpositionen des Markgrafen konnten das Hochstift auf die Dauer nicht vor dem Angriff der Schweden retten. Am 26. Dezember 1631 erteilte der König seinem Feldmarschall Horn, den er in Würzburg zurückgelassen hatte, den Befehl, alle verfügbaren Kräfte zum Einfall in das Hochstift zusammenzuziehen. Die Angriffe begannen Mitte Januar 1632, und am 11. Februar wurde Bamberg von den Schweden eingenommen (16). Bei seinem Erscheinen am oberen Main brachte Horn dem Bundesgenossen Christian einen Schutzbrief für sich und sein Fürstentum mit, über dessen Wert der Markgraf sich aber sicher keinen Illusionen hingab (17).

Die Einnahme Bambergs durch die Schweden und deren Vormarsch mainaufwärts löste im ganzen Hochstift einen ungeheueren Schock aus. Kronach bereitete sich zum Kampf. Viele kleinere Orte des Hochstifts aber nahmen, um einer Besetzung durch die Schweden zu entgehen, freiwillig eine von Oberst von Muffel angebotene salva guardia an. Also rückte umgehend eine markgräfliche Besatzung in den Orten Stadtsteinach, Kupferberg, Hollfeld und in Weismain

(14) K. Brandi, Göttinger gelehrte Anzeigen, 1898, Nr. 10, S.795.
(15) R. Fester, Franken und die Kreisverfassung, Neujahrsblätter, hrsg. von der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Würzburg, 1906, S. 24.
(16) Hübsch, a.a.O., S. 135 ff; Looshorn, Geschichte des Bistums Bamberg, 6. Bd., S. 212 ff.
(17) StAB, Rep. C48, Nr. 145, fol. 13 und Nr. 182, fol. 421; der Schutzbrief wurde auch veröffentlicht im AOfr. IV/1, Urk. Nr. XIV.

ein. Letztere Stadt war wegen ihrer guten Befestigungen besonders wichtig. 50 Knechte unter einem Leutnant marschierten hier zunächst ein, tags darauf dann noch zwei markgräfliche Kompanien unter dem Oberstleutnant Gerhard von Guttenberg und dem Hauptmann Georg Wilhelm von Künsberg. Der Schutz mußte aber beachtlich hoch bezahlt werden, denn der zum Rathaus bestellten Bürgerschaft wurde verkündet, daß die Stadt sofort eine Ranzion von 5 000 fl. aufzubringen habe. Die Besetzung währte nur sehr kurze Zeit. Schon Anfang März, als Tilly die Schweden in Bamberg bedrohte, rückten die markgräflichen Truppen wieder ab. Da Weismain nur 1 143 fl. der Ranzion bezahlt hatte, führten die Markgräflichen bis zur Bezahlung des Restes zwei Geiseln mit sich fort (18). Die aus den Orten abgezogenen markgräflichen Truppen marschierten umgehend unter Muffels Kommando nach Bamberg, um dort die Schweden gegen Tilly zu verstärken. Als das Muffelsche Regiment aber in der Vorstadt ankam und sich anschickte, in die Stadt selbst einzurücken, wurde es überraschend von den bereits eingedrungenen ligistischen Truppen angegriffen und zerstreut. So erwuchsen hier den markgräflichen Einheiten erstmals größere Verluste (19).

Solange Tilly in der Bischofsstadt stand, war die Markgrafschaft selbst wieder allen Angriffen der Feinde ausgesetzt. Die Übergriffe bayerisch-ligistischer Völker aus der Oberpfalz und dem Rednitzland nahmen zu, und die Bewohner des Hochstifts zogen aufs neue zu bewaffneten Überfällen auf die Bewohner der Markgrafschaft aus.

"Auf dem Lande war von den streifenden Parteien, besonders den Kronachern, niemand seines Lebens und Eigentums mehr sicher, so daß vor allem die Bauern große Furcht befiel und sie in eilender Flucht ihre Habseligkeiten nach Kulmbach verbrachten" (20).

(18) Dieser Abschnitt wurde übernommen aus Sticht, a.a.O. Ihm liegen folgende Quellen zugrunde: StAB, Rep. C48, Nr. 182, fol. 320 ff: Mgf Christian an Bischof von Bamberg, 27. 2. 32; Braun, a.a.O., S. 41, und AOfr. 3. Bd., 2. Heft, Bayreuth, 1846, S. 86 ff: Königlich schwedische Kriegsbeschreibung, so sich dahier zu Weismain begeben hat, für mich Reichard Fuchs, Amtsburgermeister. Zeitgenössischer Bericht aus den Jahren 1632-1634.

(19) StAB, Rep. C48, Nr. 182, fol. 335/336: Mgf Christian an Kf von Sachsen, 2./12. 3. 32.

(20) Braun, a.a.O., S. 41.

In dieser Zeit großer Unsicherheit bewies der Fürst, daß er gewillt war, da alle Mittel eines äußeren Schutzes zu versagen schienen, aus eigenen, oft sehr mangelhaften Mitteln einen inneren, wohlorganisierten Selbstschutz aufzubauen. So erging ein umfangreicher fürstlicher Erlaß an alle markgräflichen Beamten, Bürgermeister, Räte usw., der die erstrebte Verteidigung des Landes und den Selbstschutz seiner Bewohner auf das genaueste regelte. Von eingehenden Vorschriften zur Tätigkeit der Beamten über den Entwurf eines allgemeinen Warn- und Meldesystems zur Schadenverhütung und Rettung der Wehrlosen bis zur Verkündung einer genauen Alarmordnung für alle wehrhaften Männer des Landes war hier an alles gedacht (21).

Noch einmal stemmte sich so der Fürst der allmählich voranschreitenden Auflösung der Ordnung entgegen. In einem weiteren Erlaß ermahnte er dann alle Beamten, die er für den Schutz der Bevölkerung voll verantwortlich machte, unbedingt auf ihren Plätzen zu bleiben und nach wie vor strengste Kontrollen durchzuführen."Do aber sich ein oder der andere wegen solcher Nachfrage zu beschwern vermaint, der oder dieselbigen glimpflich erinnert werden, daß wir alß ein Fürst deß Reiches, und vermöge deß Heyl. Röm. Reichß Ordnungen, zu Handthabung des Landtfriedens auch zu Sicherung unserer Landtschafft Underthanen und derjenigen, die ihren Handel dodurch haben und nehmen, dergleichen angeordnet." (22) Offenbart sich in diesen Worten nicht ein verzweifeltes Aufbäumen des Repräsentanten der staatlichen Ordnungsmacht gegen die Gesetz- und Ordnungslosigkeit einer chaotischen Kriegszeit? Es gilt nun ein Beispiel zu setzen, denn noch wird die Verantwortung des Fürsten und seiner Beamtenschaft gegenüber den Untertanen bejaht und die Verpflichtung gegenüber einer unzerstörbar geglaubten staatlichen Ordnung wird noch nachdrücklich anerkannt. So bekommen selbst die Verfügung und Überwachung von Maßnahmen primitivster Notwehr den hohen ethischen Wert einer Tat zur Rettung der Ordnung und zur Abwehr

(21) StAB, Rep. C48, Nr. 170: Fürstl. Ausschreiben und Ordonnanz, 27. 2. 32. Das Ausschreiben umfaßt 29 Seiten. Es darf im Hinblick auf die Fragen des Bevölkerungsschutzes im Dreißigjährigen Krieg ein Dokument von hohem historischen Wert genannt werden.
(22) Ebda., Ordonnanz des Markgrafen an die Beamten, 5. 5. 32.

des Chaos. Wo aber wird die Grenze des Ertragbaren liegen? (23).

Als Tilly dem aus dem Rheinland herbeieilenden König Gustav Adolf weichen mußte und sich nach Altbayern zurückzog, konnte man in der Markgrafschaft wieder etwas aufatmen. Aber noch hing die Drohung, die von der starken Festung Kronach-Rosenberg ausging, über den westlichen Teilen des Oberlandes. Zum einen blieb Kronach der Rückhalt für alle auf das Gebiet der Markgrafschaft durchzuführenden Aktionen, und zum anderen unterband es die direkte Verbindung der Markgrafschaft mit dem befreundeten Territorium des Herzogtums Sachsen-Coburg und gewann damit eine überörtliche, der gesamten evangelischen Partei nachteilige Bedeutung. Wiederholt wandte sich deswegen Fürst Christian in dringenden Schreiben an den Statthalter von Kronach und bat um Abstellung aller Übergriffe und um Verzicht auf Kontributionsforderungen gegenüber markgräflichen Untertanen. Aber die Schreiben blieben ohne Wirkung (24). So wurde "dem Herzog von Coburg und dem Markgrafen von Kulmbach, als den benachbarten Fürsten, schließlich vom König die Aufgabe gestellt, das bambergische Gebiet zu unterwerfen." (25).

Diese Aufgabe konnte dem Markgrafen in keiner Weise willkommen sein, mußte sie ihn doch wider seinen eigenen Wunsch und Willen zwingen, zum erstenmal in persona eine feindliche Aktion gegen das Hochstift und somit gegen einen Kreisstand zu führen. So versuchte er auch hier, noch einmal nach allen Seiten vermittelnd, eine bewaffnete Auseinandersetzung zu vermeiden. Der Befehlshaber der zum Angriff auf Kronach bereitgestellten schwedischen Truppen war Oberst Claus Hastver. Zu ihm entsandte der Markgraf zunächst seine Ver-

(23) Vgl. hierzu auch Bog, a.a.O., S. 154 ff. Bog weist nach, daß auch im westlichen Franken ein ausgeklügeltes System zur Schadenverhütung und zum Bevölkerungsschutz bestand und kommt abschließend für Heilsbronn und seine Ämter zu der Feststellung: "Was den Krieg überstand, blieb erhalten durch den Staat!"

(24) StAB, Rep. C48, Nr. 182, fol. 352-354: Mgf Christian an Statthalter zu Kronach, 22. 3. 32; fol. 383-385: Mgf Christian an Statthalter zu Kronach, 19. 4. 32. Schon im Spätherbst 1631 hatte der Markgraf nach Kronach geschrieben: "Wollen wir uns noch mit allem Ernst und Eifer bemühen, alle Unruhe und verderbliches Kriegswesen von diesem fränk. Kreis nach äußerstem Vermögen abzuwenden" (Zitter, Cronachische EhrenCron, Cronach, 1661, S. 6.).

(25) Braun, a.a.O., S. 44.

mittler von Muffel und Moritz Kanne, daß sie ihn "nach aller Möglichkeit dahin bearbeiten sollen, ob es zu einem gütlichen verträglichen Vergleich oder Accord gelangen könne, denn da man auf den bishero geführten und behaupten Extremitäten wolle beharren, und es alles auf die Spitzen sezen, so würde es gegen Gott, dem Römischen Reich, auch den Stifft und deßen armen unschuldigen Unterthanen nicht zu verantworten seyn, daß man dieses uralte Stifft gleichsam vorsezlich in Grund verderben und einäschern laßen thäte" (26). Hastver berief sich natürlich auf die vom König gegebenen bindenden Befehle, daher mußte es die Aufgabe der nunmehr nach Kronach entsandten Vermittler sein, dort Kompromißbereitschaft zu suchen. Der Ton des markgräflichen Schreibens, das sie mit sich führten, war eher bittend und beschwörend als ultimativ fordernd: "Demnach aber und weil wir der Unschuldigen, auch eurer Weib und Kinder, wie ingleichen der ganzen Stadt Unheil und Ruin nicht gerne gönnen, sondern solches aus guter mit dem Stifft jederzeit gehaltenen Nachbarschafft so viel möglich abwenden helfen wolten; so werdet ihr dasselbige verhoffentlichen mit unterthänigen Danck erkennen und euch gegen unsern Obristen Muffel und Moriz Kanne, unsere Räthe, Hofmeister und Hauptmann zu Bayreuth, denen wir aufgetragen, ehe und zuvor es zu einem Ernst kommen solte, zwischen der Königl. Mayst. zu Schweden abgefertigten Commandanten und Obristen und euch zeitlichen zu tractiren, ob es zu einem erträglichen Accord gebracht und vermittelt werden könte, der Gebühr nach erweisen und accomodiren" (27).

Man merkt aus diesem Schreiben, wie schwer es Christian fiel, sich, wie er wiederholt betonte "auf Ordonnanz des Königs", in offene Feindseligkeiten mit dem Hochstift einzulassen. Wurde er denn nicht mit einem Angriff auf das Hochstift zu einem Zerstörer jener Ordnungen, deren Schutz und Sicherung er stets als seine erste Aufgabe betrachtet hatte? So hoffte er immer noch auf einen Erfolg der Vermittlung. Aber die Zeit für Vermittlung und Vergleich

(26) StAB, Rep. C48, Nr. 182, fol. 399/400: Mgf Christian an Statthalter und Räte zu Kronach, 26. 4. 32. Nach Kapp, De Variis Christiani M.B. Meritis etc., pag. 15/16, schrieb Christian zwei Briefe sub dato 6. 5. 32 an die Kronacher. Kapp gab beide wieder und nannte als Quelle: "Has duas epistolas **memorabile** e diario sumsi, quod durante oppugnatione Rosenbergae et Cronach habitum et scriptum est".
(27) Ebda.

war nun dahin. Seine Abgesandten kehrten ergebnislos aus Kronach zurück, und er mußte an ihrer Stelle, im Bunde mit Coburg und den Schweden, seine Truppen zur Belagerung vor die Mauern der Stadt und Festung senden. Etwa 600 Mann zu Fuß unter dem Kommando des Obersten Muffel rückten mit einigen Geschützen zu Kulmbach aus. Der Chronist Braun berichtet: "Dem Unternehmen schlossen sich auch an die Ausschüsse von Kulmbach, Hof, Bayreuth und anderen Orten, von denen allem Anschein nach mancher nicht wegen des Krieges, sondern wegen der lockenden Beute ausgerückt war. Unsere Führer waren überzeugt, daß der Feind die Belagerung nicht lange aushalten und daß die Eroberung ein sehr leichtes Stück sein werde" (28).

Am 17. Mai waren die Truppen vor Kronach versammelt, die Stadt aber war auf eine Belagerung wohl vorbereitet und wies alle Angriffe ab. Ja, die Belagerer selbst sahen sich wiederholt als die Überfallenen; denn die Kronacher, Besatzung und Bürgerschaft, verstanden es, scharfe Ausfälle zu machen und harte Entlastungsangriffe zu führen. Die Markgräflichen hatten bei Seibelsdorf ein Lager errichtet, das wahrscheinlich zur Aufnahme des aus der Markgrafschaft reichlich zufließenden Nachschubs an Verpflegung und Munition bestimmt war (29). Dieses wurde am 1. Juni von etwa 200 Mann zu Roß und zu Fuß überfallen und völlig verwüstet, ehe die Angreifer zurückgeschlagen werden konnten (30). Weiterhin nahmen die Bischöflichen, noch vor dem Abbruch der Belagerung der Stadt Kronach, von Steinwiesen, Wallenfels und Zeyern aus mit über 100 Mann ihre Einfälle in die Markgrafschaft schon wieder auf. Heinersdorf wurde geplündert, und 14 markgräfliche Musketiere, die die Grenze bewachten, wurden verwundet und mußten fliehen (31).

---

(28) Braun, a.a.O., S. 44/45.
(29) Holle, a.a.O., S. 37, entnahm aus Rector M. Christoph Langs "Geschichte der Stadt Wunsiedel im 30jährigen Krieg", Hof, 1774, S. 76, folgende Angaben: "Die Stadt Wunsiedel und die sechs Ämter allein hatten 100 Simra (= 232 Scheffel) Korn, 50 Eimer Bier und 109 Centner Fleisch in das Lager vor Kronach liefern müssen, wodurch ihnen eine Schuldenlast von 12,000 fl. erwuchs". Zur Lieferung von Waffen und Munition siehe Braun, a.a.O., S. 44, und StAB, Rep. C48, Nr. 191, fol. 4/5: Mgf Christian an Obrist Hastver.
(30) StAB, Rep. C48, Nr. 170: Gegenschreiber v. Seubelsdorf an Kanzler v. Feilitzsch, 22. 5. 32.
(31) StAB, Rep. C48, Nr. 185, fol. 289/290: Amtmann zu Lichtenberg, Hans von Pudewels, an Mgf Christian, 1. 6. 32. Vgl. Holle, a.a.O., S. 39.

Aber nicht nur die Kronacher selbst waren sehr rührig bei der Verteidigung ihrer Stadt, sondern auch die bischöflichen Beamten und Untertanen des gesamten Obermaingebietes schickten sich zur Hilfeleistung an. Vor allem der Vogt von Hollfeld und der Kastner zu Weismain sammelten bewaffnetes Landvolk und zogen auch den Ausschuß von Scheßlitz, etwa 300 Mann stark, der vordem in Bamberg gelegen hatte, zum Entsatz Kronachs heran. Als sich schließlich insgesamt etwa 600 Mann zusammengefunden hatten, marschierten sie in Richtung Kronach. Aber Muffel und Hastver hatten die Vorgänge bereits beobachten lassen und auch aus Kulmbach Bericht über dieses Volk erhalten. So ordnete Hastver 3 Kompanien Reiter ab, welche die anrückenden Scharen bei Tiefenklein und Burkersdorf überfielen und in die Flucht schlugen (32).

Alle Ereignisse vor Kronach wurden nicht nur vom Markgrafen und seiner Regierung, sondern auch von allen markgräflichen Untertanen des Oberlandes mit großer Anteilnahme verfolgt. War man allgemein zunächst voll Zuversicht gewesen, so verbreiteten sich bald Enttäuschung und Mutlosigkeit, als Muffels Regiment und der ihm unterstellte Landausschuß bei wiederholten Angriffen unter schwersten Verlusten zurückgeworfen wurden. Der Chronist berichtet: "Als die Bürger von Kulmbach und der übrige, des Krieges ungewohnte Haufen sahen, daß wenig Beute zu erhoffen, aber viel Gefahr zu bestehen sei, ließen sie ab von den Kronachern, die sie zuvor voller Zuversicht schon aufgefressen hatten, liefen heimlich auseinander und gingen nach Hause" (33). Am 12. Juni mußte diese erste Belagerung Kronachs dann schließlich abgebrochen werden, da die Beunruhigung im Lande selbst zunahm und vor allem an der Grenze der Oberpfalz so unerträglich wurde, daß das Regiment Muffel dort dringend eingreifen sollte (34).

(32) StAB, Rep. C48, Nr. 189, fol. 320/321: Beamte zu Zwernitz an Mgf Christian, 23. 5. 32; Nr. 191, fol. 6/7: Bericht aus Kulmbach an Hastver, 22. 5. 32; ebda., fol. 8/9: Obrist Hastver an Mgf Christian, 22. 5. 32. Vgl. Pöhlmann, a.a.O., S. 291/292, u. Looshorn, a.a.O. S. 262.
(33) Braun, a.a.O., S. 44/45.
(34) Ebda., S. 46. Vgl. zur 1. Belagerung Kronachs: Holle, a.a.O., S. 36; Bauer, Der Patriotismus der Stadt Kronach im Dreißigjähr. Krieg, Bamberg, 1846, S. 196, u. darin enthalten: Zitter, Cronachische Ehren Cron, Cronach, 1661; Fehn, Kurze Geschichte Feste Rosenberg, Lichtenfels, 1924, S. 11.

Während nämlich im Nordwesten des Oberlandes der Angriff der Markgräflichen und ihrer Verbündeten auf die Stadt Kronach im Gang war, unterlag das gesamte übrige Gebiet selbst schweren Angriffen und Verheerungen. Dabei gingen Plünderung und Raub schon häufig ebenso von schwedischen wie von kaiserlichen oder ligistischen Truppenteilen aus. Da lagen mehrere Abteilungen des Schaffmannschen Regiments der Schweden zum Schutz des Landes von Hof über Gefrees und Bindlach bis Pegnitz. Die Berichte über Ausschreitungen und Plünderungen, die von ihnen verübt wurden, liefen in Kulmbach fast so zahlreich ein, wie die Spezifikationen über die ihnen regulär gelieferten Lebensmittel (35). Besonders in Pegnitz fügte schwedische Reiterei, die dort im Quartier lag, den Bürgern Schaden zu. Sie wich dann einem Angriff des bayerischen Obersten von Schönburg, der zu Auerbach lag, so daß Pegnitz am 8. Juni dem Feind in die Hände fiel, geplündert und in Brand gesteckt wurde. 58 Bürgerhäuser brannten vollständig nieder, nur 35 Häuser blieben ganz oder teilweise erhalten (36).

Anfang Juni überfielen Kaiserliche auch die Gegend von Bayreuth und plünderten Emtmannsberg (37), und zur gleichen Zeit konnten nur die zur Hilfeleistung herbeigeeilten Ausschüsse von Hof, Münchberg und Weißenstadt eine Übergabe der Stadt Wunsiedel an den Kommandanten von Kemnath, Oberst von Schaumberg, noch verhindern (38), aber schon zog sich ein größeres Unheil über dem gesamten Sechsämterland zusammen. Mehr und mehr wurde die Festung Eger zum Zentrum einer starken Bedrohung des ganzen Ostens der Markgrafschaft. Zur Verteidigung des Zugangs durch die Egersenke bei Schirnding entsandte deshalb der Markgraf den Bayreuther Landausschuß. Als aber der kaiserliche Oberstleutnant Walther Buttler mit größeren Verbänden angriff, den Bayreuther Landausschuß vernichtend schlug und auch den Hofer Ausschuß, der zu Hilfe kommen sollte, zurück-

(35) StAB, Rep. C48, Nr. 170. Vgl. Holle, a.a.O., S. 38.
(36) Bauer, Geschichte der Stadt Pegnitz, S. 318 ff. Da in den 30jähr. Kriegsakten brdbg. Provenienz keine Unterlagen über die Zerstörung der Stadt vorhanden sind, stützt sich Bauer auf einen Bericht Schönburgs an Kf Maximilian v. Bayern, s.d. 8. 6. 32 (30jähr. Kriegsakten im Hauptstaatsarchiv München, Bd. 187) und auf das 7. Stadtbuch, Blatt 214.
(37) AOfr. 3. Bd., 2. Heft, 1846: Abschrift aus der Emtmannsberger Pfarregistratur, anno 1632.
(38) Holle, a.a.O., S. 39.

trieb, stand das ganze Sechsämterland der Überflutung durch die wilden Scharen der Kaiserlichen schutzlos offen. Viele Orte wurden geplündert, und selbst die Stadt Hof erlitt einen Überfall durch die Kroaten. Schlimmstes aber widerfuhr Thiersheim und Arzberg, welche am 21. und 23. Juni in Feuer aufgingen und fast vollständig niederbrannten. Am 28. Juni nahm Buttler dann, nach der Kapitulation und dem Abzug des örtlichen Landausschusses, die Stadt Wunsiedel ein. Durch Bezahlung von 3 250 Reichstalern konnte zwar die Einäscherung, nicht aber eine Plünderung verhindert werden. Der Schaden, den die Stadt nach mehrtägigem Aufenthalt der Kaiserlichen hatte, belief sich auf 15 000 Reichstaler (39). Nach Buttlers Abzug beschloß der Rat der Stadt Wunsiedel, um vor ähnlichen Überraschungen sicher zu sein, eine kaiserliche salva guardia zu kaufen. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf den Wert solcher Schutzbriefe, wenn sich die Stadtväter bald nach dem Kauf schon bitter beklagten, daß die zu Eger liegenden kaiserlichen Truppen die teuer erkaufte salva guardia nicht anerkannten und auf die weitere Entrichtung einer wöchentlichen Kontribution von 100 Reichstalern und 1 Fuder Hafer bestanden. Gleichzeitig hatte die Stadt aber auch noch anderen kaiserlichen Garnisonen Kontributionszahlungen zu leisten. Vielen Orten des Sechsämterlandes erging es in dieser Zeit ähnlich.

Als sich Ende Juni die bayerisch-ligistische Streitmacht unter der persönlichen Führung durch Kurfürst Maximilian mit der neugebildeten Armee Wallensteins in der Oberpfalz vereinigte, war die Lage der Markgrafschaft verzweifelt. Das freie Land war schutzlos der Willkür der Soldateska preisgegeben. Nur dort, wo das Warnsystem mit Glockenläuten, Sturmschlagen, Rauchzeichen, Büchsenschüssen und Hornblasen funktionsfähig geblieben war, konnten wenigstens bei rechtzeitiger Flucht der Bewohner in vorbereitete Verstecke oder in nahegelegene Städte größere Verluste vermieden werden. Aber auch die Städte, ja selbst die Plassenburg, konnten auf die Dauer keinen sicheren Schutz mehr gewähren, denn niemals vorher hatten solche umfangreiche, feindliche Truppenmassen in un-

(39) StAB, Rep. C48, Nr. 185, fol. 297/299: Bericht des Hauptmanns zu Wunsiedel an Mgf Christian, 12. 6. 32; StAB, Rep. A 245, Nr. 77/I: Leopolds Chronik; AOfr., 4. Bd., 1. Heft, S. 88, Urkunde XVII; Holle, a.a.O., S. 40/41.
(40) StAB, Rep. C48, Nr. 185, fol. 322/326: Beamte und Rat zu Wunsiedel an Mgf Christian, 20.8.32. Vgl. Holle, a.a.O., S. 49.

mittelbarer Nachbarschaft gestanden. In dieser Lage entschloß sich der Markgraf, seine Familie nach Nürnberg zu verbringen und ihr schließlich selbst dorthin zu folgen (41). Richtung Nürnberg zog dann auch das Heer unter Wallensteins Kommando ab und lag danach für Wochen im Lager an der alten Veste zu Zirndorf dem Heer des Schwedenkönigs gegenüber.

Während so im Sommer des Jahres die Heere der kriegführenden Parteien gebunden waren, blieb es in der Markgrafschaft relativ ruhig. Auch der Fürst kehrte vorübergehend wieder auf die Plassenburg zurück. Nur aus den südwestlichen Gebieten der Fränkischen Schweiz, aus Streitberg und Muggendorf, wohin von Zirndorf kleinere Einheiten streiften, liefen in Kulmbach Schadensmeldungen ein (42). Aber es war eine Ruhe vor neuen Stürmen, denn Wallenstein beschloß, sein Heer nach Sachsen zu führen, und der Weg dahin ging auch durch die Markgrafschaft.

Den Auftakt dieses großen Durchzugs der Wallensteinschen Scharen machte Graf Heinrich von Holk. Schon Mitte August traf das Holksche Korps, dessen Stärke mit 15 000 Mann angegeben wird, vor Hof ein (43) und mußte nach anfänglichem Widerstand der Stadt für 4 Tage in der Stadt und auf umliegenden Dörfern in Quartier genommen werden. Die Bürgerschaft hatte die Verpflegung und 5 000 Taler Brandschatzung zu bezahlen. Trotzdem kam es, wie das so üblich war, sowohl in der Stadt als auch in mehreren umliegenden Orten zu Übergriffen und Gewalttaten. Ein Augenzeuge, der Kastner Johann Gögel, schrieb an die markgräflichen Räte zu Kulmbach, die bei erneuter, längerer Abwesenheit des Fürsten aus dem Land die Regierung führten: "Was nun diese Armee um und in der Stadt Hof mit Rauben, Plündern, Sengen und Brennen, Niedermachung vieler armen unschuldigen Leuth, Abnahme aller Pferde und Wagenwerks, auch Verderbung des lieben Getreides, vor unüberwindlichen Schaden gethan, das ist nicht

(41) Siehe nächstes Kapitel: "Markgraf Christian in den Leidensjahren der Markgrafschaft"!

(42) Holle, a.a.O., S. 47.

(43) Daß der Weg dieser starken Armee, wie Holle, a.a.O., S.48, ohne ausreichende Quellenangabe feststellt, über Bayreuth, Kulmbach und Münchberg führte, muß verneint werden, da im StAB, außer einem Verzeichnis der Holkschen Truppen in Hof, keinerlei Hinweise zu finden sind. Es ist undenkbar, daß ein solch bedeutender Durchzug in den Akten ohne Spuren geblieben wäre. Auch Braun, a.a.O., S. 46, berichtet, daß Holk über Kronach und Helmbrechts zog, einzelne Streifscharen aber bis in die Gegend von Kulmbach vordrangen.

zu aestimiren noch zu beschreiben" (44). Selbst wenn man solchen Berichten, die oft unter dem Eindruck der Schrecken oder aus anderen, zuweilen recht durchsichtigen Gründen übertrieben, mit Vorsicht begegnen muß, steht doch unbezweifelbar fest, daß der Durchzug der Holkschen Armee dem Vogtland großen Schaden brachte.

Den Holkschen Truppen folgten andere kaiserliche Scharen, und schließlich brach Wallenstein selbst mit allen seinen Völkern auf und zog gegen Sachsen. Als Abteilungen seiner Armee Ende September das Gebiet um Kronach und Kulmbach erreichten, trat für kurze Zeit eine Pause in dem erbitterten Kleinkrieg, der sofort nach der Aufhebung der Belagerung Kronachs neu entbrannt war, ein; denn "panischer Schrecken vor den Wallensteinschen Scharen verbreitete sich über das Land, und Freund und Feind floh in die Wälder oder die Burgen" (45). Schnellstens wurden die Mauern der Stadt Kulmbach instand gesetzt, aber niemand wollte gern in der Stadt selbst bleiben, denn nur in der Plassenburg glaubte man sich noch sicher (46). "Das war ein elendes und jämmerliches Schauspiel zu sehen, wie ein großer Haufe von Menschen, Männer und Weiber, Brotlaibe, Kissen, Wiegen mit den schreienden Kindlein darinnen, Feldfrüchte, Kleidungsstücke und unzähligen anderen Hausrat mit sich schleppte; so stiegen sie eilend, schwitzend und keuchend, den steilen Berg hinan. Endlos war die Reihe der Wägen und Karren, die mit Lebensmitteln, Holz und Gefäßen aller Art beladen, zur Burg auf und ab fuhren..." (47). Kaum konnte man die in die Plassenburg flüchtenden Bauern und Bürger noch unterbringen, so sahen sich die markgräflichen Räte veranlaßt, eine erste, genaue, schriftlich fixierte Einfluchtordnung für die Untertanen und den landsässigen Adel zu erlassen (48). Schließlich wurde Kulmbach vom Feinde umschlossen und zur Übergabe aufgefordert aber Muffel, der Stadt und Festung mit 7 Kompanien verteidigte, lehnte eine Übergabe ab und beantwortete die Aufforderung mit Geschütz-

(44) Wir folgen bei der Darstellung der Ereignisse zu Hof den quellenmäßig wohlfundierten Ausführungen bei Dietlein, a.a.O., S. 77 ff.
(45) Braun, a.a.O., S. 53.
(46) StAB, Rep. C48, Nr. 184, fol. 38/39: Muffel an Mgf Christian, 17. 9. 32.
(47) Braun, a.a.O., S. 53.
(48) StAB, Rep. C48, Nr. 184, fol. 55-57: Ordnung, wie es mit den Flüchtigen zu halten sei, 24. 9. 32; fol. 59-61: Einfluchtordnung für den Adel, 24. 9. 32.

feuer von der Festung (49).

So konnte sich Kulmbach behaupten, während über Bayreuth schon am 20. September das Unglück hereingebrochen war. Auf dem Wege durch die Fränkische Schweiz war der kaiserliche Hofkriegsrat, Oberst Francesco del Caretto, Marchese de Grana, vor der Stadt angekommen. Die Bürgerschaft wagte keinen ernsten Widerstand, öffnete ihm die Tore und ließ die Schlüssel der Stadt übergeben. Da von der geforderten Brandschatzung von 8 000 Reichstalern nur 1 300 Reichstaler aufgebracht werden konnten, wurde die Stadt geplündert. Die Beute der Plünderer war groß, hatten sich doch viele Edelleute und auch manche vom Landvolk mit all ihrer Habe hinter die sicher geglaubten Mauern gerettet. Nun wurde alles geraubt. Auch das Vieh und die Pferde waren den Soldaten eine willkommene Beute. Als besondere Repressalie ließ der Marchese alle Edelleute, Geistlichen, markgräflichen Beamten und Ratspersonen verhaften und im Schloß gefangensetzen. Zur Zeit, da Bayreuth überfallen und geplündert wurde, verfiel auch das gesamte Bayreuther Umland dem gleichen Schicksal. Besonders übel erging es dabei Berneck und Lanzendorf, sie wurden niedergebrannt.

Als del Caretto am 22. 9./8. 10. von Bayreuth aufbrach, nahm er 23 angesehene Einwohner als Geiseln bis zur Bezahlung des Restes der Brandschatzung mit. Ebenso wurden alle Vorräte an Getreide, Wein und Bier mitgeführt. Das Schicksal der Gefangenen war hart. Obwohl sich Gustav Adolf und Markgraf Christian bei dem Herzog von Friedland um ihre Freilassung bemühten, wurden sie über viele Stationen schließlich nach Eger gebracht und erst im Dezember, nach Bezahlung einer Ranzion von 10 000 Reichstalern, wieder freigelassen. Der Superintendent Dr. theol. Johannes Stumpf über-

(49) Braun, a.a.O., S. 55. Daß Wallenstein persönlich vor Kulmbach erschien, wie Holle, a.a.O., S. 63, schreibt, und daß er die Stadt "unter furchtbaren Drohungen zur Übergabe aufforderte", ist quellenmäßig nicht zu belegen und auch kaum glaubhaft.

lebte die Freilassung nur um drei Tage (50).

Anfang Oktober erst zogen, nach weiteren Plünderungen um Kasendorf und Thurnau, die letzten Truppen Wallensteins, als sich das Gerücht von einem Anmarsch des Herzogs Bernhard von Weimar verbreitete, aus der Gegend von Bayreuth und Kulmbach eilend in das hochstiftische Gebiet um Kronach ab, wo Wallenstein selbst inzwischen eingetroffen war (51). Aber noch einmal berührten die Truppen unter dem persönlichen Befehl des Feldherrn das Gebiet der Markgrafschaft. Am 5./15. Oktober kam der Generalproviantmeister des Herzogs von Friedland in Hof an, um über die Proviantlieferung für die Armee zu verhandeln (52). Dann folgte der Generalquartiermeister, um in Hof und Umgebung Quartier zu machen. Schließlich zog am 9./19. Oktober Wallenstein selbst "mit den bei sich habenden Grafen, Herren und Officieren" in die Stadt ein. Natürlich kam es sowohl in der Stadt als auch im gesamten Umland zu Ausschreitungen der Soldateska und zu Schäden. Auch in Hof forderte man die Entrichtung von 1 500 Reichstalern Brandschatzung und nahm beim Abmarsch der Armee am 12/22. Oktober Geiseln mit, die zum Teil in der Haft umkamen (53).

Besser als dem Westen und Norden des Oberlandes erging es beim großen Heerzug Wallensteins nach Sachsen dem Süden und Osten. Soweit festzustellen, marschierten im September nur einige kleinere

(50) StAB, Rep. C48, Nr. 185, fol. 329-380: Verhandlungen mit Caretto, Berichte über die Plünderung Bayreuths usw. Ebda., Nr. 267: Die Brandschatzung der Stadt Bayreuth, ihre Aufbringung und die Auslösung der Geiseln betreffend. Die Einnahme Bayreuths und das Schicksal der Geiseln haben schon immer großes Interesse gefunden. So gibt es eine ganze Reihe von Veröffentlichungen: Holle, a.a.O., S. 52 ff; v.Hagen, Dr. J. Stumpf, der Märtyrer der Stadt Bayreuth im Jahre 1632, AOmkr., 1. Bd., 3. Heft, 1832, S. 118-146; Heinritz, a.a.O., S.45. Vgl. auch Holle, Geschichte der Stadt Bayreuth von den ältesten Zeiten bis 1792, Bayreuth, 1901 (2. Aufl.), S. 118 ff.
(51) ACfr. 4. Bd., 1. Heft, S. 92/93, Urkunden Nr. XX u. XXI.
(52) Er forderte, nach Dietlein, a.a.O., S. 90, von den markgräflichen Beamten und dem Rat nicht weniger als 100 000 Laib Brot, jeder zu 3 Pfund, 12 Eimer Wein, 400 Eimer Bier, 100 Stück Rindvieh, 200 Schafe, 4 Zentner Schmalz, 50 Gänse, 300 alte und 200 junge Hühner, 25 Paar Tauben, 12 Schock Eier, 10 Scheiben Salz, 2 Zentner große Lichter usw. Innerhalb von 2 Tagen sollte alles bereitgestellt sein.
(53) Dietlein, a.a.O., S. 89 ff.

Einheiten, die Gallas unterstanden, aus der Oberpfalz durch das Sechsämterland nach Böhmen oder Sachsen (54). Dafür dauerten hier aber unvermindert die Überfälle und Brandschatzungen des markgräflichen Gebietes durch die Kommandanten und Beamten oberpfälzischer Orte fort. Muffel, der mit seinem Regiment nach dem Abbruch der Belagerung Kronachs den Schutz dieser Grenze übernommen hatte, war auf die Kunde vom Anrücken der Wallensteinschen Armee schnellstens wieder nach Kulmbach abgezogen, so lag das ganze Gebiet an der Grenze zur Oberpfalz dem Zugriff der Bayern offen, und zahlreiche Orte von Neustadt am Kulm über Weidenberg, Creußen und Pegnitz, ja selbst in der Gegend um Bayreuth, wurden im Herbst und Winter 1632 von ihnen fast täglich gebrandschatzt, geplündert und verheert (55). Nur durch regelmäßige Kontributionszahlungen war es schließlich selbst den größeren Städten möglich, eine wenigstens relative Sicherheit zu gewinnen (56). Daran änderte sich auch nicht viel, als der schwedische Oberstleutnant von Rosen zeitweise den Schutz des Gebietes übernahm; denn seine "Abwehraktionen" bestanden im allgemeinen in Überfällen und Brandschatzungen oberpfälzischer Orte (57).

So tobte auch hier an der Grenze zur Oberpfalz, wie im Westen an der zum bischöflichen Gebiet, ein fortgesetzter, erbitterter Kleinkrieg. Und doch bestand dabei ein wesentlicher Unterschied, der nicht übersehen werden darf. Während der Kleinkrieg im Westen des Landes mehr als ein "Volkskrieg" der bischöflichen und markgräflichen Untertanen angesprochen werden muß, wurden alle feststellbaren Aktionen an der Grenze zur Oberpfalz und nach Böhmen ausschließlich von militärischen Befehlshabern oder örtlichen Beamten durchgeführt. Ob das in der Art der Überfälle oder in ihren Auswirkungen

(54) StAB, Rep. A 245, Nr. 77/I: Leopolds Chronik. Vgl. Holle, a.a.O., S. 66.
(55) StAB, Rep. C48, Nr.183, fol. 10/11: Überfallung und Plünderung der Statt Creußen, 1632; AOfr., 4. Bd., 1. Heft, S. 90, Urk. XIX: Bericht der fürstl. Räte an Mgf Christian, 5.10.32; AOfr., 3. Bd., 2. Heft, S. 79 ff: Pfarrer Beck von Emtmannsberg schreibt in seinem Tagebuch: "Darauf haben wir vor Unsicherheit und feindlichen Einfall der Pfälzer, die täglich eingefallen und oft viel Fuder Getraid in einem Tag in allen Dörfern weggeführt, uns in die Stadt Bayreuth begeben müssen" (S. 82).
(56) AOfr., 4. Bd., 1. Heft, S. 96, Urkunde XXVII.
(57) Braun, a.a.O., S. 63.

sehr verschieden war, mag dahingestellt bleiben, immerhin ist es insofern aufschlußreich, als es beweist, daß sich in diesen Jahren des Krieges zwischen den Bewohnern der Markgrafschaft und den rekatholisierten Bewohnern der Oberpfalz noch keine religiöse Spannung herausgebildet hatte, ja, es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß die Bevölkerung beider Gebiete sogar nach wie vor in bestem Einvernehmen und oft auch in heimlichem Einverständnis lebte (58).

Haß und Feindschaft der Bevölkerung und damit eine fortgesetzte, starke Spannung herrschten aber überall an den Grenzen gegen das Hochstift, von den Gebieten der Fränkischen Schweiz um Streitberg und Muggendorf (59) bis in den nördlichen Frankenwald. Hier flammten allenthalben mit dem Abmarsch der Wallensteinschen Truppen die Feindseligkeiten erneut voll auf. So klagte Braun: "Vom Angriff der äußeren Feinde waren wir nun frei, trotzdem konnten wir nur wenig aufatmen vor den Heimsuchungen des Krieges, denn unserem Nacken drohte das Joch der feindseligen Nachbarn, die auf täglichen Streifzügen gegen die benachbarten Bauern mit Feuer und Schwert wüteten. Niemand wehrte ihnen, denn die Garnison von Kulmbach, der selbst das Räuberleben zur Gewohnheit geworden war, wollte den Feinden von Weismain und Kunstadt und anderen nicht an Grausamkeit nachstehen. Sie verwüsteten die Dörfer, trieben das Zugvieh davon, raubten die Höfe aus, jagten die Bewohner davon und schlugen Öfen, Fenster und was sonst zur menschlichen Notdurft gehört, in Trümmer. Weit und breit hörte man die Bauern ihr unglückseliges Los beklagen, von deren Hab und Gut jene tapferen Kriegshelden ihre Mannschaften erhielten" (60).

(58) Dazu gibt Bauer, Geschichte der Stadt Pegnitz etc., S. 318 ff, einige Beweise. Er schreibt: "Von unseren, im Herzen selbst noch der neuen Glaubenslehre angehörigen oberpfälzischen Nachbarn wollte sich für die katholische Partei "khein Underthan zu einiger Khundschafft, man biethe ihme ahn, was man wolle", herbeilassen, so daß man sich von dieser Seite"der Bambergischen benachtbarten sovil es sein kan", bedienen mußte" (Das Zitat entnahm Bauer einem Bericht des bayer. Obersten v. Schönburg an Kf Maximilian, Auerbach, 8. 6. 32, im Hauptstaatsarchiv zu München, 30jähr. Kriegsakten, Bd.187).
(59) Bauer, a.a.O., S. 329 ff.
(60) Braun, a.a.O., S. 55/56.

Aus der Fülle der Ereignisse seien nur folgende Einzelaktionen genannt: Am 7. 10. führten die Kronacher in der Nacht bei Schwarzenbach und Lippertsgrün gegen 100 Stück Vieh weg. In derselben Nacht griffen sie mit etwa 100 Bauern Hermesgrün und das Dorf Langenbach an. Die Markgräflichen leisteten hier Widerstand und töteten einige Feinde (61). Kirchleus wurde im September und Oktober zu wiederholten Malen geplündert und angezündet, wobei viele Einwohner umkamen (62). Zur Vergeltung nahm eine Abteilung der Muffelschen Soldaten Marktschorgast ein, plünderte den Ort aus und trieb alles Vieh mit fort. Der achtzigjährige Bürgermeister Müller wurde mit 6 Mann vom Ausschuß niedergemacht, zwei von ihnen wurden geschunden. Den Pfarrverweser führte man mit 14 Einwohnern nach Kulmbach (63). Am 5. 12. wurde Untersteinach von den Kronachern überfallen und mit dem Schloß in Brand gesteckt, worauf die Kulmbacher umgehend das bischöfliche Stadtsteinach ausraubten (64).

Solche gegenseitige Vergeltungsaktionen mußten den Haß fortwährend steigern und die völlige Vernichtung des Gegners immer erwünschter erscheinen lassen. So blieb es schließlich nicht nur bei Raub- und Verheerungszügen, sondern man brachte nun auch, soweit es möglich war, reguläre Truppen der kriegführenden Parteien zur eigenen Verstärkung heran und schlug regelrechte Schlachten. So fanden die Markgräflichen einen Bundesgenossen in dem schwedischen Oberstleutnant von Rosen, der, von der oberpfälzer Grenze zurückgekehrt, nun im Schlosse Wernstein lag. Er fügte mit seinen Soldaten den Bewohnern des Hochstifts großen Schaden zu und versuchte selbst die Stadt Weismain, wenn auch vergeblich, im Handstreich zu nehmen. Als seine Angriffe von den Bewohnern des Hochstifts, vor allem von Burgkunstadt und Weismain aus, heftig erwidert wurden, griffen

(61) StAB, Rep. C48, Nr. 185: Bericht des Amtmanns von Pudewels zu Lichtenberg, 27. 9. 32, und Bericht des Amtmanns von Pudewels zu Lichtenberg, 29. 9. 32. Letzterer Bericht findet sich gedruckt im AOfr., 4. Bd., 1. Heft, S. 92, Urk. XX.
(62) Kapp, Kappii Analecta etc., pag. 13. Vgl. Holle, a.a.O., S.64.
(63) StAB, Rep. C48, Nr. 170: Beschwerdeschrift des Statthalters Wolfg. Phil. Fuchs von Dornheim an Mgf Christian, 15. 9. 32. Vgl. Holle, a.a.O., S. 64.
(64) Braun, a.a.O., S. 58.

am 21. 11./1. 12. etwa 400 Bauern aus dem Maingrund um Kulmbach zu den Waffen, um die Einfälle der Bischöflichen abzuwehren. Den bischöflichen Untertanen und Soldaten aber war es gelungen, den bayerischen Oberstleutnant Friedrich von Schlez aus Forchheim mit 800 Mann zu Roß und zu Fuß und einem Feldstück als Verbündeten zu gewinnen. In Weismain vereinigte er sich mit dem Bamberger Landvolk und zog den Maingrund hinauf. Das Kulmbacher Landvolk, im Irrtum über die Zahl der Feinde, warf sich ihnen entgegen. In der sich entspinnenden Schlacht beim Dorfe Schwarzach wurden die Markgräflichen völlig geschlagen, und viele von ihnen mußten ihr Leben lassen (65). Der Chronist berichtet: "Ich habe dem Gemetzel, kaum 3 oder 4 Meilen entfernt auf einer Anhöhe stehend, zugeschaut. Äcker und Weinberge waren rot vom Blut der Erschlagenen, und allenthalben war das Gelände mit verstümmelten Leichen bedeckt (66).

Der im Schlosse Wernstein liegende Oberstleutnant von Rosen hatte sich besonders durch seine Kontributionen, die er den Bewohnern des nördlichen Hochstifts auferlegte, verhaßt gemacht. Ihm tat es nun der Kommandant der Besatzung von Burgkunstadt, Generaladjutant und Leutnant Pierre de la Fontaine, gleich. Kaum war von Rosen im Dezember abgezogen, schrieb de la Fontaine an den Verwalter des Schlosses Wernstein und sogar an Hans Heinrich von Künsberg persönlich und forderte sie auf, "bei Straf des Schwerdt und Feuer" vor ihm zu erscheinen und mit ihm einen Akkord wegen einer wöchentlichen Kontribution abzuschließen. Auch an den Bürgermeister und die Räte zu Kulmbach schickte er mehrere Schreiben, in welchen er mitteilte, daß er von der kaiserlichen Generalität nach

(65) Auch die "Bauernschlacht bei Schwarzach" hat in der Heimatgeschichtsschreibung großes Interesse gefunden, doch hat sich mancher Irrtum eingeschlichen. Als Quellen können gelten: Brauns Tagebuch, S. 57/58, und die Chronik des Amtsbürgermeisters zu Weismain, Reichard Fuchs (AOfr. III/2, 1846, S. 86 ff). Interessant ist, wie sich die beiden Quellen, je nach Partei, unterscheiden. Während Braun natürlich den Weismainern die Schuld an dem Gemetzel mit zuschreibt, berichtet Fuchs , daß Oberst v. Schlez "ohne Wissen vnd Zuthun derer von Weismain benachrichtigt worden" sei. Nach Braun rückten etwa 300 Bauern aus, von denen "mehr als 150" fielen, während Fuchs von 400 Bauern, "deren bei 300 niedergehauen"wurden, berichtet. Vg. Holle, a.a.O., S. 68 ff.

(66) Braun, a.a.O., S. 57/58.

Burgkunstadt entsandt worden sei, um "das Landt Culmbach nicht allein feindtlich zu tractirn und vorzunehmen, sondern auch alle rebellierende Örtter mit Schwerdt und Feuer heimbzusuchen", und daß er hinfort gegen ein einziges hochstiftisches Haus ein ganzes markgräfliches Dorf anzünden werde. Die Räte erklärten daraufhin in einem Antwortschreiben, daß Kulmbach keine Schuld an den Feindseligkeiten treffe, sondern daß es immer nur Repressalien gegen die Überfälle der Nachbarn, die stets alle Freundlichkeiten und Gefälligkeiten der Kulmbacher nur übel vergolten hätten, zu ergreifen gezwungen worden sei (67).

Auch mit dem Statthalter von Kronach entwickelte sich im Dezember eine sehr rege Korrespondenz der fürstlichen Räte, die ihrerseits den nunmehr in Dresden weilenden Markgrafen eingehend darüber unterrichteten. Man führte stets wechselseitig über alle vom Gegner verübten Grausamkeiten Beschwerde und forderte einander zur Einstellung aller Feindseligkeiten auf. Wirklich wurde es dann um die Jahreswende etwas ruhiger (68).

(67) StAB, Rep. C48, Nr. 185, fol. 416-420: Fontaine an Bürgerm. und Räte zu Kulmbach, 6. 12. 32; ebda., Nr. 170: Bericht der Räte an Mgf Christ., 29. 12. 32; AOfr., 4. Bd., 1. Heft, S. 94/95, Urk. XXIII-XXVI; Braun, a.a.O., S. 60.
(68) Ebda.

2. Markgraf Christian in den Leidensjahren seines Landes

Wie das Jahr 1632 ganz allgemein für die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach ein Jahr der schweren, entscheidungsvollen Krise genannt werden darf, da das fernere Schicksal des Landes und seiner Bewohner ausschließlich von den Möglichkeiten des Überlebens abhing, so muß es auch im ganz persönlichen Bereich des Markgrafen als schweres, entscheidungsvolles Krisenjahr gelten. Der Fürst hatte mit unablässigem Bestreben dem Chaos des Krieges zu wehren versucht, nun, da er es nicht mehr länger eindämmen konnte, mußte auch er sich auf die neue Gegebenheit eines Zusammenbruchs aller Ordnungen einstellen, mußte sich als Landesherr und vor allem als Mensch mehr denn jemals zuvor einer Bewährungsprobe unterziehen. Hat sich Markgraf Christian in den Leidensjahren seines Landes bewährt? Die sicherlich nicht einfache Beantwortung dieser Frage wird in hohem Maße das historische Bild des Markgrafen Christian von Brandenburg-Kulmbach mitbestimmen.

Es wurde bereits angedeutet, daß der Fürst viele Monate des Jahres 1632 aus seinem Land abwesend war. Schon als Tilly Ende Februar gegen Bamberg vorrückte, um die Schweden aus der Bischofsstadt zu vertreiben, dachte Christian daran, wenigstens seine Familie von der Plassenburg nach Dresden in Sicherheit zu bringen. Ein reger Briefwechsel mit dem Kurfürsten von Sachsen über diese Frage begann (69). Als sich dann aber die Lage wieder etwas stabilisiert hatte, verblieb die markgräfliche Familie vorerst noch auf der Plassenburg. Im Juni jedoch ließ der Einbruch der Buttlerschen Scharen ins Sechsämterland einen weiteren Verbleib der Familie im Lande sehr bedenklich erscheinen. Eine Reise nach Dresden war aber nun auch sohon recht gefährlich geworden. So wandte sich der Fürst am 23. Juni an seinen Rat Agricola in Nürnberg: "Nachdeme die Gefahr unßerem Landt sich ie lenger ie mehr nähert, auch unßere Sechß Ämbter und die Stadt Hof von dem Keyßerlichen Volckh nunmehro feindlichen angefallen, unterschiedliche Ämbter darinn zuegrundt ruiniret und in die Aschen geleget worden, alß weren wir

(69) StAB, Rep. C48, Nr. 185, fol. 249-251: Mgf Christian an Kf von Sachsen, 20. 2. 32.

bedacht, unßere freundliche herzvielgeliebte Gemahlin und fürstliche Kinder uff eine Zeitlang nach Nürnberg zu verschaffen" etc. (70). Aber der Fürst schloß sich dann seiner Familie selbst an und begab sich mit seiner gesamten Hofhaltung, mit insgesamt 157 Personen und 143 Pferden, auf Umwegen über Coburg, Königshofen, Schweinfurt, Kitzingen nach Nürnberg, wo er Anfang Juli eintraf. Der weite Umweg und wiederholte Verzögerungen der Reise ergaben sich durch die große Unsicherheit auf allen Straßen. Von Coburg aus erteilte der Markgraf seinen Kriegs- und Hofräten in Kulmbach genaue Anweisungen für die Zeit seiner Abwesenheit (71).

Die Nachricht über die Abreise des Fürsten verbreitete sich in Windeseile im ganzen Land. Ihre Wirkung schildert uns Braun recht deutlich: "Der Markgraf selbst, von Kind auf mehr zur Jagd als zu strategischen Studien erzogen, entschloß sich, diesem Kriegssturm durch die Flucht auszuweichen, packte seine Sachen zusammen, befahl die Plassenburg, die stärkste von allen seinen Festungen, seinem Adel und begab sich mit Weib und Kind und großem Gefolge nach Dresden zum Kurfürsten. Das war am 18. Juni 1632. Die unerwartete Abreise des Fürsten in einer so gefährlichen Zeit steigerte die Angst der Untertanen aufs höchste. Allenthalben klagten sie, vom Feind seien sie rings umher eingeschlossen und bedrängt, und ihr Fürst lasse sie im Stich, von dem sie doch Trost und Schutz in ihrer Bedrängnis erwarten müßten. So glichen die Herzen der Untertanen einem Schiff, das ohne Steuermann und ohne Mast in Ängsten unter den wilden Kriegsfluten dahintrieb" (72).

Welch harte Kritik am Markgrafen spricht aus diesem Tagebucheintrag eines seiner Zeitgenossen! Auch der heutige Betrachter mag schnell geneigt sein, dieser Kritik zuzustimmen. Aber selbst dann, wenn er es nicht tut, sondern allein die Tatsache der Abreise des Fürsten nach Nürnberg sprechen läßt, wie es Holle macht (73), liegt darin schon eine stille Anklage. Jedoch das Bild, das sich

(70) StAB, Rep. C48, Nr. 170: Mgf Christian an Agricola, 13. 6. 32. Vgl. AOfr., 4. Bd., 1. Heft, S. 88, Urk. Nr. XVII.
(71) StAB, Rep. C48, Nr. 190: Verschiedene Akten, die Reise der fürstl. Familie betreffend; Nr. 192, fol. 26/27: Fourirzettel der Reise nach Nürnberg; Nr. 170: Instruction, darnach sich die Veste und hochgelärthe unßere respective Geheime Kriegs-vnd Hoffräthe in unßerem Abwesen achten und richten sollen, Coburg, 21. Juni 1632.
(72) Braun, a.a.O., S. 46.
(73) Holle, a.a.O., S. 42.

nach Braun und Holle ergibt, ist einseitig und schief. Der Zeitgenosse des Markgrafen durchschauen die Zusammenhänge nicht, konnte oder wollte sie nicht durchschauen. Das wird schon offenbar in der falschen Angabe, daß der Fürst nach Dresden abgereist sei. Braun kann gar oft der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er sich allzu schnell der irrtümlichen Meinung des gequälten und murrenden Volkes anschloß, ohne kritisch zu prüfen. So blieb er häufig durchaus subjektiv befangen. Der spätere Betrachter konnte hier viel objektiver urteilen. Aber Holle wollte ja nicht urteilen, er wollte nur die Tatsachen sprechen lassen, nach den Motiven der Abreise des Fürsten fragte er nicht. So führen bei ihm die Tatsachen ihre eigene, mißverständliche Sprache.

Will man nicht nur feststellen, daß der Fürst nach Nürnberg reiste, sondern auch, warum er reiste, so muß man sich mit den Ereignissen, die der Abreise unmittelbar vorausgingen, beschäftigen, vor allem aber muß man die Instruktion, die der Markgraf seinen Räten für die Zeit seiner Abwesenheit gab, genau ansehen. Die mißglückte Belagerung Kronachs und die Einfälle der Kroaten in das Sechsämterland ließen den Markgrafen zweifellos mit aller Deutlichkeit erkennen, daß eine Landesrettung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften unmöglich war. Woher nur konnte dann die Rettung kommen? Seit dem Anschluß an die Schweden gab es nur einen Mann, der dem völligen Ruin des kleinen Landes steuern konnte, der das Schicksal des Territoriums und seiner Bewohner in den Händen hielt: Gustav Adolf. So ging das Sinnen und Trachten des Markgrafen ganz dahin, den Schwedenkönig zu überzeugen, daß ein besserer Schutz des Landes gewährleistet werden müsse. Er bestürmte Gustav Adolf förmlich in persönlichen Schreiben wie auch durch Abgesandte, sich des Landes anzunehmen, und er war schließlich beglückt, als er hoffen durfte, daß der König, der mit seiner Armee auf dem Wege nach Nürnberg war, durch einen persönlichen Besuch auf der Plassenburg der Landesverteidigung neuen Rückhalt geben könnte. Der König sollte königlich empfangen werden. So rief der Fürst am 21. Juni in einem Ausschreiben alle Angehörigen des Adels auf, sich für den erhofften Besuch des Königs auf der Plassenburg "mit Knechten und Pferden uffs beste gebuzet und außgerüstet der-

gestaldt in gueter Bereitschaft zu halten". Am nächsten Tag erging dann der Befehl, am 23. Juni zu Kulmbach zu erscheinen, "weilln wir dann nunmehro diese Nachrichtung, das Ihre Königl. Mayst. mit der Armee Ihren Weg nicht weit von hier nehmen, auch unß bei solcher Occasion zuesprechen dörfte" (74).

Der erhoffte Besuch des Königs in dieser Stunde höchster Drangsal erfolgte nicht, und tiefe Enttäuschung mag sich des Markgrafen bemächtigt haben. Gustav Adolf muß sich aber beim Markgrafen für sein Nichterscheinen in einem Schreiben, das nicht mehr auffindbar ist, entschuldigt haben. Darin riet der König selbst dem Fürsten, seine Familie zur Sicherheit nach Nürnberg zu verbringen und sprach auch die Bitte auf ein persönliches Zusammentreffen in der alten Reichsstadt aus. So lesen wir in der Instruktion für die Räte, daß der Markgraf auf "wohlmainendes Erinnern" Gustav Adolfs, auch auf das Gutachten der Anverwandten und anderer wohlgesinnter Personen aus wichtigen Gründen die fürstliche Familie von der Plassenburg an einen sicheren Ort verbringen lassen wollte. "Wir auch, indeme unß unßer albereit zimblich verderbdt und ruinirtes Landt zu schüzen und unßere arme Underthanen von fremder Gewaldt zu erretten, kein ander Mittel vor dießmal haben und finden können, als das wir unß bey Christlichen und Evangelischen Potentaten und Befreundten umb Rath, Hülff und Aßistenz bewerben müßen, und deßwegen unß in der Persohn erhoben, und einen Weg zue Hochgedacht Ihrer Königl. Mayst., die mit dero Armee in der Nähe, zu nehmen, darbey eigentlichen nicht wißen können, wann und zue welcher Zeit wir wiederumb nach unßerer Vestung und Residenz Plaßenburg gelangen möchten" (75).

(74) StAB, Rep. C48, Nr. 184, fol. 29/30: Ausschreiben an den Adel, 11. 6. 32; fol. 31/32: Adel wird nach Kulmbach aufgeboten, 12. 6. 32. Vgl. AOfr., 4. Bd., 1. Heft, S.87, Urk. Nr. XVI; Holle, a.a.O., S. 42.

(75) StAB, Rep. C48, Nr. 170: Instruction etc., Coburg, 21. 6. 1632. Daß der König den Markgrafen in Nürnberg erwartete, geht aus der im Akt Nr. 190 gesammelten Korrespondenz hervor. Schließlich sei noch verwiesen auf Kapp, De Variis Christiani etc., pag. 11/12, wo, allerdings mit falscher zeitlicher Beziehung, Angaben über ein Zusammentreffen des Mgf und des Königs gemacht werden (vgl. oben, Anmerkung III/31!)

Die von Braun mit harten Worten getadelte "Flucht" des Markgrafen hatte also den recht realen Grund, dem Land unbedingt, durch eine persönliche Aussprache mit dem König, nachhaltige Hilfe und wirksamen Schutz zu schaffen. Daß sie durchaus nicht überstürzt und leichtfertig vor sich ging, beweist wieder die umfangreiche, sinnvolle Instruktion, nach welcher die Räte Müffling, Muffel, Dr. Baum, Dr. Benckendorf und Stadtmann gemeinsam die Regierung führen und dem Markgrafen mindestens alle Tage einmal genauen Bericht geben sollten, wo immer er sich auch aufhalten mochte. Sie gab gründlichste Anweisungen, was in jedem möglichen Fall zu tun sei (76), wies nachdrücklich auf die Bedeutung der Plassenburg für die Landesverteidigung hin und machte die Einhaltung aller Vorschriften des Fürsten über den Selbstschutz der Untertanen zur unbedingten Pflicht. Alles in allem, sie stellte durchaus nicht das Schreiben eines Fürsten dar, der sein Land feige im Stich ließ.

Wie es die Instruktion gefordert hatte, entwickelte sich dann auch tatsächlich zwischen dem abwesenden Markgrafen und seinen Räten eine sehr rege Korrespondenz, nach deren Umfang man annehmen darf, daß der Fürst über alle Vorkommnisse im Land jederzeit unterrichtet war und daß er auch stets seine persönliche Stellungnahme den Räten mitteilte (77). Leider scheint er aber über seine Begegnung mit Gustav Adolf, die zweifellos stattfand, in schriftlicher Form keine näheren Angaben gemacht zu haben. Und doch läßt sich feststellen, daß der Fürst entweder keine Zusagen des Königs für einen wirksamen Schutz des Landes bekam, oder daß er mit den gegebenen Zusagen nicht zufrieden war; denn kaum war er - wohl im August - nach Kulmbach zurückgekehrt (78), als sich seine ganze Hoffnung

(76) Selbst für den Fall, daß auf der Plassenburg das Bier knapp werden sollte, sorgte der Fürst vor und bestimmte, was dann "an gering und schlechten Wein bieß man daz Bier wiederumb erlanget" pro Offizier und Mann auszugeben sei. So sollten bekommen: Ein Kapitän 3 Maß Wein und 6 Maß Bier, ein Leutnant 2 Maß Wein und 2 Maß Bier, ein Sergeant 3 Maß Bier, ein Korporal 2 Maß Bier, ein Soldat 1 Maß Bier pro Tag. Was mag da wohl ausgegeben worden sein, wenn kein Mangel herrschte? Fürwahr, auch ein Stück Kulturgeschichte!

(77) StAB, Rep. C48, Nr. 190, fol. 449-455: Verzeichnis der abgefertigten Postsachen.

(78) StAB, Rep. C48, Nr. 190, fol. 542/543: Der undatierte Fourirzettel der Rückreise weist 140 Personen, davon 89 Reisige, und 50 Kutschenpferde aus.

und sein volles Interesse auf eine persönliche Beratung mit dem Kurfürsten von Sachsen und dem Kurfürsten von Brandenburg richteten. Offensichtlich ging es ihm nun auch nicht mehr ausschließlich um Möglichkeiten der militärischen "Landesrettung", sondern vorwiegend um politische Lösungen, deren Richtung man allerdings nur erahnen kann. Jedenfalls setzte wieder eine rege Korrespondenz mit vielen evangelischen Fürsten des Reiches ein, während mit den Schweden kaum mehr eine engere Verbindung bestand (79).

Auch die markgräfliche Familie hatte Nürnberg wieder verlassen. Sie war aber nicht in die Markgrafschaft zurückgekehrt, sondern nach Dresden weitergereist. Als dann Wallensteins Scharen das Land schrecklich bedrohten, begab sich auch der Fürst über Lichtenberg, Lauenstein nach Erfurt und von dort schließlich nach Dresden. Auch dieses Mal erteilte er vor dem Verlassen des Landes von Lauenstein aus seinen Räten genaue Anweisungen und forderte sie vor allem auf, die Plassenburg aufs äußerste zu verteidigen (80). In Erfurt mußte er wegen der großen Unsicherheit seine Reise vorübergehend einstellen. Er nützte die Zeit, indem er sowohl auf schriftlichem Wege als auch durch persönliche Gesandte mit einer großen Zahl evangelischer Fürsten, z.B. den Herzögen Ernst und Albrecht zu Sachsen-Weimar, dem Herzog von Sachsen-Coburg, den Kurfürsten von Sachsen und von Brandenburg und dem Markgrafen Siegmund von Brandenburg in Verbindung trat. Sein besonderes Augenmerk aber richtete der Markgraf nun auf Herzog Bernhard von Weimar, den er am 9. 10. 32 von Erfurt aus dringend bat, seinem bedrängten Land zu Hilfe zu eilen. Zwischen beiden Fürsten entwickelte sich dann in der Folgezeit eine fortdauernde, enge Verbindung (81).

(79) StAB, Rep. C48, Nr. 170: Hier findet sich der Schriftverkehr vom Herbst des Jahres 1632.
(80) StAB, Rep. C48, Nr. 185, fol. 340/341: Anweisungen des Mgf an das Ratskollegium zu Kulmbach, Lauenstein, 22. 9. 32. Vgl. Holle, a.a.O., S. 65.
(81) StAB, Rep. C48, Nr. 170: Mgf Christian an Hzg Bernhard von Weimar, 29. 9. 32. Dieser Akt enthält auch zahlreiche Kreditiv- und Rekreditivschreiben des Markgrafen vom September bis Dezember 1632. Außer in Rep. C 48, Nr. 170 finden sich auch in Rep. C48, Nr. 195 eine Reihe von Kommunikationsschreiben des Mgf mit Hzg Bernhard von Weimar.

Im Oktober setzte der Fürst seine Reise von Erfurt über Naumburg nach Dresden fort. Kaum war er dann dort angekommen, als die Heere Wallensteins und Gustav Adolfs am 16. November bei Lützen zur Schlacht antraten und der Tod des Königs eine veränderte Situation schuf. War jetzt für die evangelischen Reichsstände nicht die Zeit gekommen, aufs neue die Vorstellung einer mehr oder weniger unabhängigen dritten Kraft im Reich zu verwirklichen? Christian war gerade rechtzeitig am Hofe des Kurfürsten Johann Georg von Sachsen eingetroffen, um teilzuhaben an den intensiven Verhandlungen, die nach dem Tode Gustav Adolfs in Dresden stattfanden. Am kurfürstlichen Hof kamen und gingen in den Wintermonaten 1632/33 die Abgeordneten der evangelischen Reichsstände und der Schweden unablässig, ja, der schwedische Reichskanzler Oxenstierna selbst, der soeben vom schwedischen Reichsrat die Vollmacht zur Leitung des Krieges übertragen bekommen hatte, erschien in den letzten Tagen des Dezember (82). Sicher nützte auch Markgraf Christian die Gelegenheit zu vielen persönlichen Aussprachen, denn er war in dieser Zeit, wie schon der erstaunliche Umfang seiner Korrespondenzen zeigt, sehr tätig (83). Welchem Zweck aber dienten seine vielseitigen Sondierungen? Christian strebte wieder einmal dem Fernziel einer engeren Verbindung der evangelischen Reichsstände und eines Ausgleichs mit dem Kaiser zu. Dabei traf er sich mit den Plänen und Absichten des Kurfürsten. Aber wichtiger erschien dem Markgrafen zunächst doch wohl das Nahziel, seinem Land, solange sich der Ausgleich nicht verwirklichen ließ, einen besseren militärischen Schutz und eine starke Hilfe von außen zu schaffen. Und mit diesem Wunsch fand er offensichtlich in Dresden kein Gehör.

So sandte er am 14. Januar 1633 den Geheimrat Dobenecker an den Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg und den Markgrafen Siegmund von Brandenburg, damit eine persönliche Aussprache der Fürsten für den Frühling 1633 vorbereitet werde. Das umfangreiche Memoriale

(82) Moriz Ritter, Deutsche Geschichte usw., 3. Bd., S. 550.
(83) StAB, Rep. C48, Nr. 195, bietet den Großteil dieser Korrespondenz, die vom Markgrafen von Dresden aus geführt wurde.

Dobeneckers gab eingehende Analysen der politischen und militärischen Situation im Reich und zeigte deutlich den Wunsch und Willen des Fürsten, einen stärkeren Rückhalt am Stammhaus Brandenburg zu gewinnen, das seinerseits geneigt war, eher mit den Schweden, als mit dem Kurfürsten von Sachsen zusammenzuarbeiten (84).

Als der Markgraf dann im April in Kölln an der Spree zur Besprechung mit seinen Verwandten eintraf, erfuhr die politisch-militärische Lage in Süddeutschland soeben eine Umgestaltung, durch welche auch die Markgrafschaft wesentlich mit betroffen wurde. Gegen die Abmahnung Kursachsens, aber mit Billigung Kurbrandenburgs, schickten sich die Schweden an, im oberdeutschen Raum eine echte Koordination aller evangelischen Kräfte und damit eine bessere Gewährleistung der Sicherheit zu schaffen. So versammelten sie die evangelischen Stände der vier oberländischen Kreise unter dem Vorsitz Oxenstiernas und im Beisein des französischen Gesandten im März und April zu einem Bundestag in Heilbronn. Trotz des kursächsischen Einspruchs war bezeichnenderweise auch die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach dort durch den Geheimrat Agricola vertreten, der sehr eifrig beitrug zu den Beratungen, wie eine bessere Sicherheit zu erreichen sei, weniger eifrig jedoch wollten das Land und sein Fürst zu den entstehenden neuen finanziellen Lasten beitragen. Die Formel vom "völlig ruinierten Land" ließ sich bei allen Verhandlungen einerseits ebenso zur Unterstreichung der unbedingten Notwendigkeit eines besseren Schutzes wie andererseits zur bedingungslosen Abweisung aller finanziellen Forderungen der Bundesmitglieder gebrauchen (85). Der endgültige Abschluß des "Heilbronner Bundes" erfolgte am 25. April. Die Auswirkungen für die Markgrafschaft machten sich in der Folge tatsächlich durch eine wesentlich engere Bindung an die anderen evangelischen Stände Süddeutschlands und vor allem an die Schweden geltend. Bald schon

(84) Ebda., fol. 6-13: Memoriale für Dobenecker, Dresden, 4. 1. 1633.
(85) StAB, Rep. C47 (Unionsakten!), Nr. 81. Siehe besonders: Herrn Marggraf Christian F. Gn. absonderlich Votum uber den 3. und 4. Punct Hn. ReichsCanz. Excell. Proposition. Übergeben den 22. Marty 1633. Auch StAB, Rep. C48, Nr. 183, fol. 22-ff: Hier findet sich die gesamte Korrespondenz mit Agricola.

wurde Moritz Kanne, zunächst als Vertreter der Fürsten- und Grafenbank des Fränkischen Kreises zu einem in Heilbronn beschlossenen consilium formatum, darauf bis zu seinem Tod im Januar 1634 als persönlicher Gesandter des Markgrafen bei Oxenstierna, nach Frankfurt delegiert (86). Auch Agricola führte in den kommenden Monaten zunächst in Frankfurt und später in Würzburg, wo sich die Stände Frankens im Februar 1634 wieder einmal zu einem allgemeinen Kreistag zusammenfanden, mit politischen und militärischen Führern der Bundesgenossen rege Verhandlungen (87).

Mit der Entwicklung der Lage im süddeutschen Raum im Frühjahr 1633 war ein weiteres Verbleiben des Markgrafen in Kölln an der Spree nicht nur unnötig, sondern höchst unangebracht geworden. Sicher hatten sich schon während der Verhandlungen zu Heilbronn die Schwierigkeiten einer schnellen Nachrichtenübermittlung vom und zum Fürsten recht störend bemerkbar gemacht. So begab sich Christian im Mai auf die Rückreise nach Kulmbach, nicht ehe er noch einmal, allerdings wieder erfolglos, versucht hatte, die Hilfe Kursachsens für einen die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach wesentlich entlastenden Vorstoß des Herzogs Wilhelm von Weimar nach Böhmen zu erreichen (88).

Erfolgreich aber war er dann wenigstens in dem Bemühen, Herzog Wilhelm zu einer weiteren Belagerung der Stadt Kronach zu vermögen. Auch diese zweite Belagerung entsprach ganz und gar seinen Plänen für eine merkliche Entlastung seines Landes, und er setzte große Hoffnungen darauf, denn Kronach stellte nach wie vor den "Rückhalt aller Feinde" dar. Dabei war er sich mit erstaunlicher Klarheit bewußt, was ein Fehlschlag der Belagerung für die Markgrafschaft in der Zukunft bedeuten mußte (89). Etwa zu der Zeit,

(86) StAB, Rep. C48, Nr. 197, fol. 13: Bestallung und Revers des Moritz Kanne zum consilium formatum, 30. 6. 33; fol. 16-35: Instruktion für M. Kanne, 1. 7. 33.
(87) StAB, Rep. C48, Nr. 200: Korrespondenz mit Agricola. Der Rezeß des Fränkischen allgemeinen Kreiskonvents, d.d. 28.2.1634, findet sich bei Moser, a.a.O., S. 180 ff.
(88) StAB, Rep. C48, Nr. 195, fol. 50/52: Mgf Christian an Kf von Brandenburg, Erfurt, 9. 5. 33.
(89) Ebda., fol. 64/67: Mgf Christian an Kurbrandenburg, 20. 5. 33.

da diese Belagerung, von der noch eingehender die Rede sein wird, aufgehoben werden mußte, nämlich im Juni 1633, kam der Fürst wieder auf der Plassenburg an. So erlebte er bei seiner Rückkehr sicher eine große Enttäuschung, aber sie wurde umgehend aufgewogen durch die Freude, die ein endlich erreichtes Geschenk des Bundesgenossen Oxenstierna am markgräflichen Hof auslöste.

Die Schenkung hatte eine längere Vorgeschichte. Schon im Januar und Februar 1632 hatte nämlich Brandenburg-Ansbach mit Nürnberg Streitigkeiten wegen des Distrikts zwischen den drei Wassern der Rednitz, Schwarzach und Schwabach bekommen und hatte sehr bald das Gesamthaus Brandenburg gegen die Reichsstadt auf den Plan geführt, wobei Markgraf Christian, sich vor allem auf seine Mitvormundschaft für seinen Neffen Friedrich von Brandenburg-Ansbach berufend, zum Wortführer wurde. Nach eingehender Kommunikation mit der Markgräfin-Witwe Sophia und ihrer Regierung suchte Christian dann bei Gustav Adolf eine Entscheidung des Streitfalles zugunsten Brandenburgs zu erreichen. Zu diesem Zweck entsandte er Moritz Kanne zum Schwedenkönig und berief sich sowohl auf ein altes Anspruchsrecht, das sich einst Markgraf Albrecht vertraglich vom Kaiser gesichert hatte, als auch auf die Verdienste Brandenburgs "in dem gemeinsamen langwierigen Kriegswesen". Am 10. 3. 1632 erfolgte dann eine Resolution des Königs, in welcher er dem Markgrafen sechs Bamberger Halsgerichte als Entschädigung für die geleisteten Dienste in Aussicht stellte, ihn aber aufforderte, zugunsten der gemeinsamen Sache der evangelischen Reichsstände jeden Anspruch auf den genannten Distrikt gegenüber Nürnberg aufzugeben (90). Das Angebot klang recht verlockend, handelte es sich doch um Orte, die zum großen Teil in der direkten Nachbarschaft Kulmbachs lagen und die als wichtige Werbe- und Musterplätze für Muffels Regiment schon hohe Bedeutung gewonnen hatten. So stellte der Markgraf umgehend den sechs bischöflichen Halsgerichtsorten Obersteinach (Stadtsteinach), Kupferberg, Marktschorgast, Marktleugast, Ludwigschorgast und Enchenreuth, da sie durch

(90) StAB, Rep. C48, Nr. 187, bietet die Korrespondenz zur Vorgeschichte; die Resolution des schwedischen Königs findet sich fol. 14/15, sie datiert vom 29. 2. 1632.

starke Kontributionszahlungen zum Unterhalt der markgräflichen Soldaten großen Schaden erlitten hatten, im Einverständnis mit ihren Bewohnern und unter ausdrücklicher Gewährung der Religionsfreiheit einen Schutzbrief aus und bereitete die Übernahme vor (91) Gleichzeitig entsandte er den Erbmarschall von Künsberg und die Geheimräte Kanne und Dobenecker zu Gustav Adolf, um den versprochenen Donationsbrief des Königs so schnell wie möglich zu erlangen (92). Aber sei es, daß die Ereignisse des Krieges die Gesandtschaft an den König verhinderten, sei es, daß der Markgraf noch nach Mitteln und Wegen suchte, die Halsgerichte zu gewinnen, ohne auf das mit Nürnberg umstrittene Gebiet zu verzichten, jedenfalls wurde die ganze Angelegenheit zunächst ergebnislos aufgeschoben. Im Frühsommer 1633 aber erschien dann die Zeit günstig, um bei Oxenstierna einen neuen Vorstoß zur Befriedigung der Gebietsansprüche zu machen. So wurden Dr. Rittershausen und Moritz Kanne beauftragt, in Frankfurt diesbezüglich vorzusprechen (93). Im Juni konnten sie dann den Donationsbrief der schwedischen Regierung nach Kulmbach übermitteln (94).

War der Markgraf mit dieser Erwerbung hochstiftischen Gebietes nicht seinen Grundsätzen der Mäßigung und des Ausgleichs endgültig untreu geworden? Hatte er nicht teilgenommen am allgemeinen großen Übel der Zeit, dem erbarmungslosen Raub am Nächsten? Im ganzen Hochstift mag es so angesehen worden sein. Und vielleicht sahen es selbst des Markgrafen eigene Untertanen, soweit sie in ihrem Jammer die Erwerbung überhaupt zur Kenntnis nahmen, ebenso an. Braun jedenfalls, der sonst alle Vorkommnisse genau verzeich-

(91) StAB, Rep. C48, Nr. 190, fol. 337-343: Schutzbrief für die Halsgerichtsorte, 27. 5. 32; fol. 334: Erhebung über den Zustand der 6 genannten Halsgerichtsorte.
(92) StAB, Rep. C48, Nr. 187, fol. 30-34: Memoriale und Kreditiv der Gesandtschaft an den König, 15. 6. 32.
(93) Ebda., fol. 85-92: Instruktion für Dr. Rittershausen u. Kanne, 17. 6. 33.
(94) Das Original des Donationsbriefs ist in den Akten nicht auffindbar, doch liegt Rep. C48, Nr. 187, fol. 133/134, die Abschrift eines Donationsbriefes von Oxenstierna an Brdbg.-Ansbach vom 22. 6. 1633 vor. Dieser Mgschft. wurden darin verschiedene ehemals eichstättische Gebiete zugesprochen. Gleichzeitig muß auch die Donation an Brdbg.-Kulmbach erfolgt sein. Trotz der beiden Schenkungen der schwed. Krone, währte der Streit mit Nürnberg fort.

nete, erwähnte in seinem Tagebuch die gewonnenen Halsgerichte mit keinem Wort. Was sollte er sich schließlich auch darum kümmern? Hatten die Untertanen des Markgrafen irgendeinen Nutzen davon? Was sie verlangten, war immer noch die Gewährleistung der Sicherheit. Und gerade damit sah es nach des Fürsten Rückkehr zur Plassenburg schlimmer aus denn je. Er freilich saß dort oben auf der nahezu unbezwinglichen Burg sicher, aber sein Land wurde ein Raub der Feinde, wie er nun das Land der Feinde berauben ließ. So wandte sich der allgemeine Groll rings im Land gegen ihn, und die Tagebucheinträge Brauns geißeln das Verhalten des Fürsten in dieser Zeit äußerster Not mit den härtesten Worten: "Und der Landesherr drückte die Augen zu und schlief auf beiden Ohren. Ihn rührte weder das bittere Elend seiner Untertanen, noch die völlige Verödung seines Landes. Galt es, das Seinige zu verteidigen, diesen Blutsaugern und Räubern mit Worten oder mit Waffengewalt entgegenzutreten, so schien ihm gleich sein Leben in Gefahr zu sein ..." (95), und "In diesen allgemeinen Kriegsläuften und Fährlichkeiten hielt sich nun die höchste Stelle, von der das Wohl des ganzen Volkes abhängt, von der man Hilfe und Trost bei so verzweifelter Lage erwarten muß, hinter den Bollwerken der Festung auf, wie dereinst die entarteten Frankenkönige, versunken in die Lockungen seiner Genüsse; er opfert seinem Bacchus, macht sich ein lustiges Leben und schiebt alle Sorge um seine Untertanen und sein verwüstetes Land von sich, als ob noch gar nichts geschehen wäre; und nicht wenige stimmen ihm bei und bestärken den blinden Fürsten in seinem Irrtum" (96), und "In diesem Elend betrachtete sich der Markgraf von oben herab den Jammer seiner Untertanen und das ungeheuere Verderben der ganzen Gegend und ließ sich's wohl sein und wurde alt und stumpf unter Gastereien und unter den Amusements des Hofes wie ein zweiter Ukalegon ..... Diese übergroße Indolenz des Fürsten wird noch gesteigert durch ungetreue Ratgeber, die das Verderben des Landes mit kluger Beredsamkeit zu verkleinern, ja zu verbergen wissen, um mit ihrer verderblichen Liebedienerei sich die Gunst ihres Herrn zu verdienen. Sie versprechen ihm goldene Berge, um sein Herz von ernstlichen Sorgen um das Staatswohl

(95) Braun, a.a.O., S. 75.
(96) Braun, AOfr., 32. Bd., 3. Heft, 1935, S. 29.

weg in eine unheilvolle Sicherheit zu bringen, zum unermeßlichen Schaden der Untertanen, die wie Schafe ohne Hirten ihre Fährlichkeiten beklagen und in den Schlupfwinkeln der Wälder oder in den rauhen Bergen trübselig sich herumtreiben müssen, ohne Obdach, ohne Lebensmittel, ohne Hilfe und ohne Trost" (97).

So geht es fort und fort bei Braun, und Braun war immerhin ein Mann, dem wir, seiner Bildung und Lebenserfahrung und besonders seiner Stellung als hochangesehener Geistlicher gemäß, zutrauen dürfen, daß seine Urteile nicht durchweg unbegründet und nur vom "Haß des kleinen Mannes" diktiert waren. Außerdem ist wohl zu vermerken, daß der Markgraf und der Pfarrer aus Melkendorf keinerlei persönliche Kontroversen gehabt haben können, sonst wäre Braun nie und nimmer 1637 als Superintendant nach Bayreuth berufen worden. Freilich muß andererseits noch einmal betont werden, daß das Tagebuch unter dem Eindruck verwirrender Schrecken des Krieges entstand, daß es eine subjektive Stellungnahme zu den großen und kleinen Ereignissen der Zeit darstellt und daß der Verfasser aus seiner Perspektive, wie es das Beispiel der "Flucht" des Markgrafen zeigte, die tieferen Zusammenhänge der Vorgänge häufig nicht erkennen konnte. So sah er wohl um sich das Elend der Bauern, und er gewahrte, wie sie ihre Fäuste drohend und murrend zur sicheren Plassenburg, hinter deren starken Mauern der Fürst residierte, erhoben, aber er konnte nicht wissen, daß eben dieser Fürst immer wieder seine Hilferufe an die großen und mächtigen Verbündeten aussandte, die allerdings meist ohne Echo blieben (98). Wenn aber die Initiative des Markgrafen zur Rettung des Landes wirklich einen großen und mächtigen Kriegsherren fand, der helfen wollte, dann blieb doch der militärische Erfolg versagt. So führte Herzog Bernhard von Weimar im Jahre 1634 persönlich eine dritte Belagerung Kronachs durch, ohne sein Ziel einer Einnahme der Stadt erreichen zu können. Eine Lösung der Probleme des Landes und seiner von der Geißel des Krieges hart getroffenen Bewohner erwies sich eben als unmöglich. Kein Vorwurf kann den Markgrafen deshalb treffen.

(97) Ebda., S. 33.
(98) StAB, Rep. C48, Nr. 195: Korrespondenz des Markgrafen mit Kursachsen, Kurbrandenburg u.a. in den Jahren 1633/34. Alle Vorgänge im Land wurden genau mitgeteilt, stets wurde die Bitte um "Succurs" erneuert (Vgl. z.B. fol. 94-95 und fol. 42-44!).

Wohl aber muß ihn der Vorwurf treffen, daß er sich nach seiner Rückkehr zur Plassenburg, immer nur auf eine Lösung im großen hoffend, in allen Fragen des Bevölkerungsschutzes mehr und mehr passiv verhielt. Und wären nicht gerade jetzt, und sei es auch nur im kleinsten und bescheidensten Rahmen, wirksame Abwehrmaßnahmen notwendiger denn je gewesen? Waren nicht in den vorangegangenen Jahren schon recht gute Ansätze dazu gemacht worden? Brauns Aufzeichnungen lassen erkennen, daß selbst in der nächsten Umgebung von Kulmbach in den Jahren 1634/35 keine durch den Markgrafen oder seine Räte organisierten oder gar geleiteten Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung bestanden. Man überließ es ausschließlich den Bauern selbst, Wache zu halten, Alarm zu schlagen und sich zu verteidigen oder durch die Flucht zu retten. Sicher war das das allgemeine Los der Landbevölkerung im Dreißigjährigen Krieg, soweit sie außerhalb des Bereichs bedeutender Städte oder Festungen lebte. Aber Kulmbach hatte doch starke Mauern, und es hatte vor allem eine Garnison unter Muffels Befehl. Sollte es wirklich nicht möglich gewesen sein, daß diese dem bedrängten Landvolk bei Überfällen zu Hilfe kam? Braun berichtet wiederum in vielen Variationen, daß Dörfer vor den Toren Kulmbachs brannten und Bauern von den Feinden niedergemacht wurden, und doch konnte kein Signal, keine Botschaft, die Kulmbacher Garnison bewegen, obwohl ihr die Feinde zahlenmäßig unterlegen sein mochten, zum Schutze des Landvolks auszurücken. Dafür war sie aber umso eifriger damit beschäftigt, selbst Beute zu machen, denn all ihre Aktionen waren nur noch Raubzüge ins feindliche Gebiet (99). Das schuf mit Recht schwere Erbitterung gegen "Muffel und seine Spießgesellen", aber mit Recht auch Vorwürfe gegen den Fürsten selbst, der sie gewähren ließ und sich damit den allgemeinen Gepflogenheiten der Zeit unterwarf.

Erfüllte so der Fürst auf dem inneren Sektor der Landesrettung schon 1633 die Hoffnungen und Erwartungen seiner Untertanen durchaus nicht mehr, so unternahm er auf dem äußeren Sektor, in Verbindung mit den Herzögen Ernst und Bernhard zu Sachsen-Weimar - letzterer auch Herzog von Franken - im Februar 1634 mit der

(99) Unter vielen derartigen Berichten bei Braun sei nur hingewiesen auf AOfr., 32. Bd., 2. Heft, 1934, S. 58 und 62, und AOfr., 32. Bd., 3. Heft, 1935, S. 48.

Berufung des schon erwähnten allgemeinen Konvents der Stände Frankens nach Würzburg noch einmal einen letzten, verzweifelten Versuch, die Kreisverfassung zu beleben und den Kreis wieder in den Dienst der Sicherheit zu stellen. Aber diese Versammlung führte nur zur Erkenntnis der "notorischen Impossibilität" einer wirkungsvollen Zusammenarbeit, und ihr mageres Ergebnis war schließlich: "... daß diejenigen, so noch in etwas bey Mitteln, die andern, welche totaliter ruiniret und erschöpfet, damit ihnen etwas Respiration wiederfahren möge .. unter die Armen zu greiffen sich erkläret" (100).

Der Ausgang dieses Kreiskonvents und der Fehlschlag der dritten Belagerung Kronachs im Frühling 1634 beraubten den Fürsten zweifellos seiner letzten Energie und ließen ihn weitgehend resignieren. Diese Entwicklung ergibt sich jedenfalls, außer durch Brauns fortgesetzte Vorwürfe, nun auch eindeutig aus dem Studium der Akten. Man vermißt jetzt die Sorgfalt und Reichhaltigkeit der fürstlichen Erlasse früherer Jahre, und man beobachtet ein auffallendes Zurücktreten des Fürsten, der sonst doch alle wesentlichen Angelegenheiten selbst geführt hatte, hinter seine Räte und besonders hinter Muffel. Sicher trug dazu nicht zuletzt auch seine lange Abwesenheit bei, während welcher die Räte doch häufig selbständig handeln mußten (101).

Dieses Bild des Markgrafen ist bei Dietlein in die Territorialgeschichtsschreibung eingegangen. Mit einem Ton der Erbitterung stellt der gewissenhafte Bearbeiter der Hofer Stadtgeschichte fest: "Von dem Landesfürsten hatte die Stadt Hof keine Hilfe zu erwarten. Er spielte während der Kriegsjahre, nur beseelt von dem Bestreben, sich und seine Familie in Sicherheit zu bringen und zu retten, eine ziemlich klägliche Rolle" (102). Hätte Dietlein einmal das Urteil nachgelesen, das Peetz, ein anderer eifriger Bearbeiter der Geschichte der Markgrafschaft, abgab, so wäre er

(100) Moser, a.a.O., S. 180 ff: Receß des Fränck. allgemeinen Crays-Convents, d.d. 28. 2. 1634.
(101) StAB, Rep. C48, Nr. 202-207. Man vergleiche nur einmal rein umfangmäßig die Akten früherer Jahre mit denen des Jahres 1634!
(102) Dietlein, a.a.O., S. 27.

sicher sehr erstaunt und vielleicht sogar recht erbost gewesen: "Also in einem feinen Herzen wohnte die treueste Fürsorge um die Wohlfahrt des Fürstentums Bayreuth bei dem Durchlauchtigen Herrn Markgrafen. - Nimmer wurde er müde - davon zeugen noch viele erhaltene Resolutionen und Befehle - das Beste zu ersinnen, zu fördern und dem schlimmen Hemmnis zu wehren, getreulich sorgte sein väterlich Herz für der Bildung Gedeihen und der Religionspflege würdigen Stand, und zur guten wie zur bösen Zeit, bei Sturm und auch bei Sonnenschein, ist er an des Regimentes Ruder gesessen" (103). So erstaunlich gegensätzlich diese zwei Urteile sind, sie stehen in ihrer Art durchaus nicht allein da! Die Urteile, die Dietlein und Peetz in gegensätzlichster Form über den Fürsten Christian abgeben, finden eine Entsprechung in den Urteilen Weigels und Vehs über den Menschen Christian. Während nämlich Weigel betont: "Markgraf Christian war nicht aus hartem Holz geschnitzt" (104), behauptet Veh: "Schon von Natur aus war er eine kraftvolle Persönlichkeit" (105).

Nun, alle diese Widersprüche finden ihre Erklärung, wenn man bedenkt, daß die genannten Historiker Markgraf Christian unter sehr verschiedenen Aspekten und manchmal auch in ganz verschiedenen Abschnitten seiner Regierungszeit sahen. Während Veh sein Urteil im wesentlichen auf das Verhältnis des Fürsten zu den Ständen aufbaute, kannte ihn Weigel vorwiegend als den großen Zauderer zu Beginn des Krieges, Peetz übte sich mehr oder weniger bewußt als Panegyriker des überaus fleißigen Landesvaters Christian, aus dessen Kanzlei zahlreiche Resolutionen und Befehle ergingen,

(103) Peetz, a.a.O., S. 133. Peetz beruft sich bei den genannten Resolutionen und Befehlen in einer Fußnote bezeichnenderweise auf eine fürstliche Proposition vom 10. Juni 1620: "Markgraf Christian setzt in keinen Zweifel, Dero liebe Landschaft und Unterthanen werden bis dato in der Tat verspürt haben, wie hoch seine Fürstl. Gnaden die Zeit ihrer Regierung und unabsetzlich sich lassen angelegen sein, damit sowohl insgemein von dem lieben Vaterland teutscher Nation als auch insonderlich in Dero von Gott anvertrauten Land und Fürstenthum die christliche Religion, der werthe Fried und der allgemeine Wohlstand durch alle dienstlichen Mittel und Wege möge erhalten und fortgepflanzt werden!"
(104) Weigel, Franken, Kurpfalz etc., S. 179.
(105) Veh, AOfr.,34. Bd., 1. Heft, 1939, S. 51 (Zusammenfassung).

während für Dietlein sehr entscheidend war, was der Fürst in den schwersten Kriegsjahren ganz im besonderen für die Stadt Hof tat oder nicht tat.

Es gilt zu einer eingehenden und umfassenden Betrachtung zu kommen und dabei besonders das Wesen dieses Fürsten in seiner vollen Inadäquatheit mit dem Wesen der Zeit zu erkennen! Markgraf Christian besaß als Mensch und Fürst ausgeglichenes Mittelmaß, und seinem Wesen waren alle Extreme fremd, aber sein Schicksal stellte ihn in eine wildbewegte Zeit, die reich war an außergewöhnlichen Situationen wie kaum eine andere. Er war von Natur aus gut begabt, zeigte Interesse und Pflichtbewußtsein, und war durch seine Erziehung auf seine Aufgaben als Landesvater wohl vorbereitet, aber er sah sich Aufgaben gegenüber, deren Lösung für einen Fürsten seiner Stellung unmöglich sein mußte. Markgraf Christians besondere Domäne waren die Rechtssprechung und die Verwaltung, so schenkte er seinem Land eine Kanzlei- Hof- Gerichts- Polizei- Münz- Tax- Forst- und Bergwerksordnung (106), aber er mußte erleben, daß Gesetz und Verwaltung schließlich in den chaotischen Verhältnissen der Zeit völlig zusammenbrachen. Er war ein Mann der Ordnung, die letztlich in der religiösen Sphäre auf den Fundamenten seines evangelischen Glaubens ruhte, in der politischen Sphäre aber auf der Idee von Kaiser und Reich. Diese Ordnung durch Vermittlung und Ausgleich zu fördern, schien ihm erstrebenswertestes Ziel, sie zu stören oder aufzuheben, schien ihm schrecklicher Frevel. Als er aber schließlich selbst, in die alternative Entscheidung gestellt, zu einem Zerstörer dieser Fundamentalordnung werden mußte, konnte er sich nur noch in Passivität und endlich in Resignation retten. Markgraf Christian war seinem innersten Wesen gemäß ein Fürst des Friedens, aber die Herren des Krieges prägten seine Zeit.

(106) Rentsch, a.a.O., S. 693.

3. Die Kriegswirren 1633 - 1635

Die Schlacht von Lützen war im Spätjahr 1632 geschlagen worden, Wallenstein zog ab nach Böhmen, die Bayern hielten die Oberpfalz, Bernhard von Weimar marschierte nach Franken und schuf sich dort sein Herzogtum. Das Oberland der Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach war damit für das Jahr 1633, durch seine Lage zwischen den Ausgangsstellungen der kriegführenden Parteien, zum ständig umstrittenen und von allen verwüsteten Kampfgebiet bestimmt. Im allgemeinen hielten die Schweden seinen Westen und die Kaiserlichen seinen Osten besetzt, doch stießen sie immer wieder gegenseitig in das feindliche Gebiet vor und streiften durch das ganze Land. Städte und Dörfer wechselten so in einem Monat oft bis zu zehnmal ihre Besatzung (107). Aber für die Einwohner war es zu dieser Zeit schon völlig gleichgültig, ob das Land von Schweden oder Kaiserlichen besetzt war, denn beide gaben sich an Vernichtungswut und Grausamkeit nichts nach.

Zu Beginn des Jahres 1633 wurde die Markgrafschaft, mit Ausnahme der Städte Kulmbach, Bayreuth und Creußen, von den Kaiserlichen beherrscht (108). Besonders zu leiden hatte dabei wieder das Sechsämterland, wo mehrere Kroatenregimenter unter dem zu Arzberg liegenden Obersten Corpus Quartier bezogen hatten (109). Diese Truppen raubten und erpreßten allenthalben Geld und Lebensmittel, und alle Städte und Dörfer, die selbst nicht mit Einquartierung belegt waren, mußten starke Kontributionszahlungen leisten. Welche Lasten dabei einzelne Gemeinden auf sich nahmen, um durch äußerste finanzielle Opfer einer angedrohten Einquartierung zu entgehen, wird am Beispiel der Stadt Hof deutlich. Die Bürger schätzten sich dort noch glücklich, als es nach längeren Verhandlungen mit Oberst Corpus gelang, die Stadt zunächst durch eine Zahlung von 90 Reichstalern "von 10 tagen zu 10 tagen", dann aber von 100 und schließlich von 200 Talern pro Woche vom Feinde frei-

(107) Dietlein, a.a.O., S. 98 ff.
(108) Holle, AOfr., 4. Bd., 2. Heft, 1849, S. 5 und S. 70, Urkunde XXVIII: Kurtze summarische Erzählung der verlaufenen Jahren ab anno 1632.
(109) StAB, Rep. A 245, Leopolds Chronik. Vgl. Holle, a.a.O., S.5.

zuhalten. Trotzdem ließen sich aber gelegentliche Einquartierungen dadurch nicht ausschließen (110).

Selbstverständlich unternahmen die im Sechsämterland liegenden Kroaten immer wieder Streifzüge durch das gesamte Oberland der Markgrafschaft. Es gab wohl kaum einen kleineren Ort, den sie nicht heimsuchten. Besonders schlimm hausten sie im Januar in der Gegend von Bayreuth. Weidenberg und Bindlach, Goldkronach, Berneck und Gefrees wurden geplündert (111).

Bayreuth selbst wagten sie allerdings nicht anzugreifen. Dort lag zu dieser Zeit der schwedische Oberstleutnant Reinhold von Rosen, der soeben aus dem Schlosse Wernstein angekommen war, mit zahlreichen Reitern im Quartier. Er hielt auch Creußen besetzt und schützte zwar die beiden Städte, war aber nicht geneigt, auch das Umland zu schützen; denn von Bayreuth und Creußen aus unternahm er seinerseits lieber weite Plünderungszüge in das Gebiet der Oberpfalz (112).

In der Gegend von Kulmbach flammten nach kurzer Ruhe schon im Januar die lokalen Auseinandersetzungen wieder auf. Die Weismainer plünderten die Dörfer Peesten und Proß, und auch Besatzung und Bürger von Burgkunstadt beunruhigten wieder die markgräflichen Orte (113). Da machte sich hier der Vorstoß der Schweden nach Franken zugunsten der Markgräflichen bemerkbar. Kronach widerstand zwar Anfang Februar einem Ansturm der auf Bamberg marschierenden Scharen Herzog Wilhelms zu Sachsen-Weimar unter der Führung Wilhelm von Lohausens und Claus Conradt Zorn von Bullachs, und auch Weismain konnte noch rechtzeitig seine Tore schließen, aber Mainroth, Altenkunstadt und Burgkunstadt wurden von den Schweden besetzt und geplündert, wobei letzteres in Flammen aufging (114). Am 9. Februar mußte sich Bamberg den Schweden erge-

(110) Dietlein, a.a.O., S. 99 ff.
(111) StAB, Rep. C48, Nr. 183, fol. 16/17 und Nr. 195, fol. 494-497.
(112) Bauer, Geschichte der Stadt Pegnitz usw., S. 333.
(113) Braun, a.a.O., S. 62/63.
(114) Ebda., S. 63.

ben. Damit veränderte sich die Lage, wenigstens für den Westen des Oberlandes der Markgrafschaft, wieder einmal grundlegend; denn Bernhard von Weimar war, in Verbindung mit Muffel und der Kulmbacher Garnison, fest entschlossen, jeden Widerstand der Bischöflichen im Obermaingebiet zu brechen.

Zuerst sollte Weismain genommen werden. So wurden Anfang März Bürgermeister und Rat der Stadt durch ein persönliches Schreiben Herzog Bernhards aufgefordert, die Stadt gutwillig zu übergeben. Aber sie lehnten ab. Dann rückte der Herzog persönlich aus Bamberg an, und Muffel zog ihm aus Kulmbach zu. Auch der Herzog von Coburg entsandte eine Abteilung. Am 8./18. März wurde die Stadt eingeschlossen. Am nächsten Morgen griffen Dragoner aus Kulmbach das untere Tor an, mußten bei heftigem Widerstand aber zurückweichen. Im Verlauf des Tages erfolgten dann mehrere Aufforderungen zur Übergabe, die die Weismainer abwiesen oder ausweichend beantworteten. Nach einer starken Beschießung am darauffolgenden Morgen kam es schließlich zu einem Vertrag, der den Belagerern gegen das Versprechen einer Schonung der Bürger und Soldaten die Tore der Stadt öffnete. Der Herzog forderte nach der Einnahme als Lösegeld zunächst 12 000, dann 5 000 Reichstaler, zog aber schließlich nach Erlegung einer Summe von 3 729 Reichstalern ab nach Kulmbach, wo er bei Abwesenheit des Markgrafen vom Festungskommandanten von Muffel mit allen Ehren empfangen wurde.

Oberst Muffel übernahm nach dem Abzug der Schweden zunächst die Besetzung der Stadt Weismain und legte unter Hauptmann von Reichenbach 3 Kompanien Fußvolk und einige Dragoner dorthin. Später lösten sich Kulmbacher und Schweden wiederholt als Besatzung ab. Erst im August 1634 wurde Weismain geräumt, als sich eine größere Abteilung der Kaiserlichen näherte. Die Zeit der Besetzung dauerte demnach fast 1 ½ Jahre (115).

(115) Die beiden Quellen, Braun, a.a.O., S. 67 ff, und die Chronik des Weismainer Amtsbürgermeisters Reichard Fuchs (AOfr., 3. Bd., 2. Heft, S. 92 ff) weichen in der Darstellung der Vorgänge nicht wesentlich voneinander ab, wohl aber in ihrer Motivierung. Während Fuchs den Markgräflichen vorwirft, daß sie "schon so viele Jahre her ein großes Verlangen gehabt, die Herrschaft der Stadt zu gewinnen", begründet Braun die Notwendigkeit der Belagerung so: "Bürger und Besatzung von Weismain waren der ganzen Nachbarschaft durch ihre Raub-u. Verwüstungszüge fürchterlich".

Der Jubel über den Fall Weismains war bei der Bevölkerung der umliegenden markgräflichen Dörfer groß, erhoffte sie sich doch ein Ende des zermürbenden Kleinkriegs. Die Freude sollte aber bald gedämpft werden, denn noch war Kronach ungebrochen, und Besatzung und Bürger der Stadt gingen, nach dem Abzug der starken schwedischen Streitkräfte im Obermaingebiet, ihrerseits wieder zum Angriff über. Dazu drangen die Kroaten aus dem Sechsämterland und Vogtland nun bis in die Kulmbacher Gegend vor, und als sich die Kroaten mit den Kronachern vereinten, versuchten sie sogar, wenn auch vergeblich, das besetzte Weismain im Handstreich zu nehmen. Erst als Anfang April die aus Bayreuth herbeigerufenen Schweden unter der Führung von Rosens erschienen, zogen sich die Feinde nach Kronach zurück (116).

Während sich diese Geschehnisse im Obermaingebiet abspielten, nahmen auch an der Grenze der Oberpfalz die Auseinandersetzungen immer härtere Formen an. Die Angriffe der Schweden auf oberpfälzische Orte hatten die bayerische Besatzung aufs höchste gereizt und zu starken Gegenangriffen geführt. Noch konnten diese im Februar in Gefechten bei Creußen und Craimoos von den Schweden zurückgewiesen werden (117), aber die zahlenmäßige Überlegenheit der Bayern und der Kaiserlichen war groß, sollen doch nicht weniger als 26 Kompanien in der Oberpfalz gelegen haben (118). So gaben die Schweden Creußen und sein Umland eilend preis, als im März der bayerische Oberst Johann von Werth in die Markgrafschaft vorstieß. Von Werth drang ungehindert bis Bayreuth vor und versuchte die Stadt zu nehmen, wurde aber abgewiesen. Auf dem Rückmarsch ließ er dann am 16./26. März die Stadt Creußen vollständig niederbrennen, so daß nur 8 Häuser in der Vorstadt und die Kirche stehenblieben. Eine Reihe anderer Orte in der Umgebung Creußens erlitten gleiches Schicksal (119).

(116) Braun, a.a.O., S. 69/70.
(117) Bauer, Geschichte der Stadt Pegnitz usw., S. 333.
(118) StAB, Rep. C48, Nr. 195, fol. 28: Völker in der Oberpfalz, 19. 2. 33.
(119) AOfr., 8. Bd., 3. Heft, S. 26-32: Wilhelm Sigmund Meiner, Die Zerstörung der Stadt Creußen im Jahre 1633. Diese kurze Arbeit wurde verfaßt nach dem Originalbericht des Creußener Bürgermeisters Simon Göring. Dieser Originalbericht wurde dann veröffentlicht im AOfr., 16. Bd., 2. Heft, (1885), S. 147-151: Simon Göring, Auszug aus dem Stadtbuch zu Creußen, beginnend 1596. Vgl. Holle, a.a.O., S.11/12, und Bauer, Pegnitz, S. 335.

Als den Schweden der Weg in die Oberpfalz versperrt blieb, richteten sich im April und Anfang Mai ihre Angriffe mehr auf die von den Kroaten besetzten Orte im Sechsämterland und an der böhmischen Grenze (120). Damit trat Oberstleutnant von Rosen seiner eigentlichen Aufgabe eines Schutzes des Landes näher, und man darf in seinen Angriffen, die sich in scheinbar völlig willkürlichen Einzelaktionen vollzogen, vielleicht sogar die Absicht einer allmählichen Befreiung des Sechsämterlandes von der kroatischen Einlagerung sehen. Wenn diese Annahme zutrifft, mag hinter der undurchschaubaren Verworrenheit all der turbulenten Ereignisse dieser Zeit doch noch einmal der vorbedachte Plan einer höheren Instanz, etwa des Markgrafen und seiner Regierung, gestanden haben. Dafür spricht jedenfalls, daß gleichzeitig mit den aus dem Westen geführten Vorstößen von Rosens auch vom Norden her Angriffe schwedischer und sächsischer Abteilungen unter Generalmajor von Taupadel erfolgten. Diese Truppen stießen über Hof in das Sechsämterland vor und trafen dabei, meist sehr überraschend, auf größere und kleinere Abteilungen der Kroaten. Die erfolgreichste ihrer Aktionen führten sie wohl am 25. April, als Taupadel mit 2 000 schwedischen und sächsischen Reitern die drei Kroatenregimenter Beigoth, Keglewitz und Pauli in ihren Quartieren zu Thiersheim, Arzberg und Schlottenhof überfiel, sie zerstreute und den Kroatenobersten Pauli gefangennahm. Damit machte sich für die nächste Zeit eine Überlegenheit der Schweden im Osten des Oberlandes geltend, ohne daß jedoch die Kroaten ganz aus ihm vertrieben werden konnten. Dieser Zustand änderte sich erst, als nach dem Abrücken der Schweden zur Teilnahme an der Belagerung Kronachs die Kroaten wieder freie Hand bekamen und alle bis dahin von den Schweden gehaltenen Plätze, am 13./23. Juni auch die Stadt Hof, vorübergehend besetzten (121).

---

(120) Holle, a.a., S. 14.

(121) StAB, Rep. C48, Nr. 195, fol. 53/54: Rittmeister von Raben an Moriz Kanne, Hof, 26.5.33. Ein genauer Bericht über die Vorkommnise im Sechsämterland. Ebda., fol. 64-67: Mgf Christian an Kurbrandenburg, 20. 5 .33. Zusammenfassender Bericht über die Vorgänge im Frühling 1633. Ebda., fol. 84/85:Copia eines Berichtes über die Plünderung Hofs, 14. 6. 33. Vgl Dietlein, a.a.O., S. 104 ff, und Holle, a.a./., S.14 ff

Die Stadt Kronach war für die Bewohner des westlichen Oberlandes mehr und mehr "als Rückhalt aller Feinde unerträglich geworden. Viele Flüchtlinge aus Bamberg und Weismain befanden sich in ihren Mauern" (122). So erschien es nach wie vor als eine dringende Notwendigkeit, diese Stadt endlich zu nehmen. Wie wir wissen, hatte der Markgraf schon seit geraumer Zeit bei den Herzögen Bernhard und Wilhelm von Sachsen-Weimar auf eine erneute Belagerung hingewirkt, wobei zweifellos bei seinen Überlegungen neben der notwendigen Ausschaltung des gefährlichsten feindlichen Stützpunktes noch ein weiterer Grund maßgebend war: "Herzog Wilhelm dörfte aber Cronach nicht unattaquiret laßen, sonsten thete das in der Hauptmannschafft Hof und umbliegende Taupadelige Volckh alles gar uffzehren und verwüsten" (123). Dem Markgrafen ging es also darum, durch eine Belagerung Kronachs nicht nur den Feind, sondern auch die schwedischen "Freunde" zu binden. Offensichtlich hatten sich die Schweden also im Sechsämterland und Vogtland nicht besser als die Kroaten benommen, und der Fürst wollte sein Möglichstes tun, um sie wieder zu entfernen, - selbst auf die Gefahr erneuter Kroateneinfälle hin. Wie schon festgestellt, erreichte er auch sein Ziel.

Anfang Juni 1633 zog sich zum zweiten Male ein Belagerungsring um die Stadt Kronach. Wieder gewährte die Markgrafschaft den Schweden dabei jede nur mögliche militärische Hilfe und Unterstützung. Etliche Kompanien wurden von Kulmbach abgestellt, und Proviant und Geschützmunition trafen von der Plassenburg im schwedischen Lager ein (124). Aber auch diese zweite Belagerung verlief erfolglos. Sie wurde vom Befehlshaber der Schweden, Herzog Wilhelm von Weimar, bald abgebrochen, als sich bei Angriffen die Stärke der Stadt erwies und Nachrichten eintrafen, daß starke kaiserliche Verbände aus dem Raum Eger zum Entsatz der Stadt anrückten (125). Die Enttäuschung in der Markgrafschaft war ungeheuer, streiften doch sofort nach dem Abzug der Schweden die zur Ver-

(122) Braun, a.a.O., S. 70/71.
(123) StAB, Rep. C48, Nr. 195, fo. . 50/51: Mgf Christian an Kurbrandenburg, Erfurt, 9. 5. 33.
(124) Braun, a.a.O., S. 71.
(125) Fehn, Rosenberg usw., S. 18.

stärkung nach Kronach gekommenen kaiserlichen Reiter bis vor die Tore Kulmbachs, ja, es hieß, "die Feinde hätten am gleichen Tag selbst dem Fürsten einen Drohbrief geschickt: wenn er sich und die Bürger nicht mit einem großen Lösegeld ranzioniere, würden sie mit Mord und Brand gegen die Bürger vorgehen" (126).

Um der Verwirklichung solcher Drohungen zu begegnen, war Kulmbach gezwungen, 600 schwedische Dragoner zum Schutz der Stadt heranzuziehen. Aber es zeigte sich auch hier wieder, daß sie jedem Zusammenstoß mit dem Feind aus dem Weg gingen und nur darauf bedacht waren, bei Überfällen auf bischöfliche Orte oder solche, die sie dafür hielten, möglichst große Beute einzubringen. Auch fielen sie durch ihre Gewalttaten in der Stadt den Bürgern bald so beschwerlich, "daß man nicht mehr wußte, ob die Feinde oder die Freunde das größere Übel seien" (127).

Noch war die tiefe Enttäuschung über die mißglückte Belagerung Kronachs im Lande nicht abgeklungen, da erfolgte am 19./29. Juni ein Schlag, der alle Bewohner des Oberlandes mit großem Schrecken erfüllte. Neue Wellen kaiserlicher Völker überschwemmten, aus Böhmen eindringend, alle Gebiete, und selbst Bayreuth wurde vom kaiserlichen General Manteuffel durch einen überraschenden Angriff genommen und geplündert. Hof blieb zwar frei von den Kaiserlichen, litt dafür aber unter stärkster sächsischer und schwedischer Einquartierung. Kulmbach und die Plassenburg erschienen wie Insel und Fels in der tobenden Brandung der Feinde. Mehrere Schreiben des Markgrafen, in welchen er die Ereignisse jener Tage an Kursachsen und Kurbrandenburg mitteilte, kamen letzten, verzweifelten Hilferufen gleich (128).

(126) Braun, a.a.O., S. 77
(127) Ebda., S. 78.
(128) StAB, Rep. C48, Nr. 195, fol. 94-96: Mgf Christian an Kursachsen u. Kurbrdbg., 19. 6. 33; fol. 185-190: Mgf Christian an dieselben, 8. 9. 33; fol. 202/203: Mgf Christian an Kurbrdbg., 22. 9. 33. Siehe dazu auch "Markgraf Christian in den Leidensjahren seines Landes"! Vgl. Holle, a.a.O., S. 19-21, und Dietlein, a.a.O., S. 111.

Man wird sich fragen, in welchem Zusammenhang die Bewegungen der Kaiserlichen in der Markgrafschaft mit dem großen Kriegsgeschehen des Sommers 1633 standen. Wallenstein hatte sich im Mai entschieden, aus Böhmen nicht nach Oberdeutschland, wo Horn und Bernhard von Weimar gegen die Bayern kämpften, sondern nach Schlesien gegen das sächsische Heer zu marschieren. Unbedingte Notwendigkeit war dabei eine Rückendeckung durch starke Einheiten, die imstande waren, den Zugang zum nordwestlichen Böhmen gegen alle überraschenden Angriffe aus dem fränkisch-sächsischen Raum zu halten. Um solche kaiserliche Einheiten, die teils jenseits der Grenze in Böhmen, teils diesseits in der Markgrafschaft operierten, muß es sich hier gehandelt haben. Ihr Befehlshaber war Feldmarschall Reichsgraf von Holk (129).

Wenn sich so für die erste Hälfte des Jahres 1633 ein direkter Zusammenhang zwischen Wallensteins Aktionen in Schlesien und den Vorgängen in der Markgrafschaft feststellen läßt, bleibt dieser Zusammenhang zweifellos auch in der zweiten Jahreshälfte erhalten. Im Verlauf seiner Bewegungen schien es Wallenstein nämlich nun notwendig, nicht nur den Zugang nach Böhmen gegen die Sachsen und Schweden zu decken, sondern diese selbst durch fortgesetzte Vorstöße der Holkschen Verbände über das Sechsämterland und das Vogtland zumindestens immer wieder zu beunruhigen. So marschierten auch im Hochsommer und Herbst des Jahres fast ohne Unterbrechung starke kaiserliche Einheiten durch diese Gebiete der Markgrafschaft aus Böhmen nach Westen, vorwiegend aber nach Norden, oder zurück nach Böhmen. Ihnen wichen oder folgten häufig schwedische und sächsische Einheiten.

Im Juli kam es dabei zu verschiedenen Scharmützeln auf markgräflichem Gebiet, bei denen bald die eine, bald die andere Partei Vorteile gewinnen konnte. Die Bewohner der Markgrafschaft waren aber in jedem Falle die Leidtragenden. Ganz besonders litt wieder die Stadt Hof, denn nach dem Abzug der Sachsen war sie auf

(129) Vgl. zum allgemeinen Gang der Ereignisse im Sommer 1633: K. Ritter, Deutsche Geschichte usw., 3.Bd., S. 558 ff. – Daß Holk der Oberbefehlshaber aller kaiserlichen Truppen war, geht aus den unter Anmerk. 128 zitierten Briefen des Markgrafen hervor. Holle, a.a.O., S. 19/21, nennt Holk stets nur neben anderen Generalen. Er berichtet übrigens, sich auf eine "Höfer Chronik" berufend, daß Holk am 16. 6. Bayreuth und am 21. 6. Kulmbach erfolglos angegriffen habe. Siehe auch nächstes Kapitel!

Wochen hinaus fortgesetzten Erpressungen von beiden Seiten ausgesetzt, wobei jeweils für den Fall einer Begünstigung des Gegners furchtbare Rache angekündigt wurde. Viele Bürger verließen die fast täglich heimgesuchte Stadt, in der zudem noch die Pest reiche Ernte hielt (130).

Anfang August verdrängte ein starker Vorstoß der Kaiserlichen dann Sachsen und Schweden vorübergehend ganz aus dem Ost- und Nordostteil des Oberlandes. Bedeutende kaiserliche Heerführer, wie Holk und Hatzfeldt, Octavio de Piccolomini und Kinsky, Bredow und Lamboi kamen mit ihren Regimentern durch Hof. Es ist bezeichnend, daß dabei nicht einmal so sehr diese starken, aber verhältnismäßig geordneten Verbände, sondern vielmehr die in ihrem Gefolge einherziehenden "wilden" Streifscharen das Land in unglaublichem Maße mit "Kriegspressuren" terrorisierten und Bürger und Bauern in höchsten Schrecken versetzten (131).

Ende August und im September trat ein gewaltiger Rückstrom aus Sachsen ein. Da die Truppen offensichtlich noch keine weiteren Marschbefehle hatten, was wohl mit den zwischen Wallenstein und Sachsen fortdauernden Verhandlungen in Verbindung gebracht werden kann, kam es nun teilweise zu längeren Einlagerungen. Das Hauptquartier war in Münchberg. Erst als dann Wallenstein beabsichtigte, noch im Herbst von Schlesien durch Böhmen an die Donau gegen die Schweden zu ziehen, rückten alle Verbände im Spätjahr nach Böhmen ab, und es wurde, von wenigen kleinen Aktionen der Resttruppen abgesehen, recht ruhig im Land (132). Reichsgraf Holk selbst, der "Leuteschinder des Vogtlandes", der noch heute in den Erzählungen des Volkes in schauerlichem Angedenken steht, (133), kehrte nicht mehr nach Böhmen zurück. Er starb auf dem

(130) Dietlein, a.a.O., S. 113 ff, und Holle, a.a.O., S. 22.
(131) Dietlein, a.a.O., S. 113 ff.
(132) Ebda.
(133) Vgl. dazu auch Schiller, "Wallensteins Lager", wo ein Holkischer Jäger sich rühmt: " Fragt nach, ich sag's nicht um zu prahlen, In Bayreuth, im Vogtland, in Westfalen, Wo wir nur durchgekommen sind, Erzählen Kinder und Kindeskind, Nach hundert und aber hundert Jahren Von dem Holk noch und seinen Scharen".

Rückmarsch aus Sachsen im Dorf Troschenreuth (134) an der Pest, die zu dieser Zeit überall zahlreiche Opfer forderte.

Mit dem Beginn des Jahres 1634 zeigte sich, daß der Krieg in der Markgrafschaft unvermindert fortging. Wallenstein war mit seinen Truppen nicht ins Reich gezogen, sondern in Böhmen im Winterquartier verblieben, während Bernhard von Weimar sich nach wie vor auf seine Stellung in Franken stützte und mit seiner Armee an der Donau, um das soeben eroberte Regensburg und in Altbayern, im Quartier lag. Die Oberpfalz wurde noch von den Bayern gehalten. Für die Markgrafschaft hatte sich also gegenüber der Situation von 1633 kaum etwas geändert. Das trat schon im Januar deutlich zutage, als sich die kaiserliche Besatzung von Eger wieder einmal durch Raub- und Verheerungszüge und hohe Kontributionsforderungen an markgräfliche Orte bemerkbar machte. Besonders ein Zug der Kroaten unter Korbitz, der bis in die Gegend von Bayreuth führte, brachte viel Jammer mit sich; denn bei eisiger Kälte und tiefem Schnee mußten sich die Bewohner der Dörfer und Städte in den Wäldern verstecken (135).

Auch in der Gegend zwischen Kulmbach und Kronach dauerte der Kleinkrieg unvermindert fort. Die Kronacher überfielen, meist während der Nacht, folgende Orte: Schlottermühle bei Kulmbach am 22. 1., Auhof am 3. 2., Schwarzach und Schmeilsdorf am 9. 2., Veitlahm am 26. 2. und Dornlach am 10. 3. 1634. Bei diesen Überfällen erbeuteten sie nicht nur Vieh, sondern nahmen auch Gefangene mit, die erst nach Entrichtung eines Lösegeldes wieder freigelassen wurden. Die Besatzung von Weismain antwortete mit Einfällen in die Gegend um Kronach (136).

Neben diesen lokalen Auseinandersetzungen stand aber am Beginn des Jahres ein Ereignis von besonderer, überörtlicher Bedeutung.

(134) Rössler/Franz, Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte, München, 1952 (Oldenbourg), S. 377. Nach Falkenstein, Nordgauische Alterthümer, Bd. 3, S. 434, starb er am 26. 8. 33 zu Adorf, eine Feststellung, die von Holle, a.a.O., S. 22, irrtümlich übernommen wurde.
(135) Braun, AOfr., 32. Bd., 3. Heft, 1935, S. 3. Vgl. Dietlein, a.a.O., S. 128 ff.
(136) Ebda.

Am 24. Februar erschien auf der Plassenburg bei Markgraf Christian als Abgesandter Wallensteins Johann Eberhard Sohn zur Elz und überbrachte Briefe vom Herzog, in welchen dieser seine "itzige Ungelegenheit" mitteilte und um eine "vertraute Konferenz" bat. Er ersuchte den Markgrafen, Oberst Muffel umgehend nach Eger zu entsenden. Wirklich ging Muffel auch am 26. Februar dorthin ab, kehrte aber unterwegs um, als er von der Ermordung Wallensteins hörte (137). Was erhoffte sich der in Ungnade gefallene Wallenstein vom Markgrafen? Vielleicht war eines seiner Ziele, "dort (d.h. auf der Plassenburg) seine Gemahlin und seine Kostbarkeiten in Sicherheit zu bringen" (138). Gingen aber seine Absichten nicht noch weit darüber hinaus? War ein Wallenstein nicht vor allem auf seine eigene Person und die Verwirklichung seiner persönlichen Pläne bedacht? Dafür bedurfte es aber einer gesicherten militärischen Basis, die er in Böhmen nicht mehr besaß. Was lag da für ihn näher, als an das unmittelbar benachbarte Festungsdreieck Plassenburg-Rosenberg-Forchheim zu denken? So hat Wallenstein "dem Obristwachtmeister Lessle entdeckt, item daß er auch alsbald den Illo abfertige, Cronach und Forchheimb in sein Gewalt zu bringen, damit ihnen die Veste Blassenburg zu einer sicheren Redirada möcht vergüt werden" (139). Welch eine Rolle hatte Wallenstein vor seinem Ende Franken zugedacht! (140).

Um die gleiche Zeit, da sich das Schicksal Wallensteins vollendete, eroberte Bernhard von Weimar die Oberpfalz. Kemnath und Auerbach, durch deren Besatzungen Creußen und Pegnitz immer wieder bedroht worden waren, mußten sich den Schweden ergeben. Dann marschierte der Herzog mit der ganzen Armee und einem endlosen Train in die Markgrafschaft, um sich abermals gegen Kronach zu wenden. Am 14. März erreichte er Bayreuth und kam am nächsten Tag zur Plassenburg, wo ihn der Markgraf freudig empfing, während ringsum die Landleute in großer Zahl mit aller Habe in die Verstecke und nach Kulmbach flohen, "um nicht dem entsetzlichen Kriegsvolk in die Hände zu fallen" (141).

(137) Ebda., S. 6. Vgl. Holle, a.a.O., S. 29, und Peetz, a.a.O., S. 300.
(138) Ebda., S. 9.
(139) v. Murr, Urkunden zur Geschichte Wallensteins, S. 273. Peetz, a.a.O., S. 301, bringt diese Urkunde im Auszug.
(140) Dieser Abschnitt findet sich auch bei Sticht, a.a.O., S.14.
(141) Braun, a.a.O., S. 8.

Bei der Unterredung auf der Plassenburg wurden wohl die entscheidenden Pläne für eine dritte Belagerung Kronachs festgelegt, denn, "durch die Untaten und Raubzüge (der Kronacher) gereizt, hatte der Markgraf den von Weimar aus dem Pfälzischen herangezogen" (142). Wir dürfen durchaus annehmen, daß somit der Markgraf auch der Initiator der dritten und schwersten Belagerung Kronachs war. Dabei mag sein Vorhaben jetzt wie ehedem neben der Sorge um die markgräfliche Landbevölkerung vor allem durch die Notwendigkeit einer gesicherten, dauerhaften Verbindung zwischen Kulmbach und Coburg begründet gewesen sein. Man darf nicht vergessen, welch enge und vertraute Beziehungen einst zwischen der Markgrafschaft und dem Herzogtum bestanden hatten. Nun war eine direkte Verbindung, die auch den Anschluß der Markgrafschaft an den gesamten Block der thüringisch-sächsischen Herzogtümer bedeutete, durch Kronach dauernd unterbrochen. Das Oberland der Markgrafschaft war damit von seinen Freunden weitgehend isoliert.

Noch während am 15. März der Herzog und der Markgraf auf der Plassenburg beratschlagten, marschierte die Armee mit einem umfangreichen Troß von Wagen und Bagage durch die Stadt Kulmbach, um vor den Mauern von Kronach ihr Lager aufzuschlagen. "Zur Belagerung dieser Stadt wurden von der Feste Plassenburg vier schwere Geschütze herbeigeschafft, mit Hilfe der Bauern, die sich mit ihren Pferden nach Kulmbach geflüchtet hatten" (143).

Am 16. März begann die endgültige Einschließung Kronachs zur letzten und schwersten Belagerung. "Tags darauf brannten die Städter ihre Vorstadt nieder, um den Gegner fernzuhalten; sie verteidigten ihre Mauern tapfer durch starkes Geschützfeuer und wandten alle Mittel an, um den Feind von ihren Werken zu vertreiben. Inzwischen führten die Angreifer alles, was zu ihrem Vorhaben nötig war, mit allen Kräften herbei. Proviant wurde von Kulmbach beliefert. Die Geschütze wurden in Stellung gebracht und eingebaut. An vielen Stellen kam es dabei zum Kampf mit den

(142) Ebda., S. 13.
(143) Ebda., S. 9.

Belagerten, die die Arbeiten hindern wollten" (144). Am 20. und 21. März beschoß man die Stadt eingehend, und als, von vielen Schüssen zerschmettert, ein Teil der Stadtmauer einstürzte, versuchten die Schweden in heftigem Angriff mit blanker Waffe durch die Bresche in die Stadt einzudringen, wurden aber von den Verteidigern tapfer zurückgeschlagen. Sie hatten viele Tote und Verwundete. "So war an diesem Tage der Angriff vergeblich gewesen. Es war etwas Großes zu sehen, mit welcher Hartnäckigkeit die Belagerten Mauern, Kirche und Häuser verteidigten. Sie wußten, daß ihnen im Fall des Unterliegens jede Aussicht auf Gnade verschlossen war" (145). Am 22. März wurde dann die Annäherung von feindlichen Streitkräften gemeldet, und Herzog Bernhard ging mit seiner Reiterei zur Aufklärung aus, während das Fußvolk die Belagerung fortführen sollte. Aber schon am nächsten Tag zogen dann alle Schweden ins Coburgische ab (146).

"Da zitterte die ganze Stadt (Kulmbach) wie kaum je zuvor und wahrlich nicht ohne Grund. Denn die Kronacher waren ja nun durch diese dritte Belagerung in ihrer Wildheit bestärkt und erbittert. Je größer die Hoffnung gewesen war, als der von Weimar vor Kronach lag, wir würden nun alle feindlichen Einfälle und die Angst losbekommen, umso größer war nun, nach seinem unerwarteten Abzug, bei allen Bewohnern der Markgrafschaft die Angst, das Wehklagen und die Enttäuschung. Man sagte öffentlich, es wäre gescheiter gewesen, überhaupt nicht in das Wespennest zu greifen, als es durch ein vergebliches Unternehmen zu reizen und dann nicht zu vernichten ... Das mag nun sein, wie es will, mehr Schaden hat dieses Unternehmen jedenfalls den Unseren als den Belagerten gebracht, und der Kriegsruhm, den sich der von Weimar vordem errungen hatte, ist stark gemindert worden" (147).

(144) Ebda., S. 13.
(145) Ebda. S. 13
(146) Ebda., S. 14/15. Der Abschnitt findet sich auch bei Sticht, a.a.O., S. 15. Die Belagerung Kronachs hat in der historischen Literatur mehrere Darstellungen gefunden, aber bisher noch keine, die sich ausschließlich auf Berichte und Angaben der Feindseite stützt, wie es dieser Abschnitt tut. Es ist deshalb umso beachtlicher, daß selbst Braun, der sicher wieder die allgemeine Meinung der Bevölkerung der Markgrafschaft ausdrückt und der sonst so viele böse Worte über die Kronacher fand, sich hier des Staunens und Bewunderns nicht enthalten konnte. Zum Vergleich sie verwiesen auf die unter Anmerkung IV/34 genannte Literatur, ferner Holle, a.a.O., S. 30, und Pöhlmann, a.a.O., S.293 ff.
(147) Braun, a.a.O., S. 15.

Wenn Braun mit diesen pessimistischen Prognosen nicht ganz recht behielt, dann nur deshalb, weil die Rückwirkungen der vergeblichen Belagerung Kronachs auf die Markgrafschaft noch weit schlimmer sein sollten, als von ihm vorausgesehen. Braun dachte nur an die gereizten Kronacher, aber auch die Kaiserlichen in Böhmen waren durch Herzog Bernhards Aktionen, die sie sehr genau verfolgten, gereizt worden und zogen nun, 4 000 bis 5 000 Mann stark, von Eger in das Land, um Kronach zu entsetzen und an der Markgrafschaft Rache für die Unterstützung der Schweden zu nehmen. Vor ihnen wich Bernhard von Weimar nach Coburg zurück und gab somit den Markgrafen und dessen Untertanen preis. Was nützte es, daß Markgraf Christian wieder einmal vergeblich eine eingehende Darstellung der verzweifelten Situation und einen dringenden Ruf um Rettung vor dem Zorn des Feindes nach Sachsen sandte? (148).

Die feindliche Streitmacht, deren Befehlshaber sich nicht mit Sicherheit ermitteln läßt (149), zog, von den Schweden völlig unangefochten, raubend und sengend über Weißenstadt, Münchberg und Helmbrechts nach Kronach, das sie aufs neue mit Soldaten und Kriegsbedarf versah. Dann kehrte der Großteil der Truppen zurück und verbreitete sich über den Osten und Norden der Markgrafschaft, wo die Soldateska in manchen Ortschaften bis zu sieben Wochen liegen blieb und solche Gewalttaten beging, daß viele Einwohner Haus und Hof verließen und entflohen (150). Besonders die im Frankenwald gelegenen markgräflichen Orte Lichtenberg, Steben, Helmbrechts und Naila wurden durch Brandstiftungen hart betroffen (151). Verhältnismäßig glimpflich, was Einquartierungen betrifft, kam in dieser Zeit noch die Stadt Hof davon, doch litt sie unter ständigen Kontributionsforderungen durch die Kommandanten zu Eger und Hohenberg und durch andere kaiserliche Befehlshaber in der Umgebung. Auch kam zu dieser Zeit so viel bettelndes Volk, das Haus und Hof verlassen hatte und nun im Lande umherzog, manchmal in Gruppen von 100 bis 200 Personen, durch die Stadt, daß man sich seiner kaum mehr erwehren

(148) StAB, Rep. C48, Nr. 195, fol. 42-44: Mgf Christian an Kf von Sachsen, 13. 3. 34.
(149) Holle, a.a.O., S. 30, nennt als Befehlshaber einen Generalwachtmeister Marazin.
(150) StAB, Rep. A 245, Nr. 77, Leopolds Chronik.
(151) Holle, a.a.O., S. 31-34, und Dietlein, a.a.O., S. 129 ff.

konnte. Hie und da ließen sich sogar noch sächsische Truppen in und um Hof sehen. Aber sie kamen nie, um Hilfe zu leisten, wie es der Markgraf beim Kurfürsten erbeten hatte, sondern sie raubten gleich den Kaiserlichen und vermieden jeden Zusammenstoß mit diesen (152).

Im Westen des Oberlandes waren tatsächlich die lokalen Auseinandersetzungen sehr schnell wieder aufgelebt, doch richteten sich die Aktionen der Kronacher zunächst mehr gegen die Orte der Adeligen in der unmittelbaren Umgebung der Stadt. Dann griffen sie weiter aus, und das gesamte Gebiet der Markgrafschaft zwischen Kulmbach und Hof wurde heimgesucht. Groß ist die Zahl der im Frühling und Sommer überfallenen und geplünderten Orte: 22. 4. 34 Schimmendorf; 4. 5. Burghaig, Seidenhof, Veitlahm; 6. 5. Aichig und andere Orte, die Überfallenen mußten die Beute selbst auf ihrem Rücken nach Kronach tragen; 28. 5. Willmersreuth und Mainleus; 29. 5. Kauernburg, Pörbitsch, Lehenthal; 29. 5. Wernstein, Schwarzach, Mainleus; 30. 5. mehrere Dörfer in der Umgebung von Stadtsteinach; 8. 6. Lopp; 9. 6. Schmeilsdorf und Nachbarorte; 20. 6. Kirchenbuchen, wobei Wilhelm von Giech gefangen nach Kronach geführt wurde. Viele Orte, selbst in der unmittelbaren Nähe Kulmbachs bekamen Drohbriefe, in welchen die Bauern zu Schanzarbeiten nach Kronach bestellt wurden, andernfalls sie schwere Strafen zu gewärtigen hätten (153).

In Kulmbach lagen zu dieser Zeit, nach dem Abmarsch der schwedischen Garnison, nur noch 30 Reiter, die von den Bürgern zum Schutz der Stadt aus eigener Tasche unterhalten wurden. Daneben standen noch einige Kompanien Musketiere unter Muffels Führung zur Verfügung (154). Selbstverständlich blieben diese Soldaten nicht müßig, doch waren ihre Gegenaktionen nach wie vor nur Raubzüge in das bischöfliche Gebiet. Meist brachten sie gute Beute mit nach Hause. Ein solcher Raubzug führte am 15. 5. eine Gruppe von Reitern bis unter die Schanzen von Kronach. Sie trieben etwa 80 Stück Vieh aus den bischöflichen Dörfern nach Kulmbach (155). Am 7. 6.

(152) Ebda.
(153) Braun, a.a.O., S. 26 ff.
(154) Ebda., S. 43.
(155) Braun, a.a.O., S. 40.

rückte Muffel wieder mit einigen städtischen Reitern und zwei Kompanien Musketieren aus, um in das feindliche Gebiet einzudringen. In derselben Nacht lag ein Häuflein Kronacher bei dem Dorfe Feldbuch auf der Lauer, um bei günstiger Gelegenheit die benachbarten markgräflichen Dörfer zu überfallen. Auf sie stießen die Leute Muffels und schlugen sie in die Flucht. Muffel ließ aber zum Ärger seiner Soldaten wegen des Dunkels keine Verfolgung zu. Auf dem Rückmarsch warfen die Kulmbacher Feuer in das Städtlein Stadtsteinach. Eine sofortige Vergeltungsaktion der nachfolgenden Kronacher gegen Untersteinach war die Folge (156). Auch in der Nacht auf den 17. 6. machten die Kulmbacher einen Beutezug ins Feindesland, wurden dabei aber von einer grösseren Schar der Kronacher umgangen und verloren 6 Mann. Dafür brachte eine andere Abteilung der Kulmbacher 3 Kronacher ein, die sie im Dorfe Schlopp gefangen hatten (157).

Die Kronacher drangen zu dieser Zeit mit Spionen in die Stadt Kulmbach selbst ein. Die Spitzel waren dabei meist als Händler getarnt. So wurde in Kulmbach öffentlich verkündet, daß es verboten sei, "jemand, der Holz, Heu und andere Waren zu verkaufen habe, innerhalb der Mauern einzulassen" (158). Was aber konnten diese Spione noch wesentliches nach Kronach melden? War man dort doch durch den Sekretär des Herrn von Loschwitz, der von den Beamten des Markgrafen Anfang Mai als Kronacher Spion entlarvt wurde, selbst über die Vorgänge in den innersten Räumen der Plassenburg im Bild, "wohin er sich schon längst freien Zutritt verschafft hatte, während sonst die Wachen selbst von den angesehensten Bürgern nicht einen hineinließen" (159).

Im Sommer hatte sich die allgemeine Kriegslage wieder einmal recht entscheidend verändert. Das kaiserliche Heer, nunmehr unter dem nominellen Oberbefehl Ferdinands III., dem Matthias Reichsgraf von Gallas als Feldmarschall zur Seite stand, und die bayerische Armee unter Johann Reichsgraf von Aldringen hatten fast die ganze Oberpfalz zurückgewonnen und sich bei Donaustauf

(156) Ebda., S. 48.
(157) Ebda., S. 50.
(158) Ebda., S. 39.
(159) Ebda., S. 40. Vgl. Sticht, a.a.O., S. 16/17.

vereinigt. Dann schlossen sie Regensburg ein, während Bernhard von Weimar und Horn ihre Armeen bei Augsburg zusammenführten und einen Einbruch in das Bayerische planten. Der Krieg der großen Parteien war der Markgrafschaft ferner gerückt, doch machte sich die Bedrohung aus der Oberpfalz wieder sehr geltend. Und wieder waren Auerbach und später Kemnath die wesentlichen Zentren, von denen aus die Bayern vom Mai bis in den Hochsommer in das Gebiet der Markgrafschaft vorstießen. Die Stadt Pegnitz erlitt dabei schon Anfang Mai erneuten Brandschaden (160). Kurz danach plünderten bayerische Reiter im Mistelgau und steckten Mistelbach in Brand (161). Auch die Gegend um Creußen wurde in der folgenden Zeit heimgesucht, und am 19./29. August mußte die Stadt Bayreuth dem von Kemnath her anrückenden bayerischen Feldmarschall-Leutnant Joachim Christian von der Wahl nach einer Beschießung mit schwerem Geschütz die Tore öffnen. Trotz der herrschenden Pest wurde die Stadt geplündert und mit einer Brandschatzung von 6 000 Reichstalern belegt. Bis zur vollständigen Erstattung dieser Summe führten die Bayern neun Geiseln aus dem Adel, der Geistlichkeit und der Bürgerschaft mit fort nach Amberg (162).

Die Einnahme Bayreuths war wie ein drohendes Vorzeichen kommender Entwicklungen. Als die Nachricht nach Kulmbach kam, daß die bayerisch-kaiserliche Armee am 5. und 6. September die Schweden bei Nördlingen vernichtend geschlagen habe, wußte man auch am markgräflichen Hof, daß damit der Heilbronner Bund zerfallen und der Sieg seiner Feinde in Süddeutschland gesichert sei. Kein Platz in der Markgrafschaft konnte sich ihnen nun noch verschliessen, und selbst die Stadt Kulmbach mußte sich am 18./28. Oktober dem kaiserlichen Generalwachtmeister Lamboi, der aus Böhmen über Hof und Münchberg herangezogen war, nach kurzem Kampf auf Gedeih und Verderb ergeben. Es wurde geplündert und mit einer Brandschatzung von 2 440 Reichstalern belegt. Neun Häuser und zwei

(160) Bauer, Geschichte der Stadt Pegnitz, S. 339.
(161) Holle, a.a.O., S. 34.
(162) Holle, a.a.O., S. 38/39. Vgl. Holle, Geschichte der Stadt Bayreuth usw., S. 119, und Meyers Quellen zur alten Geschichte des Fürstentums Bayreuth, 1896, Bd. II, S. 43. Nach Meyer betrug die Brandschatzung 10 000 Taler.

Scheunen brannten nieder, und 5 Bürger kamen bei der Plünderung ums Leben. Zu dieser Zeit sollen in der Stadt durch das Wüten der Pest nicht mehr als 40 wehrhafte Bürger gewesen sein. Lamboi zog schließlich von Kulmbach nach Kronach ab und nahm bis zur Aufbringung des geforderten Geldes zwei Geiseln mit (163).

Etwa zur Zeit der Einnahme Kulmbachs verschwanden auch die letzten Schweden aus dem Land und gaben es den kaiserlichen und bayerischen Truppen frei, die es nunmehr für längere Zeit ungestört beherrschten. Nicht zu bestimmen ist die Zahl der Ein- und Ausmärsche, der Kreuz- und Querzüge, der Einlagerungen und Kontributionsforderungen kleinerer kaiserlicher Einheiten in den folgenden Monaten. Besonders in Mitleidenschaft wurde dabei wieder einmal das Sechsämterland gezogen, das zahllose Kroatenscharen bevölkerten (164). Doch vom flachen Land war kaum mehr etwas zu gewinnen, deshalb hielten sich die Truppen meist an die schutzlos preisgegebenen Städte. So hatte vor allem die Stadt Hof ungeheuere Kriegslasten zu tragen und wurde zudem am 17./27. November noch geplündert (165). Aber auch die Stadt Bayreuth konnte kaum eine wöchentliche Kontribution von 600 fl. an Freiherrn von der Wahl aufbringen (166).

Neben der Unzahl kleinerer, aber deshalb nicht weniger verderbenbringender Kriegsereignisse, fanden auch größere Truppenbewegungen statt. Zwar muß bezweifelt werden, daß im Juni 1635, wie Holle angibt (167), insgesamt 24 Regimenter kaiserlichen Volkes unter Colloredo aus Böhmen durch die sechs Ämter über Bayreuth und Kulm-

(163) StAB, Rep. C48, Nr. 208: Ein ausführlicher Akt über die Besetzung und Ranzionierung der Stadt. AOfr., 1. Bd., 2. Heft, 1840, S. 119-121: Kurze Relation, wie es mit des Kays. General-Wachtmeisters von Lampoy Einnehmung und Ausplünderung der Stadt Kulmbach ergangen, den 18. Oktober 1634. Textabdruck eines zeitgenössischen Berichts ohne Angabe des Verfassers. StAB, Rep. A 245 (Handschriften): Longolius, Geschichte der Plünderung der Stadt Culmbach, 1634.
(164) StAB, Rep. A 245, Nr. 77: Leopolds Chronik. Vgl. Holle, a.a.O., S. 50 ff.
(165) Dietlein, a.a.O., S. 140 ff.
(166) Holle, a.a.O., S. 52.
(167) Ebda., S. 52/53. Der Durchmarsch der genannten Truppen wird von Holle nicht hinreichend belegt. Offensichtlich liegt hier ein Irrtum oder eine Verwechslung mit den Truppen de Granas vor (s.u.), denn wenn Holles Angaben stimmten, hätten sich im Juni 1635 nicht weniger als 40 Regimenter im Oberland der Markgrafschaft aufgehalten!

bach nach Franken zogen, aber der Einmarsch umfassender Truppenmassen unter Franz von Caretto, Marchese de Grana, steht etwa für die gleiche Zeit fest. Diesem Einmarsch lag weniger eine militärische als vielmehr eine politische Absicht zugrunde: Man wollte den Markgrafen durch eine vollständige Besetzung des Oberlandes mit etwa 8 000 bis 10 000 Mann zwingen, sich dem Prager Frieden anzuschließen. Als dieser Schritt dann am 25. 6./ 5. 7. 1635 vom Markgrafen getan war, marschierte wenigstens ein Teil der Truppen aus dem Oberland wieder ab (168).

Es wäre am Ende dieser Darstellung der Kriegswirren in den Jahren 1633 bis 1635 sicher sehr interessant, über die Höhe der entstandenen Schäden genaue Angaben zu erlangen; denn daß diese Jahre die stärksten Auswirkungen des Krieges auf die Markgrafschaft zeitigten, steht unbezweifelbar fest (169). Was sagt uns darüber zunächst der Chronist? "Durch die immerwährenden Überfälle wurde das arme Landvolk über alle Maßen beschwert und geschädigt. Sie kamen um ihre Pferde, ihr Rindvieh, Getreide und die übrigen zum Fristen des Lebens nötigen Mittel und hatten nichts mehr als ihr elendes Leben; die Felder lagen unbebaut da, weil man keine Pferde und Ochsen mehr hatte, die geplünderten Häuser mit den eingeschlagenen Fenstern, von den Bewohnern verlassen, standen zumeist offen, und schauerliche Öde lag allenthalben über der Gegend" (170). Aber nicht nur das flache Land, auch die Städte litten, und "die reichsten Bürger in den Städten, durch die Gewalttaten der Soldaten in die äußerste Armut gebracht, sahen sich gezwungen, von Tür zur Tür um Almosen zu betteln. Viele zwang die Hungersnot, ihre Heimat zu verlassen und ihren Unterhalt durch Tagelohn zu suchen in fremden Landen" (171).

Diese Schilderungen Brauns sind sicher als Stimmungsbild der Zeit echt und eindrucksvoll, und doch sagen sie uns ganz konkret sehr wenig über die Höhe der Bevölkerungsverluste und die Summe ma-

(168) Siehe nächstes Kapitel! Anmerkung V/19.
(169) Vgl. zur Frage der Kriegsschadenforschung in Franken auch für die Jahre 1632-1635 die bereits zitierten Arbeiten (Anmerk. II/220) von Ingomar Bog und Walter Dietze!
(170) Braun, a.a.O., S. 42.
(171) Ebda., S. 25.

terieller Schäden. Zudem ist wohl zu vermerken, daß Braun während der fraglichen Kriegsjahre die Gegend um Kulmbach nie verließ, womit sein Bericht also vorwiegend nur lokale Bedeutung besitzt. Brauns Schilderungen müssen, will man zu genauen Feststellungen kommen, unbedingt ihre Ergänzung in solch eingehenden Schadensberichten finden, wie sie zu Beginn des Krieges noch sorgfältig aufgestellt wurden. Es gibt in den Akten nun tatsächlich eine Erhebung "aller der von dem kaiserlichen Volk abgebrannten Märkte, Dörfer und Einöden in der Hauptmannschaft Kulmbach, anno 1633". In ihr wird von 11 Höfen, 4 Mühlen, 23 Söldengütern und 93 bürgerlichen Häusern, letztere zu Kasendorf und Wirsberg, gesprochen (172). Holle allerdings stellt, sich auf die nicht mehr auffindbare Schleifsche Chronik von Kulmbach berufend, für das Jahr 1633 wesentlich andere Zahlen fest. Nach ihm ergab ein auf Befehl des Markgrafen gemachter Überschlag, welchen Schaden der Krieg und die Pest im Amte Kulmbach angerichtet hatten, folgendes Ergebnis: 116 Frohnhöfe, 210 Söldengüter und 264 Häuser samt den Nebengebäuden waren abgebrannt oder verlassen, 71 Grundstücke lagen öde (173). Welch ein Widerspruch tut sich hier auf, wenn man bedenkt, daß doch beiden Angaben Erhebungen im gleichen Amt und zur gleichen Zeit zugrundeliegen sollen! So erstaunlich niedrig die Schäden im ersten Fall erscheinen, so unglaublich hoch sind sie im zweiten Fall. Immerhin würden sich von beiden Erhebungen die Angaben in der Schleifschen Chronik eher mit dem decken, was Braun so plastisch schildert.

Nun, was in der Gegend um Kulmbach, die durch den Kleinkrieg mit dem Hochstift sicher außergewöhnlich stark gelitten hatte, an Schäden feststellbar war, das muß keineswegs auch den Schäden in anderen Gebieten des Oberlandes entsprochen haben, waren die Einwirkungen des Feindes auf die verschiedenen Landesteile, wie wir gesehen haben, doch recht unterschiedlich. In welchem Zustand befanden sich also die anderen Gebiete des Oberlandes? Da es offensichtlich nie eine brauchbare Gesamterhebung über den "Landesruin" gab, bieten die Akten auch nur wenige zuverlässige Angaben,

(172) StAB, Rep. C48, Nr. 184, fol. 157-170: Verzeichnüß aller von den Käys. Kriegsvolck abgebrandten Märck, Dörffer und Einöden, in der Haubtmannschafft Culmbach, anno 1633.
(173) Holle, a.a.O., S. 27.

und es darf bezweifelt werden, daß der Markgraf selbst über alle eingetretenen Schäden stets unterrichtet war (174). Ihn interessierten sie ja auch schließlich nur, soweit sie sich auf die Steuern und Abgaben an die markgräflichen Kastenämter auswirkten.

Um diese Auswirkungen festzustellen, sandte er im September 1633 an alle Kastner des Vogtlandes und des Sechsämterlandes eine Aufforderung, umgehend vier Fragen zu beantworten: "Wie nemblichen deroselben Unterthanen in beßern Gehorsam zu halten, auch die Geld: und Getreidegefell einzubringen und die izige Herbstsaat neben den Gütern zu bestellen" (175). Sehr aufschlußreich war der darauf erfolgte Bericht des Kastners von Hof, Johann Adam Gögel, der sich zu Kulmbach aufhielt. Er schrieb: "Daß soviel den ersten Punkt anlangen thut, ist höchlich zu beklagen, wie bei itzigen Kriegsunwesen Bürger und Bauern weder mit guten und bösen Worten biß dato zu bezehmen gewest, sondern auß Ungeduld und höchster Armuth aller Wiederseßigkeit sich unterstanden und angewehnt, also gar, das man uff gebrauchten Ambtszwang, bey itzigen Zustand, anders nicht zu befahren, dann das die Unterthanen entweder durchgehen, die Gütter liegen laßen oder wol gar wieder die Beambte insurgiren möchten: Dahero man mit ihnen stricte nicht verfahren, sondern durch die Finger sehen, auch wol siebens gerade sein laßen müßen .... so darf ich mich jedoch, umb befahrender und getroheter Abführung willen, zum Hoff nicht sehen und betretten laßen, werden auch Eur. Fürstl. Gn. mir nicht gönnen, daß bey dero Dinsten ich unverschuldersach in Leib: und Lebensgefahr, oder unmögliche Ranzionirung kommen und gerathen sollte" (176).

(174) StAB, Rep. C48, Nr. 212, bietet zwar ausschließlich "Akten den Landesruin betreffend" und muß somit als wertvollste Quelle zur Beurteilung eingetretener Bevölkerungsverluste und materieller Schäden erscheinen. Was aber kommt zum Vorschein, wenn man sich diese "Fundgrube" einmal näher besieht? Da findet sich z.B. sub dato 20.9.1635 eine Mitteilung des Hofmarschalls, daß in der fürstlichen Küche großer Mangel herrsche "indeme man sich keines einzigen Pfund Rindfleisch mehr zu getrösten" habe und daß man auch beim besten Willen "nicht mehr 10 Maas Birr auß der Stadt erheben" könne (fol. 440). Sicher mögen solche Mitteilungen für die allgemeine Situation bezeichnend sein, wer aber möchte daraus konkrete Angaben über den Landesruin ableiten?

(175) StAB, Rep. C48, Nr. 201: Ausschreiben und Berichte, "den verderbten Zustand des Landes betreffend, 1633."

(176) Ebda., fol. 3-5: Bericht des Kastners von Hof, 5. 9. 33.

In sehr ähnlicher Weise berichtete auch der Kastner von Wunsiedel. Er führte bittere Klage nicht nur über die Feinde, sondern auch über die schwedischen "Schutzverwandten", besonders über Taupadel und seine Scharen, die sich fortlaufende Übergriffe zuschulden kommen ließen und damit in hohem Maße für den völligen Ruin des Landes mitverantwortlich zu machen seien. Zu der Frage, welche Steuern und Getreidegefälle man erwarten könne, wußte Gögel nur zu vermelden, daß nichts einkommen werde, "indeme die Unterthanen in der Haubtmannschafft Hof vom Feindt und Freundt dermaßen ruinirt", daß sie selbst nicht mehr wüßten, "woher die Cost und Brötung zu nemen". Auch der Kastner von Wunsiedel teilte mit, daß die "Einbringung der Intraden nicht mehr zu practiziren" sei (177). Und auch im Hinblick auf eine Bestellung der Herbstsaat war man sich darüber einig, daß fehlendes Saatgetreide und Vieh sowie mangelnde Sicherheit bei allen Feldarbeiten eine Aussaat unmöglich machen müßten.

Wenn auch diese Berichte der Kastner wiederum wenig Konkretes über die Höhe der Schäden und Verluste aussagen, so lassen doch auch sie die Situation in der Markgrafschaft in schwärzesten Farben erscheinen, indem sie vor allem einen Schaden aufzeigen, der tiefer wirken mußte als alle materiellen Schäden, nämlich die Kapitulation einer bis dahin tapfer auf ihrem Posten ausharrenden Beamtenschaft vor der allgemeinen Willkür und die damit verbundene Auflösung der staatlichen Ordnung. Das Problem der Bevölkerungs- und Vermögensverluste mag sich im Oberland der Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach nicht anders gestellt haben, als es Günther Franz in seiner umfassenden Arbeit auch für andere Territorien aufweist (178). Die Bevölkerungsverluste waren, wenn Braun

(177) Ebda., fol. 16-19: Bericht des Kastners von Wunsiedel, 8. 9. 33.

(178) Franz Günther, Der dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk. Arbeiten zur Landes- und Volksforschung. 1. Aufl., 1940, 2. Aufl. 1943. Da es sich hier höchstens um eine kurze Zwischenbilanz der Kriegsschäden handeln kann, kommt eine Auseinandersetzung mit den von G. Franz genannten Zahlen nicht in Frage. Außerdem ist zu bemerken, daß auch Franz für Gesamtfranken das Fehlen statistisch verwertbarer Angaben über das Maß des Bevölkerungsverlustes feststellen muß und deshalb zu keinen eindeutigen Ergebnissen kommt.

berichtet, daß viele Bürger und Bauern Haus und Hof verließen, eben auch hier häufig nur schwer erfaßbare Bevölkerungsverschiebungen vorübergehender Art. Und wenn die Hofer Chronik berichtet, daß in der Stadt und auf dem Land ein schwunghafter Handel mit gestohlenen Sachen und geraubtem Vieh betrieben wurde, gilt für die Vermögensverluste wohl teilweise das gleiche (179). Aber der weitgehende Verlust jeder Autorität des Staates, mag er auch zeitlich begrenzt gewesen sein, war eine Erscheinung, die durchaus nicht allen Territorien gemeinsam war. Hier war dem Lande ein ideeller Schaden entstanden, der in der Folge schwerer zu beheben sein mußte als alle materiellen Schäden.

(179) Dietlein, a.a.O., S. 131, berichtet, daß sich Oberst Corpus veranlaßt sah, gegen den überhandnehmenden Handel mit Vieh und anderen geraubten Waren zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Kroaten durch ein "Mandat" einzuschreiten. Dieses Mandat sei aber wirkungslos geblieben.

V. DER FRIEDENSSCHLUSS DER MARKGRAFSCHAFT MIT DEM KAISER, 1635

Mitten im tiefsten Elend des Krieges, als im Juni 1633 Bayreuth vom kaiserlichen General Manteuffel geplündert wurde und der Osten des Oberlandes unter den Holkischen Scharen litt, ging zu Kulmbach ein Schreiben des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg ein, in welchem er Mitteilung über einen in Schlesien zwischen Arnim und Wallenstein vereinbarten Waffenstillstand machte und die Möglichkeit von Friedensverhandlungen auf der Grundlage der dem Brief beiliegenden Wallensteinschen Vorschläge andeutete. Markgraf Christian, dessen ganzes Sinnen und Tracnten allein der Wiederherstellung des Friedens galt, war über den Waffenstillstand wenig und über die Friedensverhandlungen noch weniger erfreut: denn im Kulmbach war man aufs tiefste besorgt, daß durch einen lokal begrenzten Waffenstillstand Kräfte des Feindes für Operationen in anderen Gebieten frei würden. Konnte man nicht schon die Einfälle Holks in dieser Richtung deuten? Aber noch weit darüber hinaus verbreitete der Gedanke an einen aus den Verhandlungen hervorgehenden, möglichen Sonderfrieden des Kaisers mit Kursachsen und Kurbrandenburg am markgräflichen Hof Schrecken und Bestürzung.

So wandte sich der Fürst, der soeben in einem Brief an die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg den hoffnungslosen Zustand seines Landes geschildert hatte, umgehend wieder an beide und bat um fernere Mitteilungen hinsichtlich der Verhandlungen mit Wallenstein und eine eindeutige Stellungnahme zu den Vorgängen in Schlesien. Kurbrandenburgs Antwort ließ nicht lange auf sich warten und brachte wohl eine gewisse Beruhigung mit sich. Der Kurfürst selbst verurteilte den Waffenstillstand in Schlesien und wies jede persönliche Mitwirkung an seinem Zustandekommen weit von sich. Er schrieb: "Und können wir E.Ld. hierbey unvermeldet nicht laßen, das berüertes Armistitium in Schlesien mit unserm Wißen und Willen nicht getroffen, sondern wir haben es erst, als die bestimbte vierzehn Tage fast halb verfloßen, erfahren". Ferner versicherte er dem Markgrafen, daß er "allein oder auch nebens Kursachsen nicht tractiren oder schließen, noch weniger aber einen Frieden eingehen werde", in welchem nicht alle evangelischen Stände, besonders

aber das ganze Haus Brandenburg mit einbegriffen sein. In einer Nachschrift schließlich teilte er mit, es sei soeben aus Schlesien ein Bericht eingegangen, daß man den Waffenstillstand nicht, wie vorgesehen, um einen Monat verlängern werde, sondern daß es "nunmehr darauf stunde, das ein Treffen vorgehen würde" (1).

Das zu Kulmbach einlaufende kursächsische Schreiben war ganz anders im Ton. Zwar drückte Kurfürst Johann Georg dem Markgrafen im Hinblick auf die verzweifelte Lage der Markgrafschaft sein tiefes Mitgefühl aus, doch versprach er weder die dringend erbetene Unterstützung, noch gab er irgendwelche konkreten Versicherungen, was den Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen anbetraf. Er teilte lediglich mit, daß "aus gewichtigen Ursachen" ein Waffenstillstand von vierzehn Tagen abgeschlossen worden sei, dessen Frist aber nun ablaufe; er habe selbst noch keine Nachricht, was weiterhin geschehen werde, wolle den Markgrafen aber nach Lage der Dinge in Zukunft unterrichten (2).

Dieser Brief mußte in Kulmbach die Bedenken verstärken, ob Kursachsen nicht geneigt sei, ohne Rücksicht auf die evangelischen Stände einen Sonderfrieden mit dem Kaiser abzuschließen. Mißtrauen machte sich unter den markgräflichen Räten breit, und eine betonte Zurückhaltung gegenüber Kursachsen einerseits wie eine stärkere Anlehnung an Kurbrandenburg andererseits war die in den nächsten Monaten deutlich in Erscheinung tretende Folge. So muß ein Brief des Markgrafen vom 8./18. September 1633, den er zwar an beide Kurfürsten richtete, der aber im Hinblick auf die

(1) StAB, Rep. C48, Nr. 196, fol. 102-106: Kf von Brandenburg an Mgf Christian, 26. 6. 33 (Nachschrift vom 29. 6. 33). Der Inhalt des vorausgegangenen markgräflichen Briefes geht teils aus diesem Schreiben, teils aus Rep. C48, Nr. 195, fol. 94-96: Mgf Christian an Kursachsen und Kurbrandenburg, 19. 6. 33, hervor, Im Akt Rep. C48, Nr. 196, findet sich auch in Abschrift eine undatierte und ungezeichnete Untersuchung über die Möglichkeiten eines Abkommens mit Friedland, die wohl die allgemeine Stellungnahme der markgräflichen Räte umreißt: "Dieses Ohrtes hat man keinen anderen Zweck, alß einen billigen Frieden, der universal und genugsam versichert sey, zu erlangen".
(2) StAB, Rep. C48, Nr. 196, fol. 107/108: Kf Joh. Georg an Mgf Christian, 27. 6. 33.

vom Kurfürsten Georg Wilhelm gegebenen Versicherungen und Erklärungen für Brandenburg gegenstandslos geworden war, als ausschließlich an die Adresse Kursachsens gerichtet erscheinen (3). Hier sparte der Fürst nicht mit bitteren Vorwürfen und legte dar, daß der Markgrafschaft unendlicher Schaden durch den Waffenstillstand erwachsen sei, da freigewordene feindliche Truppenteile unter Holk aus Meißen in die beiden markgräflichen Hauptmannschaften Hof und Wunsiedel eingefallen seien und darinnen so gewütet und gehaust hätten, wie man es bisher noch nie erlebt habe. Da jedem evangelischen Landesherren das Gleiche hätte geschehen können, sei mit dem Waffenstillstand also eine Schädigung des ganzen evangelischen Wesens eingetreten (4). Sollte man daran denken, den Waffenstillstand zu erneuern, so wünsche er nachdrücklich die Versicherung, daß er darin mit eingeschlossen werde und daß ihm nach dem Inhalt der Erbverbrüderung Assistenz gewährt werde.

Dieses Schreiben konnte die Fortführung des Waffenstillstands bis in den Oktober hinein nicht verhindern, und so blieben auch das Mißtrauen und die Sorge des Markgrafen und seiner Räte wach. Schon am 22. 9./ 2. 10. 33 wandte er sich erneut an Kurbrandenburg, wies noch einmal auf den großen Schaden hin, den sein Land durch den Waffenstillstand gehabt habe und erkundigte sich vorsichtig nach etwaigen Friedensverhandlungen (5).

(3) StAB, Rep. C48, Nr. 195, fol. 185-190: Mgf Christian an Kurbrandenburg und Kursachsen, 8. 9. 33.
(4) Bei einer gründlichen Betrachtung des Holkischen Einfalls in die Markgrafschaft kann man diesen Feststellungen des Fürsten nicht unbedingt beipflichten, gehen sie doch von der Voraussetzung aus, daß die Streitkräfte Holks erst durch den Waffenstillstand frei geworden seien. Holk hatte aber, wie wir wissen, nicht zum Gros der in Schlesien operierenden Wallensteinschen Armee gehört, sondern als Rückendeckung von vorneherein weitgehend selbständig operiert. Natürlich können ihm durch den Waffenstillstand neue Kräfte zugeführt worden sein. Ob der Fürst diese wahren Zusammenhänge kannte und den Hinweis auf Holks Einfall nur als politisches Druckmittel verwenden wollte, muß dahingestellt bleiben.
(5) StAB, Rep. C48, Nr. 195, fol. 202/203: Mgf Christian an Kurbrandenburg, 22. 9. 33.

Der Schrecken, den der Markgraf und seine Regierung durch die in Erscheinung tretende Möglichkeit eines Sonderfriedens erlitten hatten, drängte sie vorübergehend auch wieder zu einer engeren Bindung an Schweden und die konföderierten Stände. So wurden die Räte Agricola und Kanne nach Frankfurt abgeordnet, wo man soeben daran ging, eingehend zu beraten, "worauf man evangelischen Theilß bey der Friedenshandlung zu bestehen, und die Conjunction der Stände zu gründen und zu bestellen" habe (6). Die Anweisungen, die Kanne mitbekam, liefen vor allem auf eine Sicherung der kleinen Stände gegenüber etwaigen Sonderinteressen der großen hinaus. In diesem Sinne sollten die markgräflichen Gesandten in Frankfurt tätig an einer allgemeinen Festlegung über Friedensverhandlungen mitwirken (7). Diese schließlich erfolgte Festlegung muß im Frühjahr 1634 eine gewisse Beruhigung am markgräflichen Hof geschaffen haben, große Erleichterung aber mag erst eingetreten sein, als im Sommer 1634 aus Frankfurt die Meldung einlief, daß auch die beiden sächsischen Kreise gewillt seien, mit Schweden und seinen Konföderierten in eine engere Verbindung einzutreten (8).

Was aber war damit wirklich gewonnen? Zwar schien die Gefahr eines Sonderfriedens irgendwelcher Stände zunächst gebannt, aber war durch die Verpflichtung zu gemeinsamem Handeln, das selbstverständlich stets auch die Mitwirkung Schwedens einschloß, nicht der Weg zu einem Frieden überhaupt verbaut? Markgraf Christian geriet hier wieder einmal in eine ausweglos erscheinende Lage. Sein sehnlichster Wunsch nach einem baldigen Friedensschluß mußte hinter einer dringenderen Notwendigkeit zurücktreten; denn daß ein allgemeiner Friede unter Einschluß der Krone Schwedens in absehbarer Zeit zustande käme, hielt man in Kulmbach wie auch anderswo sicher nicht für möglich.

(6) StAB, Rep. C48, Nr. 202, fol. 10-17: Conditiones Pacis betreffend, 16. 5. 34.
(7) StAB, Rep. C48, Nr. 197, fol. 16-35: Instruktion für Kanne, 1. 7. 33.
(8) StAB, Rep. C48, Nr. 202, fol. 18-37: Verhandlungen und Nebenabschied zu Frankfurt, 25. 8. 34. Vgl. Ritter, Deutsche Geschichte usw., S. 584.

Die Ereignisse des Krieges im Herbst 1634, die Einnahme Kulmbachs durch Lamboi und die völlige Inbesitznahme der Markgrafschaft durch kaiserliche Truppen, enthoben den Markgrafen zwar jedes Zwangs weiterer persönlicher Entscheidungen und Aktionen, müssen aber sein Interesse an allen Fragen eines kommenden Friedens noch ungemein verstärkt haben. Der Heilbronner Bund war in der Tat für die Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach nun nicht mehr wirksam, ganz gleich, ob der Markgraf selbst, wie Holle angibt, schon unmittelbar nach der Schlacht bei Nördlingen von dem Kaiser der Regierung seines Landes entsetzt wurde oder erst später (9). Und am effektiven Ausscheiden Brandenburg-Kulmbachs änderte auch die Tatsache nichts, daß es Oxenstierna einfach ignorierte und daß er den Markgrafen weiterhin als Bundesgenossen behandelte. Er wurde nicht müde, Christian ebenso nachdrücklich vor den kaiserlich-kursächsischen Verhandlungen zu warnen, wie ihn zu weiteren Beratungen mit den Heilbronner Bundesverwandten nach Worms einzuladen (10). Im Winter 1634/35 konnte noch wollte der Markgraf auf keinen Fall seinen sich aus dem Heilbronner Bund ergebenden Verpflichtungen mehr nachkommen. Seine einzige Hoffnung konnte nach Lage der Dinge nur noch ein günstiger Fortgang der kaiserlich-sächsischen Friedensverhandlungen zu Pirna sein.

(9) Während Heinritz, a.a.O., S. 46, nur davon spricht, daß Brandenburg-Ansbach nach dem Tod des Erbprinzen Friedrich in der Schlacht von Nördlingen vom Kaiser unter Sequestration gestellt wurde, behauptet Holle, a.a.O., S. 45, daß auch Markgraf Christian nach der Schlacht der Regierung entsetzt und sein Land von den als Sequester auftretenden kaiserlichen Kommissarien Konrad von Wolfstein und Konrad Schlüchtern von Schlußberg verwaltet wurde; außerdem habe der Fürst sein Land verlassen und sei nach Dresden und schließlich nach Berlin gegangen. Holles Angaben, die sich ausschließlich auf Sekundärliteratur stützen, wurden von späteren Bearbeitern ohne weiteres übernommen. Während sich nun für erstere Behauptung in den Akten des StAB keinerlei Hinweise ergeben, ist es offensichtlich falsch, daß der Fürst die Plassenburg für längere Zeit verließ, wie aus den nachfolgenden Ausführungen klar ersichtlich wird.

(10) StAB, Rep. C48, Nr. 209, fol. 61/62: Oxenstierna an Mgf Christian, 18./28. 11. 34; fol. 22/23: Oxenstierna an Brandenburg-Kulmbach, 20. 3. 35.

Über diese Verhandlungen blieb er stets unterrichtet durch vertrauliche Mitteilungen, die sowohl von Kurbrandenburg als auch von Kursachsen einliefen und die schon im Spätherbst 1634 konkrete Angaben über die Friedensbedingungen enthielten. Beruhigend mußte für ihn dabei sein, daß beide Kurfürsten immer wieder versicherten, sie würden nur im Interesse aller evangelischen Stände handeln. Trotzdem blieb auch jetzt noch ein letzter Rest von Mißtrauen, und so vollzog sich des Markgrafen Briefwechsel mit den Kurfürsten und einer Reihe anderer Reichsstände stets zwischen Zweifel und Hoffnung (11).

Wie gewissenhaft und ängstlich, wie zögernd und wohlüberlegt Markgraf Christian alle seine Entschlüsse faßte, und in welch hohem Maße er immer bemüht war, sich bei jeder Entscheidung möglichst nach allen Seiten zu sichern, trat deutlich zutage, als dann endlich am 30. Mai 1635 Kursachsen zu Prag seinen Frieden mit dem Kaiser schloß. Der Kurfürst selbst schickte einen Abdruck der vollzogenen Friedensbestimmungen und ersuchte Markgraf Christian, sich diesem Frieden so bald wie möglich anzuschließen, damit das Reich stabilisiert und dem Krieg ein Ende gemacht werde (12). Der Fürst, der nichts mehr zu verlieren, aber durch einen sofortigen Beitritt zum Prager Frieden alles zu gewinnen hatte, legte die Friedensartikel zunächst erst seinen Räten vor, damit sie ihre Bedenken "ob und welcher gestalt der Prager Friedensschluß einzugehen und anzunehmen" sei, geltend machten. Sie sollten dabei ihre Aufmerksamkeit besonders diesen vier Punkten zuwenden: 1.) Ob durch diesen Frieden das Römische Reich wieder erquicket werden möge. 2.) Ob S.Fürstl. Gn. diesen Friedensschluß, da man mit der Krone Schwedens und den vier oberen Kreisen in Konföderation begriffen, annehmen könne. 3.) Wann und gegen wen S. Fürstl. Gn. sich zu erklären habe. 4.) Wie S. Fürstl.

(11) StAB, Rep. C48, Nr. 209. Dieser Akt enthält alle wesentlichen Korrespondenzen, die zwischen Brandenburg-Kulmbach und seinen Verbündeten dem Friedensschluß zu Prag vorausgingen. Besonders zu beachten sind: fol. 8/9: Extrakt eines vertrauten Schreibens aus Dresden, sub dato 16. 1. 1635 und fol. 10-15: Die den kursächsischen Abgesandten erteilte schriftliche Resolution über die Friedensartikel. Während dieser Zeit korrespondierte der Markgraf auch mit Nürnberg u.a. Kreis- und Reichsständen über die Möglichkeiten eines Friedensschlusses.

(12) StAB, Rep. C48, Nr. 210, fol. 118/119: Kf von Sachsen an Mgf Christian, Dresden, 6. 6. 35.

Gn. in dero Landen es mit der Publikation halten solle. Das umfangreiche, gründliche Schriftstück, das die Räte dazu ausarbeiteten und das alles Für und Wider eines Friedensschlusses und der bestmöglichen Form seines Vollzugs in Erwägung zog, während sich Franz von Caretto, Marchese de Grana, anschickte, mit seinen Scharen auf Befehl des Kaisers den Friedensschluß zu erzwingen, läßt deutlich werden, wie sehr sich Fürst und Ratskollegium entsprachen (13).

Das schriftliche Gutachten der Räte genügte aber dem Markgrafen zur endgültigen Beschlußfassung nicht. Jedes selbständige Vorgehen schien ihm auch unter den gegebenen Umständen zu gefährlich. So wandte er sich in der ersten Junihälfte an Kurbrandenburg und eine große Zahl weiterer Fürsten und Städte, um deren Meinungen noch einmal zu hören (14). Ihre Antworten trafen dann aber doch nicht mehr rechtzeitig ein, um für die Entscheidung des Fürsten Bedeutung zu erlangen. Diese verzögerte Entscheidung wurde schließlich durch äußere Ereignisse erzwungen, und wie der im Grunde stets kaisertreue Fürst nur dem Zwang gehorchend sich einst von seinem Kaiser abgewandt hatte, so kehrte er jetzt dem Zwang gehorchend zu ihm zurück. Die Einlagerung der Truppen de Granas brachte das Land in eine Situation, die auf keinen Fall einen weiteren Aufschub des Beitritts zum Prager Frieden duldete. So erklärte der Markgraf zu Kulmbach auf seiner Festung Plassenburg am 5. Juli 1635, daß er die Bedingungen des Friedens von Prag für sich und seine Erben vollinhaltlich annehme (15). Durch diesen

(13) StAB, Rep. C48, Nr. 209, fol. 65-91, bietet das Originalgutachten und Rep. C48, Nr. 210, fol. 140-179, eine Abschrift des Gutachtens der Räte. Dabei trägt das Original nur die Datierung 1635, während die Abschrift von fremder Hand und nachträglich auf 30. 6. 1635 datiert wurde. Da das Schriftstück nach Inhalt und Zweck zwischen dem Prager Friedensschluß und dem Beitritt der Markgrafschaft entstanden sein muß, dürfte es von dem Ratskollegium etwa Mitte Juni vorgelegt worden sein.

(14) StAB, Rep. C48, Nr. 210, fol. 116 ff. Korrespondenzen, Juni 1635.

(15) Ebda., fol. 135-137: Erclärung und Genehmbhaltung des Prager Friedens. Geschehen und geben uff unser Vestung Plassenburg, 25. 6. 1635. Die Erklärung wurde in sieben Exemplaren auf Pergament verfertigt, wovon 2 dem Kaiser, 1 dem König in Ungarn und Böhmen, 2 Kurbayern und 2 Kursachsen übersandt werden sollten.

Schritt, und allein durch ihn, nicht durch einen am 24. 6./4.7.35 zu Dresden erfolgten Abschluß der Friedensbedingungen, wie Holle meint (16), hatte der Markgraf von sich aus den Kriegszustand mit dem Kaiser beendet. Wie sehr dabei de Grana und seine Truppen mitgewirkt hatten, geht daraus hervor, daß man ihm noch am Tage der Erklärung des Markgrafen in einem schon vorbereiteten Schreiben den vollzogenen Beitritt der Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach zum Prager Frieden mitteilte (17). Und doch wußte man in Kulmbach recht wohl, daß der Friede erst mit der formellen Annahme und Bestätigung der markgräflichen Erklärung durch den Kaiser endgültig geschlossen sei.

Mit seiner Erklärung hatte sich der Markgraf den allgemeinen Bedingungen des Prager Friedens unterworfen und sich damit aller Vorteile und Belastungen, die sich daraus ergaben, teilhaftig gemacht. Wie sahen nun diese Bedingungen für den konkreten Fall der Markgrafschaft Brandenburg-Kulmbach aus? Zunächst erhielt der Markgraf, einer kaiserlichen Amnestie entsprechend, sein Land zurück und wurde wieder in die Huld des Kaisers aufgenommen. Da im Frieden die Durchführung des Restitutionsedikts vom Kaiser um 40 Jahre aufgeschoben worden war, fand das Land auch im Hinblick auf alle kirchenpolitischen Fragen zumindest vorläufig Ruhe. Demgegenüber mußte der Fürst aber alle okkupierten Gebiete oder Schenkungen der schwedischen Krone, hier also vor allem die sechs bambergischen Halsgerichte, dem ursprünglichen Besitzer zurückerstatten, mußte eine kaiserliche Besatzung in die Plassenburg aufnehmen und die Zahlung der zur Fortführung eines gemeinsamen Krieges festgelegten 120 Römermonate zugestehen(18).

Kaum waren diese Bedingungen anerkannt, als man in Kulmbach auch schon daran ging, den Friedensschluß in einer möglichst vorteil-

(16) Holle, a.a.O., S. 54. In Dresden können Friedensverhandlungen stattgefunden haben, doch geben die Quellen darüber nichts an.
(17) StAB, Rep. C48, Nr. 210, fol. 129-131: Mgf Christian an de Grana, 25. 6. 35. Das Schreiben war schon am 23. 6. ausgefertigt worden und mußte auf den 25. 6. umdatiert werden.
(18) Heinritz, a.a.O., S. 47. Vgl. Ritter, Deutsche Geschichte usw., S. 593.

haften Weise auszuwerten. Der Verlust der Halsgerichte war leicht zu verschmerzen, waren sie doch, besonders durch ihre katholisch gebliebene Bevölkerung, in keiner Weise mit der Markgrafschaft verwachsen. Auch die Aufnahme einer kaiserlichen Besatzung in die Plassenburg war mehr eine symbolische Geste als eine ernste Belastung. Schwieriger war es natürlich, den hohen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, aber auch hier blieb zumindest die Möglichkeit, die man ja früher schon so oft praktiziert hatte, zunächst einmal in Verhandlungen über teilweisen Zahlungserlaß oder Zahlungsaufschub einzutreten. Schließlich galt hier auch, daß man nicht geben konnte, was man selbst nicht mehr besaß. Gerade aus diesen Gedanken ergaben sich im Hinblick auf den Friedensschluß Aspekte, die hoffen ließen, daß das Land bald von den schlimmsten Plagen des Krieges befreit sein würde, nämlich dann, wenn man die Zahlungen an den Kaiser mit der Frage der notwendigen Abführung der kaiserlichen Truppen und der Beendigung aller an sie zu leistenden Kontributionen aufs engste verknüpfte. In diesem Sinne dem Land den wahren Frieden zu schaffen, war eine Aufgabe, die der Markgraf und seine Regierung bald sehr tätig zu lösen versuchten. Einen ersten Erfolg konnten sie dabei schon erzielen, als Marchese de Grana, nachdem er den Markgrafen noch auf der Plassenburg besucht und bei ihm gespeist hatte, mit seinen Truppen tatsächlich abrückte und Anfang Juli der Markgrafschaft einen für alle unter seinem Kommando stehenden Streitkräfte verbindlichen Schutzbrief erteilte (19).

Als dann am 20. 7. der Stadtvogt zu Hof, Christian Hendel, mit zwei Originalexemplaren der markgräflichen Friedenserklärung von Kulmbach aus nach Wien abreiste, trug er außer einer eingehenden eigenen Instruktion noch ein Handschreiben des Fürsten an den Kaiser und mehrere Briefe an Agenten und vertraute Personen am kaiserlichen Hof bei sich. Der Inhalt der Instruktion Hendels und der Briefe an die Vermittler entsprach dem des Handschreibens an den Kaiser. Christian kehrte ganz und gar in die alte

(19) StAB, Rep. C48, Nr. 210, fol. 212-215: Mgf Christian an Kf von Sachsen, 3. 7. 35; fol. 225: Schutzbrief Franz v. Carettos, Marchese de Grana, 7. 7. 35. Aus ersterem Schreiben geht hervor, daß de Grana zur Erzwingung des Friedens mit 10 000 Mann in das Land gekommen war.

Devotion zurück. Er bat, als Zeichen der kaiserlichen Huld, um einen allgemeinen Schutzbrief für das Land, die Abführung der Garnisonen Bayreuth und Hohenberg, die Abstellung aller Kontributionen und um die Verlängerung der Zahlungsfristen für die 120 Monate Reichsumlage. Ferner wandte sich der Fürst in einer Interzession zugunsten von Muffels, der seinen schwedischen Rang eines Obersten quittiert hatte, an den Kaiser und erbat für ihn, seine Familie und seine Güter in der Oberpfalz einen Schutzbrief. Hendel und die Vermittler am Hof sollten beim Kaiser auf die Erfüllung aller Bitten hinwirken(20).

Es ist erstaunlich, wie der Fürst scheinbar abgerissene Fäden wieder aufnahm, Waren wirklich mehrere Jahre des Krieges und der Feindschaft darüber hingegangen? Da tauchten wieder die Namen all der Vertrauten des Markgrafen am Wiener Hof, besonders des Fürsten von Eggenberg und des Reichsgrafen von Trauttmansdorff, auf (21). Auch der Agent Johann Löw weilte noch in Wien und wurde wie die anderen ersucht, Hendel jede mögliche Unterstützung zu gewähren.

Aber nicht nur in Wien, sondern auch am Hof König Ferdinands und an den kurbayerischen und kursächsischen Höfen entwickelten die Abgesandten des Markgrafen zu dieser Zeit eine äußerst rege Aktivität. Schon vor Hendels Abreise, die offensichtlich besonders eingehend vorbereitet wurde, waren Gesandtschaften nach Heilbronn, wo sich König Ferdinand aufhielt, sowie nach München und Dresden abgegangen. König Ferdinand bekam ein Original der markgräflichen Erklärung mit der Bitte um Wohlgeneigtheit und um einen

(20) StAB, Rep. C48, Nr. 210, fol. 241-246: Memorial für Hendel, 9. 7. 35; fol. 226-231: Mgf Christian an Röm. K. Maj., 7. 7. 35; auf diesem Schreiben findet sich die Bemerkung: "Ist der Stadtvogt zum Hof H. Chr. Hendel Freitags den 10. Juli früh um 8 Uhr von Kulmbach abgereist", fol. 191-192: Mgf Christian an den Rgf von Trauttmansdorff, 9. 7. 35; fol. 223/224: Mgf Christian an Agent Löw, 6. 7. 35; fol. 246 ff: Weitere Schreiben an verschiedene Personen zu Wien; fol. 221/222: Mgf Christian an Röm. K. Maj., Interzession für Muffel, 7. 7. 35.

(21) Besonders der Brief an Trauttmansdorff trägt eine sehr persönliche Note, und es wird auf das enge Vertrauensverhältnis zwischen ihm und dem Hause Brandenburg verwiesen.

Schutzbrief für die Markgrafschaft übersandt. Er antwortete Ende Juli in einem Handschreiben, verwies auf den Schutzbrief de Granas, erteilte aber außerdem dem Markgrafen wunschgemäß noch einen Spezialschutzbrief und versprach die allmähliche Abführung der Truppen (22).

Ähnlich verliefen die Verhandlungen mit Kurbayern, mit welchem seit längerer Zeit wieder ein recht gutes Einvernehmen geherrscht haben muß; hatte sich Kurfürst Maximilian doch schon im Dezember 1634 erboten, nach erfolgtem Friedensschluß Land und Leute der Markgrafschaft schützen zu helfen. Die Erklärung des Markgrafen wurde dem Kurfürsten in zwei Originalen am 10. Juli übermittelt. Gleichzeitig wurde er in einem persönlichen Schreiben des Markgrafen um Abziehung des kurbayerischen Volkes zu Bayreuth und anderen Orten der Markgrafschaft ersucht und gebeten, auch alle Kontributionen aufzuheben, damit der Handel überall wieder ungehindert vor sich gehen und das Land sich erholen könne. Nur so, schrieb Markgraf Christian, sei es möglich, die an Kaiser und Reich zu leistenden Zahlungen aufzubringen. Schon am 22. Juli nahm Kurbayern den Frieden an (23). Daraufhin konnte der Markgraf, durch Verhandlungen mit dem bayerischen Befehlshaber, Freiherrn von der Wahl, die Räumung des Landes und Einstellung der Kontributionen ins Werk setzen (24).

Eine besonders enge Verbindung aber ergab sich nun wieder mit Kursachsen, wohin am 13. Juli zwei Originale der Friedenserklärung abgefertigt wurden, auch hier begleitet von einem ausführlichen Schreiben des Markgrafen. In diesem stellte er dem Kurfürsten die Lage des Landes dar und bat um eine Interzession bei dem Kaiser und Kurbayern wegen der Abführung der Garnisonen, Einstellung der Kontributionen und Verlängerung der Zahlungsfristen für die Reichsumlage (25). Wurde nicht auch hier ein sehr altes,

(22) StAB, Rep. C48, Nr. 210, fol. 216-220: Mgf Christian an Königl. Maj. zu Böhmen und Ungarn, 3. 7. 35; fol. 269-283: König von Ungarn und Böhmen an Mgf Christian (mit Beilagen), 25. 7. 35.
(23) Ebda., fol. 206-211: Mgf Christian an Kf von Bayern, 1.7.35, aus diesem Schreiben geht auch das Angebot des Kurfürsten hervor; fol. 264-266: Kurbayer. Recepiße auf eingelieferte Friedensacceptirung, 22. 7. 35.
(24) StAB, Rep. C48, Nr.270: Bericht aus Bayreuth an Mgf Christian, 30.7.35.
(25) StAB, Rep. C48, Nr. 210, fol. 212-215: Mgf Christian an Kf von Sachsen, 3. 7. 35.

vertrautes Spiel wieder aufgenommen? Wenn man die im Sommer und Herbst des Jahres 1635 geführten Korrespondenzen des Markgrafen und seiner Räte verfolgt, glaubt man sich unwillkürlich zurückversetzt in jene Jahre von 1618 bis 1631 (26). Und das Überraschende ist das: Nun waren der Markgraf und seine Räte wieder ganz in ihrem Element, denn sie glaubten ja "die Reichssatzungen und Ordnungen wiederum in Observanz gebracht" (27). Aber was für die äußeren Beziehungen des Landes gelten mochte, das galt noch nicht für die inneren Verhältnisse. Hier war die Ordnung nicht so schnell hergestellt wie der Markgraf hoffte und wünschte, obwohl sich alle Geistlichen und Beamten auf seinen ausdrücklichen Befehl wieder zu ihren Kirchen und Ämtern begaben (28). Die Wirkungen der schweren Kriegsjahre waren zu tief gegangen, und neben den materiellen Schäden machten sich überall im Land eine Verwilderung der Sitten und ein Geist der Widersetzlichkeit gegen die Maßnahmen der markgräflichen Regierung bemerkbar (29).

So war die Not des Krieges noch groß, als der Kaiser am 16. August den Frieden annahm und dem Land, ohne allerdings auf konkrete Einzelheiten einzugehen, seine Gnade verhieß. Erst als es den Bemühungen des Fürsten und seiner Räte gelang, am 21. November 1635 einen Spezialschutzbrief des Kaisers für das Fürstentum zu erlangen, glaubte man in der Tat ein Ende der Kriegsnöte absehen zu können (30).

(26) Vgl. StAB, Rep. C48, Nr. 227 (Nachtrag), fol. 293 ff.
(27) StAB, Rep. C48, Nr. 270: Ausschreiben des Markgrafen, 8.7.35.
(28) StAB, Rep. C48, Nr. 210, fol. 238/239: Mgf Christian an die Geistlichen und Beamten, 8. 7. 35.
(29) Holle, AOfr., 4. Bd., 2. Heft (1849), S. 64, schreibt vom Jahr 1636: "Das Elend war noch so groß, daß man selbst der Obrigkeit den Gehorsam verweigerte. Die Gerichtsdiener, welche die Gefälle eintrieben, wurden nicht selten mit Schlägen fortgejagt. Die Beamten, Geistlichen und Schullehrer hatten seit 3 Jahren keine Besoldung mehr erhalten. Treu und Glaube war verschwunden". Veh, AOfr., 34. Bd., 1. Heft (1939), S. 10 ff, schildert die nach 1635 unternommenen Versuche Christians, das Landschaftswesen wieder in eine feste Ordnung zu bringen.
(30) StAB, Rep. C48, Nr. 210, fol. 319/320: Kaiser an Mgf Christian, 16. 8. 35; fol. 368: Spezialschutzbrief des Kaisers, 21. 11. 35. Auch hier irrte Holle, a.a.O., S.56, als er die Erteilung des kaiserlichen Schutzbriefes auf den 16. August verlegte. Es liegt eine Verwechslung mit dem Zeitpunkt der Ratifikation vor.

Der Schutzbrief des Kaisers wurde, wie die im August erfolgte Ratifikation des Friedens, von allen Kanzeln verlesen. Ein Dankgebet schloß sich der Verlesung an, wie schon im Juli auf markgräflichen Befehl in allen Kirchen des Fürstentums ein großes Dankfest gehalten worden war. Nach aller Not und Pein der vergangenen Jahre sang der Fürst mit seinen Untertanen das Tedeum laudamus (31).

Tatsächlich brachten der Friede und der Schutzbrief des Kaisers dann, wenigstens im Hinblick auf militärische Aktionen, einige ruhige Jahre. Die Markgrafschaft war kein unmittelbares Kampfgebiet feindlicher Parteien mehr, sondern wieder Hinterland der Kaiserlichen und ihrer Verbündeten (32). Auch die Auseinandersetzungen mit den katholischen Nachbargebieten hatten mit dem Friedensschluß aufgehört, ja, man fand zuweilen sogar zu einer echten Zusammenarbeit (33). Als dann auch im Innern eine allmähliche Normalisierung der Verhältnisse eintrat, rückte jedoch der Krieg im Jahre 1639 schon wieder näher. Mit Vorstößen der Schweden gegen Sachsen und Böhmen begannen auch für die Markgrafschaft neue Jahre schwerer Drangsal und bitterer Leiden (34). Sie nahmen erst nach dem Westfälischen Frieden ihr Ende.

(31) Ebda., fol. 238/239: Mgf Christian an die Geistlichen und Beamten, 8. 7. 35.
(32) Holle, a.a.O., S. 58 ff.
(33) AOfr., 4. Bd., 3. Heft (1850), S. 101, Urkunde 30, gibt z.B. einen auf Befehl des Markgrafen und des Bischofs geschlossenen Vergleich der bambergischen Beamten zu Stadtsteinach, Leugast und Enchenreuth und der markgräflichen Beamten zu Schauenstein und Helmbrechts vom Jahre 1638 über gemeinsame Maßnahmen zur Abstellung von "Plackereien".
(34) Vgl. Holle, AOfr., 4. Bd., 3. Heft (1850), S. 5 ff.

LITERATURVERZEICHNIS

Bauer, Franz August, Der Patriotismus der Stadt Kronach im Dreißigjährigen Kriege. Bamberg, 1846. Darin ist enthalten: Zitter, Cronachische Ehren Cron. Cronach, 1661.

Bauer, Heinrich, Geschichte der Stadt Pegnitz und des Pegnitzer Bezirks. 1938 (2. Auflage). Im Verlage der Verwaltung der Stadt Pegnitz.

Bog, Ingomar, Die bäuerliche Wirtschaft im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges. Coburg, 1952.

Brandi, Karl, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation und Gegenreformation. Bruckmann, München, 1927/1942/1960.

Dietlein, Chronik der Stadt Hof, Bd. II. Hof, 1939.

Dietze, Walter, Die Wirkungen des Dreißigjährigen Krieges in der Pflege Coburg. Cob. Heimatkunde und -Geschichte 18, 1941.

Fehn, Georg, Chronik von Kronach, Bd. I-III. Kronach, 1950.

Fehn, Georg, Kurze Geschichte der Feste Rosenberg. Lichtenfels, 1924.

Fester, Richard, Franken und die Kreisverfassung. Neujahrsblätter, hrsg. von der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Würzburg, 1906.

Frank, Alfred, Die Exulanten in Hof und Wunsiedel 1630. AOfr., 37. Bd., 2. Heft, 1956.

Franz, Günther, Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk, Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Agrargeschichte. Im Rahmen der Arbeiten zur Landes- und Volksforschung, Jena, 1940 (1. Auflage).

Glaser, Die Politik des Herzogs Johann Casimir von Coburg. Zs. des Vereins für thüringische Geschichte, Nr. 17, 1895.

Gürsching, Heinrich, Die Unionspolitik der Reichsstadt Nürnberg vor dem Dreißigjähr. Krieg (1608-1618). München, 1932.

v. Hagen, Dr. Johannes Stumpf, der Märtyrer der Stadt Bayreuth im Jahre 1632. AOmkr., 1. Bd., 3. Heft, 1832.

Hänlein und Kretschmann, Staatsarchiv der Königl. Preuß. Fürstenthümer in Franken, 1. Bd., Bayreuth, 1797.

Heinritz, Die Regierungsjahre des Markgrafen Christian 1603-1655. AOmkr., 1. Bd., 3. Heft, 1832.

Herrmann, Franz, Markgrafen-Büchlein. Bayreuth, 1902.

Herrmann, Franz, Markgrafenbuch I, 1935.

Hofmann, Michel, Cuius regio? Jahrbuch für fränk. Landesforschung 11/12, Kallmünz, 1953.

Holle, Joh. Wilh., Das Fürstenthum Bayreuth im dreißigjährigen Kriege. AOfr., 4. Bd., 1.-3. Heft, 1848-1850.

Holle, Joh. Wilh. Geschichte der Stadt Bayreuth von den ältesten Zeiten bis 1792. Bayreuth, 1901 (2. Auflage).

Hübsch, Das Hochstift Bamberg und seine Politik unmittelbar vor dem ersten Einfall der Schweden 1631. Bamberg, 1895.

Hümmer, Bamberg im Schweden-Kriege, Bericht des Histor. Vereins Bamberg 52/53, Bamberg, 1890/91.

Hupfer, Der Dreißigjährige Krieg im nördlichen Fürstentum Bayreuth. Münchberg, 1920.

Jäck, Bambergische Jahrbücher. Bamberg, 1829.

Jegel, August, Geschichte der Landstände in den ehemaligen Fürstentümern Ansbach-Bayreuth, 1500-1533. AOfr., 24. Bd., 2.Heft 1910.

Jegel, August, Die landständische Verfassung in den ehemaligen Fürstentümern Ansbach-Bayreuth. AOfr., 25. Bd., 1. Heft, 1912

Kapp, Joh. Georg, Kappii analecta ad historiam belli tricennalis in vicinitate Culmbaci gesti. Bayreuth, 1782.

Kapp, Joh. Georg, De Variis Christiani March. Brandenb. Meritis. Curiae Regnitianae ex Officina Hetscheliana, 1775.

Köhler, Joh. David, Gründliche und aus richtigen bishero ungedruckten Urkunden gezogene Nachricht vom Crays-Ausschreib-Amt, absonderlich in Francken. Leipzig, 1741.

Krauß, A., Das Fichtelgebirge im Dreißigjährigen Krieg. Wunsiedel, 1925.

Kraußold, Geschichte der evangelischen Kirche im ehemaligen Fürstenthum Bayreuth. Erlangen, 1860.

Looshorn, Joh., Geschichte des Bisthums Bamberg, Bd. VI. München, 1886 ff.

Ludewig, J.P., Scriptores rerum episcopatus Bambergensis, Bamberg, 1718.

Meiner, Wilh., Die Zerstörung der Stadt Creußen im Jahre 1633. AOfr., 8. Bd., 3. Heft, 1862.

Meister, Th., Oberfranken im Dreißigjährigen Krieg. Im Rahmen "Mein Oberfranken", heimatkundliche Lesehefte für die Schule, 3. Heft, Bayreuth, 1926.

Müller, Wilhelm, Alte Paßlagen im Fichtelgebirge. AOfr., 41. Bd., Bayreuth, 1961.

Peetz, H., Christian, Markgraf zu Brandenburg, und seiner beiden löblichen Städte Bayreuth und Culmbach Freud und Leid 1603-1655. Bayreuth, 1859.

Pöhlmann, Eine Frankenchronik. Geschichte des Marktfleckens Küps vorm Frankenwalde mit Umgegend. Lichtenfels, 1909.

Rentsch, Joh. Wolfgang, Brandenburgischer Ceder-Hein. Bayreuth, 1682.

Ritter, Moriz, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges, 3. Bd., Stutgart und Berlin, 1908.

Ritter, Moriz, Geschichte der deutschen Union. Schaffhausen, 1867/1873.

Ritter, Moriz, Politische Geschichte der Union. Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften. München, 1880.

Rössler/Franz, Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte, München, 1952.

Schrötter, Friedrich Frh. v., Das Kippergeld in den Fürstentümern Brandenburg-Bayreuth und Ansbach 1620-1622. Zeitschrift für bayer. Landesgeschichte, 7. Jahrgang, 1934.

v. Soden, Kriegs- und Sittengeschichte der Reichsstadt Nürnberg, 3. Teil. Erlangen, 1860.

v. Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland von 1631 bis 1635. 3 Bände. Erlangen, 1865, ff.

Stein, Friedrich, Geschichte Frankens, Schweinfurt 1883/1886.

Sticht, Ernst, Zerrissene, notvolle Heimat. Ein Beitrag zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges im Raum Kronach-Kulmbach. Beilage zum Jahresbericht 1959/60 der Oberrealschule Kronach.

Veh, Otto, Die Bayreuther Landstände unter dem Markgrafen Christian 1603-1655. AOfr., 33. Bd., 3. Heft und 34. Bd., 1. Heft.

Verfasser unbekannt, Geschichte des Fürstenthums Bayreuth und seiner Regenten. 6 Manuskriptbände, niedergeschrieben um 1800. Im Besitz des Histor. Vereins von Oberfranken, Bayreuth.

Weigel Helmut, Franken, Kurpfalz und der böhmische Aufstand 1618-1620. Erlangen, 1932.

Weigel Helmut, Franken im Dreißigjährigen Krieg. Versuch einer Überschau von Nürnberg aus. Zeitschrift für bayer. Landesgeschichte, 5. Jahrgang, 1932.

Zöllner Erich, Der Lebensbericht des Bayreuther Prinzenerziehers Zacharias von Quetz, Jahrbuch für fränk. Landesforschung 15 Kallmünz, 1955.

Abkürzungen im Literaturverzeichnis:

AOmkr. = Archiv für Geschichte und Altertumskunde des Obermainkreises
AOfr. = Archiv für Geschichte von Oberfranken

QUELLENVERZEICHNIS

(Geordnet nach Repertorien)

I. Staatsarchiv Bamberg (StAB)

Rep. A 245 (Handschriftensammlung)
Abt. I, Nr. 63, Chronik der Stadt Hof 1633-1643.
Abt. I, Nr. 77, Haus-Chronik oder Verlauf und Beschreibung, was anno 1627-1675 zu Redwitz, Eger und benachbarten Orten sich begeben hat, von Georg Leopold, fortgesetzt von Christian Leopold. (Abschrift)
Abt. VI, Nr.29/3, Relation über die Plünderung der Stadt Culmbach 1634, Longolius, um 1735.

Rep. B 41 (Ältere Kreistagsakten, Bamberger Serie)
Nr. 76 - 102, Akten der Jahre 1618 - 1635

Rep. B 48 (Bamberger Kriegsakten)
Nr 34 - 99, Akten der Jahre 1618 - 1635

Rep. ex J 3 (Reformationsakten)
Nr. 17, Generalreformation der Diözese Bamberg betreffend.
Nr. 213, Hochstift Bamberg, Religion betreffend, 1529-1719.

Rep. C 17/2 (Plassenburger Archiv)
Nr. 325, Münzakten, u.a. Münzfragen der Jahre 1620 - 1623 betreffend.

Rep. C 28 (Bayreuther Landstände)
Nr. 16a - 23, Akten der Jahre 1603 - 1631

Rep. C 40 (Ältere Kreistagsakten, Bayreuther Serie)
Vol. XVI - XXX, Akten der Jahre 1617 - 1635

Rep. C 47 (Unionsakten, brandenburger Provenienz)
Nr. 60 - 81, Akten der Jahre 1617 - 1633

Rep. C 48 (Bayreuther Kriegsakten)
Nr. 1 - 270, Akten des Dreißigjähr. Krieges (mit Nachtrag)

Die Akten sind innerhalb der einzelnen Nummern teilweise nach Blättern oder Einzelstücken durchnumeriert, teilweise aber nur chronologisch geordnet. Daneben gibt es einige Stücke ohne ersichtliche Ordnung.

II. Staatsarchiv Coburg (StAC)

Rep. LA (Landesarchiv) B 2806 - 3253, Akten des Dreißigjährigen Krieges von 1618-1635

Davon zitiert: LA B 2816, Corespondentz mit Marggr. Christian zu Brandenburgk wegen Böheim. Unruhe, de annis 1618-1622.

LA B 2817, Wechselschreiben mit Christoffen von Waldenfelß, die Böheim. Unruhe betr., de annis 1618-1623.

Rep. LA F 7252 (sog. Diener-Korrespondenzen), Korrespondenz des Coburger Kammersekretärs Heusener mit von Waldenfels, 1607-1621.

III. Gedruckte Quellen

Im Archiv für Geschichte von Oberfranken (AOfr.), herausgegeben vom Historischen Verein für Oberfranken zu Bayreuth, wurden die folgenden Quellen zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges veröffentlicht:

AOfr. 1. Bd. 2. Heft (1840) : Kurze Relation, wie es mit des Kays. General-Wachtmeisters von Lampoy Einnehmung und Ausplünderung der Stadt Kulmbach ergangen, den 18.Okt. 1634. (Textabdruck eines zeitgen. Berichts ohne Angabe des Verfassers)

AOfr. 3. Bd. 2. Heft (1846) : Abschrift aus der Emtmannsberger Pfarregistratur, anno 1632. (Auch zitiert als "Tagebuch des Pfarrers Beck von Emtmannsberg").

AOfr. 3. Bd. 2. Heft (1846) : Königl. schwed. Kriegsbeschreibung, so sich dahiar zu Weismain begeben hat, für mich Reichard Fuchs, Amtsburgermeister, anno 1632-1634.

AOfr. 4. Bd. 1.-3. Heft (1848-1850): 39 Urkunden zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges, veröffentlicht von Holle.

AOfr. 16. Bd. 2. Heft (1885) : Auszug aus dem Stadtbuch zu Creußen, beginnend 1596. Mit Originalbericht über die Zerstörung Creußens 1633.

AOfr. 32. Bd. 2. u. 3. Heft (1934/1935) : M. Joh. Braun, Ephemeridum Liber secundus, Exilii calamitosi pericula complectens. Übertragung von Fr. Zirndel, Tagebuchblätter aus dem Dreißigjährigen Krieg (1626-1634).

Meyer, Christian, Quellen zur alten Geschichte des Fürstentums Bayreuth, 2. Bd., Bayreuth, 1896.

Moser, Friedrich Carl, Des hochlöblichen Fränckischen Crayses Abschiede und Schlüsse vom Jahr 1600 biß 1748. Nürnberg, 1752.

Zitter, Cronachische EhrenCron, Cronach, 1661 (Siehe Literaturverz. bei Bauer Franz!).

ANMERKUNG ZUR DATIERUNG: Alle Datierungen entsprechen, soweit nicht als Doppeldatierung gegeben, dem Gregorianischen Kalender. Die Doppeldatierung wurde besonders dort angewandt, wo Datierungen nach dem Julianischen Kalender schon festen Eingang in die landesgeschichtliche Literatur gefunden haben.

ANMERKUNG ZUR ORTHOGRAPHIE DER AKTENZITATE: Alle Aktenzitate wurden hinsichtlich der Orthographie im Sinne der "Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte" (Johannes Schultze, Blätter für deutsche Landesgeschichte, 98. Jahrgang, 1962, S. 1 - 11) überarbeitet.

L e b e n s l a u f

Am 12. August 1922 wurde ich, Ernst Ludwig Sticht, in Neuhaus a.d.Eger, Landkreis Rehau/Ofr., als Sohn des Lehrers Ludwig Sticht und seiner Ehefrau Berta Sticht, geb. Vogel, geboren. Ich wurde evangelisch getauft und im evangelisch-lutherischen Glauben erzogen. 1929 trat ich in die Volksschule Neuhaus ein. 1930 ließ sich mein Vater nach Bärnreuth bei Berneck i.F. versetzen, und ich ging dort bis zum Frühjahr 1934 zur Volksschule. Dann besuchte ich, bis zu meiner Einberufung zur Kriegsmarine im September 1941, die Oberrealschule Bayreuth. Während meiner Kriegsdienstzeit wurde ich zum Leutnant d.R. befördert. Meine Entlassung aus der Wehrmacht erfolgte im Herbst 1945. Mit Beginn des Wintersemesters 1945/46 nahm ich das Studium der Germanistik (Geschichte, Deutsch, Englisch, Philosophie) an der Universität Erlangen auf. Ich beendete es 1949 an derselben Universität mit dem wissenschaftlichen Staatsexamen und legte 1950 an der Oberrealschule Bayreuth auch die pädagogische Staatsprüfung ab. Anschließend studierte ich ein Jahr Geschichte, Philosophie und Englisch am Northeast Missouri State Teachers College in Kirksville/Missouri, U.S.A. Im Mai 1951 erwarb ich dort mit der Thesis " General von Steuben's Part in the American Revolution " den Grad eines Master of Arts. Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde ich im Herbst 1951 vom bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus der Oberrealschule Kronach zugewiesen, wo ich noch heute unterrichte. Im Oktober 1960 erfolgte meine Ernennung zum Studienprofessor. Ich bin seit 12.8.1952 verheiratet und habe zwei Töchter.

Fotodruck

– Wiltrud Hogl, Erlangen, Brüxer Straße 9, Telefon 16 36 –